



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

37. Sitzung

3. Wahlperiode

Donnerstag, 16. März 2000, Schwerin, Schloß

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt	Dr. Margret Seemann, SPD	0000
	B e s c h l u s s	0000
Mitteilungen des Präsidenten		0000
	Antrag der Fraktion der CDU: Novellierung des Ladenschlussgesetzes – Drucksache 3/1138 –	0000
	Rainer Prachtl, CDU	0000
Genehmigung der Tagesordnung	Minister Dr. Rolf Eggert	0000
	Kerstin Kassner, PDS	0000
	Erhard Bräunig, SPD	0000
	Gesine Skrzepski, CDU	0000
	Dr. Rolf Eggert, SPD	0000
	Barbara Borchardt, PDS	0000
	Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	0000
	Eckhardt Rehberg, CDU	0000
	B e s c h l u s s	0000
	Persönliche Bemerkung des Abgeordneten Rainer Prachtl, CDU, gemäß Paragraph 43 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages	0000
	Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Situation von Gehörlosen, Schwerhörigen und Ertaubten in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/1134 –	0000
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 3/1180 –	0000
	Sylvia Bretschneider, SPD	0000
	Dr. Arthur König, CDU	0000
	Torsten Koplín, PDS	0000
	Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Einsetzung einer Enquetekommission „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeinde- strukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ – Drucksache 3/1136 –	0000

Antrag der Fraktion der CDU:

Zusammenschluss von Ämtern und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 3/1141(neu) –	0000
Gabriele Schulz, PDS	0000
Dieter Markhoff, CDU	0000
Minister Dr. Gottfried Timm	0000
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS	0000
Dr. Armin Jäger, CDU	0000
Heinz Müller, SPD	0000
Gerd Böttger, PDS	0000
Eckhardt Rehberg, CDU	0000
B e s c h l u s s	0000

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Sicherung der psychotherapeutischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 3/1135 –	0000
Torsten Koplin, PDS	0000
Ministerin Dr. Martina Bunge	0000
Harry Glawe, CDU	0000
Dr. Manfred Reißmann, SPD	0000
Annegrit Koburger, PDS	0000
B e s c h l u s s	0000

Antrag der Fraktion der CDU:

Qualitätssicherung und -entwicklung an allgemein bildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 3/1140 –	0000
Eckhardt Rehberg, CDU	0000
Minister Dr. Peter Kauffold	0000
Andreas Bluhm, PDS	0000
Heike Polzin, SPD	0000
Jörg Vierkant, CDU	0000
Angelika Gramkow, PDS	0000
Dr. Margret Seemann, SPD	0000
B e s c h l u s s	0000

Antrag der Fraktion der CDU:

Steuerreform

– Drucksache 3/1137 –	0000
Georg Nolte, CDU	0000
Ministerin Sigrid Keler	0000
Angelika Gramkow, PDS	0000
Eckhardt Rehberg, CDU	0000
Rudolf Borchert, SPD	0000
Dr. Armin Jäger, CDU	0000
B e s c h l u s s	0000

Antrag der Fraktion der CDU:

Schieneverkehr in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 3/1139 –	0000
Jörg Vierkant, CDU	0000
Ministerin Sigrid Keler	0000
Peter Ritter, PDS	0000
Jürgen Seidel, CDU	0000
Claus Gerloff, SPD	0000
B e s c h l u s s	0000

Antrag der Fraktion der CDU:

Zusammenarbeit der Landesversicherungsanstalt (LVA) mit den Rehabilitationskliniken des Landes Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 3/1142 –	0000
Harry Glawe, CDU	0000
Ministerin Dr. Martina Bunge	0000
Dr. Manfred Reißmann, SPD	0000
Torsten Koplin, PDS	0000
B e s c h l u s s	0000

Nächste Sitzung

Mittwoch, 12. April 2000	0000
--------------------------------	------

Beginn: 9.15 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 37. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Von der CDU-Fraktion ist mir signalisiert worden, dass sie einen Dringlichkeitsantrag stellen will. Herr Abgeordneter Prachtl trägt vor. Bitte sehr.

Rainer Prachtl, CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Wir haben folgenden Dringlichkeitsantrag:

„Antrag der Fraktion der CDU“

Es geht um die „Auswirkungen des Rückgangs der Auftragsvergabe der Bundeswehr aufgrund ihrer zu geringen finanziellen Ausstattung auf die Wirtschaft und die Arbeitsplatzentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern“.

Wir fordern Folgendes:

„Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich nachdrücklich zur Bundeswehr und ihren Soldaten,“

(Peter Ritter, PDS: Das können wir schon mal ablehnen.)

„die seit ihrer Gründung ein fester Bestandteil der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland als demokratischer Rechtsstaat sowie ein verlässlicher Partner im europäischen und transatlantischen Bündnis und somit nicht zuletzt im europäischen Einigungsprozess sind. Seit der Vollendung der Deutschen Einheit ist die Bundeswehr im Zusammenwachsen mit den Soldaten der Nationalen Volksarmee der DDR zu einem Vorreiter der inneren Einheit Deutschlands geworden, die nicht zuletzt auf Grundlage dieser neuen gemeinsamen Basis zur Übernahme größerer Verantwortung innerhalb der Staatengemeinschaft in der Lage ist.

2. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern verkennt darüber hinaus nicht die wirtschaftliche Bedeutung, die die Bundeswehr für die Entwicklung unseres Landes hat. Die Stationierung der Soldaten im Land, die Beschäftigung ziviler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Auftragsvergabe der Bundeswehr an ortsansässige Betriebe bieten wichtige Impulse für das wirtschaftliche Wachstum und die Steigerung der Beschäftigungsrate.
3. Vor diesem Hintergrund erwartet der Landtag Mecklenburg-Vorpommern, dass die finanzielle und personelle Ausstattung der Bundeswehr ihrer vielschichtigen Bedeutung gerecht wird.
4. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern erwartet, dass die angekündigte Strukturreform der Bundeswehr neben den sicherheitspolitischen Bedingungen insbesondere die strukturellen und wirtschaftlichen Impulse der Bundeswehr berücksichtigt und zu einer gerechten Verteilung der standortbezogenen Bundeswehraktivitäten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland beiträgt, wobei insbesondere Ungleichgewichte zwischen den alten und neuen Bundesländern aufgehoben werden sollen.
5. Hinsichtlich der geplanten Effektivierung der Wirtschaftlichkeit der Bundeswehr ist zu beachten, dass es darum geht, sowohl die zivilen Arbeitsplätze inner-

halb der Bundeswehr zu erhalten, als auch diejenigen Arbeitsplätze der auftragsnehmenden regionalen kleinen und mittelständischen Unternehmen.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

- „6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass alle Standorte der Bundeswehr im Land wenigstens erhalten bleiben und eine Auftragsvergabe an im Land ansässige Unternehmen erfolgt, die zumindest dem Anteil der im Land stationierten Kräfte entspricht.
7. In diesem Zusammenhang fordert der Landtag Mecklenburg-Vorpommern die Landesregierung auf, sich für den Erhalt der Service- und Instandsetzungsarbeitsplätze bei Heer, Marine und Luftwaffe in Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen.
8. Vor dem Hintergrund aktueller Maßnahmen der Bundeswehr bei ihrer Auftragsvergabe fordert der Landtag die Landesregierung auf, beim Bund für ein sofortiges Aktionsprogramm zu werben, das vor Verabschiedung eines langfristigen Strukturkonzepts der Bundeswehr kurzfristig die Existenz der von den Aufträgen der Bundeswehr abhängigen Betriebe und Arbeitsplätze im Lande sichert.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sofort darüber zu berichten, welche Maßnahmen sie seitens des Bundes zur Sicherung der von den Aufträgen der Bundeswehr abhängigen Betriebe und Arbeitsplätze für notwendig hält, welche Maßnahmen seitens des Landes flankierend ergriffen werden können und welche Schritte mit welcher Wirkung bereits eingeleitet wurden.

Begründung:

Die Bedeutung der Bundeswehr für die gesellschaftliche aber auch strukturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ist unbestritten. Derzeit wird ein Umstrukturierungsprozess diskutiert, der in seinen Auswirkungen auch das Land Mecklenburg-Vorpommern berühren wird, so dass es zwingend erforderlich ist, dass sich der Landtag und die Landesregierung aktiv an diesem Prozess beteiligen.

So muss es Ziel sein, alle Standorte im Land zu erhalten, möglichst auszubauen und insbesondere bei der Auftragsvergabe ins Land Mecklenburg-Vorpommern eine gerechte Verteilung zu erreichen. Deshalb ist es u. a. notwendig, dass sich die Landesregierung in den Diskussionsprozess um den Rahmenvertrag zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und verschiedenen Industrieunternehmen zur Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit zur Wahrnehmung der Interessen Mecklenburg-Vorpommerns einbringt.

Aktuelle Meldungen über einen Auftragsstopp der Bundeswehr, der insbesondere zu einer Gefährdung der Neubrandenburger Fahrzeugwerke GmbH als einer der größten Arbeitgeber der Region führt, machen neben der Beteiligung an der Strukturdiskussion kurzfristige Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze im Land dringlich erforderlich.“

Ich denke, hier darf es keine „Hans-kuck-in-die-Luft-Mentalität“ geben, sondern nur eines: Harald, hau auf den Tisch! Hier muss endlich etwas geschehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Der Antrag wird von uns im Augenblick vervielfältigt und dann sofort ausgeteilt.

Es gibt Redebedarf der Fraktionen. Bitte sehr, Herr Schoenenburg.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS (zur Geschäftsordnung): Das ist jetzt gegen die Aufsetzung als Dringlichkeitsantrag. Das, was hier so als einheitliche Auffassung dargestellt worden ist, ist – zumindest solange ich den Landtag kenne und das sind jetzt fast zehn Jahre – eben nicht einheitlich.

(Beifall Monty Schädel, PDS)

Zur Bundeswehr kann man sehr geteilter Meinung sein. Die Auffassung meiner Fraktion ist seit eh und je bekannt.

(Harry Glawe, CDU: Das ist klar.)

Und aus diesem ...

Präsident Hinrich Kuessner: Wir machen jetzt ja nicht die inhaltliche Diskussion, sondern ...

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS (zur Geschäftsordnung): Aus diesem ersten Grund will ich hier nur richtig stellen, dass das nicht Allgemeingut dieses Landtages ist.

Zweitens. Es ist, wie bei Gelegenheit die CDU immer wieder festzustellen wusste, eine Bundesfrage. Und bitte schön, bringen Sie Bundesfragen in den Bundestag

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und beschäftigen Sie damit nicht den Landtag!

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja unglaublich!)

Die dritte Feststellung, die ich hier treffen möchte, ist, dass es selbstverständlich möglich ist, diese Frage ganz normal auf die Tagesordnung des Landtages zu setzen oder im entsprechenden Ausschuß zu behandeln.

(Georg Nolte, CDU: Frühstück und Gänsebraten.)

Wir sehen also keinen Dringlichkeitsbedarf.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Erklären Sie das mal!)

Nebenbei gesagt: Das, was immer wieder von der CDU erklärt wird, dass die Bundeswehr sozusagen ein wachstumsfördernder Faktor sei, das kann man auch ganz anders sehen. Die Bundeswehr ist auch ein Milliardengrab.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Pfui!)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es nicht um die inhaltliche Debatte im Augenblick geht, sondern um die Dringlichkeit.

Der Abgeordnete Herr Dankert hat das Wort. Bitte sehr.

Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung): Wir möchten vor der Abstimmung um eine Auszeit von 15 Minuten bitten.

Präsident Hinrich Kuessner: Wir unterbrechen die Sitzung für 15 Minuten.

Unterbrechung: 9.22 Uhr

Wiederbeginn: 9.44 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich bitte Platz zu nehmen.

Das Wort zum Dringlichkeitsantrag hat der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion.

Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung): Ich möchte die Ablehnung der Dringlichkeit begründen und als jemand ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Seien Sie ruhig, meine Damen und Herren von der CDU!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Und als jemand, der Kvaerner und DMR mittelbar in seinem Wahlkreis hat, bitte ich auch zu bedenken, dass ich diese Sätze, die ich jetzt sage, mit vollem Ernst sage.

Der Landesregierung ist das Thema seit mindestens 14 Tagen bekannt und sie handelt bereits – abgestimmt zwischen Wirtschafts- und Staatskanzlei –, so, wie das nun einmal ihr Job als Landesregierung ist.

(Eckhardt Rehberg, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Briefe schreiben.)

Bereits als Wirtschaftsminister hat der jetzige Ministerpräsident Harald Ringstorff,

(Georg Nolte, CDU: Wie beim Transrapid.)

wie auch sein Nachfolger Herr Seidel, seit 1995 mit dem damaligen Bundesverteidigungsminister Rühle über die gerechtere Auftragsvergabe in unser Land hinein verhandelt. Diese verkrusteten Strukturen sind nach wie vor da.

Es ist bekannt, dass es zwecks der Wahlkampffaktionen 1998 zu einer Etatüberziehung in diesem Bereich gekommen ist, was die Schwierigkeiten in dem Bereich nicht gerade gelindert hat.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Es ist bekannt, dass mit öffentlichen Mitteln der Bundesregierung in Thüringen ein Konkurrenzwerk aufgebaut wurde,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Gefördert von der Landesregierung, CDU-Landesregierung.)

gefördert von der damaligen Landesregierung.

Im Gegensatz zu meinem Vorredner Herrn Schoenenburg möchte ich sehr deutlich sagen, dass sich die SPD zur Bundeswehr bekennt.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir votieren ausdrücklich nur gegen die Dringlichkeit, denn keiner dieser Punkte, die Sie aufgeführt haben, ist so dringlich, als dass er nicht das nächste Mal behandelt werden kann.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Georg Nolte, CDU: Aber für uns ist es nicht dringlich, oder was?!)

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, der Antrag der CDU liegt Ihnen inzwischen auf Drucksache 3/1179 zu dem Thema „Auswirkungen des Rückgangs der Auftragsvergabe der Bundeswehr aufgrund

ihrer zu geringen finanziellen Ausstattung auf die Wirtschaft und die Arbeitsplatzentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern“ vor. Auf Wunsch des Antragstellers soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Nach Paragraph 40 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss über die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? –

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Erweiterung der Tagesordnung ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei zwei Stimmenthaltungen der SPD-Fraktion und einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Traurig!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Situation von Gehörlosen, Schwerhörigen und Ertaubten in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1134.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Situation von Gehörlosen, Schwerhörigen
und Ertaubten in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1134 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 3/1180 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Bretschneider von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Bretschneider.

Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir leben heute nicht mehr in einer stillen Welt, sondern unser Alltag ist erfüllt von Geräuschen und Musik. Selbst in der Nacht müssen viele Menschen im Lärm von Straßen, Eisenbahnen und Flughäfen schlafen und erleiden dadurch nachweisbar erhebliche Gesundheitsstörungen.

Der technische Fortschritt hat dazu geführt, dass dieser Lärm häufig die Grenzen der Schädlichkeit für das Gehör überschreitet. Dies ist vor allem in der Industrie und im Handwerk der Fall, wo der Lärm von lauten Maschinen erzeugt wird. Dies gilt auch für Verkehrsgeräusche und für technisch verstärkte Musik. Lärm in so erheblichem Ausmaß führt zu Gehörschäden und auch zu allgemeinen Gesundheitsstörungen.

Behinderung ist ein zentraler Begriff in der Medizin, vor allem aber auch in der Bildung und der Sozialpolitik. Der internationale Sprachgebrauch beschreibt Behinderung als Manifestation einer Krankheit im Rahmen eines dreidimensionalen Konzepts. Die Klassifikation verwendet die drei Dimensionen Schädigung, Fähigkeitsstörung und soziale Beeinträchtigung und verlässt damit den engen kausal ausgerichteten Rahmen der Krankheitsverursachung und -entstehung. Für eine gezielte politische Intervention ist es wichtig, auch im Bereich der Gehörlosen-, Schwerhörigen- und Ertaubtenbehinderung alle drei Dimensionen zu erfassen und zu beschreiben.

Hörschädigungen führen oftmals zur sozialen Benachteiligung und Beeinträchtigung der Orientierung, der physischen Unabhängigkeit, der Mobilität und Beschäftigung sowie der sozialen Integration und der ökonomischen Eigenständigkeit.

Im Kindes- und Jugendalter hängt der Umfang solcher Beeinträchtigungen entscheidend davon ab, ob die Schädigung möglichst früh erkannt wird und ob rechtzeitig medizinische, therapeutische und pädagogische Interventionen erfolgen. Die Vorsorgeuntersuchungen im Säuglings- und Kleinkindalter sowie die überregionalen sozialpädiatrischen Zentren und die regionalen Frühberatungs- und Frühförderstellen erfüllen hierbei wichtige Aufgaben. Präventive und rehabilitative Vorkehrungen sind im Kindes- und Jugendalter besonders wichtig, um den Auswirkungen körperlicher, geistiger und seelischer Funktionsbeeinträchtigungen auf das schulische Lernen zu begegnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ein Kind in der Schule rapide in den Leistungen nachlässt, kann das unter Umständen an einer Hörstörung liegen. Hörgestörte Kinder machen auf ihr Problem nur in den seltensten Fällen aufmerksam, weil sie selbst nicht wissen, dass ihr Gehör nicht richtig funktioniert. Ein häufiger Grund für schlechtes Hören kann allein schon eine verschleppte oder ungenügend behandelte Mittelohrentzündung sein. Und wie schnell das passieren kann, wissen Sie alle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für eine erfolgreiche Integration hörgeschädigter Kinder und Jugendlicher ist es meines Erachtens notwendig, dass Förderlehrer in den Regelschulen, in denen sie tätig werden, eine größere Akzeptanz finden. Integration darf zudem nicht mit der Grundschule beendet sein. Auch in der Sekundarstufe besteht bei Hörgeschädigten sonderpädagogischer Förderbedarf, um den Anforderungen des Fachunterrichts gerecht zu werden.

Flankierende Fördermaßnahmen sind daher notwendig. Die Konferenz der Sozialminister der Länder hat sich schon im März 1998 dafür ausgesprochen, dass die Frühförderung hörgeschädigter Kinder und Jugendlicher dem kindbezogenen individuellen Förderbedarf der einzelnen Schüler Rechnung zu tragen hat. Ziel jeder Förderung müsse es sein, unter weitestgehender Ausnutzung des Resthörvermögens der Schüler die kommunikativen Kompetenzen für ein Leben in der Gemeinschaft der Hörenden zu entwickeln. In der Förderung hörgeschädigter Kinder sollten je nach Bedarf unterschiedliche Mittel der Kommunikation eingesetzt und in die Fortschritte der Forschung sowie neue Förderstrategien einbezogen werden. Dies kann ich nur unterstützen. Dazu muss die Integration schwerhöriger und ertaubter Kinder und Jugendlicher in Kindertagesstätten und Schulen einen besonderen Schwerpunkt bilden.

Informationsdefizite der Eltern erschweren Früherkennung und rechtzeitige Behandlung. Unklare Zuständigkeiten bei der Kostenübernahme von Leistungen verschärfen das Problem. Daneben spielen die familiären und schulischen Bedingungen eine wichtige Rolle. Familien mit hörgeschädigten Kindern fühlen sich oft allein gelassen und benötigen Hilfe und Beratung.

Die berufsbedingte Lärmschwerhörigkeit hat in den letzten Jahren zwar nicht an Häufigkeit, jedoch an Schweregrad erheblich nachgelassen. In Deutschland haben Berufsgenossenschaften dafür gesorgt, dass extreme Lärmpegel an den Arbeitsplätzen nur noch selten sind, insbesondere aber überall dort, wo eine Gehörfähigung besteht und Lärmschutz getragen wird. Wesentlicher Teil dieser Vorbeugemaßnahmen sind die Vorsorgeuntersuchungen durch die arbeitsmedizinischen Dienste.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Solche Vorbeugung gibt es aber leider nicht beim Lärm, der in Konzerten und in Diskotheken erzeugt wird. Wer regelmäßig solche Veranstaltungen besucht oder über Kopfhörer viel laute Musik hört, ist ebenso gefährdet wie der Lärmarbeiter, heute sogar noch mehr als dieser.

Wenn die Menschen unserer zivilisierten Gesellschaft immer schwerhöriger werden, dann liegt das sehr wesentlich an den ständigen Lärmbelastungen des Alltags, die nachweislich dazu führen, dass wir eine Gesellschaft von Hörbehinderten werden, wie Professor Dr. med. Peter Plath in einem Fachartikel feststellt. Wir brauchen dringend mehr Aufklärung. Zudem bin ich der Auffassung, dass effektive präventive Maßnahmen gegen die immer stärker werdende Lärmbelastung eingeleitet werden müssen, um die Zunahme der Hörschädigungen vor allem bei jungen Menschen zu stoppen. Zum Beispiel sind Begrenzungen über Lärmemissionen von Kinderspielzeug, Diskothekenanlagen und Walkmans meines Erachtens dringend erforderlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Circa 17 Prozent der erwachsenen Bevölkerung insgesamt in Deutschland und circa 314.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind hörgeschädigt. In Deutschland gibt es derzeit etwa 13,5 bis 14 Millionen Innenohrschwerhörige, von denen jedoch nur 3 Millionen apparativ versorgt werden. Das heißt, noch für mindestens 10 Millionen fehlt die entsprechende Versorgung. Mit der fortschreitenden demographischen Entwicklung und dem zunehmenden medizinischen Fortschritt wird sich dieser Anteil in der Zukunft noch erhöhen. Dies stellt das System der sozialen Sicherung vor große Probleme. Sie betreffen die Sozialhilfe, die Rentenversicherung, vor allem aber auch die Pflege- und die Krankenversicherung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Übermäßige Lärmbelastungen im Freizeitbereich, wie bei Rockkonzerten, Technopartys, Discos und das Tragen von Walkmans, führen zu neuen bleibenden Hörschäden, so dass in den nächsten Jahren eine Zunahme der Zahl der Schwerhörigen um etwa 9 Millionen Menschen zu erwarten ist. Dies bedeutet, dass wir in den nächsten Jahren über 20 Millionen Schwerhörige in Deutschland haben werden. Obwohl dies eine große Gruppe von Menschen ist, wird das Problem von der Politik zumeist unterschätzt.

Diese Menschen müssen die gleiche Aufmerksamkeit und Unterstützung wie andere Menschen mit sichtbaren Behinderungen erfahren. Und um dem Rechnung zu tragen, haben wir heute diesen Antrag gestellt. Der Antrag beschränkt sich nicht nur auf den sozialen Bereich, da Frühförderung, schulische und berufliche Integration sowie soziale Integration ineinander greifen müssen. Die Unterscheidung zwischen Ertaubten, Schwerhörigen und Gehörlosen ist dabei notwendig, da je nach Art der Behinderung auch unterschiedliche Ursachen zugrunde liegen und sich die Leistungen und Hilfen danach ausrichten müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der großen Probleme, die für die Zukunft damit einhergehen, muss jetzt gehandelt werden, bevor die Schäden irreparabel sind. Aufklärung und präventive Maßnahmen gegen die immer stärker werdende Lärmbelastung und Lärmbelastung müssen an erster Stelle stehen, um die Zunahme der Hörschädigungen vor allem bei jungen Menschen zu stoppen. Falls Prävention schon zu spät kommt, muss die gleichberechtigte Teilnahme Schwer-

höriger, Gehörloser und Ertaubter in Mecklenburg-Vorpommern am kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben gesichert werden. Und das ist nicht immer – ich sage das noch einmal ausdrücklich – vorrangig mit Geld verbunden.

Auch die Arbeits-, Sozial-, Finanz- und Kultusministerkonferenz beschäftigen sich im Augenblick mit den Erfahrungen und den eventuellen Notwendigkeiten weiterer rechtlicher Regelungen für die Förderung von Hörgeschädigten. Damit auch diese Ergebnisse in den Bericht einfließen können, wurde der Zeitraum bis zur Berichterstattung so weit gefasst. Ich denke, dass der von der Landesregierung vorzulegende Bericht neben einer Bestandsaufnahme auch die Basis für dringend notwendige politische Aktivitäten darstellen wird. Ich bitte deshalb um Zustimmung zum vorliegenden Antrag. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr König von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr König.

Dr. Arthur König, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ganz ohne Zweifel, Gehörlosigkeit und Schwerhörigkeit in all ihren Abstufungen sind Behinderungen, die wegen ihrer Unsichtbarkeit weitgehend unterschätzt werden. Im Vergleich zu Körperbehinderten wirkt der schwerhörige, gehörlose und ertaubte Mensch „ganz normal“. Seine körperliche Unversehrtheit erschwert Außenstehenden ein verstehendes und nachfühlendes Beurteilen der Dinge.

Da sich Familienleben, Ausbildung und Beruf, die ganze Vielfalt der menschlichen Kommunikation vorwiegend auf das gesprochene Wort begründen, müssen Schwerhörige gewaltige psychische und physische Anstrengungen auf sich nehmen, um sich auf die ständig wechselnden akustischen, technischen und kommunikativen Gegebenheiten einzustellen und um diese Barrieren zu überwinden. Hinzu kommt, dass vielen Menschen nicht bewusst ist, mit welchen Problemen sich hochgradig schwerhörige, gehörlose und ertaubte Menschen auseinander setzen müssen.

Meine Damen und Herren, bevor ich näher auf den Antrag der Koalitionsfraktionen eingehe, hier noch einige statistische Bemerkungen, auf die auch schon Frau Bretschneider in ihrem Einführungsreferat hingewiesen hat. Nach Untersuchung des Deutschen Grünen Kreuzes sind etwa 17 Prozent der erwachsenen Bundesbürger in einer Form und in einem Maße hörbehindert, dass sie medizinisch versorgt oder sozial betreut werden müssen. Auf Mecklenburg-Vorpommern runtergebrochen sind das etwa 310.000 bis 320.000 Menschen. Die Zahl der Kinder mit Hörproblemen wird bundesweit auf 200.000 bis 250.000 Kinder geschätzt. So weit einiges zur rein quantitativen Dimension der Einschränkung der Hörfähigkeit in Bezug zur Gesamtbevölkerung.

Die Menschen mit Hörproblemen erwarten und ihre Verbände, zum Beispiel der Landesverband der Schwerhörigen und der Ertaubten in Mecklenburg-Vorpommern und der Gehörlosen Landesverband, fordern von der Poli-

tik und von der Verwaltung, dass ihre Behinderungen endlich richtig verstanden und daraus die nötigen Konsequenzen gezogen werden. Ich zitiere aus einem Schreiben des Landesverbandes des Schwerhörigenbundes vom Mai '98: „Wir möchten vor allem wissen, was wird in Mecklenburg-Vorpommern getan, um die gleichberechtigte Teilhabe auch schwerhöriger Menschen am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu sichern.“ Und um ihre Ansprüche zu konkretisieren, hat der Landesverband des Schwerhörigenbundes dem oben zitierten Schreiben gleich einen Forderungskatalog beigelegt.

Ein Blick zurück zeigt übrigens, dass diese und ähnliche Forderungen des Landesverbandes schon in einem Schreiben von '94 formuliert wurden und letztlich auch in einer Diskussionsrunde im Oktober '99, an der ja auch mehrere Landtagsabgeordnete in Neubrandenburg teilgenommen haben, ebenfalls wieder erhoben wurden.

Also das, was aus Sicht der betroffenen Menschen und ihrer Verbände zu tun wäre, ist eigentlich klar. Das sage ich wohlwissend auch im Hinblick darauf, dass nicht alle Wünsche und Forderungen der schwerhörigen, ertaubten und gehörlosen Menschen sofort und in vollem Umfang erfüllt werden können. Und da wären wir wieder beim vorliegenden Antrag. Welches Anliegen, meine Damen und Herren von der Koalition, verfolgen Sie mit Ihrem Antrag? Wohin soll er führen? Was soll das Konkrete sein?

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das erkläre ich Ihnen nachher.)

Es kann doch nicht in der Bestandsaufnahme über die aktuelle Situation von hörgeschädigten Menschen in Mecklenburg-Vorpommern liegen.

(Torsten Koplín, PDS: Das steht da auch drin.)

Es existieren in unserem Bundesland, und das wage ich in Anbetracht der vielen Schreiben einfach zu behaupten, keine gravierenden Informationsdefizite, was die Situation der Schwerhörigen, Gehörlosen und Ertaubten in Mecklenburg-Vorpommern angeht. Verstehen Sie mich nicht falsch! Ich habe nichts gegen Berichte, auch nichts gegen die Berichterstattung, die mit dem vorliegenden Antrag initiiert werden soll. Eine solche Berichterstattung erlaubt der Landesregierung, eigene Impulse und Initiativen von Zeit zu Zeit an der Wirklichkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Nur, meine Damen und Herren, das setzt voraus, dass von der Landesregierung in Sachen Behinderten- und Integrationspolitik Impulse und Initiativen ausgegangen wären.

(Beifall Harry Glawe, CDU)

Und an dieser Stelle sieht es ziemlich dunkel aus.

Das Integrationsförderratsgesetz ist nach vielem Hin und Her endlich auf den parlamentarischen Weg gebracht. Es ist weder Fisch noch Fleisch und bringt die eigentliche Aufgabe, die Integration behinderter Menschen in die Gesellschaft, wenn überhaupt, so doch nur millimeterweise voran.

(Heike Lorenz, PDS: Das sehen die Betroffenen ganz anders.)

Die Landesregierung, speziell das Sozialministerium, verlässt mit dem Integrationsförderratsgesetz den Weg des aktiven Handelns für die Belange der Behinderten und gibt sich zurück auf den Weg des reinen Diskutierens.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Genau.)

Das einzig Greifbare für die Interessenvertreter der gehörlosen, ertaubten und schwerhörigen Menschen wäre ein Platz im Integrationsförderbeirat. Allerdings, das ist mehr als nichts, aber diese Mitsprache dort wird wohl weniger zur Lösung der konkreten Probleme der betroffenen Personengruppen beitragen können. Leider, kann man da nur sagen, denn Behindertenpolitik ist nun mal nicht zum Nulltarif zu haben.

(Heike Lorenz, PDS: Da reden Sie wider besseres Wissen. Für Selbsthilfe ist so viel eingestellt worden. Das kann man nicht einfach ignorieren.)

Meine Damen und Herren, es hat den Anschein, als sollen die berechtigten Forderungen und Anliegen hörgeschädigter Menschen auf die lange Bank geschoben werden. Die Koalitionsfraktionen fordern die Landesregierung auf, den Bericht über die aktuelle Situation von Menschen mit Hörschädigungen dem Land erst in einem Jahr vorzulegen. Das ist viel zu lange.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Daher bringt die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag ein, der diese Frist auf ein halbes Jahr verkürzen soll. Wenn in der Begründung des Antrages steht: „Weiterhin soll der Bericht die Basis bieten, um weitere Verbesserungen für Präventionsmaßnahmen sowie die Integration Hörbehinderter in unserer Gesellschaft zu erreichen“, so heißt das doch nichts anderes, als dass die Forderungen des Schwerhörigenbundes im Brief vom 06.08., der an alle Fraktionen gegangen ist, weitestgehend ignoriert werden sollen. Sie sollen auf Eis gelegt werden, um frühestens in einem Jahr wieder darüber zu diskutieren.

(Beifall Harry Glawe, CDU)

Das heißt auch, die Landesregierung geht auf Tauchstation mindestens für ein Jahr,

(Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

was die inhaltliche Auseinandersetzung und die Umsetzung der Forderungen des Schwerhörigenbundes und des Gehörlosen Landesverbandes angeht.

(Beifall Harry Glawe, CDU –
Torsten Koplín, PDS: Und unwahr ist es außerdem. – Angelika Gramkow, PDS:
Glauben Sie Ihre Unverschämtheiten eigentlich selber? – Zuruf von Heike Lorenz, PDS)
Das hören Sie gleich, Frau Gramkow.

Diese Sache wäre dann allerdings nur die konsequente Fortsetzung dessen, was Frau Koburger als Antwort auf ihre Kleine Anfrage auf Drucksache 2/3787 erhalten hat. Frau Koburger fragte damals, welche sachlich-rechtlichen Hinderungsgründe die Landesregierung sieht, die einem Gehörlosengeldgesetz entgegenstehen. Die Antwort der Landesregierung lautete: „Auf Grund der außerordentlich angespannten Finanzsituation sieht die Landesregierung zur Zeit keine Möglichkeit, Gesetzentwürfe mit zusätzlichen Leistungen auf den Weg zu bringen.“

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Torsten Koplín, PDS)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung antwortet nicht nur speziell nach dem abgefragten Gehörlosengeldgesetz,

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU,
und Angelika Gramkow, PDS)

sondern gleich ganz allgemein, es wird keine Gesetz-entwürfe mit zusätzlichen Leistungen für die Behinderten geben.

An der Finanzsituation, meine Damen und Herren, hat sich wohl in den gut anderthalb Jahren nichts Gravierendes geändert. Was, Frau Ministerin Dr. Bunge, wollen Sie an substantieller Förderung der Integration von behinderten Menschen, speziell Hörgeschädigter, in Ihrer Amtszeit auf den Weg bringen?

(Harry Glawe, CDU: Ja wer weiß?!)

Ich nenne nur mal einige Stichworte aus dem umfangreichen Forderungskatalog der Verbände, die über Jahre hinweg vorgetragen wurden. Einiges wurde hier schon von Frau Bretschneider genannt: Gehörlosengeld analog dem Blindengeld zum Beispiel,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Warum haben Sie es denn damals nicht gemacht?)

Anerkennung der Gehörlosensprache, staatliche Finanzierung von Gebärdendolmetschern, Abbau von Kommunikationsbarrieren, Ablehnung von Festbeträgen und Reparaturpauschalen für Hörgeräte und die Finanzierung von Schwerhörigenberatungsstellen. Und die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen. Hier, Frau Dr. Bunge, sind Sie als Sozialministerin gefragt. Nutzen Sie Ihr Amt und damit auch Ihren Einfluss, um hier in der Sache substantielle Erleichterungen für die schwerhörigen und gehörlosen Menschen auf den Weg zu bringen.

Was nützt den Betroffenen, was nützt auch uns, dem Parlament, und der Landesregierung ein neuer Bericht über die Situation der Hörgeschädigten, wenn aus Mangel an finanziellen Mitteln davon nichts oder nur wenig umgesetzt werden kann? Eine kostenneutrale Integrationsförderung, Frau Ministerin, ganz gleich, welche Gruppe der Behinderten Sie auch nehmen, wird es nicht geben. Es ist Ihre originäre Aufgabe, dafür zu sorgen, tragfähige, inhaltlich ausgereifte Integrationskonzepte auf den Weg zu bringen und vorzulegen und auch für die nötigen finanziellen Mittel zu sorgen. Beides ist gleich wichtig. Es ist halt wie beim Arzt: In der Regel nützt Diagnose ohne Therapie auch wenig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, es gibt dringendere und wichtigere Dinge bei der Integration von Behinderten in unserer Gesellschaft zu lösen, als die Regierung zu beauftragen, innerhalb eines viel zu langen Zeitraumes von einem Jahr dem Landtag einen Bericht über die Situation von Menschen mit Hörschädigungen in Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen.

(Torsten Koplín, PDS:
Da widersprechen Sie sich.)

Wenn es aber schon zu einem Berichtersuchen des Landtages an die Landesregierung kommen soll,

(Harry Glawe, CDU: Das ist sehr halbherzig.)

dann, denke ich, ist die Landesregierung im Interesse ihrer eigenen Handlungsfähigkeit in Sachen Integration von behinderten Menschen willens und auch in der Lage, diesen Bericht bis zum 30. September 2000 zu erarbeiten

(Harry Glawe, CDU: Das müsste machbar sein.)

und dem Landtag vorzulegen – daher der Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die SPD traut Ihnen nichts zu, Frau Ministerin. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ablehnen.)

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern ist bekanntlich ein Tourismusland. Wenn mit diesem Antrag die Landesregierung aufgefordert wird, über die Situation von Menschen mit Hörschädigungen umfangreich zu berichten, so sollte die Landesregierung auch den Aspekt, inwieweit die Tourismuskonzepte des Landes auch auf behinderte Menschen, insbesondere hörgeschädigte Menschen zugeschnitten sind, mit in die Berichterstattung aufnehmen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Meine Damen und Herren, so weit einige Bemerkungen zum vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen. Ich bitte im Interesse der Behinderten um Zustimmung und um die Verkürzung des Berichterstattungstermins von März 2001 auf September 2000.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Sehr moderat, sehr moderat!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Koplín von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Koplín.

Torsten Koplín, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Dr. König, Ihr Redebeitrag hat mich denn doch überrascht.

(Dr. Arthur König, CDU:
Das sollte er auch, Herr Koplín.)

In der Sicht auf die Dinge ...

Im negativen Sinne hat er mich überrascht. Das will ich Ihnen mal beweisen.

(Dr. Arthur König, CDU: Auf wie viel Konferenzen waren Sie denn dabei, wo die Forderungen der Schwerhörigen erhoben wurden? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

In der Sicht auf die Sache sind wir uns einig und das ist gut so. Aber Sie stellen die Sinnhaftigkeit des Berichtes in Frage, um anschließend seine raschere Erstellung zu fordern.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU: Nein, nein!)

Das ist doch ein Widerspruch in sich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Ich habe sehr wohl zugehört und es ist aus meiner Sicht schlichtweg falsch, dem Sozialministerium unter Leitung von Frau Dr. Bunge zu unterstellen, sie würden auf Tauchstation gehen und nichts tun. Das ist deshalb falsch, weil die Mittel für Betreuung und Beratung erhöht wurden. Dafür hat sie sich eingesetzt, sie hat sich engagiert. Und das tut sie zur Zeit zur Erhöhung der Anzahl der Gebärdendolmetscher im Land und zur Verstärkung der Mittel für Menschen mit Behinderungen. Insofern stößt Ihr Vor-

wurf, auf Tauschstation zu sein, nichts zu tun, völlig ins Leere.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

Weil wir einen Bericht haben möchten, der in Auseinandersetzung mit den Betroffenen erstellt wird, der umfassend ist, all die Ansprüche erfüllt, die Frau Bretschneider hier vorgetragen hat, deshalb ist es richtig, diese Frist einzuräumen. Und aus Sicht der PDS-Fraktion lehnen wir Ihren Änderungsantrag ab.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Trauen Sie doch der Regierung mal ein bisschen mehr zu, Herr Koplinski!)

Aber Herr Dr. König hat ja gesagt, da wir die Sicht teilen auf die Dinge, ist es gut – und da möchte ich anknüpfen – zu erklären, dass gutes Hören – da treffen sich unsere Intentionen und Überlegungen – bedeutet, sich im Umfeld zurechtzufinden, bedeutet die Möglichkeit der Teilhabe am Leben und ein beträchtliches Stück Lebensqualität.

Bei keinem Menschen mit Behinderung ist ein solcher Rückzug denkbar wie beim Nichthörenden. Stellen wir uns nur für einige Augenblicke vor, wie es wäre, wenn die Welt ganz still und stumm wäre. Wenn wir dann noch die Augen verdecken, dann ist scheinbar die Welt für uns nicht mehr erreichbar und ebenso scheinbar ist unsere Umwelt nicht mehr in der Lage, uns zu erreichen. So wird nicht nur die Beziehung unterbrochen, es wird die Wirklichkeit ausgeschaltet. Betroffene sagen: „Nicht sehen können trennt von den Dingen, aber nicht hören können trennt von den Menschen.“

Die Fraktionen der SPD und PDS wenden sich mit ihrem Antrag nicht allgemein der Situation der Hörgeschädigten zu. Da Hörschädigungen bekanntlich eine Begrifflichkeit für die unterschiedlichsten Formen der Hörstörungen darstellen, wie es Frau Bretschneider bereits ausführte, ist es uns wichtig, in Unterscheidung der Betroffenheiten zu differenzieren in Gehörlosigkeit, Schwerhörigkeit sowie Ertaubung.

Wir wissen, als gehörlos werden Menschen bezeichnet, die taub geboren beziehungsweise vor dem frühkindlichen Spracherwerb ertaubt sind. Als Ertaubte werden Menschen bezeichnet, die ursprünglich über eine normale Hörfähigkeit verfügt haben und erst nach dem abgeschlossenen Spracherwerb gehörlos geworden sind. Schwerhörige wiederum sind Menschen, deren Hörfähigkeit mehr oder weniger eingeschränkt ist. Eine zunehmend auftretende Komplikation tritt durch zum Teil sehr starke Ohrgeräusche, den Tinnitus, auf, die sowohl das Hörvermögen beeinträchtigen als auch das seelische Leben extrem belasten.

Die Fraktion der PDS verbindet mit diesem Antrag eine Bezugnahme auf verschiedene sozialpolitische Aspekte. So wird aus unserer Sicht der zu erstellende Bericht eine Gesamtsicht – und damit bin ich in Beantwortung auf die Fragen, die Herr Dr. König aufgeworfen hat – der Situation der Betroffenen in unserem Land erlauben. Bislang haben wir allenfalls eine Kenntnis über Einzelsachverhalte und über Aktivitäten von Selbsthilfegruppen und Vereinen in unseren Wahlkreisen, mal abgesehen von dem erwähnten Forderungskatalog.

Wenn ich darüber rede, denke ich zum Beispiel an die großartige Arbeit des Hörbiko Neubrandenburg aus mei-

ner Heimatstadt. Hörbiko Neubrandenburg als Bestandteil des Landesverbandes der Schwerhörigen und Ertaubten in Mecklenburg-Vorpommern ist mit seiner ambulanten Beratungs- und Präventionsarbeit in den Landkreisen Demmin, Müritz, Güstrow, Uecker-Randow, Ostvorpommern, Mecklenburg-Strelitz, Bad Doberan und in den kreisfreien Städten Stralsund, Neubrandenburg und Rostock tätig. Allein im vergangenen Jahr hat Hörbiko fast 3.000 Informations- und Beratungsgespräche durchgeführt. An den Gesprächen in den Fußgängerzonen, Einkaufszentren, Messehallen und öffentlichen Einrichtungen gibt es ein reges Interesse, denn durch so genannte Hörscreenings können das persönliche Hörvermögen und daraus resultierende Entwicklungen und Präventionsweisen für Betroffene und Interessenten aufgezeigt werden. Ein immer größer werdender Personenkreis würde sich in der Einzelfallhilfe an die Sozialarbeiter im Hörbiko Neubrandenburg wenden, sagen die Sozialarbeiter dort, weil Unterstützung durch Formulierungshilfen bei Anträgen und Widersprüchen an Leistungsträger wie Krankenkassen, Rententräger, Hauptfürsorgestelle und Arbeitsverwaltungen benötigt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, nur schlaglichtartig will ich hier die Arbeit des Vereins erwähnen. Wichtig ist uns, wie gesagt, zu erfahren, welche Strukturen der Betroffenenhilfe und Selbstorganisationen insgesamt bestehen, welche Rahmenbedingungen wir stärken und weiter entwickeln müssen, um den Folgen von Hörproblemen zu begegnen, und vor allem welche Präventions- und Rehabilitationsmöglichkeiten zu berücksichtigen sind.

Dabei geht es uns darum, und das ist uns sehr wichtig, nicht einen einzelressortbezogenen Bericht zu erhalten. Das Thema darf nicht nur aus sozialpolitischer, sondern muss ebenfalls aus bildungs- und arbeitsmarktpolitischer Sicht betrachtet werden. Wir wollen, wie ich sagte, eine Bezugnahme auf sozialpolitische Aspekte der Thematik. Dazu gehört auch die Frage der Hörgeräteversorgung. In der Tendenz nehmen hierzu Auseinandersetzungen vor den Sozialgerichten zu, weil zunehmend Anträge nach dem Sozialgesetzbuch V Paragraph 33 Absatz 1 oder nach SGB VI Paragraphen 9 und 16 zur Finanzierung der Hörgeräte nach Antrag auf Einzelfallprüfung und volle Kostenübernahme abgewiesen werden.

Aus unserer Sicht sind es nicht allein verfahrensrechtliche oder die Hörakustik betreffende Problemstellungen. In der Hauptsache geht es aufgrund der Marktmechanismen um die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit. Wie gut jemand in dieser Gesellschaft hören darf und somit am gesellschaftlichen Leben teilhaben darf, ist oftmals eine Frage des Geldes. Auf dem Weg zu einem Hörgerät gelangen die Betroffenen in den Widerspruch rechtlicher Regelungen. Im Paragraphen 33 des SGB V heißt es, dass Versicherte einen Anspruch auf Versorgung mit Hörhilfen haben, für die nach Paragraph 36 des SGB V Festbeträge bestimmt werden. Die Hilfsmittel werden demnach in Gruppen zusammengefasst, wobei man jedoch wissen muss, dass die Fähigkeiten unserer Hörorgane so individuell ausgeprägt sind wie unsere Daumenabdrücke. Der Paragraph 12 des SGB V grenzt aber mit seinem Wirtschaftlichkeitsgebot die individuelle Zweckmäßigkeit der Versorgung mit Hörhilfen ein. Ausreichende und zweckmäßige Hörgeräte liegen oftmals über dem Festbetrag.

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch nichts Neues. Das ist nichts Neues.)

Weil es letztendlich um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, weil es um die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen, Herr Glawe, geht, muss sich zu diesem Spannungsverhältnis der Bericht verhalten. Ich könnte mir in diesem Zusammenhang unter anderem vorstellen, dass unter Moderation des Sozialministeriums eine Allianz für die betroffenen Hörgeräteträgerinnen und Hörgeräteträger geschmiedet wird, eine Allianz, an der Vertreterinnen und Vertreter aller Leistungserbringer,

(Harry Glawe, CDU: Na, dann hat Frau Bunge aber noch was zu tun.)

der HNO-Ärzte, der Hörgeräteakustiker, der Kassen, der Hauptfürsorgestelle, der Rententräger, der Arbeitsverwaltungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Betroffenen teilnehmen, um hier nach Maßgabe der Möglichkeiten eine Verbesserung der Situation zu erreichen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem vorliegenden Antrag verbindet sich für uns auch eine Bezugnahme auf die Lösung der Gesundheitsprobleme der sozial Schwächeren. In Beschäftigung mit der Thematik bin ich auf eine bemerkenswerte Studie über den Zusammenhang von Gesundheit und sozialer Lage in Berlin Hohenschönhausen gestoßen. In einer repräsentativen Untersuchung konnte anhand ausgewählter Indikatoren nachgewiesen werden, dass die Sorge um den Arbeitsplatz Körper und Psyche erheblich beeinträchtigt. So wurde erhoben, dass im Vergleich der psychischen Befindlichkeit zwischen Arbeitenden ohne Arbeitsplatzsorge und Arbeitenden mit Sorge um den Arbeitsplatz doppelt so viele Personen unter Hörschädigungen leiden, wenn sie eben diese Sorge um den Arbeitsplatz haben. In diesen Fällen betrifft es jeden 15. Jeden 15.! Ein Bericht über die Rahmenbedingungen für Menschen mit Hörschädigungen muss aus unserer Sicht die Frage von Gesundheit und sozialer Lage berühren.

Wichtig ist uns die Frage der Integration. Sie steht immer als eine ganz konkrete. So zum Beispiel bei der Auswahl des Standortes des Landesentrums für Hörgeschädigte in Güstrow. Der Elternverband hörgeschädigter Kinder hat sich hierzu kritisch geäußert. Zu Recht verweisen sie darauf, dass die Wahl des Standortes für Hörgeschädigte von grundlegender Bedeutung ist. Soll das Ziel der Ausbildung das Erreichen eines Höchstmaßes an sozialer und beruflicher Selbständigkeit sein, so muss sich das zu gründende Landesförderzentrum auch mitten im Leben befinden.

Wenn von Integration die Rede ist, ist auch die Rede vom Vorhandensein von Gebärdendolmetschern. Wir begrüßen es daher sehr – und da wiederhole ich mich nachdrücklich –, dass unsere Sozialministerin sich diesem Thema mit besonderer Aufmerksamkeit widmet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Situation von Menschen mit Hörproblemen ist vielgestaltig. Die PDS-Fraktion setzt große Erwartungen in den Bericht – insofern ist auch der Zeitrahmen angemessen –, um im Ergebnis die Lebensqualität der Betroffenen mit ihnen gemeinsam zu verbessern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Seemann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Seemann.

Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wer gelegentlich oder auch häufiger Hörprobleme hat, ist nicht allein.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Etwa 14 Millionen Menschen in Deutschland geht es ebenso, und wie Kollegin Bretschneider vorhin ausführte, Tendenz steigend. Nach meinen Informationen aus dem Landkreis Ludwigslust gibt es etwa 1.400 Gehörlose, die auf Gebärdendolmetscher angewiesen sind. Es sind aber nicht nur die Älteren unter uns, die ihre Umgebung nicht mehr verstehen. Sorgen macht den Hörexperten auch, dass bereits jeder vierte Jugendliche nachweisbare Hörprobleme hat. War es zu unserer Zeit nur der Diskolärm, leistet mit Sicherheit der Walkman heute seinen entsprechenden Beitrag zu dieser Entwicklung, mit anderen Worten, jeder hat auch ein Stück weit seine Gesundheit in diesem Bereich selbst in den Händen. Aber ich denke, man muss in diesem Zusammenhang auch an das Bewusstsein gerade der Jugendlichen appellieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht erkannte und korrigierte Hörschäden bewirken eine starke Einschränkung der Lebensqualität. Das Zitat von Helen Keller, was Herr Koplín vorhin gebracht hat, denke ich, zeigt sehr deutlich, mit welcher Situation Gehörlose konfrontiert sind. An erster Stelle der Probleme steht das Gespräch, die Unterhaltung mit anderen, die erheblich beeinträchtigt ist. Hinzu kommt, das hatte ich in meiner Rede zum Integrationsförderratsgesetz bereits betont, dass Menschen mit Hörschäden vom Äußeren nicht ohne weiteres auffallen. Deshalb werden ihre Schwierigkeiten entweder nicht wahrgenommen oder es besteht kaum Verständnis hierfür.

Die häufig nicht zu überwindenden Hürden, die Hörgeschädigte im kommunikativen Bereich bewältigen müssen, wirken sich nicht nur auf die Integration in der privaten Sphäre aus. Sie haben in nicht wenigen Fällen Einfluss auf die Leistungen in Ausbildung und Beruf. Die technischen Möglichkeiten, die der Verbesserung der Hörfähigkeit zum Beispiel durch Cochlea-Implantate und der Verstärkung dienen, sind in den letzten Jahren zwar gewachsen, damit verbunden sind jedoch zusätzliche Belastungen durch oft langwierige Beantragungsverfahren. Bei einer nicht erfolgten Förderung der technischen Hilfsmittel durch die Hauptfürsorgestelle müssen zudem finanzielle Schwierigkeiten bewältigt werden. Ähnliche Probleme gibt es auch bei der Hörgeräteversorgung.

Eine Hörbehinderung, meine Damen und Herren, trifft aber nicht nur den hörgeschädigten Menschen selbst, sondern auch seine Umwelt: die Schule, die Familie, die gesellschaftliche Umgebung, den Arbeitsplatz. Häufig können sich diese Menschen ihre Existenzgrundlage nicht mehr sichern, da sie arbeitslos und letztlich zu Sozialfällen werden. Der dadurch entstehende gesamtgesellschaftliche Schaden ist weitaus größer als die Kosten für Hilfsmittel und Prävention, von einer Beschränkung der individuellen Lebensqualität ganz zu schweigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die aufgrund der demographischen Entwicklung und wirtschaftlichen Situation sich verschlechternde Kluft zwischen Angebot und Nachfrage an betrieblichen Ausbildungsplätzen

macht sich besonders für Jugendliche mit Behinderungen bemerkbar.

(Harry Glawe, CDU: Was?)

Zudem ist vor allem die Auswahl an Berufsbildern für Mädchen eingeschränkt. Hier sehe ich gerade auch im Zusammenhang mit Jugendlichen, die von einer Hörschädigung betroffen sind, noch großen Handlungsbedarf. Obwohl bekannt ist, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Behinderungen besonders motiviert, leistungsstark und nur selten krank sind, und obgleich sowohl von Bundes- als auch von Landesseite eine Förderung bei Einstellung Behinderter erfolgt, sind in Zeiten schwieriger konjunktureller Lage die Chancen für Behinderte, einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhalten, geringer als in Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs. Aufgrund fehlender Daten sind allerdings genaue Aussagen bezüglich der konkreten Beschäftigungssituation von Hörgeschädigten in Mecklenburg-Vorpommern nicht möglich. Dies sollte, nebenbei bemerkt, bei der Umsetzung des Antrages bezüglich der Sozialdaten auch mit berücksichtigt werden.

Hörgeschädigte sind im Arbeits- und Berufsleben häufig auf Gebärdendolmetscher angewiesen. Seit 1988 besteht die Forderung des Europäischen Parlaments nach Anerkennung der Gebärdensprache als eigenständige und vollwertige Sprache. Der Deutsche Bundestag hat sich im Juni '98 mit dieser Thematik befasst. Auf der Grundlage einer Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz vom 18.03.1998 wurde einstimmig beschlossen, dass sich der Deutsche Bundestag für eine umfassende Förderung von gehörlosen und hörgeschädigten Menschen einsetzt, dass der Deutsche Bundestag davon ausgeht, dass es sich bei der Schriftsprache, der Lautsprache, den lautsprachbegleitenden Gebärden und der Gebärdensprache um gleichberechtigte Kommunikationsformen handelt, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert zu prüfen, wie die tatsächliche Gleichbehandlung der Kommunikationsform Gebärdensprache unter Zugrundelegung des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 18.03.1998 erreicht werden kann.

Nach wie vor sind jedoch in den einzelnen Bundesländern der Stand der Förderung und der Anerkennung der Gebärdensprache sowohl in fachlicher und politischer als auch in juristischer Hinsicht sehr unterschiedlich. In vielen Bundesländern wie zum Beispiel Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Hessen sind in den letzten Jahren entsprechende Aktivitäten erfolgt. Um dem berechtigten Anliegen nach besseren Kommunikationsmöglichkeiten von hörbehinderten und gehörlosen Menschen gerecht zu werden, sollte meines Erachtens auf bundeseinheitliche Regelungen Wert gelegt werden. Also auch hier besteht erheblicher Handlungsbedarf.

Die Hauptfürsorgestelle in Mecklenburg-Vorpommern verfügt nicht über einen speziellen Fachdienst für Hörbehinderte, Ertaubte und Gehörlose. Allerdings gibt es seit 1994 unter der Trägerschaft des Gehörlosen Landesverbandes ein Modellprojekt „Dolmetscherdienst für Gehörlose“, von dem flächendeckend die Dolmetschereinsätze organisiert und koordiniert werden. Das Land stellt hierfür zwar jährlich 70.000 DM zur Verfügung, dennoch ist eine zusätzliche Förderung seitens der Kommunen notwendig und die erfolgt auf unterschiedlich hohem Niveau.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir uns auch einmal Gedanken darüber machen müssen, ob es

bei der geringen Fallzahl nicht doch möglich ist, Fahrlehrern mit Hörschädigungen einen Gebärdendolmetscher so zu finanzieren, dass die Betroffenen von der Möglichkeit auch wirklich Gebrauch machen können. Hierdurch wird ihre Mobilität wesentlich erhöht. Ähnliche Gedanken müssten sich auch über die Anerkennung des Berufes des Gebärdendolmetschers und die erforderliche Ausbildung gemacht werden. Als positiv empfinde ich, dass seit November 1998 bis Ende diesen Jahres eine berufsbegleitende Gebärdendolmetscherfortbildung in der Ländlichen Erwachsenenbildung, Bildungszentrum Parchim e. V., stattfindet, die vom Sozialministerium über den Europäischen Sozialfonds gefördert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch Hörgeschädigte sind Konsumenten. Darüber ist heute noch gar nicht gesprochen worden. Welcher Hörgeschädigte, ob klein oder groß, hat keine hörenden Verwandten und Freunde, die sich gern mit ihm gemeinsam ein Fernsehprogramm anschauen wollen. Die Filme „Jenseits der Stille“ und „Dornenvögel“ wurden erfolgreich von den Öffentlichen untertitelt. Umfragen nach hatte dies eine gewaltige Resonanz zur Folge. Die meisten Hörbehinderten-Medien wiesen auf diese Sendungen hin. Hörbehinderten-Internetseiten machten vehement unübersehbare Einträge sowie die millionenfachen Faxrundschriften unter den Hörbehinderten, die sich ähnlich dem Schneeballsystem gegenseitig auf die jeweilige Sendung mit Untertitel aufmerksam machten. Dies ergab eine Steigerung der Zuschauerakzeptanz von einem Prozent. Also müsste die Untertitelung schon allein aus marktwirtschaftlicher Sicht auch für die Privaten interessant sein. Handlungsbedarf sehe ich auch in der Anerkennung und Förderung der Gebärdensprache im Fernsehen. Generell sollte die Gebärdensprache in allen Fernsehprogrammen, ich denke, zumindest in den Nachrichtensendungen zur Normalität gehören.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, notwendig finde ich auch, dass bei Neubauten daran gedacht wird, Hörschleifen zu ziehen, Alternativen zur Wechselsprechanlage bei Bedarf zu installieren, in Kinos, Theatern und sonstigen Kulturanlagen Induktionsschleifen zu legen und in Ämtern et cetera optische Signale anzuwenden. Für den Körperbehinderten und den Sehbehinderten wurden erfreulicherweise schon abgesenkte Bordsteinkanten, akustische Hörsignale an Ampeln und so weiter geschaffen. Auch hier besteht jedoch noch enormer Handlungsbedarf. Ich meine, die gleiche Aufmerksamkeit wie den Körper- und Sehbehinderten gebührt auch den Hörbehinderten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hörbehinderungen bedeuten nicht nur schlechter oder gar nicht hören, sondern einen Verlust der sozialen Kontakte, soziale Isolation bis hin zur Vereinsamung. Der 10-Prozent-Anteil Suizid allein unter den Schwerhörigen ist dafür ein trauriger Beleg. Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen soll die Situation der Menschen mit Hörschädigungen in Mecklenburg-Vorpommern genauer analysiert werden, um einerseits zielgenauer und rechtzeitiger Ursachen von Hörschädigungen bekämpfen und andererseits Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Betroffenen ergreifen zu können. Und, meine Damen und Herren von der CDU, ich begrüße es, dass auch Sie Handlungsbedarf sehen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Wir sollten gerade bei Berichten, bei denen Analysen vorausgesetzt werden, jedoch auch Zeit geben, das sollte Untersuchungen vorgenommen werden. Zudem, darauf hat Frau Bretschneider hingewiesen, beschäftigen sich die Arbeits- und Sozialministerkonferenz, die Finanzministerkonferenz sowie auch die Kultusministerkonferenz mit diesen Problemen. Die Ergebnisse dieser Beratung, denke ich, sollten wir auch in unsere Überlegungen mit einbeziehen. Insofern lehnen wir den Antrag der CDU-Fraktion auf Verkürzung der Berichtspflicht ab.

(Harry Glawe, CDU: Keine Logik drin.)

Ein Wort noch zu Ihnen, Herr Dr. König. Ihre Fraktion war acht Jahre lang an der Regierung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sozialminister SPD.)

Sie regen sich hier auf, dass im Bereich der Integration von Behinderten nun nicht schnell genug etwas passiert ist. Was haben Sie eigentlich acht Jahre lang gemacht?

(Harry Glawe, CDU: Herr Kuessner hat es hervorragend gemacht.)

Frau Gramkow kommentierte das vorhin mit „geschlafen“, man könnte auch dazu sagen „blockiert“.

(Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

Oder hatten Sie keine Ahnung, was eigentlich erforderlich ist?

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Jetzt, das kann ich Ihnen ja sagen, wird jedenfalls gehandelt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Angelika Gramkow, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: So schlecht ist der Sozialminister nicht gewesen. – Glocke des Präsidenten)

Wissen Sie ...

(Angelika Gramkow, PDS: Nein, der Sozialminister konnte sich ja nie durchsetzen bei der Frage in der Koalition. – Zuruf von Dr. Arthur König, CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich bitte, der Rednerin wieder Raum zu geben.

Dr. Margret Seemann, SPD: Sie kennen sicherlich das Sprichwort „Getroffene Hunde bellen“. Jetzt wird jedenfalls gehandelt, wenn, das gebe ich zu,

(Dr. Arthur König, CDU: Na hoffentlich!)

auch nur in kleinen Schritten,

(Harry Glawe, CDU: Jetzt kommt die halbe Wahrheit durch.)

denn zu Ihren Hinterlassenschaften, dass Sie sich offensichtlich nicht genug um die Integration von Behinderten gekümmert haben, gehört natürlich auch, das wissen wir, eine erhebliche Finanzlast, die wir jetzt hier zu schultern haben.

(Harry Glawe, CDU: Siehst du! Siehst du!)

Also jetzt wird gehandelt,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wenn auch in kleinen Schritten. Das Integrationsförderungsgesetz ist ein Beleg dafür, man kann sich über den Inhalt unterhalten, Herr Dr. König, und Sie wissen,

(Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

dass wir noch eine Anhörung machen, Sie wissen, dass wir mit den Betroffenen noch sprechen. Wir haben dann Möglichkeiten, im Ausschuss ja wohl auch noch einiges zu regeln.

(Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

Und ich möchte noch ein Stichwort geben: Auch im Bereich der Landesbauordnung wird endlich gehandelt.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Wenn ich alleine an das Drama des Paragraphen 52, wenn ich das noch richtig im Kopf habe, denke, das Ihre Bauministerin Frau Kleedehn wohl wesentlich mit zu verantworten hat,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Annegrit Koburger, PDS)

dass dort in den letzten Jahren nichts passiert ist. Wir werden da jedenfalls handeln

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und ich gehe davon aus, dass wir dann auch die Belange von Menschen mit Hörschädigungen berücksichtigen werden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den von der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1180 vorgelegten Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1180 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1134 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS bei einer Stimmenthaltung auf CDU-Seite, ansonsten einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Novellierung des Ladenschlussgesetzes, Drucksache 3/1138.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Novellierung des Ladenschlussgesetzes
– Drucksache 3/1138 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Prachtl von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Prachtl.

Rainer Prachtl, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, am Vormittag und auch in diesem Hohen Haus darf man mit einer kleinen Geschichte oder einer Anekdote beginnen.

Ich war in Charlotte in Mecklenburg-County. Sonntags, 10.20 Uhr

(Reinhard Dankert, SPD:
Da sind Sie in die Kirche gegangen.)

Ist ein Senator mit mir durch die Stadt gefahren und mit einem Mal kamen wir in einen Verkehrsstau. Ich fragte ihn: „Warum sind wir im Verkehrsstau?“ Da sagte er: „Die Leute fahren alle zur Kirche.“

(Reinhard Dankert, SPD: Siehst du!)

Einige Wochen später in Neubrandenburg am Sonntag, etwa die gleiche Uhrzeit, Rainer Prachtl will zur Kirche fahren und auf dem Ring ist ebenfalls Verkehrsstau.

(Angelika Gramkow, PDS:
Nicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad?)

Wo fahren die Leute hin? Zum Shoppen.

(Peter Ritter, PDS: Dann gehen
Sie zu Fuß, Herr Prachtl! –
Angelika Gramkow, PDS: Fahrrad!)

Das nur als Geschichte vorweg.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

Sie sehen, unterschiedlicher kann es in den Ländern nicht zugehen.

Was meinten Sie, Herr Ministerpräsident?

Präsident Hinrich Kuessner: Der Ministerpräsident darf von der Regierungsbank leider nicht reden, Herr Prachtl.

Rainer Prachtl, CDU: Ach so.

Präsident Hinrich Kuessner: Ich kann ihm leider nicht das Wort geben.

Rainer Prachtl, CDU: Na gut, dann müssen wir beide vielleicht ein andermal in den Dialog treten und mal ein Bier trinken, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ich wollte im Grunde damit sagen, in den Ländern geht es durchaus unterschiedlich zu, und deshalb, glaube ich, ist es dringend notwendig, dass es in Mecklenburg-Vorpommern einen Dialog gibt, um klare Regelungen zum Ladenschlussgesetz zu erhalten. Deshalb haben wir auch diesen Antrag gestellt.

Wir stehen vor der Herausforderung, den Konflikt zwischen unserer christlich-abendländischen Kultur und dem Medienzeitalter einer globalisierten Welt zu lösen. Das Leben soll lebenswert bleiben und gleichzeitig den neuen globalen Herausforderungen gerecht werden. In kaum einer anderen Frage wird diese Aufgabe so anschaulich und deutlich wie bei der Debatte um den Ladenschluss, konkret letztendlich um die Sonntagsruhe.

Die Argumente sind zum Teil relativ klar. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die unabhängig vom sonntäglichen Kirchgang den Sonntag als Tag der Familie, der Ruhe, der Rückzugszeit und Besinnung sehen möchten, um auch ein Zeichen zu setzen, dass sich in unserer modernen Welt nicht alles den wirtschaftlichen Notwendigkeiten unterordnen muss. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die unter den Stichworten Standortwettbewerb, Freizeitgesellschaft, Deregulierung und Selbstbestimmung sowie Wertschöpfung die Sonderstellung des Sonntags für überholt ansehen. Ich möchte hier deutlich sagen, es spricht vieles für den konsequenten Stand-

punkt der Kirchen. Dies sage ich auch als katholischer Christ, der zur Sonntagsruhe steht und auch zum Sonntagsgottesdienstbesuch.

Weshalb? Ich denke, es ist eine jahrtausendalte Geschichte, die wir betrachten müssen. Da sind zum einen die Juden mit ihrem Sabbat, die im Grunde am Sabbat an den Auszug aus Ägypten, die Befreiung von der Sklaverei erinnern. Auch die Römer hatten Feste, wenn sie ihre Götter verehrten. Und die Christen, das wissen Sie aus der Heiligen Schrift, haben erst drei Tage nach dem Sabbat Auferstehung gefeiert. So mussten die Christen bei den Juden sogar an den Arbeitstagen, wenn sie Auferstehung feiern wollten, sozusagen die Arbeit schwänzen und dann Auferstehung feiern. Die Zäsur gab es erst mit dem römischen Kaiser Konstantin, der sich 312 taufen ließ. Somit wurde die christliche Religion zur Staatsreligion und damit gab es dann auch den Sonntag.

Wer sich an die DDR-Zeit mit der guten russischen Sprache, sage ich mal, erinnert, der weiß, wenn der Lehrer fragte: „Was heißt **воскресенье**?“, sagte der Schüler: „Sonntag.“ Es gab kaum Lehrer, die die zweite Bedeutung dieses „**воскресенье**“ kannten. Aber wer in Bulgarien oder in Russland ist und Ostern den orthodoxen Priester hört, wie er ruft „**Христос воскрес**“, der weiß dann auch, dass „**воскресенье**“ eigentlich „Auferstehung“ heißt. Und dass die russischen Kommunisten nun gerade mit den Christgläubigen nicht so gut umgegangen sind,

(Zuruf von Kerstin Kassner, PDS)
was christliche Feiertage betraf ...

Ich weiß nicht, was Ihr Zwischenruf eben sollte, aber in Israel sagt man: „Die Schafe blöken immer auf die gleiche Weise.“

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Na ja, bei solchen ernsten Dingen, Frau Abgeordnete, sollte man etwas demütiger sein. Bei gewissen Dingen, die ich gestern schon betonte, verbietet es sich einfach, solche tiefen Eingriffe ...

(Kerstin Kassner, PDS: Ich habe doch nur
gesagt, die haben den Namen für den Sonntag
nicht geändert. – Angelika Gramkow, PDS:
Etwas anderes hat sie nicht gesagt.)

Na ja. Ja, das sollte geändert werden, ist aber nicht geändert worden.

Und ich will damit sagen, dass dies ...

(Minister Dr. Gottfried Timm: Hier haben
sie den Sonnabend und nicht den Sonntag.)

Zu Ihnen habe ich gestern schon alles gesagt. Das mit den Schafen gilt dann aber auch für Sie.

Präsident Hinrich Kuessner: Ich bitte die Regierungsvertreter, nicht von der Regierungsbank zu reden. Das ist unsere Praxis in diesem Parlament.

Rainer Prachtl, CDU: Was für alle Religionen aber gilt, ist – und das ist wahrscheinlich noch bedeutender als der Sabbat und die Sonntagsruhe – die Bedeutung des *Vita activa* und *Vita contemplativa*, nämlich dass einmal das Aktive da sein sollte, aber zum anderen auch das Kontemplative. Deshalb muss gefragt werden, ob hier ein Kompromiss bei der Bedeutung der Sonntagsruhe möglich ist. Hier möchte ich einen Theologen bemühen, Karl Rahner. Und diese Unterscheidung sei mir erlaubt, er

spricht von Gottesgeboten und von Kirchengeboten. Bei Gottesgeboten geht er davon aus, dass Christen diese Gebote mehr oder weniger ohne Interpretation, ohne Entschuldigung einhalten sollten. Ich nenne zum Beispiel das Gebot „Du sollst nicht töten.“ Da gibt es ja kaum Ausnahmen, wo man etwas zulässt.

(Annegrit Koburger, PDS: Außer beim Krieg machen wir das mal ganz locker.)

Was die Sonntagsruhe ...

Also über einen Tyrannenmord kann man sich streiten. Nun Gott!

(Annegrit Koburger, PDS: Oh toll! – Zuruf von Monty Schädel, PDS)

Was das Kirchengebot betrifft, sind Interpretationen, Entschuldigungen möglich. Die Sonntagsruhe ist ein solches Gebot. Deshalb sollte und kann hierüber auch diskutiert werden. Nach reiflicher Überlegung hat die CDU – und ich persönlich auch – eingesehen, dass hier ein Dialog da sein sollte und dass es einen Kompromiss geben sollte.

Allerdings, und hier kommt die andere Frage, wenn man den hohen Wert der Sonntagsruhe nimmt, muss man gleichzeitig auch den hohen Wert der Arbeit sehen, denn ein soziales Abseits von Arbeitslosen möchte keiner.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Und das Sozialpapier der Kirchen, in dem diese Dinge auch angesprochen werden, sagt deutlich, dass sich alle Politiker intensiv um Arbeit bemühen müssen. Aber – aber! – wenn die Sonntagsruhe jetzt aufgegeben werden soll, dann muss klar sein, da sind wir uns wahrscheinlich alle einig, dass die Behauptung, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, wirklich stimmt.

(Barbara Borchardt, PDS: Ach ja?)

Mir reicht es zum Beispiel nicht, wenn der IHK-Präsident in Neubrandenburg sagt, es sind 500 bis 1.000 Arbeitsplätze.

(Barbara Borchardt, PDS:
Dann lesen Sie mal die Studie!)

Da würde ich zu jeder Landesregierung sagen, das reicht nicht, da muss meinetwegen eine andere Ansiedlung her, um die 500 bis 1.000 zu schaffen. Ich sage, es müsste dann mehr sein.

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Zweitens. Wenn über eine so wichtige Sache wie Sonntagsruhe diskutiert wird, dann sollte man darüber auch Rechenschaft ablegen – also wir Politiker, wenn wir es denn einführen – und es sollte dann wahrscheinlich versuchsweise geschehen.

Wie gehen wir nun mit diesen Gegensätzen um? Schließlich war es in Mecklenburg-Vorpommern bereits 1993 gelungen, mit der Bäderregelung einen Kompromiss zu formulieren.

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Die einen sahen ein, dass der Sonntag schon etwas Besonderes bleiben muss, kein x-beliebiger Tag. Die anderen sahen ein, dass der Grundsatz „Am siebten Tag sollst du ruhen.“ im Zeitalter einer 35-Stunden-Woche eine andere Bedeutung haben muss als vor etwa 150 Jahren.

(Annegrit Koburger, PDS: Wo gibt's denn die 35-Stunden-Woche? Hier? – Monty Schädel, PDS: Wo gibt's die denn?)

Schließlich hatte derjenige, der am siebten Tag ruhte, vorher sechs Tage pausenlos durchgearbeitet. Aber – aber! – juristisch muss man zur Bäderregelung sagen, auch nach den bisherigen gerichtlichen Entscheidungen, dass es wahrscheinlich eine Rechtsbeugung ist.

Unabhängig von der juristischen Bewertung könnten jedoch folgende Gründe für einen Kompromiss und auch für den Dialog der streitenden Seiten angeführt werden:

Erstens, und das halte ich für das Allerwichtigste: Der politische Gestaltungswille der Landesregierung – und da ist mir auch egal, wer in der Landesregierung ist –, der politische Gestaltungswille muss da sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich sage noch einmal, 500 bis 1.000 Arbeitsplätze sind mir hier zu wenig, um die Sonntagsruhe zu gefährden. Wenn ich an Malta denke, die 40 bis 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beim Tourismus haben – so viel müssen wir nicht haben, aber zumindest muss ernsthaft darüber nachgedacht werden, welche Stellung wir hier einnehmen wollen. Und das muss von der Landesregierung, von uns allen insgesamt gewollt werden.

Zweitens, das ist schon passiert, die Begrenzung der Zahl der Gemeinden. Ich glaube, wir haben 119 Gemeinden in der Bäderregelung drin. Wir sind im Augenblick genau 1.000 Gemeinden in Mecklenburg.

Drittens müssen wir natürlich Folgendes sehen. Wenn am Sonnabend und Sonntag gearbeitet wird und die Menschen dafür am Dienstag und Mittwoch frei haben, ist das natürlich auch eine Möglichkeit, dieses *Vita contemplativa* ein Stück zu praktizieren. Man sollte dabei auch wissen, was ich bedauerlich finde, dass sich in Deutschland Väter und Mütter am Tag statistisch etwa 20 Minuten – nur 20 Minuten! – um ihre Kinder kümmern. Das bedeutet, wenn ein Schüler am Dienstag nach Hause kommt, die Mutter hat bei C & A am Sonntag gearbeitet und die Mutter dann zum Kind – und der Vater ist eventuell auch da, weil er frei hat – sagt: „Ich bin für dich da.“ – und es gibt viele Freizeitangebote –, dann kann da sehr viel gemacht werden. Das wäre auch ein Stück *Vita contemplativa* oder gute Erholung, wie man es eben nennen möchte.

(Barbara Borchardt, PDS:
Dann gehen sie einkaufen.)

Aber in dem Kontext, ich bin bei Punkt drei, möchte ich noch eins sagen: Was für mich am bedrängendsten tatsächlich beim Sonntag ist, ist das Auseinanderreißen der Kinder von den Eltern oder von Vater und Mutter. Das sind schon Dinge, über die wir ernsthaft nachdenken müssen.

Viertens. Natürlich gibt es schon die Möglichkeiten, via Internet und via Fernsehen einzukaufen – also auch am Sonntag. Hier haben, wenn die Entwicklung so weitergeht, kleinere Betriebe Nachteile. Darüber muss nachgedacht werden.

Fünftens und letztens, und das mag strittig sein, was ich jetzt sage: Man sagt ja manchmal, man ist beim Schlussverkauf ramschen gegangen. Ich denke – und darüber kann man streiten –, es darf und kann auch eine gesunde Einkaufskultur geben, also ein Stück Kultur,

wenn ich einkaufe. Es kann Spaß und Freude bereiten. Aber bei diesen Gründen muss ich insgesamt trotzdem sagen, wir haben damit klug und weise umzugehen, weil die Sonntagsruhe ein hohes Gut ist.

Trotz des vermeintlichen Kompromisses stehen wir heute vor der Situation, dass die Fronten heftiger gegeneinander stehen als zuvor. Hierfür gibt es aus meiner Sicht zwei Gründe:

Erstens. Mit der Eröffnung des Schlosspark-Centers hier in Schwerin wurde die Werbung für den Einkauf am Sonntag durchaus offensiver zum Beispiel auch in Hamburg und in Schleswig-Holstein geführt.

Zweitens. In Schwerin verschärfte sich die Konkurrenzsituation zwischen den Händlern im Schlosspark-Center und den Händlern außerhalb des Schlosspark-Centers. Dadurch entstand eine neue Koalition gegen die Sonntagsöffnung, weil einmal die Kirchen und die Gewerkschaften da waren und nunmehr die Händler außerhalb des Schlosspark-Centers in Schwerin. Durch die neue Konstellation erhöhte sich schlagartig der Gesprächsbedarf. Einerseits musste dem Schlosspark-Center klargemacht werden, dass die Bäderregelung einen Kompromiss zwischen allen Beteiligten darstellte und daher eine zu heftige Aggressivität im Werben um den Sonntag auf Bedenken stoßen musste. Dem Handel musste andererseits klargemacht werden, dass die Benachteiligung der kleinen Händler gegenüber dem Schlosspark-Center nicht ausschließlich mit der Sonntagsöffnung begründet wird.

Ich denke hier an die Fusionspolitik, die überall im Gespräch ist. Das ist noch mal ein grundsätzlich neues politisches Thema, über das gesprochen werden sollte. Und bezüglich dieser Dinge ist der Gesprächsbedarf natürlich immens. Kein Problem, sollte man meinen, für eine Landesregierung, die angetreten war – und die Landesregierung war angetreten –, Brücken zu bauen, Gräben zuzuschütten und Konsens herzustellen. Doch diesbezüglich, denke ich, ging es daneben oder ist weit gefehlt. Insbesondere die Kirchen wurden fast ein Jahr lang nicht so beachtet, wie es hier notwendig gewesen wäre.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt schiebt man alle Schuld auf die Kirche.)

Gesprächswünsche wurden ausgeschlagen, so dass deutlich wurde, dass der Konsens aufgekündigt und dann der Rechtsweg gesucht wurde. Schuld daran, dies möchte ich betonen, tragen nicht die Vertreter der Sonntagsruhe, sondern die Vertreter, die eben für diesen Stillstand, für diese politische Entwicklung verantwortlich sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Wie wahr!)

Aufgrund dieser Haltung haben wir jetzt eine Situation erreicht, die den gesellschaftlichen Frieden nachhaltig bedroht. Wenn jetzt die Gerichte entscheiden, bleibt in jedem Fall eine Seite als Verlierer auf der Strecke. Deshalb besteht hoher Handlungsbedarf. Wir brauchen Rechtssicherheit. Solche ambivalenten Situationen, was passiert denn nun, was nicht – das kennen Sie aus eigenem Erleben: Heirate ich, heirate ich nicht? Kaufe ich mir ein Haus, kaufe ich keins? –, sind immer Dinge, die unbefriedigend sind. Wenn die Sache klar ist, ist die Sache klar. Das kann auch eine Scheidung sein. Deshalb sind wir ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Das stimmt doch so.

(Gerd Böttger, PDS: Wenn's mal so wäre!)

Aber meistens ist es so, lieber Kollege.

(Gerd Böttger, PDS: Sie haben mal gesagt, es gibt Dinge zwischen Himmel und Erde ...)

Ja, gut, aber man kann so etwas nicht ewig aushalten, mein Lieber. Halten Sie mal ewig eine Scheidungssituation aus! Das geht dann auch nicht.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass endlich das Ladenschlussgesetz novelliert werden muss. Die Novellierung muss zum Ziel haben, eine große Flexibilität zu ermöglichen, die aber gleichzeitig dem gesellschaftlichen Konsens im Spannungsfeld zwischen Familienruhe und gesellschaftlichem Fortschritt in der Arbeitswelt gerecht wird. Deshalb fordern wir Sie auf, eine Initiative zu ergreifen, uns zu unterstützen, um das Ladenschlussgesetz zu novellieren.

Allerdings kann das nicht alles sein. Bis zur Novellierung des Ladenschlussgesetzes muss diese Landesregierung handeln und alle Gesprächspartner wieder an einen Tisch holen. Schuldzuweisungen helfen hier nicht weiter.

(Barbara Borchardt, PDS: Sie haben darauf verzichtet.)

Der Dialog muss endlich wieder aufgenommen werden – ich weiß, dass insbesondere die Kirchen auf diesen Dialog warten –,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

denn wir können uns eines nicht erlauben, wir können nicht weiter den Streit führen nach dem Motto: Was ist christlicher? – Für die Sonntagsruhe zu kämpfen oder für die Schaffung von Arbeitsplätzen auch durch die Flexibilisierung des Ladenschlussgesetzes? Diese Frage ist nur im Konsens zu lösen. Und an der Fähigkeit, diese Frage zu diskutieren und zu lösen, wird sich zeigen, ob wir die Kraft haben, uns der gesellschaftlichen Herausforderung zwischen kultureller Tradition und Globalisierung zu stellen. Wir werden sie lösen müssen, wenn wir weiterhin eine lebenswerte Gesellschaft gestalten wollen. Wir haben hier eine große Verantwortung. In Dantes „Göttlicher Komödie“ sagt der Wächterengel: „Wer rückwärts schaut, muss rückwärts gehen.“ Wir sind hier aufgefordert, nach vorne zu schauen. Das sollten wir auch machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Wirtschaftsminister Herr Eggert. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Rolf Eggert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich denn noch Präsident gewesen wäre, dann hätte ich an dieser Stelle gesagt: „Herr Abgeordneter, Sie haben nicht zur Sache gesprochen.“

(Reinhard Dankert, SPD: Wollte er auch nicht.)

Denn wenn ich mir diesen Antrag hier durchlese, dann haben Sie über Dinge gesprochen, die sich um diesen Antrag herumranken. Aber zur Sache haben Sie hier nicht

gesprochen, Herr Prachtl. Hier steht: „Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene geeignete Maßnahmen zur Novellierung des Ladenschlussgesetzes mit dem Ziel der Ermöglichung größtmöglicher Flexibilität zu ergreifen und dem Landtag beginnend mit dem 01.06.2000 fortlaufend über den Verfahrensstand zu berichten.“ Das steht in diesem Antrag.

Meine Damen und Herren! Ich will dennoch einiges zu dem sagen, was Sie hier geäußert haben, Herr Prachtl, weil ich den Anspruch der Kirchen, darauf hinzuweisen, dass es eine Verantwortung gibt, die nicht nur in der Wirtschaftlichkeit, nicht nur im Wirtschaftsleben und nicht nur in dem Jagen nach dem Goldenen Kalb besteht, sondern dass hier auch eine andere Verantwortung gegeben ist, eine andere gesellschaftliche Verantwortung, niemals und an keiner Stelle abgesprochen habe. Ich halte das für einen berechtigten Anspruch der Kirchen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Aber, meine Damen und Herren, das jetzt in den Kontext zu bringen, wie Sie das hier gemacht haben, Herr Prachtl, das könnte den Eindruck erwecken, als wäre das Ganze scheinheilig. Das könnte den Eindruck erwecken. Denn eins will ich Ihnen sagen: Ob es durch die Debatte, ob es dadurch geht, dass wir uns gerichtlich auseinandersetzen, dass wir jetzt unter Umständen durch Gerichtsentscheidungen Situationen bekommen, mit denen wir alle nicht leben können, das lockt doch die Leute nicht wieder in die Kirche,

(Rainer Prachtl, CDU:

Das sag' ich doch auch gar nicht.)

zumal im Übrigen dieser Verkehrsstau, von dem Sie berichtet haben, gar nicht auftreten konnte, denn die Läden durften ja erst ab 11.00 Uhr öffnen.

(Reinhard Dankert, SPD: Tja!)

Also könnte das zeitlich schon gar nicht hinkommen, was Sie hier geschildert haben.

Und nun noch etwas zu diesen Zeiten, Herr Prachtl. Ich wundere mich, ich wundere mich wirklich, wie Sie diesen Spagat hier hinbekommen. Wir haben diese Bäderregelung – Bäder- und Fremdenverkehrsregelung, wie sie genau heißt, eine Verwaltungsanordnung im Übrigen –, die im Juli 1998 getroffen worden ist. Im Juli 1998! Und nun sprechen Sie von Dialog. Hat es denn damals diesen Dialog der bestehenden Landesregierung mit den Kirchen nicht gegeben? Hat es dort keine Konsensverhandlungen gegeben? Haben Sie damals mahnend den Finger gehoben und gesagt: „Landesregierung von 1998, was macht ihr hier eigentlich? Wie gefährdet ihr den Sonntag?“

Diese Regelung, wie gesagt, besteht seit Juli 1998. Und nun frage ich Sie, was die Kirchen – ich stelle nur die Frage –, aber auch die Gewerkschaften bewegt hat, nicht gleich zu reagieren – denn diese Regelung besteht seit Juli 1998 und im Vorfeld in modifizierter Form seit 1992 und eine ähnliche Regelung besteht in Schleswig-Holstein seit 1962 –, warum diese Fragen nicht vorher aufgeworfen worden sind und warum Sie nicht vorher dieses mahnende Wort erhoben haben, Herr Prachtl. Diese Frage stellt sich mir, wenn Sie hier so ein Plädoyer halten. Die stellt sich mir.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS –
Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Und nun will ich Ihnen eins sagen: Reden Sie doch mal mit Herrn Born! Der ist doch Rechtsanwalt, nicht?! Gerade bei Verwaltungshandeln besteht eben auch ein Anspruch derjenigen, die von diesem Verwaltungshandeln betroffen sind, wenn das Verwaltungshandeln unrechtmäßig war. Noch haben wir ja keine rechtskräftige Entscheidung, aber wenn das dann festgestellt wird, gibt es auch dort einen Vertrauensanspruch der vielen Händler und der vielen Geschäfte hier in diesem Lande, die in Fremdenverkehrsorten ihre Waren am Sonntag verkaufen, meine Damen und Herren. Und diese Rechtssicherheit oder diese Sicherheit haben sie seit 1992.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Und die wollen Sie plötzlich wieder aufheben und schlagartig beenden? Das ist aber von uns gefordert worden zum Beispiel von einem Abgeordneten der CDU-Fraktion, meine Damen und Herren. Und deswegen sollten Sie sich in dieser Frage vielleicht erst mal selber einig werden!

Und noch etwas: Sie haben hier dargestellt, durch das Handeln des Schlosspark-Centers sind nun Interessen Hamburger Geschäftsleute, Schleswig-Holsteiner Geschäftsleute betroffen gewesen. Das ist eben auch durch die Werbung und so weiter zustande gekommen. Ja, welche Interessen verfolgen wir denn hier eigentlich? Welche Interessen verfolgen wir denn hier in diesem Landtag? Verfolgen wir nicht die Interessen der Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern, der Geschäftsleute, die hier sind?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wollen wir nicht Wertschöpfung hier in diesem Lande realisieren?

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig, Herr Eggert.
Deswegen muss man ja auch mit den Leuten
reden. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Meine Damen und Herren, wenn es um politischen Gestaltungswillen geht, dann, meine ich, haben wir uns ernsthaft bemüht auch im Interesse der kreisfreien Städte. Und wenn Sie eine andere Information haben, dann müssen Sie nicht nur dieser glauben, die Sie von der Kirche bekommen, sondern dann müssen Sie auch einfach zur Kenntnis nehmen,

(Rainer Prachtl, CDU: Um Himmels
willen! Was unterstellen Sie denn da?!)

was ich Ihnen hier heute sage, dass wir uns ernsthaft bemüht haben, mit den Kirchen einen Kompromiss zu erzielen, und dass wir unsere ganzen Bemühungen darauf ausgerichtet haben, dieses Klageverfahren möglichst von diesem Lande fern zu halten. Das waren unsere Bemühungen und – das können Sie mir wirklich glauben – dazu hat es mehrere Gespräche gegeben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Hinterher!)

Nur eins stelle ich an dieser Stelle auch fest, Konsens kann es auch nur geben, wenn beide wirklich diesen Konsenswillen haben. Das ist eine Voraussetzung, um zu einem Konsens zu kommen, meine Damen und Herren. Und wir werden auch weiter das Gespräch nicht ablehnen. Wir werden weiter reden und weiter sprechen.

Aber eins will ich Ihnen auch sagen: Rechtssicherheit, auch das kann Ihnen Herr Born ganz gut erklären, kann

man durch zweierlei herstellen. Man kann es einmal dadurch herstellen, indem man alles zurücknimmt, was seit 1992 bestanden hat, und alles in Frage stellt, selbst das Handeln in eigener politischer Verantwortung. Das kann man alles in Frage stellen. Oder man versucht, die gesetzlichen Grundlagen der Bundesrepublik so zu verändern, dass wir wieder zu einer Rechtssicherheit kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Das ist unser Antrag.)

Und in diese Richtung gehen wir als Landesregierung.

Ihr Antrag auf Drucksache 3/1138 geht deshalb ins Leere, denn die Landesregierung nutzt bereits alle Möglichkeiten, ein modernes und den Anforderungen unseres Landes entsprechendes Ladenschlussgesetz zu erreichen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Briefe schreiben.)

Und trotz insgesamt elf Änderungen des Ladenschlussgesetzes seit seinem In-Kraft-Treten im November 1956 sind seine Regelungen nach wie vor, meine ich, bürokratisch und anachronistisch. Auch deshalb hat der Deutsche Bundestag im November 1996 beschlossen, dass drei Jahre nach In-Kraft-Treten der seinerzeit beschlossenen Änderung dem Deutschen Bundestag ein Erfahrungsbericht vorzulegen ist. Dieser Erfahrungsbericht wurde gemeinsam vom Bundesarbeitsministerium und Bundeswirtschaftsministerium dem Bundeskabinett vorgelegt und am 15. Dezember 1999 beschlossen.

Bereits mit der Kabinettsitzung am 7. September 1999 hat sich die Landesregierung darauf verständigt, auf eine Novellierung des Ladenschlussgesetzes hinzuwirken. Unser Ziel ist es, Sonntagsöffnungszeiten, wie sie die Bäderregelung ermöglicht, sollen gesetzlich verankert werden. Zusätzlich hat die Landesregierung im Rahmen ihrer Stellungnahme zu dem Erfahrungsbericht der Bundesregierung bereits eine Änderung des Ladenschlussgesetzes angeregt.

Aus meiner Sicht ist vorrangig beim Paragraphen 10 des Gesetzes, der die Sonntagsöffnungszeiten in touristisch frequentierten Orten regelt, dringend Handlungsbedarf gegeben, insbesondere in Bezug auf das verkaufsfähige Warensortiment. Dieses Ziel verfolgt die Landesregierung aktiv weiter. Derzeit liegt dem Wirtschaftsausschuss des Bundesrates ein Antrag des Landes Berlin zur Änderung des Ladenschlussgesetzes vor, der sich jedoch lediglich auf die Ladenschlusszeiten an Werktagen bezieht. Er geht – wie ich finde – für die Bedürfnisse unseres Landes nicht weit genug. Wir werden daher einen weitergehenden Antrag in die Beratung einbringen, der unseren Zielen gerecht wird und unsere Ziele verwirklicht.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Das heißt, es soll inhaltlich eine Ermächtigungsgrundlage für landesspezifische Regelungen von Sonntagsöffnungszeiten mit einem breiten Warensortiment in touristisch besonders frequentierten Orten geschaffen werden. Ich denke, das ist der richtige Weg. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kassner von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Kassner.

Kerstin Kassner, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem ich nach seiner ungewohnt liebevollen Aufforderung sehr demütig Herrn Prachtl bei seinem Vortrag gefolgt bin, hat sich bei mir ein riesiger Widerspruch aufgetan. Was sagen wir denn all den Menschen, die in der Dienstleistungsbranche tätig sind, gerade im viel gepriesenen Tourismus, in den neu errichteten Call-Centern, die immer dann arbeiten müssen, wenn andere Feiertage oder auch die Sonntage genießen können? Was sagen wir ihnen denn im Verhältnis zu dem, was Sie eben gesagt haben? Da tut sich wirklich ein Widerspruch auf, der nicht mehr zeitgemäß ist, Herr Prachtl.

(Beifall Gerd Böttger, PDS: Richtig.)

Wir haben es hier mit einem Thema zu tun, das wirklich viele Gemüter bewegt, und zu Recht. Es prallen unterschiedliche Meinungen aufeinander, die verschiedensten Gruppen haben verschiedene Interessen. Fest steht aber, dass die Bäderregelung das Interesse des Landes an optimalen Rahmenbedingungen für den Tourismus maximal ausgelegt hat,

(Wolfgang Riemann, CDU: Optimal, optimal. –
Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

denn mit 146 Orten – nicht 119, Herr Prachtl – sind wirklich fast alle benannt, die sich vom Fremdenverkehr auch nur irgendwie wirtschaftlich beleben versprechen. Die Auseinandersetzung zeigt aber auch, dass es um grundsätzliche Werte der Gesellschaft geht, zum Beispiel eben die Sonntagsarbeit im Handel, aber auch im Allgemeinen, das Einkaufen als Erlebnis und natürlich auch das Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit. Mit der Sonntagsarbeit und deren Auswirkungen wird sich meine Kollegin Frau Borchardt beschäftigen. Das kann ich mir hier an dieser Stelle sparen.

Der Einzelhandel jedoch bemüht sich schon seit Jahren, dem Einkaufen einen anderen Stellenwert zuzumessen. Dabei soll es nicht nur um den reinen Tauschakt, also Ware gegen Geld, gehen, sondern vielmehr soll sich das Ganze im Bereich der Gefühle abspielen.

(Heiterkeit bei Georg Nolte, CDU)

Einkaufen soll ein Erlebnis werden, das alle Sinne anspricht. Dazu realisieren Kaufhäuser und auch einzelne Geschäfte gewaltige Investitionen. Viele Einrichtungen wurden umgebaut und diese in diese Richtung modernisiert und die Kunden haben dies auch angenommen. Überprüfen wir uns alle mal selbst. Viele machen das Einkaufen zum Freizeiterlebnis – einmal, um sich in Ruhe umzusehen, Preise und Qualitäten zu vergleichen und dann in Ruhe ihre Kaufentscheidung zu treffen, zum anderen aber auch, weil sich jedermann ein Fest, ein sogenanntes Event, dabei erwartet. Die Besucherzahlen in den Einkaufszentren der großen Städte unseres Landes sprechen eine deutliche Sprache.

Fest steht aber, dass all die Verführungskünste die Käufer scheinbar nicht dahin geführt haben, dass sie insgesamt mehr Geld ausgeben. Die Zuwächse im Jahr 1999 haben nicht eine solche Größe erreicht, dass der Einzelhandel zufrieden gestellt werden konnte. 27 Prozent aller Einzelhändler in Westmecklenburg schätzten im IV. Quartal des Vorjahres ihre Geschäftslage als schlecht ein. Die Erwartungen für das Jahr 2000 sind noch negativer, wenn ich die entsprechenden Veröffentlichungen richtig deute. Das schlägt sich natürlich auch auf die Personalpläne und die Investitionsausgaben nieder, denn 30 Prozent der

Unternehmen wollen Personal abbauen und 65 Prozent müssen oder wollen die Investitionen kürzen. Also könnte man leichtfertig zu der Einschätzung kommen, die Bäderregelung hat insgesamt keine positiven Auswirkungen gebracht, aber dem ist nicht so. Wir haben sehr viele Zuschriften bekommen – und die werden Sie auch erhalten haben –, wo sich viele Einzelhändler aus den touristischen Regionen ganz dezidiert äußern, dass sie ohne die Bäderregelung überhaupt nicht überleben könnten. Ich denke, das ist für uns Anlass zu handeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Die Begründung des Verwaltungsgerichtes Schwerin bestätigt die Auffassung, dass es so ist, dass die Bäderregelung auf sehr unsicheren Füßen gestanden hat. Die Regelungen sind auf den Paragraphen 10 zurückzuführen. Die jetzige Formulierung dieses Paragraphen jedoch entspricht in keiner Weise mehr den derzeitigen Gegebenheiten im Jahre 2000. Deshalb sind wir der Meinung, dass es dringend einer Anpassung dieses Gesetzestextes an die realen Bedingungen in diesem Jahr 2000 bedarf.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Dies haben wir bereits am Anfang des vergangenen Jahres in einer Beratung mit der Sozialministerin zum Ausdruck gebracht. Es waren sehr viele Vertreter, auch hier aus diesem Gremium, mit dabei. Wir sahen da wirklich die Notwendigkeit, dass die Bäderregelung auf sichere Füße gestellt werden muss.

Die PDS trat und tritt dafür ein, dass die wochentägliche Schließzeit erhaltenswert ist und eine weitere Öffnung bis 22.00 Uhr eigentlich nicht notwendig erscheint. Bis 20.00 Uhr – diese Ladenöffnungszeit ist ja bereits möglich – sind im Wesentlichen die Einkaufswünsche der Bürger gestillt. Wie Sie alle wissen, haben die Mehrzahl der Geschäfte nicht einmal diese Möglichkeit ausgeschöpft. Gucken Sie sich doch um in den Orten, in denen Sie zu Hause sind!

(Jürgen Seidel, CDU: Das müssen sie ja auch
nicht. Kein Mensch sagt, dass sie müssen.)

Es sind nur die Wenigsten, die das in Anwendung bringen. Geregelt werden muss die Öffnung an den Wochenenden, um insbesondere dem Tourismus, vor allem auch dem Tagestourismus, Rechnung zu tragen. Und Sie wissen ganz genau, gerade an den Wochenenden reisen sehr viele Gäste an, und dann stellt man fest, man hat die Zahnbürste, den Bademantel oder was weiß ich vergessen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Dann entsteht ein ganz dringender Bedarf einzukaufen, ganz abgesehen davon, dass es natürlich auch Spaß macht zu shoppen. Wenn ich mir angucke, was sich da in den Bäderorten in den letzten Jahren getan hat, so sind das wirklich sehr schöne Sachen, die es sich auch wirklich lohnt anzusehen.

Das heißt also, dieser Paragraph 10 des Ladenschlussgesetzes ist den Bedürfnissen der heutigen Touristen anzupassen. Einmal müssen wir wohl die Orte präzisieren, die im Rahmen der Bäderregelung von diesen Möglichkeiten profitieren könnten, und zum anderen sind auch die Waren neu zu definieren, die in dieser Zeit vertrieben werden können. Die Aufzählung, die das jetzige Gesetz vornimmt, wer sich das mal angesehen hat, geht weit an den heutigen Bedürfnissen vorbei.

Das Sozialministerium hat einen Antrag für eine Bundesratsinitiative bereits im Sommer des vergangenen Jahres erarbeitet. Das Kabinett hat sich am 7. September 1999 darauf verständigt, dass bei einer etwaigen Novellierung des Ladenschlussgesetzes der Paragraph 10 so gestaltet werden sollte, dass die Bäderregelung in unserem Land Bestand hat. Ich denke, das sollte der Schwerpunkt unserer Bemühungen sein. Sie sehen daran auch, dass die Regierung gehandelt hat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo?)

Das sollten wir unterstützen. Den Antrag, den Sie gestellt haben, den braucht es dazu nicht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bräunig von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bräunig.

Erhard Bräunig, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Antrag der CDU: Das ist wie bei Hase und Igel hier. Die CDU müsste öfter mal Igel sein, denn – der Wirtschaftsminister hat es gesagt – ehe sie ausgeschlafen hat, war die Landesregierung schon lange aktiv

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

und hat mit ihrem Kabinettsbeschluss schon lange gehandelt.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Deshalb haben wir geklagt.)

Insofern ist der Antrag, Herr Riemann, ja nicht schlecht, wir gehen da ja konform, aber er kommt eben zu spät.

Meine Damen und Herren! Was die Bäderregelung betrifft, ich war gestern Abend in Boltenhagen zu einer Veranstaltung des Einzelhandels. Da sagte ein Händler, er macht am Sonntag den Gesamtumsatz der Woche. Wenn er den nicht mehr hat, geht er Pleite, gehen Ausbildungsplätze verloren. Ich glaube, da sind wir uns fraktionsübergreifend einig, dass die Bäderregelung so großzügig ausgelegt werden muss, dass wirtschaftliches Handeln möglich ist. Ich glaube, da gibt es keinen Widerspruch zwischen den Fraktionen.

Um es gleich vorwegzunehmen: Ich glaube, wir alle überschätzen eigentlich das Ladenschlussgesetz, denn wir befinden uns direkt an der Schwelle oder mitten im Aufbruch in die Informationsgesellschaft zum 21. Jahrhundert, wo solche Begriffe, wie Internet, mobiles Internet oder e-Commerce, eine immer wichtigere Rolle spielen werden, so dass sicherlich in kürzester Zeit das Ladenschlussgesetz, wenn es dann novelliert ist oder in seiner jetzigen Form, wie auch immer, praktisch ausgehebelt beziehungsweise überflüssig wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dennoch muss ich sagen, wir brauchen gerade wegen der Bäderregelung die Novellierung des Ladenschlusses und der darin festgeschriebenen Ausnahmeregelung für Kur- und Erholungsorte, da die in Paragraph 10 des Gesetzes getroffenen Ausnahmen nicht mehr zeitgemäß sind und der veränderten Situation angepasst werden müssen. Das heißt, hier muss eine notwendige Verbindung von Tourismus- und Erlebniseinkauf her.

Meine Damen und Herren! Eine repräsentative Bevölkerungsumfrage im Frühjahr 1999 ergab, dass 57 Prozent

der Bevölkerung generell für veränderte Ladenschlusszeiten sind. 17 Prozent sprechen sich dagegen aus. Insbesondere jüngere Konsumentengruppen begrüßen zu über 80 Prozent und berufstätige Verbraucher zu 67 Prozent erweiterte Ladenöffnungszeiten. Veränderte Ladenschlusszeiten bringen Effekte hervor wie – das ist auch schon gesagt worden, zum Teil durch Frau Kassner – größere Bequemlichkeit beim Einkauf, insbesondere während der verlängerten Öffnungszeiten am Samstag, bessere Möglichkeiten der Synchronisation von zeitgebundenen Tätigkeiten, freizeitgebundenen Tätigkeiten, eine höhere Präferenz für den abendlichen und samstäglichen Einkauf in Innenstadtlagen sowie im Lebensmittel-Supermarkt und so weiter. Insgesamt wird festgestellt, dass über die Hälfte der Verbraucher die gesetzlich veränderten Öffnungszeiten positiv aufgenommen haben und knapp die Hälfte plädieren für eine vollständige Abschaffung des gesetzlichen Ladenschlusses.

Und hier liegt der Kern meiner Aussage. Es gibt keine ökonomische Rechtfertigung des gesetzlichen Ladenschlusses bei einer vernünftigen tarifrechtlichen Regelung. Von Eingriffen des Staates in die private Wirtschaftstätigkeit sollte abgesehen werden, solange keine Fehler im Funktionieren der Märkte erkennbar werden. Ich will es noch deutlicher sagen: Die jetzigen Regelungen sind ökonomisch schädlich, da der gesetzliche Ladenschluss nicht nur Einzelhändler und Konsumenten in ihren Freiheiten einschränkt, sondern auch die Funktionsfähigkeit des Marktes verringert. Mir ist bekannt, dass die meisten Länder sich für eine Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes ausgesprochen haben. Das heißt, es wird keine Sonntagsöffnung geben und Öffnungszeiten von Montag bis Samstag in der Zeit von 6.00 Uhr bis 20.00 Uhr beziehungsweise 22.00 Uhr. Das Ergebnis steht nicht fest, aber darauf haben sich die meisten Länder geeinigt und es wird wahrscheinlich auch so kommen.

Es ist natürlich bei einer Novellierung das Augenmerk darauf zu richten, welche gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen für Unternehmen, Verbraucher und Arbeitnehmer erwartet werden. Um auch in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften anzusprechen – auch das ist heute schon durchgeklungen und wird vielleicht noch mal kommen von Frau Borchardt –

(Barbara Borchardt, PDS: Richtig.)

der Schutz vor sozial unerwünschten Arbeitszeiten ist in der Tat nicht nur ein Problem des Einzelhandels. Viele Branchen sind von Abend-, Nacht- und Wochenendarbeit betroffen. Dennoch: Welcher Öffnungsbedarf in Wirklichkeit besteht, können die Einzelhändler besser einschätzen als ein Ladenschlussgesetz, auch als ein novelliertes Ladenschlussgesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin – wie bereits gesagt – für die vollständige Aufhebung des gesetzlichen Ladenschlusses von Montag bis Sonnabend und für die Übertragung der Entscheidung über eine Sonn- und Feiertagsöffnung an die Kommunen, kreisfreien Städte und Landkreise, so dass der kommunale Handel stärker in das kommunale Gefüge eingebunden wird.

Die Gutachter des IFO-Institutes schlagen vor: „Im Rahmen eines Sonn-, Feiertags- und Ladenschlussgesetzes überträgt der Gesetzgeber den Bundesländern das Recht, über eine Verordnungsermächtigung die grundsätzliche Entscheidungsbefugnis über eine Sonn- und

Feiertagsöffnung an die kommunalen Gebietskörperschaften zu delegieren. Die Zahl der für die Öffnung relevanten Tage muss dem Gebot der verfassungsmäßig verankerten Sonn- und Feiertagsruhe entsprechen. Die Länder sollten über mindestens zwei Drittel der Sonntage frei verfügen können und sollten diese Verfügungsrechte nach Möglichkeit auch ungeschmälert auf die Gemeinden übertragen.“ Aus meiner Sicht ist dem nichts hinzuzufügen. Diese Regelung käme dem nahe, was viele Tourismusexperten auch letztes auf der ITB in Berlin gefordert haben. Das kommt sicherlich auch im Antrag der Fraktion der CDU zum Ausdruck.

Eine geforderte völlige Aufhebung des Ladenschlussgesetzes von Montag bis Sonnabend würde die Leistungsfähigkeit des deutschen Einzelhandels verbessern

(Beifall Friedbert Grams, CDU)

und wäre ein positives Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat Frau Skrzepski von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Skrzepski.

Gesine Skrzepski, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Nichts hat besser überlebt in dieser schnelllebigen Gesellschaft als das bürokratische Räderwerk eines Ladenschlussgesetzes sage und schreibe aus dem Jahre 1956!

(Andreas Bluhm, PDS: Da gibt es aber noch eine ganze Menge. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Es gibt noch Gesetze aus dem alten Kaiserreich, die heute gültig sind. – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Auf allen politischen Ebenen wird die Novellierung des Ladenschlussgesetzes seit Jahren ergebnislos diskutiert und so ist es kaum noch eine Freude, ...

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

1956 war ich ein Jahr auf der Welt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Was, so alt sind Sie schon?!)

... über einen politischen Ladenhüter Diskussionen zu führen.

Danke.

Eigentlich hätte ich meine Rede vom 27. September 1995 im Landtag zum Thema „Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes“ ohne politische Bedenken heute erneut vortragen können.

(Gerd Böttger, PDS: Machen Sie es doch!)

Das tue ich aber nicht.

Mein Schlussgedanke 1995 war: „Wenn wir an der Schwelle des 21. Jahrhunderts Prozesse nur aus unserem deutschen Blickwinkel diskutieren, werden uns europäische Marktstrategien überrollen, und wir werden uns dann mit hausgemachten Regelungen erwehren“ – unserer guten Bäderregelung – „oder sogar abschirmen, anstatt Vorreiter zu sein.“

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Ja, da kommen wir auch noch hin.

Mecklenburg-Vorpommern hatte die bundesweit liberalste Ladenschlussregelung – man muss ja schon sagen, hatte. 190 Badeorte und Tourismuszentren im Land konnten zwischen Januar und Ende November bisher samstags bis 20.00 Uhr, sonntags zwischen 11.00 Uhr und 18.30 Uhr öffnen. Das war die bundesweit touristische Vorreiterrolle unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern. Und diese beispielhafte Bäderregelung war Handschrift des damaligen Wirtschaftsministers der F.D.P. und in besonderem Maße des Wirtschaftsministers Jürgen Seidel.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Diese Bäderregelung war die klare Antwort auf das aktuelle Wirtschaftsbild im Land.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie war aber einfach nicht rechtsförderlich.)

Der Tourismus ist mit der zukunftssträchteste Wirtschaftszweig im Land Mecklenburg-Vorpommern. Die Fakten sind der Spitzenwert an Übernachtungen von 15,6 Millionen für 1999, ein Zuwachs von 17 Prozent.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber doch nicht wegen der Einkaufszeit.)

Über 60.000 Menschen sind im Tourismus beschäftigt.

Ich freue mich über Ihre saloppe Art, Herr Schoenenburg, wie Sie mit dem Wirtschaftszweig Tourismus umgehen.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

15.000 bis 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der Saison und immerhin – und das ist wichtig für unser Land – neun Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt.

Allein auf meiner Heimatinsel Rügen – auch von Frau Kassner bereits erwähnt – wurden 5,8 Millionen Übernachtungen erreicht mit einem Nettoumsatz von immerhin über 750 Millionen DM. Doch es gilt nicht – wie bekannt – mit Zahlen zu brillieren, sondern aus der wirtschaftlichen Betrachtung politisch konsequent zu handeln. Unsere Bäderregelung war die politisch konsequente Antwort auf immerhin 6,27 Milliarden DM in gewerbliche Investitionen.

In unserer sehr stringenten Kurortgesetzgebung haben insbesondere die Seebäder enorme Investitionen ausgelöst, um den hohen Anspruch der Leistungskriterien für die Prädikatisierung zu erreichen. 13.800 Betten sind allein in der Reha-Landschaft Mecklenburg-Vorpommern entstanden. Dahinter verbergen sich 6.000 Arbeitsplätze. Diese enormen Investitionen stehen für den hohen politischen Anspruch, Dauerarbeitsplätze zu schaffen und auch die Tourismussaison in unserem Land zu verlängern, um nicht gleich übermotiviert über einen ganzjährigen Tourismus zu sprechen.

Auf der ITB am 13. März 2000, wo von uns ja viele vertreten waren, wurde das Tourismusbarometer der ostdeutschen Sparkassen vorgestellt. Die Kurkliniken und Sanatorien gelten als Stabilisatoren einer ganzjährigen Tourismuswirtschaft. Es wurde richtig erkannt, dass diese Investitionen erst dann wirtschaftliche Erfolge haben, wenn die Kernprodukte Hotellerie, Gastronomie, Dienstleistung, Handel, Kulturangebote in den hochfrequentierten Erholungsorten touristisch vernetzt werden und als wirtschaftliche Synergieketten funktionieren. Wir sprechen wie alle von den sogenannten Wirtschaftskreisläufen.

Diese bislang bestehende Bäderregelung wurde mit großer Zustimmung von Unternehmen, kommunalpolitischen Verbänden, Bürgermeistern, Landräten und dem Tourismusverband des Landes begrüßt und zu der Zeit vor allem auch von den Kirchen als tragfähiger Kompromiss akzeptiert. Im Ergebnis wurde damit einem antiquierten Ladenschlussgesetz wirtschaftliches Leben eingehaucht. Diese Bäderregelung bezieht sich im Wesentlichen auf die hochfrequentierten Bäder- und Fremdenverkehrsorte und sollte eben nicht zum siebten Einkaufstag für City-Großmärkte mutieren

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist aber neu. Ist das die Auffassung der CDU? Herr Jäger, sind Sie noch da?)

und nicht den eigentlichen Sinn ...

Ja, hören Sie mal richtig hin. Ja, das lohnt jetzt nicht, Frau Gramkow, wenn Sie einen Nachhilfekurs kriegen, es geht gleich um Schwerin.

Und so wurden folgerichtig die kreisfreien Städte, insbesondere die touristisch attraktiven Innenstädte von Greifswald, Rostock, Neubrandenburg, Stralsund und Wismar, mit einbezogen. Heute stellt sich diese Entscheidung janusköpfig – zweigesichtig – dar. Durch das Entstehen von Großmärkten auf der Wiese, der sprichwörtlich modernen Stadtmauern des 20. Jahrhunderts, beklagt der Einzelhandel zu Recht ein Abwandern der Kaufkraft aus den Innenstädten auf die grüne Wiese. Die enormen Summen für Grundstücke, Immobilien und den Abkauf von Parkflächen in den Innenstädten beschleunigen diesen Prozess negativ.

(Angelika Gramkow, PDS: Ha, ha!)

Dieser Gigantismus auf der grünen Wiese, so vom Einzelhandelsverband benannt, wurde bereits 1995 beklagt, zur Zeit des Wirtschaftsministers Dr. Ringstorff.

(Heiterkeit und Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Nein, ich gebe doch bloß Fakten bekannt.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Billiger geht es wirklich nicht.)

Das ist doch keine Kritik, es ist doch keine Kritik. Hören Sie doch bitte mal in die Sinnhaftigkeit!

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Das glaube ich Ihnen sogar, denn aus Schwerin sind ja immerhin 7.000 Menschen abgezogen und haben außerhalb der Stadt Eigenheime gebaut.

(Angelika Gramkow, PDS: Dafür bin ich ja auch verantwortlich.)

Wir kommen noch zu Todsünden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Bäderregelung, die den frequentierten historischen Innenstädten wieder Verkaufsleben einflößte, auch der Stadt Schwerin, wurde von den Einzelhändlern begrüßt, aber auch sehr realistisch diskutiert. Und so heißt es im aktuellen Umfrageergebnis der IHK zu Schwerin vom 3. August 1999 – und die sollten Sie sich angucken, Frau Gramkow –

(Angelika Gramkow, PDS: Ist mir bekannt.)

zum Ladenschluss und zur Bäderregelung auf Seite 5: „An den Sonntagen generell zu schließen halten 59,1 Prozent der Befragten in Einkaufszentren und immerhin 71,7 Prozent der anderen Altstadt Händler für sinnvoll.“ Nach Aussage der IHK wurden 300 Unternehmer der Schweriner Innenstadt befragt. Die Händler sagen Schließen und die Käufer, die Konsumenten, sagen Aufmachen.

(Angelika Gramkow, PDS:
Und warum sagen das die Händler?)

Es geht ja noch weiter.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, ich wollte
ja nur, dass Sie das auch vorlesen.)

Noch interessanter fällt die Antwort zur Frage aus: Wer sollte die Entscheidung über die Ladenöffnungszeiten treffen? 40 Prozent sagen Bund und Land, 36,2 Prozent der Unternehmer, etwa 20 Prozent nur Gemeinde, Stadt. Damit schließt sich der Kreislauf. Die Politik ist gefordert und diskutiert über das Ladenschlussgesetz seit Jahren ergebnislos.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Gutachten zur Vitalisierung der Innenstädte und Landesförderprogramme für City-Manager ersetzen einen Teil politischer Unentschlossenheit. 36,2 Prozent der Unternehmer fordern, selbst zu entscheiden, was die bisher geltende Bäderregelung freigestellt hat. Da heißt es, die Verkaufsstellen „dürfen“ geöffnet sein. In den Auflagen sind neun Bestimmungen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgeschrieben. Die Bäderregelung sagt eindeutig, der Unternehmer darf Dienstleister sein. Und in diese Bäderregelung kommt nun ein zweifelhafter Ruf.

Durch ein Urteil vom Verwaltungsgericht vom 9. Februar wurde den Klagen von sechs Arbeitnehmern gegen die bislang geltenden verlängerten Öffnungszeiten in den Innenstädten von Schwerin und Wismar stattgegeben. Natürlich weiß ich als Kommunal- und Landespolitikerin juristische Entscheidungen zunächst zu akzeptieren. Der dort aufgeführte Paragraph 23 des Ladenschlussgesetzes vom 28. November 1956, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 30. Juli 1996, gab uns aber hier im Land den politischen Mut, eine Ausnahmegewilligung für die Tourismuswirtschaft unseres Landes unter Vorbehalt des jederzeit möglichen Widerrufs zu erteilen. Gleicher Paragraph 23 wird im Verwaltungsurteil in seinem Inhalt meines Erachtens historisch auf das Jahr 1956 interpretiert, eben dass dieser Paragraph nur zur Beseitigung kurzfristig auftretender Versorgungsmängel herangezogen werden könne. Diese Betrachtung ist für mich total antiquiert, denn 1956 gab es sicherlich ganz andere wirtschaftliche Betrachtungen zu kurzfristigen Versorgungsmängeln, die Warendecke war noch gar nicht vorhanden

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Es gab die HO. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und dieses Gesetz entstand elf Jahre nach einem verheerenden Weltkrieg.

44 Jahre danach stellt sich uns doch ein ganz anderes Bild dar. Dieser Paragraph hat im Jahr 2000 längst seinen Anspruch verloren. Versorgungsmängel in heutiger Zeit entstehen, wenn in hochfrequentierten Tourismusgebieten, wie zum Beispiel in Warnemünde, Tausende Kurzurlauber über das Wochenende eintreffen und vor ver-

schlossenen Läden flanieren, ein Warnemünder Strom, in dem sprichwörtlich Kundenströme versiegen. 1956 vor einer Schaufensterscheibe zu stehen, wo nichts drin ist, das ist ein Versorgungsmangel. Im Jahr 2000 vor einer Schaufensterscheibe zu stehen, wo alles prall gefüllt ist, und nicht einkaufen zu können, das ist in umgekehrter Weise ein Versorgungsmangel.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Spätestens seitdem Tankstellen, Bahnhöfe und Flughäfen zu regelrechten Supermärkten expandieren, in denen Kunden 24 Stunden am Tag einkaufen können, wissen wir, dass es illusorisch ist, die Ladenschlussbestimmungen in der bestehenden Form beizubehalten. Entsprechend den Vorstellungen der CDU könnte das Ladenschlussgesetz für Werktagen bundesweit ersatzlos gestrichen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und Erhard Bräunig, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das nimmt auch den Druck auf die Sonn- und Feiertage. Die Läden selbst sollten an Werktagen ihre Öffnungszeiten bestimmen. Touristisch hochfrequentierte Gebiete müssen durch eine bald mögliche Novellierung des Ladenschlussgesetzes Rechtssicherheit als ausgesprochener und besonderer Dienstleister im Tourismus erhalten. Und da geht es insbesondere um den Paragraphen 10.

Unser Land hat im Übrigen auch im Landesraumordnungsprogramm 26 Erholungsgebiete ausgewiesen. Allen ist bekannt, welch ein tourismuspolitischer Forschungs- und Standortvorteil unsere Bäderregelung für Mecklenburg-Vorpommern mit Blick auf ein erstarrtes Ladenschlussgesetz ist – doch korrekter ist leider bereits, war.

Und jetzt, Herr Wirtschaftsminister, zu Ihnen. Obwohl sich eine Klage durch Kritiker und Gegner abzeichnete, verharrete die Landesregierung in Kommunikationslosigkeit.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Monate warteten die Kirchen auf ein Gesprächsangebot.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das ist der Fakt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ganz so
hart dürfen Sie es deswegen nicht sagen.)

Ein Wirtschaftsminister müsste eigentlich der größte Lobbyist der Tourismusbranche sein und ich sehe das auch noch so. Aber er bleibt verhalten

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ist er ja auch.)

und erst im Ergebnis des Verwaltungsurteils zieht die Landesregierung zu Tisch.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr.)

Der Chef der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen Bernd Fritze äußert sich zufrieden über den Gesprächsverlauf. Ich glaube, die vermeintlichen SPD-Wähler lassen grüßen. Die Kirchen, die sich zur bislang bestehenden Bäderregelung kompromissbereit gezeigt haben, werden in der Presse im Agieren um die Sonntagsruhe als scheinheilig dargestellt. Selbstverständlich ist es hoch zu achten,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

wenn die Kirche in dem nun neu aufgebrochenen Diskussionsherd um die Arbeit am Sonntag ihre hohen religiösen Wertvorstellungen einbringt und behüten will, denn wir alle befinden uns doch in einer gesellschaftlichen Wertedebatte, wie Frau Kassner auch schon ausführte. Und ob die Sonntagsruhe grundsätzlich beachtet wird, ist in unserer säkularisierten Gesellschaft nicht mehr nur eine Nur-Frage der Feiertagsheiligung, sondern eine Frage der Gesellschafts- und Arbeitskultur, eben: Wie sozial geht die soziale Marktwirtschaft mit sich selbst um? Sind wir Menschen in der Lage, soziale Beziehungsgefüge schöpferisch und frei zu gestalten ohne einen Paragraphendschungel, um souverän diese rasanten wirtschaftlichen Prozesse zu gestalten?

Die Kompromissbereitschaft der Kirchen weicht dem politisch inszenierten Bild der Scheinheiligkeit in der Presse, und das kann so nicht stehen bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Kirche ist nicht der Buhmann der Bäderregelung und die Gewerkschaften der Freund der Arbeitnehmer. Kirchen und Gewerkschaften werden in ein politisches Meinungsbild gezerrt. Niemand schreibt über das Kommunikationsmissmanagement der rot-roten Koalition,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

niemand schreibt über einen vermeintlichen Aufschrei des Wirtschaftsministers,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Frau Skrzepski, weil Sie es gerade erst entdeckt haben. Dann kann doch vorher auch keiner drüber streiten.)

dass eine fortschrittliche Bäderregelung geopfert wird. Nein, wir hören im Live-Interview im Radio, da können sie sich bei den Kirchen bedanken.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Unglaublich ist das! Unerhört!)

Ist das Stil und Umgang mit so einer brisanten Situation, Herr Eggert?

(Gerd Böttger, PDS: Aber scheinheilig sind sie trotzdem.)

Das mögen Sie ja so meinen, aber ich glaube, das ist gesellschaftlich ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Landesregierung meinen Sie. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Sie geben mir doch völlig Recht in meinen Ausführungen, wenn Sie wieder die Kirchen als Bestreiter der Bäderregelung hier vorziehen.

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Es geht doch um ganz andere Zusammenhänge.

(Gerd Böttger, PDS: Erst in die Kirche und dann zum Einkaufen.)

Doch was erwarten wir, Herr Böttger, nun auch von Ihnen? Die Frage stellt sich doch.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Völlig daneben! Nehmen Sie sich bloß ein bisschen zusammen, Herr Böttger! – Gerd Böttger, PDS: Ach, hören Sie doch auf!)

Meine Damen und Herren, was erwarten wir? Ein Wirtschaftsminister, der bei der Abstimmung zum Transrapid weder dafür noch dagegen stimmt, noch sich enthält, hat für mich weder das politische Kreuz, was ich als Frau auch liebe,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

noch eine wirtschaftspolitische Stimme. Man koalitiert, anstatt wirtschaftlich zu kreieren. Man orientiert sich schulisch stundenlang, man koalitiert, man kollabiert, anstatt Wirtschaftsentwicklung voranzutreiben. Darum bleibt mein politisches Misstrauen.

Der Staatssekretär Burke – obwohl Sie, Herr Eggert, heute noch Gesprächsbereitschaft melden – verkündigt eiligst die Kompromissbereitschaft aller und die eingeschränkte Bäderregelung bereits zwischen März und Oktober. Was sollte diese Verkündigung, wenn Sie sich noch im Mühen befinden?

Sehr geehrte Abgeordnete! Es werden keine Jubelschreie in der Tourismuswirtschaft ausbrechen. Auf der ITB informierte der Geschäftsführer des Tourismusverbandes mich und die Ausschussmitglieder über einen einstimmigen Vorstandsbeschluss und Appell zur Erhaltung der bisherigen Bäderregelung. Gleiches Votum hat sich bei den regionalen Tourismusverbänden und Kurdirektoren bestätigt. Wie wird es aussehen? Auf der Insel Usedom werden die Polen die Kaufkraft der Urlauber abschöpfen. Zur Erinnerung: Ein Brief des Landtagsabgeordneten Herrn Riemann liegt noch bei Herrn Eggert unbeantwortet auf dem Tisch.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist ja sicherlich kein Mangel.)

Rügens lukrative Geschäftszeilen in den Badeorten Binz, Sellin, Baabe und Göhren werden dann von November bis April verwaisen. Die Ladeninhaber in den exponierten Lagen unserer Ostseebäder, wie auch in Boltenhagen und Kühlungsborn, werden die finanziellen Belastungen durch Investitionen und hohe Pachtzahlungen an die Grenze der Wirtschaftlichkeit treiben. Kompensiert werden kann dann nur – und dann kommt wieder der Aufschrei der Gewerkschaften – durch Arbeitsplatzabbau, denn auch die 630-DM-Jobs sind ja ohnehin eine steuerliche Wirtschaftskrücke geworden.

(Reinhard Dankert, SPD: Und das passt Ihnen nicht, das wissen wir.)

Und unsere Nachbarn, die Dänen, werden ihre ohnehin hohen Übernachtungen aus Deutschland von über 20 Millionen – 20 Millionen Übernachtungen ziehen die Dänen aus dem deutschen Urlaubsmarkt, doppelt soviel wie in Mecklenburg-Vorpommern – noch steigern. Sarkastisch könnte man sagen: Das Küstenland wird zum Kostenland und das Binnenland zum Hinterland.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Schönes Drama. – Reinhard Dankert, SPD: Ihre Rede ist genauso konfus wie Ihr Antrag.)

Sehr geehrte Abgeordnete! Der Deutsche Bundestag hat am 30. Dezember 1999 die Unterrichtung zum tourismuspolitischen Bericht der Bundesregierung vorgelegt. Auf Seite 3 finden wir unter Punkt 1a): „So trägt die Tourismusbranche als nach dem Handel größter Dienstleistungssektor mit acht Prozent zum Bruttoinlandprodukt der Bundesrepublik Deutschland bei.“ Angemerkt sei hier: Im weltweiten Vergleich mit 21 weiteren Tourismusnatio-

nen liegt Deutschland lediglich an 19. Stelle, weit zurück hinter Spanien, Österreich, Griechenland, nachzulesen im Exposé der Banken, Februar 2000.

Weiter heißt es im Punkt c auf Seite 3: „Die Tourismuspolitik der Bundesregierung orientiert sich am Grundsatz der unternehmerischen Verantwortung.“ Ich zitiere hier die SPD, meine Damen und Herren. „Aufgabe der Bundesregierung ist es, die notwendige Infrastruktur sowie geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.“ Es folgen Aufzählungen und im Schlusssatz heißt es dann „... sowie den Abbau bürokratischer Hemmnisse“.

Sehr geehrte Abgeordnete der SPD und PDS! Werten Sie unsere tourismuspolitischen Erfolge im Tourismus selbst und geben Sie Ihre Stimme diesem Antrag! Es reicht nicht, sich im Kabinett mit einer Vorlage zu beschäftigen, die keiner kennt. Bringen Sie endlich richtigen Ostwind in dieses antiquierte Ladenschlussgesetz, denn wir brauchen diese Änderung. Sie ist von existentieller Bedeutung für unsere Tourismuswirtschaft. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Frau Kollegin Skrzepski, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Professor Eggert? (Zustimmung)

Dr. Rolf Eggert, SPD: Ich habe mich hier noch einmal an das Mikrophon gestellt, Frau Abgeordnete, da Sie zwar viel geredet haben,

(Heinz Müller, SPD: Nichts gesagt.)

und es mag an mir liegen, ich aber nicht genau weiß, was Sie eigentlich wollen. Ich will das vielleicht an einer Frage festmachen: Wollen Sie das Ladenschlussgesetz abschaffen oder wollen Sie es novellieren? Was wollen Sie denn nun konkret?

(Barbara Borchardt, PDS:
Abschaffen wollen sie es.)

Gesine Skrzepski, CDU: In erster Instanz im Antrag novellieren. Ich würde es persönlich sehr gern abschaffen, das ist richtig. Und wenn Sie es nicht verstanden haben, dann ist es um so trauriger für die Tourismuswirtschaft unseres Landes. Danke, Herr Eggert.

(Beifall und Heiterkeit bei
Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Danke, Frau Skrzepski.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

Barbara Borchardt, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das war jetzt eine sehr lehrreiche Stunde. Ich hätte nie gedacht, wofür ein Ladenschlussgesetz so alles herhalten kann,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei Dr. Rolf Eggert, SPD –
Reinhard Dankert, SPD: Dann scheinen
Sie es ja wenigstens verstanden zu
haben. Ich habe es nicht verstanden.)

für welche Probleme es verantwortlich gemacht werden kann.

Seit einigen Wochen steht das Problem der Ladenöffnungszeiten und insbesondere die unterschiedliche Anwendung der Bäderregelung in unserem Land im Mittel-

punkt der öffentlichen Debatte, und dies auch zu Recht, denn es geht schlicht und einfach um das Recht. Warum, wieso und weshalb, darauf möchte ich später zurückkommen.

Gleich zu Beginn der Rede möchte ich klar sagen: Die PDS-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist richtig.)

Dies aus folgenden Gründen: Zum einen hat die Regierung sich bereits entschieden, auf Bundesebene für eine Novellierung des Ladenschlussgesetzes aktiv zu werden und zum anderen, weil wir der Intention des Antrages, nämlich zu bewerkstelligen, dass eine größtmögliche Flexibilität erreicht werden soll, nicht folgen können und wollen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf Sinn und Anliegen des Ladenschlussgesetzes verweisen. Der Gesetzgeber hat ganz bewusst ein Gesetz erlassen, das Ladenschluss- und nicht Ladenöffnungszeitengesetz heißt,

(Gesine Skrzepski, CDU: '56 wurde es erlassen!)

um erstens dem Grundgesetz Rechnung zu tragen, zweitens die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu schützen und drittens – und das sollte Sie ja insbesondere interessieren – einer Wettbewerbsverzerrung im Interesse von klein- und mittelständischen Einzelhandelsbetrieben vorzubeugen. Dieses politische Anliegen hat sich aus unserer Sicht auch nicht verändert. Darauf werde ich auch später noch einmal zurückkommen.

Richtig ist – und das wurde auch durch die CDU in der Einbringung sehr bildhaft beschrieben –,

(Reinhard Dankert, SPD: Die hören
doch gar nicht mehr zu inzwischen.)

wir haben in Mecklenburg-Vorpommern, das interessiert sie auch gar nicht, einen Zustand, der für alle Beteiligten unerträglich ist. Aber, und das frage ich Sie, wer hat denn diesen Zustand verursacht? Es war doch nur eine Frage der Zeit, dass sich die Betroffenen, seien es die Kirchen oder die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gegen diesen eindeutigen Rechtsbruch wehren werden.

(Beifall Monty Schädel, PDS)

Der Streit richtet sich doch eindeutig gegen die Bäder- und Fremdenverkehrsregelung des Wirtschaftsministeriums der vergangenen Legislaturperiode.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und dieser Rechtsstreit war Ihnen von Anfang an bewusst. Ganz bewusst haben Sie sich bei der Begründung der Bäderregelung auf den Paragraphen 23 Ladenschlussgesetz bezogen,

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

und nicht auf den Paragraphen 10,

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

der den eigentlichen Spielraum rechtlich untersetzt. Der Paragraph 10 regelt die Ausnahmen in bestimmten Situationen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung, zum Beispiel in Katastrophenfällen, wie Erdbeben, also ein vorübergehendes Versorgungsinteresse für unvorhersehbare und kurzfristige Situationen. Aber vielleicht meinten Sie, dass die Erde in Mecklenburg-Vorpommern bebte, was sie jetzt ja auch tut – welche Weitsichtigkeit.

Bedenklich ist aus unserer Sicht, dass eine Regierung, die immer und immer wieder die Bürgerinnen und Bürger zur Einhaltung von Gesetzen auffordert, selbst ganz bewusst Rechtsbruch billigend in Kauf genommen hat. Aber wen wundert es nach den jüngsten Enthüllungen in der Bundesrepublik!

Im Übrigen hat die Sozialministerin im vergangenen Jahr bereits vor den Klagen der Kirchen auf diese Rechtswidrigkeit aufmerksam gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Richtig.)

Und hier ist sicherlich die Kritik an die jetzige Landesregierung angebracht, die in der Hoffnung auf eine neue Bundesregierung nicht eigenständig agiert hat.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nun sind die Debatten um die Änderung des Ladenschlussgesetzes nicht neu. Im Jahre 1996 wurde für eine Probezeit von drei Jahren eine Änderung herbeigeführt. Diese Änderung wurde damit begründet, dass durch eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Umsatz im Einzelhandel steigen wird und 50.000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollten.

Die Auswertung der durch die Bundesregierung in Auftrag gegebenen Untersuchungen zeigt jedoch ein ganz anderes Ergebnis. Trotz der verlängerten Öffnungszeiten ist der Umsatz nicht gestiegen, im Gegenteil, er ist um 0,9 Prozent gesunken. Die Ursachen sind uns bekannt, eine Mark kann man eben nur einmal ausgeben.

Und die Entwicklung der Arbeitsplätze? Statt 50.000 zu schaffen sind diese in den letzten Jahren insbesondere bei den Vollzeitkräften drastisch zurückgegangen. Vier Fünftel aller Unternehmen, die die Verlängerung genutzt haben, haben heute noch weniger Beschäftigte als 1996. Durch diesen Prozess wird es insbesondere für Frauen immer schwieriger, im Einzelhandel eine existenzsichernde Arbeit zu bekommen. Der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist heute schon unerträglich hoch.

Gleichzeitig stellt sich für mich die Frage, wie ernst Sie es denn mit der Verantwortung der Eltern, der Bedeutung der Familie meinen, mit der von Ihnen immer wieder beschworenen Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl, also der Ausübung des Ehrenamtes. Und wie sieht es aus mit der Entwicklung der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Einzelhandel? Ich zitiere die Aussage des Instituts für Wirtschaftsförderung: „Die kleineren Läden besitzen vielfach nicht die betrieblichen absatzwirtschaftlichen Voraussetzungen, um mit verlängerten Öffnungszeiten einen besseren wirtschaftlichen Ertrag zu bringen.“

Und da frage ich Sie, meine Damen und Herren, die sich permanent als die Interessenvertreter der kleinen und mittelständischen Unternehmen darstellen, die unsere Bürgerinnen und Bürger zu mehr Mut zur Existenzgründung auffordern: Wie passt das alles zusammen? Ja, geben Sie es doch zu: Sie wollen die Veränderung der Öffnungszeiten als Mittel im Wettbewerb nutzen und damit den Verdrängungswettbewerb zu Lasten von kleinen Innenstädten, Stadtteilen und ländlichen Gebieten und den weiteren Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer billigend in Kauf nehmen! Und die Situation der Betroffenen ist heute schon erschreckend. Aber wo Verlierer sind, da sind auch Gewinner. Und die stehen schon heute fest. Es sind die großen Verkaufsstellen und Einkaufszentren in den Innenstädten. Ich frage mich

ernsthaft, ob wir diese Entwicklung politisch wollen. Ich meine, nein.

Um einem Missverständnis vorzubeugen, sei es zum Abschluss deutlich gesagt: Die PDS-Fraktion verschließt sich – genauso wenig wie die Kirchen und Gewerkschaften – nicht einer Bäderregelung, die auf gesetzlicher Grundlage basiert

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

und von den Beteiligten akzeptiert und somit den Ansprüchen der Tourismusentwicklung gerecht wird. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Borchardt.

Um das Wort gebeten hat der Ministerpräsident. Bitte sehr, Herr Dr. Ringstorff, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was uns von der CDU in den letzten beiden Tagen geboten wird, ist an Scheinheiligkeit nicht zu übertreffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich sage Ihnen aber voraus: Wenn Sie es jedem recht machen wollen, werden Sie am Ende doch scheitern.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Was machen Sie im Zusammenhang mit der Bäderregelung?

(Harry Glawe, CDU:
Sie kündigen an und bewegen nichts.)

Wirtschaftsminister Eggert hat schon darauf hingewiesen, wie Sie sich in der Vergangenheit verhalten haben. Ich sehe hier Herrn Dr. Born sitzen, der die Bäderregelung durchaus mitgetragen hat.

(Gesine Skrzepski, CDU:
Sie doch auch als Wirtschaftsminister.)

Ja, natürlich. Ich stehe im Prinzip auch noch dazu,

(Georg Nolte, CDU: Wie hat denn der
Wirtschaftsminister Ringstorff das gehandhabt?)

aber ich will ja auf Ihre Scheinheiligkeit kommen. Und dann muss man den Medien entnehmen, dass der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion nun seine Meinung radikal geändert hat und den Wirtschaftsminister auffordert, die Bäderregelung völlig zurückzuziehen.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Gerichtsurteile zählen bei Ihnen ja nichts.)

Frau Skrzepski will die Fremdenverkehrswirtschaft bedienen und legt in einer langen Rede dar, dass das Ladenschlussgesetz völlig antiquiert ist und es überhaupt kein Ladenschlussgesetz mehr geben sollte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und
Gerichtsurteile zählen für Sie gar nicht.)

Herr Prachtl vertritt wieder die andere Auffassung,

(Rainer Prachtl, CDU: Ich hab' doch
diese Auffassung gar nicht vertreten!
Hören Sie denn nicht richtig?!)

bedient damit auch einige und sagt, die Sonntagsruhe ist das, was vorrangig zu schützen wäre. Sie müssen sich einmal einig werden in der CDU, wofür Sie sind!

(Rainer Prachtl, CDU: Sie müssen mal zuhören!)

Herr Prachtl, das Sein bestimmt das Bewusstsein. Sie rufen dazwischen. Auch Ihre Debatte zur Medienpolitik war unehrlich.

(Rainer Prachtl, CDU: Die war nicht unehrlich!)

Solange Sie als CDU-Vertreter im Verwaltungsrat des ZDF gesessen haben, war die Welt für Sie in Ordnung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Jetzt, wo das nicht mehr der Fall ist, ändern Sie plötzlich Ihre Meinung, Herr Prachtl.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Rainer Prachtl, CDU: Jetzt lügen Sie!)

Das ist doch unehrlich, was Sie hier vorführen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Ihr heutiger Dringlichkeitsantrag ist in dieselbe Kategorie einzureihen. Ich würde Sie bitten, nicht auf alles aufzuspringen und nicht zu versuchen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und Gerichtsurteile zählen für Sie überhaupt nichts mehr in diesem Lande. Das ist der Justizminister!)

alle Interessen zu bedienen. Ich kann Ihnen nur sagen: Everybodys darling, everybodys dep. So wird es Ihnen ergehen, wenn Sie Ihre Positionen nicht ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ein Justizminister!)

Scheinheiligkeit und Opportunismus prägen Ihr Handeln in diesem Landtag.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So achten Sie Gerichtsurteile, Herr Justizminister.)

Ich würde Sie auffordern, zu einer vernünftigen Politik hier in unserem Landtag zurückzukommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: O Gott! –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Bärbel Kleedehn, CDU)

Ein bisschen mehr Glaubwürdigkeit würde ich Ihnen anraten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Ja, bitte, Herr Rehberg, Sie haben die Möglichkeit, ein Viertel der ursprünglichen Redezeit noch in Anwendung zu bringen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist der Justizminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern.)

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Rehberg von der CDU-Fraktion.

Eckhardt Rehberg, CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Herr Ministerpräsident! Glaubwürdigkeit, Scheinheiligkeit – was Sie hier betreiben in den letzten Wochen und

Monaten, bei IHK-Jahresempfängen oder wo auch immer, das ist mehr als organisierte Schönrederei!

(Beifall bei der CDU)

Sie verdrehen Tatsachen, Sie setzen falsche Zahlen in die Welt und Sie kriegen nichts, aber auch gar nichts für dieses Land auf die Reihe. Der Airbus ist weg, den Transrapid haben Sie verjagt

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

und links und rechts gehen an diesem Land die ICE-Strecken vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Barbara Borchardt, PDS: Und dafür ist auch noch das Ladenschlussgesetz verantwortlich.)

Das ist die Wahrheit!

Und wenn Sie sich jetzt heute hier hingesetzt haben zu unserem Antrag ...

(Dr. Rolf Eggert, SPD: Was hat das mit dem Ladenschlussgesetz zu tun, Frau Präsidentin? –
Andreas Bluhm, PDS: Na, er darf immer zu allem reden, der Herr Rehberg.
Das steht so in der Verfassung.)

Dann hätte die Frau Präsidentin den Herrn Ministerpräsidenten auch auffordern sollen, zum Thema zu reden.

(Zuruf von Dr. Rolf Eggert, SPD)

Ich komme noch zum Thema.

Und wenn Sie sich heute hier hinsetzen und sagen, dass Ulli Adam und Paul Krüger 1998 dafür gesorgt haben, dass Neubrandenburg Aufträge bekommt, und das als Wahlkampfgetöse abtun ...

(Heidemarie Beyer, SPD: Dafür hat Güstrow keine mehr gekriegt.)

Es ist doch positiv, dass Arbeit in dieses Land kommt. Dafür sorgen Sie nicht!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Die Frage muss man doch stellen dürfen: Warum sind denn Kirchen und Gewerkschaften sechs Jahre ruhig gewesen zu dieser Bäderregelung? Sie haben doch die Kommunikation verweigert und dann erst sind sie zum Gericht gegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Und sich ins Radio zu begeben, Herr Eggert, und zu sagen, daß die Arbeitnehmer sich bei den Kirchen und Gewerkschaften bedanken sollen, das halte ich schon für mehr als infam. Das muss ich Ihnen ganz klar sagen.

Und Sie, Herr Ringstorff, haben die Bäderregelung erheblich einschränken wollen 1995. Das ist Wahrheit und Tatsache.

(Dr. Rolf Eggert, SPD: Ihre Infamität ist doch gar nicht mehr zu überbieten! Ihre Infamität ist doch gar nicht mehr zu überbieten!)

Erst durch unseren Widerstand ist das verhindert worden.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Rolf Eggert, SPD: Was Sie hier darlegen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Eggert!

(Dr. Rolf Eggert, SPD: Sie sind doch ...!)

Wenn Sie sich früher mit Kirchen und Gewerkschaften an einen Tisch gesetzt hätten, dann hätten Sie eine Lösung bekommen können.

(Ministerin Sigrid Keler: Rolf!)

Die Kirchen sind Jahre still gewesen.

(Dr. Rolf Eggert, SPD: Ihre Rede ist doch überhaupt nicht mehr zu überbieten!)

Sie haben das verweigert. Und jetzt will ich Ihnen noch mal eines sagen: Was Sie hier machen in Bezug auf Gerichtsurteile, das ist nicht akzeptabel. Wir sind noch ein Rechtsstaat in dieser Bundesrepublik Deutschland.

(Barbara Borchardt, PDS:
Das sagen Sie mal Ihrer Kollegin!)

Und da können wir nicht einfach Recht und Gesetz beiseite schieben.

(Heidmarie Beyer, SPD: Ja, ja, das machen Sie uns ja vor, was Recht und Gesetz gilt.)

Hier sind jetzt Tatsachen geschaffen.

(Heidmarie Beyer, SPD: Das machen Sie uns ja vor. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS – Dr. Rolf Eggert, SPD: Mann, o Mann!)

Wissen Sie, Frau Beyer, dann müssen Sie schon mal genau sagen, wen Sie mit „Sie“ meinen.

(Barbara Borchardt, PDS:
Na Ihre Kollegin vorhin.)

Wenn Sie mich auch damit meinen,

(Zuruf von Heidmarie Beyer, SPD)

dann können wir das hier beide ausdiskutieren.

(Heidmarie Beyer, SPD:
Ich meinte Sie nicht als Person.)

Das können wir sehr gut machen.

(Angelika Gramkow, PDS: Es wäre aber ganz nett, wenn Sie zum Thema kommen könnten, Herr Rehberg!)

Wir diskutieren heute beide sowieso noch über Ihre interessante Pressemitteilung von gestern.

(Heidmarie Beyer, SPD:
Ich meine Sie nicht als Person.)

Zum Schluss noch einmal eines, Herr Ministerpräsident, wenn Sie anderen Scheinheiligkeit vorwerfen,

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

mangelnde Glaubwürdigkeit, dann kann ich Ihnen nur eines raten: Setzen Sie sich ins Auto, meinetwegen auch nach Ludwigslust, wo eh kein ICE-Halt kommen wird, fahren Sie zu Herrn Scharping nach Berlin oder zu Herrn Müller! Setzen Sie sich für dieses Land ein! Briefe schreiben, das hat die Vergangenheit gezeigt, reicht bei weitem nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Rehberg.

Ich habe gehört, der Ministerpräsident hat auch noch einmal um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Dr. Ringstorff.

Herr Prachtl, Sie erhalten zum Abschluss der Debatte die Gelegenheit, Ihre persönliche Erklärung zu geben.

Ich möchte Sie aber, meine Damen und Herren, alle noch einmal auffordern, bitte wieder zur Sachlichkeit zurückzukommen. Was hier an Worten in den letzten Minuten gefallen ist, das geht wirklich über jede Hut-schnur.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Zuerst einmal möchte ich vorausschicken, Herr Rehberg, dass ich mich im Einsatz für dieses Land von niemandem übertreffen lasse und von Ihnen schon gar nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Uns hier im Landtag ist der Wahrheitsgehalt Ihrer Äußerungen ja im Allgemeinen bekannt,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

aber dem Publikum nicht. Wenn ich Zahlen des Statistischen Landesamtes in der Öffentlichkeit verwende,

(Georg Nolte, CDU: Alte.)

ist das, denke ich, legitim.

Und ich möchte hier noch einmal darauf hinweisen: Es schadet unserem Land, Herr Abgeordneter Rehberg, wenn man versucht, dieses Land ständig herunterzuziehen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Georg Nolte, CDU: Wie Sie das machen. – Eckhardt Rehberg, CDU: Wenn man schlecht regiert, dann schadet man dem Land am meisten.)

wenn man mit Zahlen in der Öffentlichkeit operiert, die nicht richtig sind. Sie sollten sich überlegen, ob Sie Ihre Politik nicht ändern, denn auch Teile der Wirtschaft sind mittlerweile dabei zu sagen: Was hier getan wird von Ihnen, schadet uns.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ja, Herr Rehberg, es ist so. Jeder Erfolg, den wir haben für dieses Land, tut ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie haben aber keine Erfolge. Das ist Ihr Problem.)

Herr Rehberg, jeder Erfolg,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Den Transrapid haben Sie nicht ins Land gebracht.)

den wir haben für dieses Land,

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Die ICE-Strecken gehen vorbei.)

tut Ihnen weh.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Nein! Überhaupt nicht!)

Jeder Erfolg, den wir haben, tut Ihnen weh.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich sehe ja schon, wie Sie wieder rot anlaufen vor Zorn

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie haben keinen Stil, Herr Ministerpräsident! Sie haben gar nichts!)

über die Zahlen, die wir haben. Es ist nun einmal Fakt, Herr Rehberg, dass wir vom letzten Platz im Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland auf den ersten Platz gerückt sind.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Genauso ist Fakt, dass Sie noch keine Investitionen in dieses Land geholt haben.)

Herr Rehberg, das ist Fakt, dass wir im Wirtschaftswachstum ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das sind alles Investitionen, die bis '98 über die CDU gelaufen sind.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Ich bitte, den Redner reden zu lassen.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Da können Sie noch so lange dazwischenschreiben, Herr Rehberg, diese Zahlen sind Fakt.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Wir sind vom letzten Platz auf den ersten Platz gekommen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Gerd Böttger, PDS: Ja.)

Wir liegen im Wirtschaftswachstum

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

sogar über dem Durchschnitt in der gesamten Bundesrepublik.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Wir sind das einzige ostdeutsche Land, in dem im letzten Jahr die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja, ja. – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Die gewerbliche Wirtschaft in unserem Land ist um 6,9 Prozentpunkte gewachsen und damit haben wir das höchste Wachstum erreicht. Wir haben 2.400 Arbeitsplätze in der Industrie mehr im letzten Jahr. Und da können Sie sich noch so sehr anstrengen, diese Dinge herunterzureden. Das bekommt Ihnen schlecht.

(Zurufe von Lorenz Caffier, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Und ich rate Ihnen nur, tun Sie nicht zu viel, um das Investitionsklima in unserem Land zu verschlechtern.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Bloß nicht! Das tun Sie schon zur Genüge. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich biete Ihnen an, arbeiten Sie mit uns gemeinsam daran, dass dieses Land vorankommt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich glaube, das hat unser Land verdient, das haben die Menschen in unserem Land verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Wir sind damit am Ende der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1138. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Danke sehr. Stimmenthaltungen? – Damit hat der Antrag die Stimmen der CDU bekommen, bei einer Gegenstimme und bei Gegenstimmen aus den Fraktionen der SPD und PDS. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1138 abgelehnt.

Jetzt erhält der Abgeordnete Herr Prachtl das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Rainer Prachtl, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe, solange ich hier im Parlament bin – das sind jetzt über neun Jahre –, von Politik Ehrlichkeit und Wahrheit erwartet, von mir persönlich auch. Ich habe gestern eine Empfehlung eingebracht und ich sage hier ganz deutlich, ich bin nach wie vor Mitglied des ZDF-Fernsehrates, nominiert von der CDU. Und ich sage auch deutlich, dass ich es nicht gut finde, dass die Parteien so viel Einfluss haben. Davon haben wir gestern geredet. Ich gehöre also zu den Politikern, die sogar bereit sind, am eigenen Ast zu sägen um der Ehrlichkeit und Wahrheit willen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

Ich finde es unverschämt, wenn ein Ministerpräsident dieses Landes so mit einem gewählten Abgeordneten umgeht, der in einem ordentlichen Gremium ist, und noch behauptet, ich wäre da gar nicht drin.

(Torsten Koplín, PDS: Setzen Sie doch Zeichen und gehen Sie raus!)

Herr Ministerpräsident, es gehört zum politischen Anstand, dass Sie sich entschuldigen, aber ich weiß nicht, ob Sie es machen werden.

(Beifall bei der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig, genau so ist das.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 13** und wir beraten in verbundener Aussprache folgende Anträge:

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie haben keinen Stil, keinen Anstand, kein Benehmen, nichts, gar nichts!)

a) Antrag der Fraktionen der PDS und SPD – Einsetzung einer ...

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Meine Herren, das geht hier bitte nicht. Wir treten jetzt in einen anderen Tagesordnungspunkt ein.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Da ist wirklich nichts zu machen.)

Ich möchte Sie bitten, dem Verlauf zu folgen und nicht durch Zwiesgespräche hier den Fortgang aufzuhalten.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist dreckig, schmutzig, was Sie machen. – Reinhard Dankert, SPD: Es langt!)

... Einsetzung,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein, es langt noch nicht, Herr Dankert, es reicht noch nicht. – Volker Schlotmann, SPD: Das ist unmöglich, was hier abgeht. – Gerd Böttger, PDS: Na, also!)

Einsetzung einer Enquetekommission „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen“

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Er hat wirklich nichts, gar nichts!)

„in Mecklenburg-Vorpommern“, Drucksache 3/1136,

(Volker Schlotmann, SPD:
Der dreht völlig am Zeiger!)

und b) Antrag der Fraktion der CDU – Zusammenschluss von Ämtern und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/1141(neu).

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Einsetzung einer Enquetekommission
„Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“
– Drucksache 3/1136 –**

**Antrag der Fraktion der CDU:
Zusammenschluss von Ämtern und
Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1141(neu) –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD hat die Abgeordnete Frau Schulz von der PDS-Fraktion.

Gabriele Schulz, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen bringen heute den Antrag ein, eine Enquetekommission des Landtages mit dem Arbeitsthema „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ zu bilden. Die Notwendigkeit und das Anliegen einer Enquetekommission ist zwischen den Koalitionsfraktionen seit längerer Zeit erörtert und in den letzten Wochen auch verstärkt in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Auch die CDU-Fraktion hat sich mit Standpunkten daran beteiligt.

Ich will deshalb im Namen der Einbringer nochmals auf folgende Zusammenhänge hinweisen: Über Fragen der Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung, auch über eine moderne und effektive kommunale Struktur, sind in unserem Land verstärkt seit der finanziellen Förderung von Gemeindezusammenschlüssen durch das Finanzausgleichsgesetz vom Dezember 1996 ein Diskussionsprozess und eine Reihe von tatsächlichen Gemeindefusionen auf den Weg gebracht worden. Obwohl die rechtlichen Möglichkeiten der Kommunalverfassung, bezogen auf Fusionen, mindestens seit 1992 gegeben waren, kam es bis 1996 zu keinen nennenswerten Bestrebungen in dieser Richtung.

Meine Fraktion hat diese vorrangig durch finanzielle Anreize ausgelösten Zusammenlegungen kritisch begleitet. Sie befand sich dabei am Beginn dieses Prozesses durchaus in Übereinstimmung mit Positionen des Städte- und Gemeindetages. Kritisch sahen wir vor allen Dingen die Tatsache, dass den Gemeindefusionen kein Gesamtkonzept oder, wie wir heute oft betonen, kein Leitbild für eine Gemeindegebietsreform zugrunde lag. Wir waren und sind der Auffassung, dass allein finanziell geförderte Zusammenlegungen von Gemeinden nicht den Anspruch einer zielgerichteten Reform der Kommunalverwaltungen und der Kommunalstruktur erfüllen und des-

halb zum Teil Wildwuchs hervorbringen können, der später nur schwerlich zu verändern ist.

Klarheit besteht darüber, dass demokratisch gewachsene Zusammenschlüsse, die die Zustimmung vor allem der betroffenen Einwohner finden, unterstützt werden. Deshalb haben die Koalitionspartner in der Koalitionsvereinbarung klar formuliert: „Zusammenschlüsse kleiner Gemeinden und Kleinstgemeinden zu effektiven und modernen Einheiten sind auf der Basis der Freiwilligkeit und der demokratischen Mitbestimmung zu unterstützen.“

Inzwischen werden, wie wir alle wissen, allerdings in der Praxis weiter gehende Forderungen hinsichtlich der Gemeindefusionen gestellt.

Ein weiterer Aspekt für die Diskussion über kommunale Selbstverwaltung und eine veränderte Kommunalstruktur ist darin begründet, dass Gebietsreformen in der Vergangenheit in den alten, aber auch in den neuen Bundesländern, wie zum Beispiel in Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, durchgeführt beziehungsweise diskutiert werden. Es ist daher geboten, durch die Einsetzung einer Enquetekommission in einem demokratischen Meinungsbildungsprozess zur Gestaltung von kommunaler Selbstverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern einzutreten.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Eine Veränderung der Kommunalstruktur über den Rahmen der jetzt schon möglichen Zusammenschlüsse von Gemeinden verlangt nach Auffassung der Einbringer eben eine politische und parlamentarische Legitimation. Wir dürfen nicht übersehen, dass wir als Landtag mit der Amtsordnung von 1992 beginnend und fortgesetzt in der Kommunalverfassung von 1994 die politische Grundentscheidung getroffen haben, die selbständige Existenz der etwa 1.000 Gemeinden unseres Landes zu respektieren und über die Ämter eine Zusammenfassung der Verwaltungskraft der beteiligten amtsangehörigen Gemeinden zu ermöglichen.

Dieser Einschätzung ist wenig hinzuzufügen, aber die Entwicklung stellt inzwischen neue Fragen, die wir in der Begründung des Antrages deutlich gemacht haben. Im Ergebnis bisheriger Gemeindefusionen sind in der Praxis sehr verschiedene Wege gegangen worden. Um es kurz zu charakterisieren: Es gab Zusammenschlüsse aller Gemeinden eines Amtes zu einer neuen großen amtsfreien Gemeinde, zum Beispiel die ehemaligen Ämter Sanitz und Feldberger Seenlandschaft. Es gab Zusammenschlüsse von Gemeinden innerhalb eines Amtes, wodurch die Zahl der dem Amt angehörigen Gemeinden sich sehr stark verringerte, wie zum Beispiel im Amt Wittenburg-Land.

Wie Sie wissen, gibt es aber nach wie vor in unserem Land Ämter mit zum Teil sehr deutlich unterschiedlichen Zahlen von amtsangehörigen Gemeinden. Das reicht von überschaubaren 4 bis 6 Gemeinden bis zu Ämtern mit 15 und mehr. Ämter mit rund 20 Gemeinden bildeten sich vor allem im Umfeld von Kreisstädten beziehungsweise ehemaligen Kreisstädten heraus und es gab die Zusammenführung der Verwaltungen eines bisherigen Amtes mit der Verwaltung einer bisherigen amtsfreien Stadt, zum Beispiel im Raum Sternberg. Dabei erfüllt die Stadt ihre Funktion als geschäftsführende Gemeinde entsprechend der Kommunalverfassung.

Meine Damen und Herren! Wie vom Ältestenrat vorgeschlagen, soll der Antrag in die Ausschüsse überwiesen

werden. Ich spreche die Erwartung aus, dass bei diesen Beratungen der Auftrag der Enquetekommission weiter konkretisiert werden sollte. Das schließt ein, uns genau darüber zu verständigen, welche Erwartungen die Enquetekommission erfüllen beziehungsweise nicht erfüllen kann. Das betrifft meines Erachtens zum Beispiel Erwartungen, wonach die Enquetekommission im Zusammenhang mit dem formulierten Thema auch Fragen der Reform der Landesverwaltung und der Weiterführung der Funktionalreform untersuchen und entsprechende Empfehlungen ausarbeiten könnte. Auch Fragen einer möglichen Veränderung der Kreisstruktur stehen meines Erachtens nicht zur Debatte. Ich verhehle auch nicht, dass in Diskussionen schon jetzt erkennbar ist, dass wir zum Teil eine sehr unterschiedliche Interessenlage in der kommunalen Ebene haben. Kreisfreie Städte sind vor allem an den Regelungen der Stadt-Umland-Beziehungen interessiert. Es ist auch nicht zu übersehen, dass durch bisherige Entscheidungen zu Standortfragen von Gewerbegebieten und zum individuellen Wohnungsbau nicht unerhebliche Konkurrenzverhältnisse zwischen Kommunen entstanden sind.

Die Untersuchungen der Enquetekommission selbst sollten deshalb vor allem folgende Ziele haben:

1. die Schaffung leistungsfähiger kommunaler Gebietskörperschaften und die Sicherung dauerhafter Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen in unserem Flächenland Mecklenburg-Vorpommern
2. eine breite Akzeptanz und Mitwirkung aller betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner, die zu erreichen ist, wenn die Verwaltungsorganisation verbessert und die Finanz- und Wirtschaftskraft der Kommunen erhöht wird sowie Bürgernähe und kommunale Demokratie nicht verloren gehen und
3. das Prinzip der Freiwilligkeit wird gewahrt

Die Enquetekommission sollte zudem bei ihren Überlegungen nicht zuletzt auch notwendige Übereinstimmungen mit den Grundsätzen der Landesentwicklung und der Regionalplanung berücksichtigen. Solche Überlegungen, Analysen, Empfehlungen bedürfen breiter demokratischer Mitwirkung. Damit kann parteiübergreifend und unter Einbeziehung externen Sachverständs sowie von Erfahrungen der kommunalen Ebene selbst der Prozess der Verwaltungsreform befördert werden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie deshalb namens der Koalitionsfraktionen um Ihre grundsätzliche Zustimmung zur Bildung der Enquetekommission und zur Überweisung des Antrages federführend in den Innenausschuss und mitberatend in den Finanzausschuss. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heinz Müller, SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Schulz.

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1141(neu) hat der Abgeordnete Herr Markhoff von der CDU-Fraktion.

Dieter Markhoff, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Herr Innenminister hat in einer Pressekonferenz eine neue Landesverordnung über die Ge-

währung von Zuwendungen bei der Auflösung von Gemeinden und der Neubildung von Ämtern und Verwaltungsgemeinschaften angekündigt, die, wenn wir richtig informiert sind, vom Kabinett abgesegnet ist und sich jetzt in einer Anhörungsphase befindet.

Das hat die CDU zum Anlass genommen, die Frage zum Zusammenschluss von Ämtern und Gemeinden in diesem Hohen Hause zu diskutieren und zu debattieren. Begründet wird die angekündigte Modifizierung der sogenannten Hochzeitsprämie mit der Zielsetzung der Landesregierung, die Anzahl der Gemeindezusammenschlüsse stärker und nachdrücklicher zu forcieren. Es wird in diesem Zusammenhang auch auf eine gesamtfinanzielle Situation im Land und in den Kommunen verwiesen. Daher seien leistungsfähige Gebietskörperschaften, eine effiziente Verwaltung und die Bündelung investiver Mittel notwendig.

Zum Letzteren, zur Bündelung investiver Mittel, kann ich nur sagen, das ist für die Kommunen eine Lachnummer. Wenn überall, wo es möglich ist, die Fördersatzte gekürzt beziehungsweise auf null heruntergefahren werden, kann auch durch Bündelung der Finanzen keine neue Investitionskraft geschaffen werden. In gut funktionierenden Ämtern – so zumindest in meinem Wahlkreis – werden seit Jahren investive Mittel der Gemeinden mit Erfolg zusammengeführt, wie es unter anderem die Gemeinden im Amtsbereich Krien praktizieren. Das heißt, der bisherige Ansatz der Landesregierung, weniger Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen, reicht nicht aus, um die Gesamtproblematik zu lösen. Mit Ihren Aussagen haben Sie eins erreicht, und zwar dass eine Diskussion über eine neue Verwaltungsreform in Gang gesetzt wird.

Um zunächst auf der kommunalen Ebene zu bleiben: Es ist unseres Erachtens notwendig, dass die Landesregierung ihre Zielvorstellungen beziehungsweise Planungen, die im Wege freiwilliger Gemeinde- und Amtszusammenschlüsse erreicht werden sollen, vorlegt. Erst wenn diese Zielvorstellungen und Planungen vorliegen, könnte es Sinn machen, eine Enquetekommission einzusetzen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist genau falsch!)

Nur so kann sichergestellt werden, dass eine Empfehlung bis zur Entscheidungsfindung mit den Gemeinden auch in Zukunft Bestand hat und nicht neue Verwaltungsstrukturen entstehen, die letztlich das angestrebte Ziel nicht erreichen.

Mein persönlicher Standpunkt zu diesem Thema ist, die Landesregierung soll Ihre Hausaufgaben zu einer Verwaltungs- und Funktionalreform erfüllen, dann erübrigt sich eine Enquetekommission und wir sparen Zeit und Geld.

(Gerd Bötter, PDS: Ach! Völliger Quatsch!)

Die kommunale Struktur darf und kann nicht statisch betrachtet werden.

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Vielmehr muss sie ebenso wie alle anderen Verwaltungsstrukturen und -einheiten unter dem Gesichtspunkt der Effektivität hinsichtlich der Aufgabenerfüllung, aber auch der Finanzierung evaluiert und den Bedürfnissen angepasst werden. Dieser Prozess kann nur erfolgreich und konstruktiv verlaufen, wenn alle Beteiligten ihre Prüfungsparameter offen legen und frei von Zwängen gehandelt werden kann.

Aufgrund der Verflechtung der kommunalen Aufgaben mit den Aufgaben der gesamten Landesverwaltung kann eine Prüfung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung nicht isoliert die Gemeinden, Ämter, Landkreise und kreisfreien Städte umfassen, sondern muss im Gesamtzusammenhang unter anderem mit der Verwaltungs- und Funktionalreform analysiert werden.

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Sinnvollerweise steht unseres Erachtens deshalb eine Entscheidung über die Weiterentwicklung der kommunalen Struktur am Ende einer Verwaltungsreform von oben nach unten. Fortlaufende Aufgabenkritik, Straffung und Konzentration in der Ministerialorganisation, Entflechtung der einzelnen Ebenen und konsequente Kommunalisierung sind entscheidende Ansatzpunkte.

Die Auferlegung einer hohen Selbstbeschränkung in der Ministerialbürokratie und die verantwortungsbewusste Delegation von Aufgaben schafft die Voraussetzung, mehr staatliche Verwaltung in die Fläche zu legen, die Ministerien von Vollzugsaufgaben zu befreien, um den Vollzug zu kommunalisieren. Die Diskussion um eine Neuentcheidung über kommunale Strukturen wird auf eine andere Ebene gehoben, wenn am Ende einer umfassenden Analyse herauskommt, es soll mehr staatliche Verwaltung auf kommunaler Ebene vollzogen werden und mit der kommunalen Ebene auf gleicher Stufe und Gemeindeebene darüber diskutiert werden, wie und mit welchen Strukturen die Aufgaben effizient gelöst werden können.

Mit unserem Antrag wollen wir, dass der Landtag die Landesregierung auffordert, ihre konkreten Vorhaben hinsichtlich einer umfassenden Verwaltungs- und Funktionalreform und deren Auswirkungen auf die Landesentwicklung, die Personalstruktur sowie die finanziellen Konsequenzen auf allen Ebenen darzustellen, um die sich möglicherweise daraus ergebenden Fragen in der nun beantragten und einzusetzenden Enquetekommission zu diskutieren und weitere Empfehlungen auszusprechen.

Unter dem aktuellen Bezug hinsichtlich der modifizierten Förderung von Gemeindezusammenschlüssen bezüglich der Vorhaben der Landesregierung im Bereich der kommunalen Struktur haben wir 14 Fragen in unserem Antrag formuliert. Unseres Erachtens ist hier zunächst die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten und dieses dann einer öffentlichen Diskussion aller Betroffenen sowie des Landtages zugänglich zu machen.

(Angelika Gramkow, PDS: Haben Sie auch eine eigene Vorstellung?)

Leider will sich – so unser Eindruck – die Landesregierung vor dieser unangenehmen Pflicht drücken,

(Gerd Böttger, PDS:
Sie wollen sich doch drücken!)

so dass unseres Erachtens die in unserem Antrag aufgeführten Punkte inhaltlich Berücksichtigung finden müssen in der Arbeit der Enquetekommission. Wir sind der Auffassung, dass beide Anträge in den Innenausschuss überwiesen werden sollten, damit eine konkrete Aufgabenstellung erarbeitet und eine entsprechende Beschlussempfehlung durch den Landtag angenommen werden kann, die weiteres Handeln zu dem Gesamtkomplex Verwaltung und Funktionalreform in unserem Land bestimmt. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Markhoff.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprachezeit von 60 Minuten vorgeschlagen. Dazu gibt es keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten unser Innenminister. Herr Dr. Timm, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Frage nach zukunftsfähigen Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern ist derzeit viel in Bewegung geraten. Das liest man ab an der im ganzen Land geführten öffentlichen Diskussion. Allerdings spiegelt sich diese Bewegung, die in die Diskussion geraten ist, leider nicht bei der Teilnahme von Abgeordneten an dieser Sitzung wider, was ich bedauere, Frau Schulz.

(Gabriele Schulz, PDS: Ich auch.)

Auch die Einsetzung der Enquetekommission zeigt, dass diese Diskussion von Bedeutung ist und dass Sie, die Parlamentarier, sich dieser Diskussion auch stellen wollen. Ich halte es für ausgesprochen wichtig, dass diese öffentliche Diskussion im Parlament geführt und organisiert wird und zu dem Ziel der Enquetekommission, zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen zu entwickeln, auch Vorschläge gemacht werden, weil nur unter der Beteiligung aller Bürger, Gemeindevertreter und Parlamentarier dieser Weg gelingen kann.

Wie die Diskussion läuft, liest man in der Presse, beispielsweise in der SVZ vom 6. März dieses Jahres. Da wird berichtet von einem CDU-Parteitag in Schwerin, an dem der Kollege Hardraht aus Dresden, den ich persönlich sehr schätze, teilgenommen hat. Was da im Einzelnen besprochen wurde, steht in der Zeitung. Mir hat ein Teilnehmer berichtet, der Kollege Hardraht soll gesagt haben, man solle einen Gesetzentwurf in der Schublade haben und die Gemeinden bitten, diesen freiwillig zu erfüllen.

(Gerd Böttger, PDS: Haben Sie da einen V-Mann? – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich habe meine Kenntnisse von Teilnehmern dieser Beratung, die nicht weit weg hier in dieser parlamentarischen Veranstaltung sitzen, meine Damen und Herren.

Wir lesen vielerlei Vorschläge in den Zeitungen. Zum Beispiel lese ich auch, dass ein profundes CDU-Vorstandsmitglied vor einigen Monaten gesagt hat: Dies Land braucht nur noch zwei Landkreise und zwei kreisfreie Städte. Ich glaube nicht, dass das die Meinung der CDU war,

(Martin Brick, CDU: Das war wohl ein Freizeitpolitiker.)

aber es war die Meinung eines wichtigen CDU-Vorstandsmitglieds.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Sagen Sie uns gerne mal Ihre.)

Ich bin ja am Anfang der Debatte, Herr Kollege Jäger, und noch nicht am Ende.

Ich will nur sagen, dass sich diese intensive Debatte jeden Tag in den Lokalseiten unserer Zeitungen oder auch

im Fernsehen widerspiegelt. Ich will Ihnen mal zitieren, was der Bürgermeister von Marlow gesagt hat. Marlow ist eine Gemeinde, die gerade eben einen Zusammenschluss mit Umlandgemeinden vorgenommen hat und jetzt amtsfrei ist. Und in der Gemeindevertretung sitzt zum Beispiel ein nicht unwichtiger Landtagsabgeordneter aus diesem Parlament, der zur Zeit leider auch nicht dieser interessanten Debatte beiwohnen will.

(Heinz Müller, SPD: Den interessiert dieses Thema nicht. – Zuruf von Martin Brick, CDU)

Der Bürgermeister von Marlow sagt: „Sicherlich gibt es den einen oder anderen, der nach wie vor skeptisch ist, der nach wie vor mit dieser Situation nicht fertig werden wird“ – wen er auch immer meint –, „aber der Großteil der Bevölkerung geht hier schon lange mit.“ Das ist auch mein Eindruck. Der Großteil der Bevölkerung geht hier schon lange mit, und der Großteil der Bevölkerung sieht, dass die Bürgerinnen und Bürger auch einen Beitrag dazu leisten können und wollen, zukunftsfähige Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, welche Probleme gibt es, welche Probleme müssen gelöst werden? Ich will Ihnen fünf nennen:

1. Wir haben derzeit eine – wie die kommunalen Landesverbände besonders betonen – knappe Finanzausstattung der Kommunen. Diese wird nach dem Jahr 2004 abnehmen, denn nach dem Jahr 2004 werden wir einen Anschlussolidarpakt bekommen nach dem jetzigen Solidarpakt I, und circa 1 Milliarde DM der jetzigen Finanzausstattung ist Ausfluss des Solidarpaktes I, das heißt, die Finanzausstattung wird nach dem Jahre 2004 abnehmen. Und wenn jetzt schon die Kommunen sagen, sie seien unter den gegebenen Strukturen nicht in der Lage, ihre Selbstverwaltungsaufgaben genügend zu erfüllen, wie soll es dann zukünftig sein, wenn sich strukturell nichts ändert?

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist das erste Problem.

Herr Dr. Jäger, auch ein sonst wie schönes Finanzausgleichsgesetz ist nicht in der Lage, dieses strukturelle Problem zu lösen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS:

Das ist auch nicht seine Aufgabe. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und ich sage Ihnen noch eins: Wer den Bürgern jetzt nicht die Wahrheit sagt, der hat seinen Auftrag verfehlt. Ich komme noch darauf zu sprechen.

2. Ein weiteres Problem ist, dass eine Reihe von Kommunen, vor allem natürlich kleine Kommunen, nicht mehr in der Lage sind, ihre dringenden Selbstverwaltungsaufgaben wahrzunehmen – Kitas, Schulen und auch Wasserver- und Abwasserentsorgung. Diese Aufgaben werden teilweise übertragen auf Zweckverbände, teilweise auf die Ämter. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Kommunen, einige jedenfalls, selbst nicht in der Lage sind, diese Aufgaben zu erfüllen.
3. Kofinanzierungen zu Landes-, Bundes- und vor allem europäischen Programmen kommen derzeit nicht überall zustande. Und wenn ich an das Jahr 2005 und folgende denke, kommen sie noch viel weniger zustan-

de. Deshalb muss es darum gehen, die Investitionskraft der Kommunen zukünftig so zu stärken, dass die europäische Entwicklung an Mecklenburg-Vorpommern, und vor allem am ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern, nicht vorbeigeht.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

4. Die Verwaltung – das ist ja schon gesagt worden –, die seit 1992 aufgebaut worden ist in diesem Lande und letztlich steht und auch als eine wichtige Struktur der Kommunen zu berücksichtigen ist, diese Verwaltung hat eine umfangreiche Aufgabe zu erledigen. Ich denke zum Beispiel daran, dass es Amtsverwaltungen gibt, die bis zu 20 Einzelgemeinden zu verwalten haben, deren Haushaltsberatungen zu begleiten haben. Sie müssen mal mit den Kämmerern sprechen, die diese Aufgaben erledigen müssen. Mit anderen Worten: Wir haben auch im Sinne der Verwaltungseffizienz diese Beratungen durchzuführen.
5. Und letztlich ist es aus meiner Sicht ebenso erforderlich, über die demokratische Kontrolle der Verwaltung in den Ämtern eine Debatte zu führen. Ich sage das deswegen, weil der Zeitpunkt gekommen ist, wo man diese Debatte offen und der Wahrheit entsprechend führen muss.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Jeder, der die Bürger in dem Glauben lässt, das Ganze sei etwa mit einer leichten Korrektur oder meinetwegen auch einer schwerwiegenden Korrektur des Finanzausgleichsgesetzes zu beheben, der verfehlt seine Aufgabe, weil wir eine strukturelle und keine marginale Aufgabe zu bewältigen haben.

Nach meinen Erfahrungen im Land, in den Amtsausschüssen, in den Gemeindevertretungen, in den Gemeinden – zum Beispiel nehme ich derzeit gerne Waffenbriefübergaben wahr, weil wir in den Vertretungen, zu denen sehr viele Bürger geladen werden, diese Debatte sehr intensiv führen – sehen die Bürger ein, dass sie selbst durch ihr Mittun einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der kommunalen Strukturen leisten können und auch wollen, aber diese Beteiligung auch erwarten. Und das, meine ich, ist der entscheidende Punkt. Es geht nicht über die Bürger hinweg, es muss mit ihnen gemeinsam gestaltet werden.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD: Richtig.)

Wir müssen die Menschen ernst nehmen, wenn wir diesen Weg gehen wollen. Und deswegen bin ich auch äußerst optimistisch, dass bei dieser Enquetekommission ein Ergebnis herauskommt. Denn eine Kommission, die einen sachlich und zeitlich begrenzten Auftrag hat und einen eindeutig definierten Auftrag erledigen will, ist dazu sehr viel besser in der Lage, als eine, die einen unübersichtlichen Auftrag wahrzunehmen hat, der in seiner Begrenzung nicht klar ist und der dazu führt, dass eine Unzahl von Problemen in einer Kommission beraten werden soll, die letztlich zu keinem Ergebnis führen kann. Deswegen sage ich Ihnen, dieser Auftrag ist einer, der eindeutig ist, der sich abgrenzt von anderen Problemen, die wir natürlich auch noch zu bewältigen haben, und insofern auch erledigt werden kann.

Nach meiner Überzeugung muss es um folgende Ziele gehen:

1. die Demokratie in den Gemeinden zu entwickeln

2. die Zukunftsinvestitionen der Gemeinden zu sichern
3. die Verwaltung in den Ämtern effizienter zu gestalten

Zu Punkt 1 – Kontrolle der Verwaltung und Entwicklung der Demokratie – habe ich schon einiges gesagt, das will ich hier kurz überspringen.

Punkt 2 – Kofinanzierungen aufbauen können, vor allem im Rahmen europäischer Programme – ist die Aufgabe des jetzt laufenden Jahrzehnts. Wir haben eine Situation, in der die europäischen Programme im Wettbewerb der europäischen Regionen verwirklicht werden, das heißt, die Region, die die europäischen Programme nicht kofinanzieren kann, geht leer aus. Und wenn wir wollen, dass Europa in Mecklenburg-Vorpommern stattfindet und hier auch die Ziele der europäischen Programme verwirklicht werden, dann müssen wir die Gemeinden fit machen, diese Ziele auch umsetzen zu können. Das ist ein wesentlicher Punkt für die Zukunftssicherung des ländlichen Raums in Mecklenburg-Vorpommern.

Zu Punkt 3 – Verwaltung effizienter gestalten – habe ich auch schon etwas gesagt. Reden Sie mit den Kämmerern in den Ämtern, dann wissen Sie, was ich meine.

Als weiteren Punkt bei der Verwaltungseffizienz möchte ich nennen, dass wir eine große Zahl amtsfreier Städte und Gemeinden haben, die ihre Stadt oder Gemeinde durch eine Verwaltung verwalten – etwa das Rathaus der Stadt Röbel, um ein Beispiel zu nennen –, und unmittelbar daneben ist die Verwaltung des Umlandamtes nach denselben Strukturen aufgebaut. Beide machen dasselbe, allerdings für verschiedene Gebiete.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Meine Frage ist: Ist das erforderlich? Und ich sage Ihnen, auch hier ist die Debatte in den Gemeinden sehr viel weiter, als ich das gelegentlich bei einigen Abgeordneten vor allem der Opposition derzeit erlebe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, Sie haben ja gar keine Vorstellungen. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Meine Damen und Herren! Es wird gesagt – Herr Markhoff hat es auch wieder gesagt –, der Innenminister soll Leitbilder nennen. Das sagen auch die Landesverbände und ich höre es auch von anderer Seite. Dazu will ich Ihnen zwei Sachen sagen:

Erstens. Für Leitbilder ist letztlich jede Partei selbst verantwortlich. Ich gehe davon aus, dass Sie welche haben, Herr Markhoff, ich spreche Sie mal als CDU im Ganzen an. Insofern bin ich auch daran interessiert, welche Leitbilder Sie denn für sich nennen wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Es geht nicht um Parteien, es geht um Ihr Amt. Sie müssen was sagen. – Reinhardt Thomas, CDU: Sie sind Innenminister der Koalition, ne?!)

Ich als Innenminister – Herr Dr. Jäger, nun kommen wir zu mir und zu meinem Amt, Herr Markhoff hat ja schon darauf abgehoben – habe den Entwurf für eine Rechtsverordnung zu den Zusammenschlüssen von Gemeinden und Ämtern vorgelegt,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und zwar auf der Basis des Finanzausgleichsgesetzes. Das Finanzausgleichsgesetz bestimmt, dass für diese Zusammenlegung jährlich 10 Millionen DM – 5 Millionen DM

aus dem FAG und 5 Millionen DM aus dem Landeshaushalt – zur Verfügung gestellt werden. Ich will Ihnen diese Rechtsverordnung jetzt im Einzelnen nicht vortragen. Sie wissen ja, dass ich sie Ihnen schon dargestellt habe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr selektiv.)

Ich will Ihnen nur sagen, dass zu dieser Rechtsverordnung natürlich auch die Stellungnahmen der Verbände eingeholt werden. Ich lese Ihnen mal vor, was der nicht immer unkritische Landkreistag sagt: „Der Vorstand des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern hat die im Entwurf konkretisierten Überlegungen über die Gewährung von Zuweisungen bei der Auflösung von Gemeinden und bei der Neubildung von Ämtern und Verwaltungsgemeinschaften im Grundsatz als eine sinnvolle Fortentwicklung zur Förderung von Fusionen zustimmend zur Kenntnis genommen.“ Und genau das, Herr Markhoff, ist gewollt. Wir wollen eine Fortentwicklung mit qualitativen Kriterien, die die Qualität der Verwaltungsmodernisierung auch beurteilen sollen, auf den Weg bringen. Diese qualitativen Kriterien sind letztlich die entscheidenden Punkte in der Debatte über die nächsten Jahre. Wir haben ja ausdrücklich gesagt, in dieser Legislaturperiode geht es freiwillig zu. Aber es spiegelt sich in dieser Rechtsverordnung auch das wider, was Sie meinetwegen mit „das Leitbild des Innenministers“ bezeichnen können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist alles?)

Es geht darum, Herr Dr. Jäger, zukunftsfähige Gemeinden und Ämter auf freiwilligem Wege, in dieser Legislaturperiode auf den Weg zu bringen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist aber nicht genug.)

Und ich bin sehr gespannt auf die Gegenvorschläge der Opposition. Ich nehme sie gerne zur Kenntnis.

Abschließend will ich Ihnen sagen, dass nach meiner Vorstellung die Phase der Freiwilligkeit sehr wichtig ist, um die Einbindung der Gemeindevertreter, auch der Amtsverwaltungen, aber vor allem der Bürger in diesen Prozess zu organisieren.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

Aber es muss natürlich – und der Zeitpunkt wird wahrscheinlich nach den nächsten Landtagswahlen erreicht sein – über die Frage der Gemeindegebietsstruktur dann intensiv gesprochen werden, wenn der Weg der Freiwilligkeit nicht ausreicht. Und ich nehme an, dass die Enquete-Kommission sich dieser Aufgabe stellt.

Ich wünsche der Enquetekommission – das sage ich ausdrücklich auch als jemand, der, wie gesagt, in diesem Land die Diskussion verfolgt – eine gute und konstruktive und vertrauensvolle Arbeitsatmosphäre und natürlich solide Arbeitsergebnisse. Anhand der Bürgermeister, die Sie sich als Experten holen werden, bin ich davon überzeugt, dass Sie eine solide Arbeitsatmosphäre bekommen, denn in den Gemeinden, die Sie hier mit den Bürgermeistern bezeichnen, ist dieser Prozess ja sehr interessant und zum Teil auch sehr gut gelaufen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD

und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Innenminister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schoenenburg von der PDS-Fraktion. Bitte schön, Herr Dr. Schoenenburg.

Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte hat doch wohl schon eine längere Vorgeschichte. Obwohl die heutige kommunale Landschaft weitestgehend mit der Amtsordnung von 1992 geschaffen wurde und noch 1997 von der damaligen CDU/SPD-Landesregierung als bewährt und akzeptiert dargestellt wurde, hat das Leben neue Fragen gestellt.

Wohlgemerkt: Wir, die PDS, haben 1992 und in den Jahren danach immer dafür gestritten, dass die vielen kleinen Gemeinden, die unser Land hat, erhalten bleiben, weil wir meinen, dass natürlich in den vor allen Dingen ländlichen, dörflichen Gemeinschaften sehr viel Identität gestiftet werden kann. Aber man muss auch die Zukunft sehen und man muss sehen, dass neue Fragen herangereift sind. Nach fast acht Jahren Amtsordnung stehen die Ergebnisse dieser Amtsordnung einfach auf der Prüfungscheibe. Da muss man sich entscheiden, wie man hier im Land mit den Kommunen, mit den Gemeinden umgehen will.

Ich will auch gleich noch sagen, der Titel, der beachtet ist für die Enquetekommission, ist ja nicht die Gemeindestruktur. An erster Stelle stehen hier zukunftsfähige Gemeinden. Demzufolge, und das wird eine wichtige Aufgabe der Enquetekommission sein, müssen wir uns über den Inhalt verständigen. Was haben die Kommunen in Zukunft zu leisten

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das ist unser Antrag. Genau so!)

und was können sie leisten? Das ist sozusagen der Knackpunkt. Wenn man sich darüber einig wird, kann man anschließend auch über Strukturen reden, wobei jeder weiß, dass man das gleiche Ziel – sozusagen ein Axiom der Kybernetik – mit unterschiedlichen Strukturen erreichen kann. Dort gibt es keine Eineindeutigkeit.

Um welche Fragen wird es gehen?

1. Ist eine grundlegende Erörterung über die Zukunft der Kommunen unseres Landes, eingeschlossen auch Fragen einer möglichen Gebietsreform, nötig und aktuell?
2. Steht die jetzige Ämterstruktur generell zur Disposition?
3. Lassen die besonderen Bedingungen unseres Landes – wir haben ja bekanntlich die absolut niedrigste Besiedlungsdichte in der ganzen Bundesrepublik und weite ländliche Räume – eine unkritische Übernahme von Modellen von anderswoher zu?
4. In welchem Verhältnis stehen bestimmte Verwaltungseffekte und eine höhere Leistungsfähigkeit bei zusammengeschlossenen Gemeinden mit dem möglichen – ich betone, möglichen – Abbau von Demokratie und mit einem vielleicht eintretenden Verlust von gemeindlicher Identität?
5. Was ist mit den größten Gemeinden des Landes, den kreisfreien Städten? Haben Sie in der jetzigen Weise Bestand und Zukunft?
6. Schließlich müssen wir uns fragen – und das ist auch Aufgabe der Enquetekommission –, wer hat den Hut auf in der Diskussion und bei der Entscheidung der Probleme?

Wir sind der Meinung – und deswegen sind wir auch in den letzten Monaten immer wieder dafür eingetreten, dass es eine Enquetekommission sein soll –, dass hin-

sichtlich der Zukunft der Kommunen eine gründliche Diskussion im Land insgesamt unter Einbeziehung der vielen Interessenvertreter und der Menschen selbst und unter Verantwortung des Parlaments zu führen ist. Das ist unser Ansatz. Diese Frage strittig in dem üblichen Ritual zwischen Koalition und Opposition ausschließlich im Landtag zu führen oder in der Verwaltung, das würde höchstens zu einem Fiasko beitragen.

Der Antrag bestätigt, dass sich die Auffassung weitestgehend durchgesetzt hat, dass weder Schnellschüsse noch allein finanzielle Hebel zu durchdachten Lösungen führen. Wir brauchen eine gründliche Bestandsaufnahme und auf dieser Grundlage die Ausarbeitung von Vorschlägen und Lösungsansätzen.

Dabei sage ich deutlich, dass wir gut beraten sind, die Realitäten in unserem Land, bezogen auf die kommunale Selbstverwaltung, unverfälscht wahrzunehmen. Bei diesen Realitäten kann man natürlich trefflich darüber streiten, ob wir bei Gemeindefusionen Demokratieverlust zum Beispiel vor allem über die Verringerung der Zahl der Mandate und Verlust an Bürgernähe der Verwaltung vor allem über die Reduzierung der Zahl ehrenamtlicher Bürgermeister zulassen dürfen. Auch Argumente, die die historische und kulturelle Geschichte von Gemeinden betreffen, und Fragen der Identität besonders der vielen kleinen historisch gewachsenen ländlichen Gemeinschaften lassen sich jederzeit begründen. Ich glaube aber, dass das entscheidende Argument für eine Enquetekommission ein Weg ins wirkliche Leben sein muss.

Dabei ist festzustellen, dass immer mehr kleine Gemeinden nur noch über Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich verfügen, die gerade ausreichen, um die Kreis- und Amtsumlage sowie die Aufwandsentschädigung für den ehrenamtlichen Bürgermeister sowie die Sitzungsgelder der Vertreter zu bezahlen. Es ist festzustellen, dass Investitionen zum Teil faktisch unmöglich sind, weil die dafür notwendige Inanspruchnahme von Fördermitteln – egal ob vom Land, vom Bund oder von der EU – wegen der fehlenden Komplementärmittel kaum möglich ist.

Drittens. Die Ämter haben sich, was wir übrigens seinerzeit vorausgesagt haben, nämlich 1992 bereits, aus Schreibstuben der Gemeinden vielerorts in Bestimmer der Gemeinden verwandelt. Aber Wohlbefinden der Einwohnerinnen und Einwohner und ihre Verbundenheit mit ihrem Heimatort nehmen auf Dauer Schaden, wenn sich, wie es vielerorts jetzt üblich ist, nichts mehr bewegt, nichts erkennbar Neues entsteht. Wir alle wissen doch, dass allein die hohe Arbeitslosigkeit und die Perspektivlosigkeit vor allem junger Menschen oft der Grund sind, dass der Heimatort verlassen wird. Eine zunehmende Überalterung tritt in vielen Gemeinden früher oder später ein.

Und schließlich, Vorstellungen über wirklich effektiv arbeitende bürgerfreundliche Kommunen können letztlich nicht am grünen Tisch entstehen. Ich wage schon heute die Prognose, dass es in unserem Land keine völlig einheitliche Struktur bei der Wahrnehmung kommunaler Selbstverwaltung geben wird. Allein ausgehend von formalen Betrachtungen und auf der Grundlage von durch den Rechner ausgewiesenen Einsparungen kann das kommunale Leben nicht dirigiert werden. Ich habe deshalb auch größte Bedenken, wenn bereits heute unter Bezugnahme auf Gutachten Zahlen ins Spiel gebracht werden, wonach sich die jetzige Zahl von annähernd 1.000 Gemeinden auf unter 200 reduzieren müsse. Den Beweis für ein wesentli-

ches Mehr an kommunaler Selbstverwaltung kann eine abstrakte Diskussion über die Zahl der Gemeinden nicht erbringen.

Ich bin deshalb dafür, dass alle Fragen und Vorstellungen zur Zukunft der Kommunen unseres Landes gründlich mit Praktikern, Wissenschaftlern, mit Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinden selbst diskutiert werden. Neben Vorstellungen von Leitbildern sind auch Fragen der Umsetzbarkeit und der Praktikabilität zu beantworten. Die Grundsätze der Freiwilligkeit und die Beachtung von Vorstellungen der Einwohnerinnen und Einwohner haben für meine Fraktion eine hohe Priorität.

Ich verhehle nicht, dass Überlegungen zur Zukunft der Kommunen und zu möglicherweise veränderten Kommunalstrukturen auch Fragen für die weitere Ausgestaltung der Kommunalverfassung und des Kommunalwahlgesetzes aufwerfen, zum Beispiel zu den Kompetenzen der Vertretungen, zur Größe der Vertretungen, zum Verhältnis der Vertretungen zu den hauptamtlichen Bürgermeistern und Landräten sowie zu den Ortsteilen und ihren Vertretungen. Auch Möglichkeiten der stärkeren Bürgermitwirkung an der Gestaltung des kommunalen Lebens müssen gründlich durchdacht werden.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne bin ich für konzeptionell durchdachte Untersuchungen und Beratungen der Enquetekommission. Es sollte ein gemeinsames Ziel sein, durch die Überweisung des vorliegenden Antrages in die Ausschüsse den Untersuchungsauftrag inhaltlich weiter auszugestalten und auch abzugrenzen und uns über weitere Schwerpunkte wie Arbeitsprinzipien und Ausstattung zu verständigen sowie selbstverständlich auch die notwendigen finanziellen Mittel zu bewilligen, damit diese Enquetekommission vernünftig arbeiten kann. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Kollege.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der CDU-Fraktion.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben den Vortrag des Innenministers gehört und wir haben den Vortrag von Herrn Schoenenburg gehört. Der Innenminister hat mehrfach gesagt: „Ich komme noch zur Sache.“ und „Man muss die Debatte offen und ehrlich führen.“ Ich habe bis zum Schluss gewartet, aber ich habe nicht herausbekommen, welche Vorstellungen der Innenminister hat. Er hat sehr breit darüber gesprochen, was andere gesagt haben. Er hat seinen Kollegen aus Sachsen, Klaus Hardraht, erwähnt und er hat gesagt, dass er sogar mitbekommen hat, was er da gesagt hat. Sie hätten gern dabei sein können. Ich hätte gerne mal Sie beide zusammen auf dem Podium gehabt.

(Minister Dr. Gottfried Timm:

Ich war ja nicht eingeladen, Herr Dr. Jäger.)

Der Kollege Hardraht ist natürlich in einer günstigeren Position. Er hat dies schon gemacht. Und er hat von Anfang an gesagt, wo die Landesregierung hin will.

(Gerd Böttger, PDS: Die haben aber auch die absolute Mehrheit.)

Ja, das ist ja auch prima, Herr Böttger. Das ist erstrebenswert.

(Peter Ritter, PDS: Unter heftigsten Protesten der Kommunen. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Ja, aber mit der heftigen Zustimmung nach dieser Verwaltungsreform.

(Peter Ritter, PDS: Das kenne ich aber anders. Ich bin öfter als Sie in Sachsen.)

Dann sollten Sie mal nach Sachsen fahren und sich genau erkundigen.

(Peter Ritter, PDS: Ich bin öfter in Sachsen als Sie, Herr Jäger.)

Ich weiß. Aber da mal gewesen zu sein, das reicht natürlich nicht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also, Herr Jäger, das hören Sie doch, dass der Mann öfter da ist als Sie. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Herr Ritter, es ist nicht zu bestreiten, dieses Idiom ist noch zu hören und es gefällt mir ja auch.

Meine Damen und Herren! Es geht überhaupt nicht ...

(Gerd Böttger, PDS: Er weiß ja gar nicht, wo Sachsen liegt.)

Natürlich weiß ich, wo Sachsen liegt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Gerd Böttger, PDS: Ach, hören Sie auf!)

Da war ich doch schon öfter.

(Gerd Böttger, PDS: Sie wissen, wo Sachsen liegt!)

Ja natürlich! Aber nun! Wollen wir ernsthaft reden oder flapsen?

Es ist die einzige konkrete Aussage von einem Regierungsmitglied – hier dem Innenminister – an diesem Pult getroffen worden, man wolle zukunftsfähige Gemeinden. Meine Damen und Herren, seien wir doch ehrlich! Das ist eine Leerformel. Das ist wirklich nur eine Leerformel. Und Herr Schoenenburg hat meines Erachtens eine absolut zutreffende Analyse der Situation gegeben. Sie haben auch – das muss ich ganz offen zugeben – gesagt, wo es drückt und wo die Problemstellungen sind.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das sagt aber der Innenminister auch.)

Ja, nur sagt er nicht, wie er abhelfen will. Und das hätte ich heute eigentlich erwartet.

Ich glaube, wir haben aber gemeinsame ...

(Gerd Böttger, PDS: Wenn wir's wüssten! Wenn wir's wüssten!)

Ja, das ist ja noch schlimmer.

(Gerd Böttger, PDS: Sie haben doch auch nur Fragen. – Gabriele Schulz, PDS: Besser wir diskutieren vorher, bevor wir etwas festzurren.)

Lasst uns doch zur Sache kommen!

Wir haben, glaube ich, Übereinstimmung darin und es wäre schon gut, wenn wir eine gemeinsame Prämisse hätten. Die könnte etwa lauten, dass man jede Verwaltungsstruktur von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand stellt.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist sehr richtig.)

Ich stimme dem, was hier gesagt wurde, zu. Die Prüfsteine werden sein: Effektivität natürlich, Bürgernähe und insbesondere die Teilhabe der Bürger an den sie betreffenden Entscheidungen. Und dass es dort Friktionen geben kann mit dem Amtsausschuss und leitenden Verwaltungsbeamten oder Angestellten, das haben wir auch in der Praxis gesehen. Das ist vollkommen richtig.

Aber wir unterscheiden uns ganz erheblich in der Herangehensweise, denn die Koalitionsfraktionen wollen die Enquetekommission mit einem Auftrag ausstatten, zukünftige und zukunftsfähige Gemeindestrukturen zu entwickeln. Wir sind der Meinung, dass eine Enquetekommission – sei sie noch so gut und kompetent besetzt – zunächst einmal wissen muss, was hat denn die Landesregierung unter dem Stichwort Verwaltungsreform – und das ist eben nicht nur die kommunale Ebene – für Zielsetzungen.

Und es genügt dann eben nicht, Herr Innenminister, wenn Sie sich zunächst in einer Pressekonferenz und dann in einem Verordnungsentwurf über die gestaffelte Höhe von Zuwendungen auslassen. Die Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände zeigen, dass sie ebenfalls kein System hinter dieser Staffellung erkennen können. Ich verweise auf die gerade hereingekommene Stellungnahme des Städte- und Gemeindetages. Frau Schulz hat mit Recht darauf hingewiesen, das kann es auch nicht gewesen sein, wenn man nicht die Leitlinie kennt. Wollen Sie die bisherige Ämterverfassung durch ein System etwa von Einheitsgemeinden im Endergebnis ersetzen und wenn, in welcher Größenklasse, oder wollen Sie es nicht?

Eigentlich hatte ich heute Hoffnung, denn ich kenne ein Thesenpapier, das überschrieben ist mit Dr. Gottfried Timm offenbar in seiner Eigenschaft als stellvertretender Landesvorsitzender, aber darunter steht auch Innenminister. Darin steht, dass man eine Verwaltungsreform machen will.

(Gabriele Schulz, PDS: Dann wissen Sie doch,
dass der Innenminister nicht untätig ist.)

Nun ja, habe ich gedacht, nun kommt's.

(Martin Brick, CDU: Fragt sich nur, als was.)

Allerdings, wenn man es dann liest, ist dieses Papier geschaffen worden, um ein Profil bis zum Wahltermin 2002 zu entwickeln. Also bei dieser nur parteipolitisch motivierten Profilierung sind Sie auch nur im Versuch stecken geblieben, denn ich habe keine bis dahin erkennbare Reaktion der Landesregierung auf solche Vorstellungen gesehen.

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Das können wir gern mal besprechen.)

Und wir beobachten ...

Wir müssen nicht besprechen,

(Zuruf von Minister Dr. Gottfried Timm)

Sie müssen mal öffentlich vor diesem Landtag sagen, wo Sie hingehen wollen. Da hilft mir auch kein Gespräch. Ich möchte es vor der Öffentlichkeit von Ihnen hören.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Ja, meine ich.)

Und wie bei anderen Vorhaben ist genau das passiert, was wir ja jetzt schon kennen: Wie beim Standardöff-

nungsgesetz, wie in der letzten Phase der Einführung des Konnexitätsprinzips greifen nun bei dieser Untätigkeit der Landesregierung die Koalitionsfraktionen zu. Sie legen einen Antrag auf Einsetzung der Enquetekommission vor und, was ganz bezeichnend ist, in dieser kommt die Landesregierung schon gar nicht mehr vor.

Meine Damen und Herren von den Fraktionen der SPD und der PDS, ist Ihre Einschätzung der Sachkompetenz der von Ihnen gestützten und zu verantwortenden Landesregierung eigentlich so gering, dass Sie sie jetzt ganz außen vor lassen wollen? Oder steckt dem einen oder anderen, der dabei war, noch immer das ungewöhnliche Erlebnis in den Knochen, dass die Sozialministerin und der stellvertretende Ministerpräsident Herr Holter dem Innenausschuss einen Brief schreiben, in dem sie sich, wie dies dann Frau Ministerin Bunge auch persönlich im Innenausschuss vorgetragen hat, gegen die Vorstellungen des vom Innenminister ausdrücklich befürworteten Entwurfs zu einem Standardöffnungsgesetz stellen?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ist das auf der
Tagesordnung, das Standardöffnungsgesetz?)

Haben Sie Angst, dass Sie sich in einer Enquetekommission genauso streiten und nicht einig werden können, und halten Sie deswegen die Mitglieder der Landesregierung außen vor? Das kann doch nicht richtig sein!

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wenn das Schule macht, dann muss man sich ...

Ja, ich weiß, Sie hätten es auch nicht gebracht. Das, was heute gesagt wurde, bringt es nicht, Herr Dankert. Sie haben Recht. Da teile ich Ihre Auffassung.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie haben mich falsch
verstanden. – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Aber Sie hätten es gemacht, ne?)

Dann habe ich Sie falsch verstanden.

Aber wenn das so Schule macht, meine Damen und Herren – das sollten wir uns mal überlegen, ob das so gut ist –, dann muss man sich nämlich nicht wundern, wenn, was Sie, Herr Schoenenburg, angesprochen haben, ein Professor am Rostocker Institut, nämlich Herr Professor Schröder, dann solche Erklärungen von sich gibt. Und wenn man dann noch liest, das ist ein Mitglied des SPD-Landesvorstandes, der dann sagt, dass die bisherige Zahl der Gemeinden ein Luxus an falscher Stelle ist, dann sage ich Ihnen mal als Kommunalpolitiker: Wer so redet, hat kommunale Selbstverwaltung überhaupt noch nicht verstanden.

(Beifall Jörg Vierkant, CDU –
Reinhard Dankert, SPD: Na, na, na, na!)

Und seine Zahlen zeigen, in welche Richtung das dann gehen soll. Also Sie haben von 200 Gemeinden gesprochen, die da nach manchen Vorstellungen überbleiben.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ich habe die 1.000 genommen, habe zwei Drittel weggenommen, wie der Professor vorschlägt, und bin dann auf 300 gekommen. Aber in der Spanne liegt es, da bestreite ich nichts. Und wenn man dann noch mal guckt, das soll also zu Einsparungen von 300 Millionen DM jährlich führen. Wer weiß, wo die Ausgabenblöcke unserer Kommunen liegen, der weiß, dass der wesentliche Aufgabenbestand gesetzlich definiert ist. Wo wird also einzu-

sparen sein? – Nur im Personalbereich. Und wenn Sie jetzt mal die durchschnittliche Einkommenshöhe der kommunalen Bediensteten – also nicht nur ihre Einkommen, sondern das, was sie kosten – nehmen und entsprechend teilen, dann stellen Sie fest, das wären 5.000 Stellen auf kommunaler Ebene.

Meine Damen und Herren, das ist doch keine seriöse Diskussion! Wir möchten gerne gewichtet haben die Vorteile der bisherigen Struktur, etwa die Identifizierung der Bürger mit ihrem örtlichen Gemeinwesen

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jawohl.)

gegenüber der Gefahr einer Gleichgültigkeit bei nicht mehr als eigenen Bezugspunkt empfundenen Gemeinden. Ganz einverstanden mit dem, was Sie gesagt haben. Wir gewichten aber auch den Vorteil der unmittelbaren Teilnahme von gewählten Mandatsträgern an wichtigen Entscheidungen gegenüber dem sonst unausweichlichen Gefühl, man könne an dem, was die da oben machen – und damit sind wir wahrscheinlich gemeint –, doch nichts ändern.

Damit Sie mich bitte nicht missverstehen, wir haben überhaupt nichts gegen den freiwilligen Zusammenschluss von Gemeinden, wenn dies vor Ort so entschieden wird. Das ist gut. Auch wenn die Übertragung von Aufgaben an eine geschäftsführende Gemeinde ansteht und beschlossen wird – in Ordnung, wenn man das vor Ort so will.

(Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Und wenn die Gemeinden eines Amtes sich zusammenschließen zu einer Einheitsgemeinde – dies als Entscheidung vor Ort ist zu akzeptieren und in Ordnung. Niemand wird hier die Kommunen bevormunden wollen.

Wir bemängeln aber, Herr Minister, Sie haben in Ihren ganzen Vorstellungen – nein, nicht Sie, sondern der Antrag zur Enquetekommission, aber Sie haben dazu auch nichts gesagt – nur von dem kreisangehörigen Raum gesprochen. Okay, da gibt es große Probleme. Aber die Probleme sind sehr viel wichtiger auch in den Bereichen, in denen die kreisfreien Städte Einwohnerverluste hinnehmen. Wir müssen uns darüber klar werden, wie wir darauf reagieren, denn jede Eingemeindung hat natürlich auch Einfluss auf die Kreise des Umlandes. Das ist eine ganz wichtige Frage. Dazu nichts!

(Gerd Böttger, PDS: Aber die Ursache haben Sie gelegt. Die Ursache haben Sie gelegt.)

Das ist so nicht richtig.

(Gerd Böttger, PDS: Natürlich!)

Die Ursache haben auch viele Kommunen ...

(Gerd Böttger, PDS: Hätten Sie den Landkreis um Schwerin gelassen, wäre ...)

Sie sind länger als ich im Kommunalparlament in Schwerin, Herr Böttger, denn ich durfte ja als Innenminister nicht drin sein, aber jetzt bin ich drin. Und ich sage Ihnen auch als Schweriner, natürlich hat die Stadt Schwerin Riesenfehler gemacht, dass sie nicht dafür gesorgt hat, dass attraktive Gewerbegebiete zur Verfügung standen,

(Gerd Böttger, PDS: Auch! Auch!)

dass zum Beispiel Möbelstadt Rück in den Grenzen der Stadt läge.

(Gerd Böttger, PDS: Auch! Auch!)

Lassen Sie uns das zu Hause, nämlich hier in der Stadtvertretung diskutieren!

Aber, meine Damen und Herren, der wesentliche Mangel an Ihrem Antrag – und ich glaube, Sie wissen das auch – ist eigentlich, dass Sie den Aufgabenbestand und die dafür benötigte Finanzausstattung der Kommunen betrachten, und zwar isoliert. Unser Land wird aber auf der Verwaltungsebene vorangebracht eben durch die Verwaltung des Landes, durch die Ministerien und die den Ministerien unmittelbar nachgeordneten Behörden und die kommunale Verwaltung. Und Sie müssen diese Bezugspunkte betrachten, wenn Sie Neues regeln wollen! Denn umgekehrt fehlen die Finanzmittel, die das Land zur Finanzierung seiner Mitarbeiter in den Ministerien und Fachbehörden benötigt, natürlich zur Deckung des Bedarfs im kommunalen Finanzausgleich. Die Decke ist eben so lang, wie sie ist, oder so kurz, wie sie ist.

Und da, meine Damen und Herren, sollten wir auch ein Stück selbstkritisch sagen, dass wir natürlich nach 1990 eine Struktur aufgebaut haben, die den damaligen Verhältnissen durchaus geschuldet und angemessen war. Wir haben im Vergleich ein sehr starkes Gewicht bei den Ministerien auch für Einzelfallentscheidungen. Das benötigt ebenfalls Personal und damit sind Kosten des Landes verbunden. Ich bin ganz sicher, dass die Gründe, die damals dafür sprachen und die berechtigt waren auch für die Bildung von Sonderbehörden, heute nicht mehr so gegeben sind, nachdem wir durchaus funktionsfähige Verwaltungen auf der kommunalen, der Kreis- wie der Gemeindeebene, haben. Also geht es gar nicht anders, über zukunftsfähige Gemeindestrukturen zu sprechen, ohne dieses mit einzu-beziehen, nämlich den Aufgabenschnitt zwischen der kommunalen Ebene und der Landesebene angemessen zu regeln. Und das ist heute sicher anders als vor sieben oder acht Jahren. Ich glaube, das bestreitet niemand.

Wir dürfen deshalb nicht nur an den Aufgabenzuschnitten und an den Strukturen der kommunalen Ebenen herumdoktern, sondern wir müssen erst klare Vorstellungen haben, welches wird der künftige Aufgabenschnitt der Landesministerien sein. Und da werden wir auch über die Zahl der Ministerien zu reden haben. Das ist alles nichts Neues. Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch. Das Gutachten von Professor Hesse im Auftrag des Bundes der Steuerzahler ist sicher eine sehr gewichtige Grundlage für derartige Entscheidungen. Aber ich muss feststellen, bisher ist von der Landesregierung dazu überhaupt nichts zu hören gewesen.

Und genau weil dies so ist, weil Sie diese Zusammenhänge nicht trennen dürfen, möchten wir, dass die Fragen der künftigen Struktur der Landesverwaltung mit einbezogen werden. Und wer kann das besser sagen als die Landesregierung? – Es kann nur sie sagen. Von daher ist unser Antrag eigentlich darauf gerichtet, Ihnen zu ergänzen. Nicht mehr und nicht weniger. Ich weiß, dass dies einen enormen Arbeitsaufwand und auch Entscheidungsbedarf begründet. Nur ich kann mir nicht vorstellen und ich glaube, keiner, der es seriös angeht, kann es sich vorstellen, dass man nur auf der kommunalen Ebene herum-drehen kann an Stellschrauben, sondern das Wesentliche ist zunächst einmal die Definition: Wer macht was? Und dann können Sie sagen, wie und mit welchen Strukturen.

Deswegen würde ich Sie herzlich bitten, den Antrag, den wir gestellt haben, genauso wie Ihren in die Aus-

schüsse, nämlich in den Innenausschuss und in den Finanzausschuss, zu verweisen. Wir können Ihnen verbindlich zusagen, dass es ähnliche sachliche Diskussionen darüber geben wird, wie es Herr Müller für Themen, die wir gestern behandelt haben, hier gesagt hat und dem ich auch zugestimmt habe. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Heinz Müller von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vorhin ist ein Begriff gefallen, der mich – zugegeben – wie eine Nadel gepickt hat: der Begriff des Leitbildes. Welches Leitbild haben wir denn für unsere kommunale Struktur in der Zukunft? Ich denke, diese Diskussion wäre sicherlich einen langen Nachmittag wert, und wir werden im Rahmen dieser Debatte nicht die Zeit haben, diese Diskussion auch nur ansatzweise zu einem vernünftigen Ergebnis zu bringen.

(Gerd Böttger, PDS: Da reicht der Nachmittag auch nicht. – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Sie haben Recht, Herr Böttger. Sie haben Recht.

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Da eignet sich der Biertisch zu.)

Ich denke aber, dass wir uns einig sind, dass dieses Leitbild für die zukünftige kommunale Struktur von einer Basis ausgehen muss, die für mich – und ich denke, auch für Sie – nicht in Frage steht, und das sind die Festlegungen des Artikels 28 des Grundgesetzes, wonach die Gemeinde die Dinge der örtlichen Gemeinschaft – darauf wird hier ja besonders abgehoben – eigenständig, eigenverantwortlich zu regeln hat.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Und nun, meine Damen und Herren, schauen wir uns vor diesem Hintergrund des Grundsteins eines Leitbildes die Realität an, machen wir genau das, was Kollege Schoenenburg – er ist leider nicht mehr da – gefordert hat, sehen wir uns die Realitäten an vor dem Hintergrund dieser Festlegungen des Artikels 28! Und wir kommen zu dem Ergebnis, dass von jenen 1.000 Gemeinden, die immer wieder zitiert werden – fast die Hälfte davon hat weniger als 500 Einwohner –, dass diese kleinen und kleinsten Gemeinden in der Praxis ja kaum noch in der Lage sind, die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Sie haben Gemeindeorgane, Bürgermeister und Vertretungen, die demokratisch einwandfrei und ohne jeden Zweifel legitimiert sind. Aber diese Organe sind nicht mehr die Organe, die die eigentlichen Entscheidungen der Gemeinde treffen. Der Innenminister hat zu Recht darauf verwiesen, dass zahlreiche Aufgaben an die Ämter übertragen werden, zahlreiche Aufgaben an Zweckverbände. Herr Markhoff, Sie haben in der Frage von Investitionen vorhin selbst ausgeführt, in einem gut funktionierenden Amt wird das im Amt geregelt. Richtig. So ist es. Das heißt, die Gemeinde ist selbst gar nicht mehr in der Lage, diese Entscheidungen über die Investitionen, die sie selbst betreffen, auch selbst zu fällen, sondern diese Entscheidungen werden in Zweckverbänden getroffen und werden in den Ämtern getroffen.

Und dann schauen wir uns bitte ohne ideologische Verklemmung, sondern wirklich nur in der Praxis an, wie

demokratisch strukturiert diese Ämter und diese Zweckverbände sind. Ich will jetzt gar nicht von dem Abwasserzweckverband mit 90 Mitgliedsgemeinden reden, sondern ich will über durchschnittliche Ämter des Landes Mecklenburg-Vorpommern reden. Sie verfügen nicht über ein vom Volk gewähltes Organ, weder an der Spitze noch als kollegiales Beschlussorgan. Der Amtsausschuss ist mittelbar gewählt. Zwar werden die Bürgermeister direkt gewählt, aber die weiteren Mitglieder des Amtsausschusses werden mittelbar gewählt. Der einzelne Gemeindevertreter der amtsangehörigen Gemeinde hat de jure noch nicht einmal die Möglichkeit, wenn er nicht zufällig Mitglied des Amtsausschusses ist, auf die Amtsverwaltung einzuwirken. Wie soll dann der einzelne Bürger eine solche Möglichkeit haben?

Für mich ein besonderes Problem ist die Spitze des Amtes. Wir haben die Doppelspitze mit einem Lebenszeitbeamten, dem leitenden Verwaltungsbeamten, der de jure natürlich der Weisung des Amtsvorstehers unterliegt. Aber sehen wir uns die Realitäten an! Der Amtsvorsteher ist in aller Regel in seiner Gemeinde kommunalpolitisch bereits tätig, oft als Bürgermeister. Er ist ein Mitglied des Amtsausschusses und er soll dann als Amtsvorsteher, so heißt es in der Kommunalverfassung, die Verwaltung des Amtes ehrenamtlich leiten.

Nun nehmen wir mal zu seinen Gunsten an, dass er noch über einen ganz normalen Beruf verfügt, der ihn acht Stunden am Tag bindet, und dass er neben der Kommunalpolitik auch noch eine Familie hat, dann sage ich, in dieser Realsituation ist dieser Mann oder diese Frau aufgrund seiner Belastung – nicht, weil ich diesen Menschen einen Vorwurf mache, im Gegenteil, ich schätze ihr kommunalpolitisches Engagement sehr hoch –, aber er ist aufgrund der zeitlichen Belastungen gar nicht in der Lage, das Amt tatsächlich zu führen, sondern tatsächlich geführt wird es vom leitenden Verwaltungsbeamten.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: So ist es!)

Das sehen wir uns jetzt bitte schön an vor dem Hintergrund unseres Anspruchs kommunaler Demokratie. Und dann sehen wir, dass Anspruch und Realität weit auseinander fallen. Nicht in allen Fällen! Ich gebe gerne zu, Herr Markhoff, dass es Ämter gibt, bei denen es anders ist und bei denen es funktioniert. Aber in sehr vielen Fällen funktioniert es eben nicht. Unser eigener demokratischer Anspruch und unsere Wirklichkeit fallen hier weit auseinander und deswegen sehe ich hier Handlungsbedarf.

(Gabriele Schulz, PDS: Also brauchen wir eine gründliche Analyse.)

Und wenn wir Handlungsbedarf haben, dann zeichnen sich natürlich Lösungen ab. Wir brauchen ja nur über die Grenzen unseres Bundeslandes hinauszusehen und wir sehen Lösungen. Wir sehen, dass in Brandenburg eine Enquetekommission – ich will das Ergebnis hier zugegebenermaßen etwas vereinfachen – eine Zwischenebene zwischen der Gemeinde und dem Kreis als Lösungsansatz vorsieht. Wir sehen, dass andere Bundesländer – über Sachsen wurde hier schon gesprochen – den Zusammenschluss der kleinen Gemeinden zu Großgemeinden als Lösung vorschlagen. Wir sehen aber auch andere Lösungen, die das Problem sicherlich mildern können, wie die Kooperation von Verwaltungen. Ich denke nur an die vielen Fälle, in denen wir eine Stadt und ein umgebenes Amt haben. Der Innenminister hat Röbel als Beispiel genannt. Das geht von Hagenow bis Ueckermün-

de, Hagenow und Hagenow-Land, Ueckermünde und Ueckermünde-Land. Auch hier könnten wir sehr viel an Effektivierung erreichen, wenn wir eine vertraglich vereinbarte Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Verwaltungen erreichen würden.

Und weil wir ein großes Problem haben, das wir lösen müssen, und weil wir verschiedene Lösungsmöglichkeiten haben, deswegen haben die Koalitionsfraktionen eine Enquetekommission vorgeschlagen. Ich halte das natürlich in völliger Übereinstimmung mit Kollegin Schulz für einen sehr vernünftigen Weg. Denn, meine Damen und Herren, wenn Sie wollen, schauen Sie doch mal ins Lexikon, was eine Enquetekommission ist. Eine Enquetekommission ist eine Kommission, die die Entscheidungen eines Parlaments sachlich-fachlich vorbereitet. Genau das brauchen wir hier. Wir brauchen Entscheidungen dieses Hauses, aber wir wollen diese Entscheidungen vernünftig sachlich-fachlich vorbereiten. Und deswegen braten wir hier nicht im eigenen Saft des Innenausschusses, sondern wir holen uns Wissenschaftler an den Tisch,

(Gabriele Schulz, PDS: Genau!)

wir holen uns die kommunalen Landesverbände an den Tisch, wir holen uns kommunale Praktiker an den Tisch, um mit ihnen gemeinsam zukunftsweisende Entscheidungen vorzubereiten.

So, und dann, Herr Jäger, kommt die Frage: Warum sitzt denn da nicht die Regierung drin?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Also ich sage Ihnen ganz ehrlich, wenn wir da noch reinschreiben würden, der Innenminister sitzt mit am Tisch und der Minister für die Raumordnung sitzt mit am Tisch, dann hätte ich damit kein Problem. Ich habe nur das Problem, dass wir hier ein Organ der Legislative haben, das legislative Entscheidungen vorbereiten soll. Nur deswegen haben wir die Mitglieder der Exekutive nicht zu Teilen dieser Enquetekommission gemacht. Das heißt aber nicht, dass die draußen vor der Tür warten müssen auf unsere weisen Entscheidungen, sondern ich gehe davon aus, dass der Innenminister, der Minister für Bau und Arbeit als der für die Raumordnung zuständige Minister und der Justizminister an unseren Beratungen selbstverständlich teilnehmen werden

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Dazu gibt es ja auch Festlegungen in der Landesverfassung.)

und dass sie ihre Fachkompetenz hier in die Diskussion mit einfließen lassen. Von daher sehe ich hier überhaupt kein Problem.

Probleme sehe ich vielmehr darin, dass das, was wir inhaltlich erarbeiten, einer Öffentlichkeit vermittelt werden muss, bei der – auch darauf ist von Vorrednern schon hingewiesen worden – psychologische Probleme eine große Rolle spielen.

(Vizepräsidentin Renate Holzngel
übernimmt den Vorsitz.)

Die Orte, in denen die Menschen wohnen, in denen sie oft, gerade im ländlichen Raum, geboren und aufgewachsen sind, stiften Identität, geben ein Stück Heimat. Und sehr oft stoßen wir auf emotionale Widerstände, wenn wir mit Überlegungen an die Menschen herantreten, diese Gebietsstruktur zu ändern. Ich denke, wir sind gut beraten, wenn wir solche emotionalen Widerstände nicht mit

einer Hand einfach wegschieben, sondern wenn wir sie sehr sehr ernst nehmen und wenn wir ihnen große Beachtung schenken. Es ist nach meiner Einschätzung eine wesentliche Aufgabe auch dieser Enquetekommission, sich genau hierüber Gedanken zu machen und genau hier anzusetzen und zu überlegen, welche Brücken können wir denn bauen, um zu zukunftsfähigen Strukturen zu kommen, ohne die Menschen aus ihrer Verwurzelung zu reißen und ohne ihnen einen Entfremdungsprozess zuzumuten. Ich will nur zwei, drei Beispiele nennen, um deutlich zu machen, was ich meine.

Wir haben in der Kommunalverfassung das Instrument der Ortsteilbeiräte und wir sollten überlegen, und das ist eine Fragestellung, die meines Erachtens die Enquetekommission sich auf den Tisch ziehen sollte, ob denn diese Ortsteilbeiräte – ich halte den Namen übrigens nicht für glücklich, Ortsbeiräte wäre mir wesentlich lieber –

(Heidemarie Beyer, SPD: Ja.)

ein Instrument sein können, um die genannten psychologischen Probleme zu reduzieren, und ob es in diesem Zusammenhang sinnvoll wäre, Rechte, Möglichkeiten und Einflussnahme dieser Ortsbeiräte juristisch zu stärken. Wir werden in diesem Jahr in eine Diskussion eintreten zur Novellierung der Kommunalverfassung. Dort sind diese Ortsteilbeiräte – so heißt es ja dort – normiert und es wäre nach meiner Einschätzung sinnvoll, wenn wir dann bereits Vorschläge der Enquetekommission zu diesem Thema ganz konkret vorliegen hätten.

Ein zweites Thema – das Kommunalwahlgesetz. Sehr oft wird als Problem gesehen, dass eine kleine Gemeinde, die ansonsten vielleicht bereit wäre, ihre Eigenständigkeit aufzugeben, Ängste hat, dass in der großen Gemeinde keiner aus diesem Gemeindeteil in der Gemeindevertretung anwesend sein wird. Nun kennen wir unser Kommunalwahlgesetz. Darin steht, dass Gemeinden bis 1.500 Einwohner einen Wahlbereich bilden. Warum ändern wir diese Bestimmung nicht und eröffnen die Möglichkeit, dass wir solche Gemeinden in mehrere Wahlbereiche einteilen?

(Gabriele Schulz, PDS: Genau darüber müssen wir nachdenken.)

Damit hätten sie eine Garantie, dass einer oder eine aus ihrem Bereich in der Gemeindevertretung sitzt. Ich denke, solche Brücken können wir bauen und wir müssen sie bauen. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, denke ich, muss unsere Enquetekommission tätig werden. Sie muss uns Entscheidungsstrukturen der Zukunft liefern. Sie muss uns aber auch Brücken liefern, wie wir zu solchen Strukturen kommen.

Und nun zu einem Aspekt, der mich bewegt, wenn ich mir den Antrag der CDU ansehe. Zunächst mal möchte ich sagen, ich war eigentlich sehr froh, als ich diesen Antrag in die Hand bekommen habe, weil dieser Antrag für mich ein Dokument eines Prozesses ist. Wenn ich mir noch vor wenigen Wochen angehört habe, wie hier in diesem Landtag argumentiert worden ist – auch von Ihnen, Herr Rehberg –, dann war das eine sehr undifferenzierte Ablehnung aller angeblichen Pläne zu Gemeindezusammenschlüssen,

(Torsten Koplín, PDS: Das ist meistens so.)

wobei Sie dabei unterstellt haben, es seien bereits jetzt Gemeindezusammenschlüsse durch Gesetz gemeint. Sie wissen, das ist nicht so. Aber wenn ich diese sehr undifferenzierte Ablehnungsposition vergleiche mit diesem

Papier, das da jetzt auf dem Tisch liegt, dann ist da ja eine deutliche Entwicklung erkennbar. Jetzt wird eine Veränderung der Gemeindestruktur nicht mehr rundheraus abgelehnt, sondern es wird gesagt: Bedingungen, Voraussetzungen, Zieldefinitionen und ähnliches. Ich denke, das ist ein erheblicher Schritt nach vorn und das ist eine Ebene, auf der man viel leichter miteinander diskutieren kann – über Bedingungen, über Ziele und über Voraussetzungen. Und deswegen begrüße ich dieses Papier, auch wenn ich nicht alles, was in diesem Papier drinsteht, inhaltlich für richtig und für akzeptabel halte. Das bezieht sich insbesondere auf die Frage des Verhältnisses von Funktionalreform und kommunaler Strukturreform.

Wenn ich Sie richtig verstehe und wenn ich das Papier richtig lese, Herr Jäger, ist Ihre Vorstellung, wir machen erst mal den ganz großen Entwurf, wie denn die Verwaltung des Jahres 2010 aussieht. Dann fangen wir an zu realisieren, und zwar fangen wir oben an.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja sicher.)

Als erstes diskutieren wir über die Zahl der Ministerien.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, zum Beispiel.)

Und so arbeiten wir uns dann runter und im Jahre 2025 sind wir bei den Kommunalstrukturen angekommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee. –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Vielleicht,
vielleicht. – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

Dieses ist meines Erachtens eine völlig falsche Herangehensweise.

(Harry Glawe, CDU:
Aber Sie machen es doch so.)

Nein, wir machen es nicht so, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Aber natürlich!)

Ganz im Gegenteil, ich wollte gerade auf das Gutachten von Hesse zu sprechen kommen.

(Harry Glawe, CDU: Immer Zeit
schinden, viel reden, immer viel reden.)

Das Gutachten von Hesse, das Sie ja recht positiv zitiert haben – sicherlich zumindest als Denkanstoß, und ich sehe es auch so, als Denkanstoß positiv, ich will nicht alles übernehmen, aber als Denkanstoß sehr positiv –, dieses Gutachten von Hesse empfiehlt uns ja genau nicht diesen Weg, sondern das Gutachten von Hesse empfiehlt uns – und das ist meines Erachtens richtig –, auf allen Ebenen anzusetzen und auf allen Ebenen etwas zu tun,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

von ganz oben bis ganz unten, und nicht ein zeitliches Nacheinander.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oben ist nichts. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die einen warten nicht auf die anderen, sondern wir versuchen, auf allen Ebenen unsere Verwaltungen zu effektiveren und bürgerfreundlicher zu gestalten, und zwar gleichzeitig, nicht nacheinander, sondern gleichzeitig. Ich denke, das ist der richtige Weg. Das ist der Weg, den wir gehen müssen. Das von mir eingangs aufgezeigte Problem auf der kommunalen Ebene hat nicht die Zeit zu warten, bis wir uns entschieden haben,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

ob wir sieben, acht, neun, sechs oder zwölf Ministerien brauchen, sondern dieses Problem muss jetzt angegangen werden, aber nicht im Sinne einer Brechstange, sondern wir müssen im Sinne eines Das-Problem-sich-auf-den-Tisch nehmen nach Lösungen suchen und dann vernünftige Lösungen umsetzen. Das, meine Damen und Herren, ist genau der Weg, den wir hier vorschlagen. Das ist genau der Weg der Enquetekommission, so, wie Kollegin Schulz ihn eingangs skizziert hat. Ich bitte Sie, ihrem Votum folgend, beide Anträge in die genannten Ausschüsse zu überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und PDS und Dr. Armin Jäger, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Böttger von der Fraktion der PDS.

Gerd Böttger, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin auch der Meinung, dass der Antrag der CDU eine Vielzahl von richtigen Fragen aufwirft. Die 14 Fragen, die Sie hier formuliert haben, sind richtige Fragen, aber es sind eben Fragen und jeder von uns, der in der Kommunalpolitik tätig ist, könnte weitere hinzufügen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Zuruf von Martin Brick, CDU)

Aber ist es wirklich eine Frage der Herangehensweise, wie ich zu vernünftigen Antworten komme? Und da unterscheidet sich unser Vorgehen von Ihrem schon erheblich.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Sie nämlich wollen zuallererst – und Herr Jäger hat es heute hier noch mal gesagt – eine Konzeption oder eine Auffassung der Landesregierung. Und dann machen Sie natürlich folgendes, Herr Jäger: Wenn diese Konzeption erfolgreich sein sollte, dann kenne ich Sie, dann werden Sie sagen, Sie waren der eigentliche Erfinder.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Wenn Ihnen etwas daran nicht passt, dann werden Sie sagen: Wir haben es schon immer gewusst, die taugen nichts.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Also ich verstehe ja Ihre Situation.

(Gabriele Schulz, PDS: Ja, so ist es.)

Sie wollen dort, wo es gut geht, dabei sein, und wo es nicht gut geht, wollen Sie kritisieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, absolut nicht.)

Den Gefallen wollen wir Ihnen nicht tun.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie werden
unseren Sachverstand einfach brauchen.)

Unsere Konzeption ist eine ganz andere. Wir wollen, dass die von Ihnen aufgeworfenen Fragen – auch in den drei Punkten – in der Enquetekommission behandelt werden, denn ich glaube auch, eine Antwort auf die vielfältigen Fragen, die Sie hier richtigerweise aufwerfen und andere Kollegen auch, hat im Moment keiner – weder Sie

noch Sie noch wir. Wenn wir sie hätten, könnten wir uns viel Zeit und Geld sparen.

Und dann sage ich Ihnen mal eins: Ich finde es auch richtig, dass nicht nur die Landesregierung diese Fragen beantwortet, weil die Gemeinden in diesem Lande nicht der jeweiligen Landesregierung gehören, sondern wir haben kommunale Selbstverwaltung. Deshalb sind wir für einen breiten Diskussionsprozess, der auch nicht nur die Parteien beinhaltet, die zur Zeit in diesem Hause sind, sondern auch Vertreter der FDP, der Grünen sind gefragt, auch kommunale Spitzenverbände, ehrenamtlich tätige Bürgermeister, hauptamtlich tätige Bürgermeister, Landräte. Ich finde das auch völlig richtig, es ist eine andere Herangehensweise.

Und wenn ich Ihre drei Punkte hier sehe neben vielen Dingen, wo ich sage, na gut, Selbstverständlichkeiten: Sie stellen hier im Punkt 1 fest, dass ein breiter Konsens erreicht worden ist bei der damaligen Diskussion. Sie haben völlig Recht. Aber was wollen wir denn mit der Enquetekommission? Wir wollen genau diesen breiten Konsens, wo auch die CDU als eine große und wichtige Partei in diesem Lande eine Rolle spielen wird. Also am Ende dieses ersten Punktes kann ich sagen, er spricht eigentlich für eine Enquetekommission.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

In Ihrem Punkt 2 sagen Sie, wir wollen die Prüfungsergebnisse offen legen und frei von Zwängen handeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Ich kann Ihnen sagen, das Ende dieses Punktes 2, genau das ist das Ergebnis am Ende einer Enquetekommission: Diskutieren, Experten hören, zum Schluss Vorschläge machen. Ich kann sagen, Ihr Punkt 2 spricht eigentlich für die Enquetekommission.

Und was den Punkt 3 angeht, da sage ich, natürlich haben Sie Recht, wenn Sie sagen, man muss alles komplex behandeln, man darf sozusagen die Strukturen nicht von den Aufgaben lösen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

die Funktionalreform muss diskutiert werden. Natürlich haben Sie völlig Recht, dass – und davon bin ich und davon sind auch die Koalitionsfraktionen zutiefst überzeugt – wir auch über die Landesebenen weiter diskutieren müssen. Sie sind ja damals in Ihrer Regierungszeit auch nicht sehr weit damit gekommen.

Übrigens, was die Ministerien angeht: Wissen Sie, diese Diskussion kenne ich ja. Solange Sie in der Opposition sind, werden Sie natürlich weniger Ministerien fordern, wenn Sie mal wieder rankommen, das dauert noch ein Weilchen, aber wenn Sie mal wieder rankommen, werden Sie natürlich wieder mehr Minister fordern.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben
ein ganzes mehr gemacht.)

Insofern sage ich: Dieses Spielchen kennen wir ja. Damit lenken Sie auch ein bisschen ab von dem Wesentlichen.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Es geht ja gar nicht so sehr um die Zahl der Ministerien. Sie haben ein richtiges Problem aufgeworfen: Wie geht es weiter mit der Reform auf der Landesebene? Da haben

Sie völlig Recht. Aber, Herr Jäger, Sie wissen auch, wenn man all diese sehr komplizierten Fragen und Zusammenhänge in die Enquetekommission packt –

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Dann wird gar nichts draus.)

und wir haben natürlich darüber auch diskutiert, als wir den Vorschlag gemacht haben, wie breit muss man es fassen –,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

wie lange man braucht und was da zum Schluss rauskommt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Da schafft man gar nichts.)

Da schafft man gar nichts. Und deshalb haben wir uns in der Tat entschieden. Herr Schoenenburg hat es ja gesagt. Der Titel dieser Enquetekommission ist ja nicht so eng. Er sagt ja nicht nur Gemeindestrukturen, sondern zukunftsfähige Gemeinden.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Da kann ich viel reinlegen. Und es wird eh schwierig werden, all die vielen Vorstellungen der Beteiligten dort unterzubringen. Aber solche Fragen, wie Sie sie hier aufwerfen und wie Sie sie aufschreiben, die werden natürlich in der Enquetekommission eine Rolle spielen. Insofern sage ich, man muss es im Zusammenhang betrachten. Und ich bin auch der Meinung, das Schlimmste, was passiert, wenn wir nur diskutieren, ist, was sollen zum Schluss für Strukturen rauskommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Also dann könnte man sich wirklich den ganzen Kram sparen und könnte sagen: Das wissen wir ja eigentlich, was wir uns leisten können. Da brauchen wir bloß zu fragen, was haben wir für Geld.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na nichts. Wenn's nach dem Geld
geht, können wir uns gar nichts leisten.)

Aber das wäre in der Tat viel zu eng.

Ich sage noch mal: Ihre Fragen sind richtig. Ihre Herangehensweise ist, wie ich meine, die falsche, aber ich hoffe – das haben Sie ja angekündigt –, dass es gelingen wird, es mit Ihrem Antrag, den wir in den Ausschüssen gerne mitbehandeln wollen, mit in die Arbeit der Enquetekommission einfließen zu lassen. Ich gehe auch davon aus, dass die Opposition in diesem Lande nicht lustlos in dieser Enquetekommission mitarbeitet, sondern Sie haben in Ihren Reihen viele erfahrene Landes- und Kommunalpolitiker und auf diesen Erfahrungsschatz – das sage ich Ihnen auch – können wir als Koalition nicht verzichten. Wir wollen es auch nicht tun aus dem Grunde, weil man über Gemeindegebietsreformen nicht aus der Sicht von derzeitigen Koalitionen oder aus der Sicht der derzeitigen Opposition redet. Es ist etwas länger angelegt. Und ich wünsche Ihnen lange die Opposition, aber ob dieser Wunsch in Erfüllung geht, das liegt nun wirklich nicht in meiner Hand.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Erhard Bräunig, SPD –
Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Und deshalb sage ich: Seien Sie herzlich willkommen! Arbeiten

Sie ordentlich und vernünftig mit! Das ist das Beste, was Sie machen können. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Böttger.

Ums Wort hat noch mal der Fraktionsvorsitzende Herr Rehberg gebeten. Bitte, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Böttger, Sie können davon ausgehen, dass wir, wenn die Zielstellung der Enquetekommission wirklich ergebnisorientiert ist, wirklich engagiert mitarbeiten werden.

(Gerd Böttger, PDS: Also das hörte sich in der Presse noch anders an bei Ihnen.)

Herr Böttger, wissen Sie, wenn ich an Ihren Antrag aus dem Jahre 1996 denke, den Sie hier im Landtag eingebracht haben, und zwar dass ab einer Einwohnerzahl von 1.500 die Gemeinden hauptamtliche Bürgermeister haben sollten, und Sie sich heute hier hinstellen und sagen, die Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, die EU-Fördermittel einzuwerben, weil sie zu klein sind, dann sage ich Ihnen: So eine Wandlung wie Sie hat keiner in der CDU-Fraktion in den letzten vier Jahren durchgemacht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Da sehen Sie mal, wie lernfähig wir sind!)

Sie sollten wirklich auch mal darüber nachdenken, dass der eine oder andere in diesem Landtag nicht so ein kurzes Gedächtnis hat.

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Lassen Sie mich sagen, Sie brauchen doch viele Dinge gar nicht neu zu erfinden. Aber natürlich, Herr Müller, werden Sie sie bis zum Jahr 2025 brauchen, wenn Sie alte fundierte Vorschläge aus dem Kommissionsstab und den Kommunen aus dem Jahre 1996/97 aus der Deregulierungskommission einfach in der Schublade liegen lassen. Die Vorschläge sind alle da. Und wenn Sie wirklich ziel- und ergebnisorientiert arbeiten wollen, dann müssen Sie zuallererst definieren, was sollen die kleinste Verwaltungseinheit in diesem Land – das ist die kreisangehörige amtsfreie Gemeinde – und die Verwaltungsgemeinschaft, sage ich mal – wir haben ja unterschiedliche Strukturen, von der Einheitsgemeinde bis zum Amt –, leisten? Und wenn Sie mir dann jetzt sagen, das machen wir alles parallel, dann sage ich Ihnen, nein.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Wenn Sie eben definieren, dass Sie mehr Zuständigkeiten im Umweltbereich oder im Baurecht heruntergeben wollen auf die Landkreise – und Sie wollen dann noch weiter etwas runterdelegieren auf die Ämter –, dann müssen Sie die Verwaltungseinheiten eben so schneiden, dass sie das auch leisten können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich habe mit großem Interesse in den letzten Tagen eine Meldung von Herrn Professor Dieter Schröder, den ich auch einigermaßen kenne, vernommen. Wer zu den Zahlen kommt, Einsparungen von 250 bis 300 Millionen DM per anno jährliche Kosten zu erreichen durch eine Gemeindegebietsreform, der ist nicht mal mehr fähig, die vier Grundrechenarten hinreichend auszuüben. Ich habe ungefähr 100 Ämter in diesem Land und um etwas anderes kann es ja wohl nicht gehen. Da muss ich auch an Sie,

Herr Müller und Frau Schulz, die Frage stellen: Warum ist bei den fünf kommunalen Vertretern, die Sie für die Kommission vorschlagen, nur ein Bürgermeister dabei, wenn Sie, wie Sie das ja ausgeführt haben, sich insbesondere um Gemeindestrukturen kümmern wollen? Wenn es um eine Gemeindegebietsreform gehen soll, so, wie Ihr Antrag dies formuliert, dann gehören doch insbesondere die Betroffenen dazu.

(Gabriele Schulz, PDS:
Die kommunalen Verbände sind dabei.)

Wissen Sie, wenn Sie das wirklich ernst meinen mit dem Sachverstand, dann können Sie nicht nur einen ehrenamtlichen Bürgermeister benennen. Ich sage das hier: Funktionäre von kommunalen Landesverbänden können durchaus andere Erfahrungen und Auffassungen haben als die, die das vor Ort in der kommunalen Praxis machen müssen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Deswegen werden wir mit Ihnen reden. –
Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Ja, ja, es ist ja ehrenwert, dass Sie das parteipolitisch schön gestreut haben. Es ist auch ehrenwert, dass Sie einen Oberbürgermeister dabei haben. Es ist auch ehrenwert, dass Sie zwei hauptamtliche Bürgermeister dabei haben, dass Sie Herrn Hünnecke dabei haben, der eine geschäftsführende Gemeinde leitet. Aber ich denke: Wo bleiben die Amtsvorsteher, wo bleiben die Ehrenamtler in dieser Kommission?

(Gabriele Schulz, PDS: Reden Sie doch die Sache nicht schon klein, bevor wir angefangen haben, an der Sache zu arbeiten. –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ich rede sie doch nicht klein. Das hat doch nichts mit undifferenzierter Ablehnung zu tun. Wissen Sie, wir wollen das Ziel schon wissen.

Eins ist für mich auch dieser Antrag – ein Armutszeugnis für die Landesregierung. Das ist für mich schlichtweg ein Armutszeugnis, das Sie hier ausstellen. Denn als wir das 1996 mit Zustimmung der SPD auf den Weg gebracht haben, die Hochzeitsprämie ausgelobt haben, weil wir gar nicht wussten, wie die Entwicklung sein würde, da gingen alle Hände in diesem Landtag hoch. Aber heute dies so zurückzudrehen, dass sich Gemeindefusionen gar nicht mehr lohnen, dann noch zu sagen, wenn Ihr den Verwaltungshaushalt nicht ausgeglichen habt, dann müsst Ihr das erst mal zur Schuldentilgung nehmen, und dann zu sagen, aber ihr kriegt nur dann 900.000 DM, wenn ihr eine Einheitsgemeinde bildet – denn das ist die Quintessenz –, dann frage ich mich, Herr Müller, und dann sagen Sie es: Wo soll dieser Weg hinführen? Wir haben heute eine Struktur und ich brauche keine Enquetekommission dazu, um zu sagen, wo die Problembereiche sind, die echten, wo die Einwohnerzahlen zu niedrig sind. Da können wir uns auch beide eine Karte nehmen und draufgucken.

(Gerd Böttger, PDS: Antworten finden, nicht Fragen stellen!)

Herr Böttger, oder Sie sagen, wir wollen Ämter zusammenlegen.

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Und ich bin ja als Zeuge von Herrn Innenminister Timm in der Pressekonferenz genommen und genannt worden.

Und auch deswegen gehe ich noch mal darauf ein, Herr Müller. In einer Einheitsgemeinde ist es mehr als problematisch. Mit 23 Ortsteilen und sieben Gemeinden fehlen schon aus drei Gemeinden Kommunalvertreter und Ortsteile sind nur noch sechs vertreten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist ein Problem.)

Das ist mehr als ein Problem. Und das kriegen Sie auch nicht behoben, über den Weg – ich bin sofort fertig –, den Sie vorgeschlagen haben. Ich warne ganz erheblich davor zu meinen, dass Ortsbeiräte, die letztendlich nichts zu entscheiden haben, weil sie keine Haushaltshoheit haben, sie können nichts mehr bewegen, diesen Weg gehen zu einer reinen stringenten Einheitsgemeinde. Ich sage Ihnen, was in der Stadt Marlow bisher gespart worden ist:

(Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

Sechs Haushalte sind gespart worden, wir haben nur noch einen. Dieser Haushalt ist aber in der Summe genau so dick und wir haben nicht eine Stelle gespart. Ich sage es auch noch mal, was ich Ihnen schon mal in Barth gesagt habe: Eins können wir einsparen, und zwar vier Feuerwehren nach dem Brandschutzgesetz, denn wir brauchen in einer Gemeinde nur eine Feuerwehr, bloß das kann nicht Ziel und Zweck sein. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten ...

(Heinz Müller, SPD: Nein, ich wollte das Wort. – Reinhard Dankert, SPD: Das war eine Wortmeldung.)

Eine Wortmeldung. Bitte, Herr Müller.

Heinz Müller, SPD: Ja, Frau Präsidentin, ich hatte um das Wort gebeten, nicht, um eine Zwischenfrage an den Kollegen Rehberg zu stellen, sondern um hier noch einige wenige Sätze zu ihm zu sagen, hatte ich mich gemeldet. Vielen Dank für das Wort.

Zunächst, Herr Rehberg, das ist, glaube ich, ein Missverständnis. Herr Hünnecke ist nicht Bürgermeister einer geschäftsführenden Gemeinde.

(Annegrit Koburger, PDS:
Mit unterschiedlichen Ortsteilen.)

Da werfen Sie etwas durcheinander. Die geschäftsführende Gemeinde ist in unserer Kommunalverfassung eine Institution, eine Rechtsform, in der das Amt kein eigenes Personal beschäftigt, sondern das Amt überträgt die Aufgaben der Verwaltung per Vertrag auf eine amtsangehörige Gemeinde. Das Verwaltungspersonal ist dann nicht beim Amt angestellt, sondern bei dieser Gemeinde, aber dieses Personal erledigt die Aufgaben für die amtsangehörigen Gemeinden mit. Das heißt nach unserer Kommunalverfassung „geschäftsführende Gemeinde“. Hier aus der Gegend fällt mir als erstes Neustadt-Glewe ein, weil ich da mal gewohnt habe. Dort gibt es das.

Herr Hünnecke ist eben nicht Bürgermeister einer solchen geschäftsführenden Gemeinde, sondern wir haben hier etwas ganz anderes. Und das macht Herrn Hünnecke für uns und für die Enquetekommission so ungeheuer interessant. Wir haben hier nämlich ein Modell, dass ein Amt nicht mehr existiert, weil alle ehemals amtsangehörigen Gemeinden sich zu einer Gemeinde zusammengeschlossen haben. Es gibt also kein Amt mehr und es gibt

dementsprechend auch keine geschäftsführende Gemeinde. Und Herr Hünnecke ist nicht Bürgermeister einer geschäftsführenden Gemeinde, sondern er ist Bürgermeister dieser jetzt erheblich größeren Gemeinde, die alle ehemals selbständigen Gemeinden des Amtes umfasst. Und weil er eine solche Funktion hat in einer Gemeinde, von der man sagen kann, das ist für manche ein Modell, das ist ein Modell, über das man reden muss, deswegen sitzt Herr Hünnecke nach unserem Vorschlag – es ist ja bislang nur ein Vorschlag – in dieser Kommission, weil wir von seinen Erfahrungen zehren möchten. Dass Herr Hünnecke nebenbei Mitglied der FDP ist, das wissen wir, und ich sage ganz klar: Das kommt uns durchaus entgegen, denn – wie Kollege Böttger gesagt hat – wir wollen hier gar nicht stramm parteipolitisch ausrichten, sondern wir wollen versuchen, einen möglichst breiten Konsens zu erreichen. Und wenn jemand gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe sozusagen schlägt, dann ist uns das sehr angenehm. Und so ein Fliegenschläger ist auch der Herr von der Wense, denn erstens gehört er der CDU an, zweitens ist er Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt und drittens kommt er aus Vorpommern. Letzteres ist für mich natürlich besonders wichtig,

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

weil ich denke, wir sollten diesen Landesteil nicht völlig außen vor lassen. Und so haben wir unseren ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Also eigentlich aus Vorpommern ist er nicht.)

Bitte?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Also eigentlich aus Vorpommern ist er nicht.)

Nein, eigentlicher Vorpommer ist er nicht,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wer ist schon eigentlich aus Vorpommern, Gerhard?!)

aber er ist seit Jahren in Vorpommern tätig. Von daher gehe ich davon aus, dass er die Probleme dieses Landesteils besser kennt als jemand, der sich immer nur in Ludwigslust aufhält.

Also wenn wir hier fünf Kommunalpolitiker vorgeschlagen haben, dann haben wir versucht, bei jeder dieser Personen zu erreichen, dass sie möglichst mehrere Dinge gleich mit abdeckt. Dabei hatten wir natürlich auch den Gedanken im Kopf, dass eine solche Enquetekommission, was ihre Zahl angeht, nicht zu groß werden darf. Eine Kommission, die eine bestimmte Größe überschreitet, ist nicht mehr arbeitsfähig. Und das ist ja genau das, was bei dieser Kommission herauskommen soll: Sie soll etwas erreichen. Deshalb brauchen wir arbeitsfähige Strukturen, und deshalb dieser Vorschlag so, wie wir ihn gemacht haben.

Nächster Punkt – die Ortsbeiräte. Ich habe gesagt, für mich ist zu überlegen, ob Ortsbeiräte und die Verstärkung der Ortsbeiräte eine Brücke sein kann. These heißt Streit, heißt, noch nicht erwiesen. Ich möchte als These formulieren, dass diese Einrichtung – aber nicht so, wie sie jetzt in der Kommunalverfassung steht, deswegen habe ich auch gesagt, die Enquetekommission soll dazu was sagen – ausgestattet mit erheblich mehr Rechten und unmittelbar von der Bevölkerung gewählt – das ist, glaube ich, ein entscheidender Punkt – sehr wohl eine Brücke sein kann, nicht in jedem Fall sein wird, aber ganz sicher eine Brücke sein kann. Und deswegen möchte ich dieses in der Enquetekommission diskutieren.

Vorletzter Punkt: Stellen. Sie sagten, es fallen keine Stellen weg, sondern es fällt nur die Feuerwehr weg. Also, Herr Rehberg, der Versuch ist billig. Sie versuchen, hier schon wieder den Horror aufzumachen und jeder ehrenamtlichen Feuerwehr – davon gibt es glücklicherweise sehr viele im Land – zu sagen: Also wenn die SPD und die PDS sich mit ihren Plänen durchsetzen, dann machen wir euch hier die Feuerwehr dicht. Das ist die typische Politik von Angstmache.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist die typische Politik, die nicht an Lösungen interessiert ist, sondern nur parteipolitische Polemik sieht, denn das ist Quatsch. Es geht nicht darum, gesellschaftliches Engagement in unseren Dörfern kaputtzumachen, sondern es geht darum, diesem gesellschaftlichen Engagement auch einen hauptamtlichen Teil kommunaler Verwaltung an die Seite zu stellen, die in der Lage ist, ehrenamtliches Engagement zu stärken und zu fördern. Zu Ihren Ausführungen, es fällt keine Stelle weg: Ich kann mich zu Marlow nicht äußern, weil ich es aus der Nähe nicht kenne, aber ich weiß, dass es Ämter gibt, die haben 20 Gemeinden zu versorgen mit Verwaltungsleistungen. Da werden 21 Haushalte gemacht, 20 Gemeindehaushalte und ein Amtshaushalt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, und?)

21-mal muss ein Mitarbeiter einen Entwurf machen, und 21-mal muss dieser Entwurf mit den Leuten diskutiert werden,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wenn das einzieht,
Herr Müller, wenn das wirklich erst einzieht!)

und 21-mal geht er wieder zurück und man arbeitet Änderungsvorschläge ein, und 21-mal wird ein zweiter Entwurf ausgedruckt, und 21-mal wird ein zweiter Entwurf an einem Abend diskutiert, und 21-mal wird er dann beschlossen, und 21-mal wird er dann – womöglich haben wir beim zweiten Mal noch ein paar Änderungen – noch mal ausgedruckt, und 21-mal wird er veröffentlicht und dann gibt es 21 Haushaltsüberwachungslisten und 21 Kontenführungen. Und so könnte ich noch ein bisschen weiter machen und Sie mit der Zahl 21 nerven. Ich habe das nicht vor. Aber schauen Sie in die Verwaltungen. Hier ist nervender Verwaltungsaufwand und vor allen Dingen ist es Verwaltungsaufwand um des Verwaltungsaufwands willen, denn wenn bei den 21 Gebietskörperschaften etwas herauskäme, was wirklich im Interesse der Bürger ist, dann wäre ich damit ja ganz und gar einverstanden. Aber wenn, wie Herr Schoenburg zutreffend festgestellt hat, in vielen Fällen, diese ihre Kreisumlage zahlen, ihre Amtsumlage zahlen, ihre Sitzungsgelder zahlen, ihre Straßenbeleuchtung zahlen und dann ist es alle, auf deutsch gesagt, was brauche ich dann diese 21 Haushalte und 21-mal diesen Aufwand? Dann mache ich das einmal. Und wenn ich vom schlanken Staat rede, dann sage ich Ihnen mit einem alten Wort von Bertolt Brecht: „Die Wahrheit ist konkret.“ Dann fangen Sie mit dem schlanken Staat bitte ganz konkret an, und zwar hier.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Müller.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1136 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist damit einstimmig angenommen.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1141(neu) ebenfalls zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei einer Stimmenthaltung, und der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SDP – Sicherung der psychotherapeutischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1135.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Sicherung der psychotherapeutischen
Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1135 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplín, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der Koalitionsfraktionen von PDS und SPD zur Sicherung der psychotherapeutischen Versorgung in unserem Land ist aus Sorge um die Gewährleistung des Rechts auf psychische Gesundheit für jeden in unserem Land lebenden Menschen entstanden.

Mitte Februar diesen Jahres machte die Interessengemeinschaft ärztlicher und psychologischer Psychotherapeuten auf die existenzielle Bedrohung der ambulanten Psychotherapie durch Pressemitteilungen und eine Demonstration in Schwerin aufmerksam. Sie kritisierte vor allem die bestehende Unterversorgung bei ambulanten psychotherapeutischen Leistungen für psychisch kranke Bürger. Aus ihrer Sicht wird der Bedarf in unserem Land zur Zeit nur zu etwa 30 Prozent gedeckt.

Mit besonderem Nachdruck haben die Mitglieder der Interessengemeinschaft jedoch auf die nunmehr seit 15 Monaten zur Diskussion stehende Unterfinanzierung der ambulanten Psychotherapie hingewiesen. Dadurch drohen Praxisschließungen und eine Verschärfung der bereits bestehenden Unterversorgung bei ambulanten psychotherapeutischen Leistungen. Im Interesse des Rechts auf psychische Gesundheit eines jeden, im Interesse der therapiebedürftigen Bürgerinnen und Bürger und im Interesse der ärztlichen und psychologischen Psychotherapeuten unseres Landes haben wir diesen Antrag hier gestellt und das Thema in dieses Hohe Haus getragen.

Die Spannbreite des psychotherapeutischen Bedarfs ist groß. Eine Psychotherapie ist erforderlich, wenn Betroffene unter Angst, Panik, Depressionen, mangelndem Selbstvertrauen, Stress, einer Sucht oder Beziehungsproblemen leiden. Auf die eine oder andere Weise zielt jede Psychotherapie darauf ab, neue Einstellungen und Verhaltensweisen zu erarbeiten, die eine bessere Lebensqualität ermöglichen.

Ein wesentlicher Vorteil der Psychotherapie ist der weitgehende Verzicht auf Psychopharmaka, mit denen Störungen zwar verdeckt, aber nicht beseitigt werden können. Vor allem aber trägt die ambulante Psychotherapie dazu bei, dass auf eine stationäre Versorgung mit höheren Kosten verzichtet werden kann. Der volkswirtschaftliche Nutzen liegt ebenso auf der Hand wie der betriebswirtschaftliche.

Ein Blick in die Gesundheitsberichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern der letzten zwei Jahre beweist zum einen den steigenden Bedarf an Behandlungen bei psychischen Erkrankungen und zum anderen aufgrund der bestehenden ambulanten Unterversorgung den Anstieg der Krankenhausfälle mit psychischen Indikationen.

So stieg im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Krankenhausfälle wegen psychischer Erkrankungen bei den 15- bis 34-Jährigen um 16,4 Prozent und bei den 35- bis 64-Jährigen um 20,2 Prozent. Es ist nur zu erahnen, wie viele Krankenhausfälle hätten vermieden werden können, wenn eine höhere Praxisdichte eine ambulante Versorgung ermöglicht hätte.

In unserem Land gibt es derzeit 45 ambulante Praxen. Zu meinem Erstaunen entnahm ich dem jüngsten Gesundheitsbericht der Stadt Heidelberg, dass es in dieser 132.300 Einwohner zählenden Kommune 80 ärztliche und 111 nichtärztliche Psychotherapien gibt. Aber die Frage der Praxisdichte steht in Mecklenburg-Vorpommern zur Zeit weitaus weniger als die Existenz der ambulanten Psychotherapie aufgrund der Unterfinanzierung überhaupt.

Die derzeitige durch die niedrigen Honorare hervorgerufene Gefahr der psychotherapeutischen Versorgung hat ihre Vorgeschichte, die zeitlich gesehen in drei Abschnitte unterteilt werden kann. Der erste betrifft den Zeitabschnitt vor Inkrafttreten des Gesetzes über die Berufe des psychologischen Psychotherapeuten und die Kinder- und Jugendpsychotherapeuten, kurz Psychotherapeutengesetz genannt. Um ein solches Gesetz wurde in den alten Bundesländern 20 Jahre gerungen.

Die Psychotherapeuten hatten immer darauf gedrungen, in das System der kassenärztlichen Versorgung gleichberechtigt eingeordnet zu werden. Bis dato gab es die Möglichkeit für psychologische Psychotherapeuten, im Delegationsverfahren über die Kassenärztliche Vereinigung abzurechnen oder direkt mit den Patienten im sogenannten Kostenerstattungsverfahren, wobei die Patienten in der Regel die Rechnungen von ihren Krankenkassen erstattet bekommen haben. Das Delegationsverfahren stellte jedoch eine Diskriminierung dar, da die psychologischen Psychotherapeuten entgegen ihrer hohen Qualifikation nicht selbstständig arbeiten konnten, sondern nur unter „Kontrolle“ eines zur Delegation berechtigten Arztes.

Beide Verfahren hatten zur Folge, dass Psychotherapeuten keine Gleichbehandlung unter den Leistungserbringern im medizinischen Bereich erfuhren. Im Psychotherapeutengesetz wurde die Stellung der ärztlichen und psychologischen Psychotherapeuten im Gesundheitswesen definiert. Es wurden zahlreiche Vorstellungen und Ansprüche der Leistungserbringer in einen gesetzlichen Rahmen gebracht. Für das Jahr 1999 wurde eine Übergangsregelung zur Vergütung psychotherapeutischer Leistungen bestimmt. Diese Übergangsregelung stellt sozusagen den zweiten Zeitabschnitt der Vorgeschichte der jetzigen Problemlage dar.

Im Artikel 11 des Psychotherapeutengesetzes wird geregelt, wie sich das Budget für 1999 zusammensetzen sollte.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Das Budget für 1999 wird errechnet, indem das Ausgabenvolumen für das Delegationsverfahren über die Kassenärztliche Vereinigung für das Jahr 1996 und das Ausgabenvolumen für die Kostenerstattung der Krankenkassen für das Jahr 1997 plus 40 Prozent addiert und die Grundlohnsummensteigerung eingerechnet wird – diese ist jedoch für Mecklenburg-Vorpommern negativ –,

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

da der Grundlohn von 1997 und 1998 bekanntlich in unserem Land gesunken ist. Diese Form der Berechnung des Budgets hat folgende Besonderheiten in unserem Land nicht berücksichtigt:

Erstens. Zwischen 1996 und 1999 war die Dynamik der Entwicklung der ambulanten Psychotherapie im Rahmen der ambulanten kassenärztlichen Versorgung größer als in den alten Bundesländern, da Psychologen aus Polikliniken und Beratungsstellen aufgrund der gesetzlichen Lage in die freie Niederlassung mussten, da die Polikliniken geschlossen wurden und die Beratungsstellen laut Gesetz keine Behandlung mehr durchführen durften. Diese Steigerung war in der Budgetberechnung nicht berücksichtigt.

Zweitens. Wie bereits erwähnt, gab es in Mecklenburg-Vorpommern eine negative Grundlohnsteigerung, so dass diese Budgeterhöhung in unserem Land auch wegfiel.

Die gesetzlichen Budgetierungskriterien wurden trotz der mit dem Solidaritätsstärkungsgesetz gegebenen Honorarsteigerungen – und darin besteht der Kern der jetzigen Misere – indes von der Wirklichkeit überrollt. Mithin hat sich herausgestellt, dass die Korrekturegelung des Artikels 11 des Psychotherapeutengesetzes für den Osten untauglich ist. Sie besagt, dass, sofern der Punktwert für psychotherapeutische Leistungen in einer Vertragsregion oder in mehreren derartig verfällt, dass dieser denjenigen für die allgemeinärztlichen Beratungs- und Betreuungsleistungen um zehn Prozent unterschreitet, die regionalen Partner dann gehalten sind, geeignete Maßnahmen zur Stützung des Punktwertes für psychotherapeutische Leistungen zu ergreifen.

Der Punktwert der allgemeinen Beratungsleistungen ist jedoch im Bereich der KV Mecklenburg-Vorpommern so niedrig, dass der erzielte Punktwert eine psychotherapeutische Praxis wirtschaftlich nicht trägt, da diese im Gegensatz zur Allgemeinarztpraxis über keine anderen Abrechnungsmöglichkeiten mit höheren Punktwerten verfügt.

Der dritte in die Betrachtung einzubeziehende Zeitabschnitt ist der gegenwärtige. Im Jahr 2000 gibt es kein gesondertes Budget für die Vergütung psychotherapeutischer Leistungen. Die Vergütung für diese Leistungen ist vielmehr komplett in die Gesamtvergütung für vertragsärztliche Leistungen eingebettet. Den Ausgangsdaten des Jahres 1999 kommt somit eine entscheidende Bedeutung zu, wie die Lasten des Budgets durch die Kassenärztliche Vereinigung durch Umverteilung im Honorarverteilungsmaßstab oder auf die Krankenkassen durch Erhöhung des Budgets verteilt werden. Sie wären trotz ihrer nicht bedarfsgerechten Dimensionierung Basiswerte für eine einheitliche Gesamtvergütung im Jahr 2000.

Die Kassenärztliche Vereinigung und die Landesverbände der Krankenkassen müssen sich nunmehr darüber

verständigen, wie hoch die Vergütung genehmigungspflichtiger psychotherapeutischer Leistungen je Punktwert sein soll. Hierum ist der Streit entbrannt. Wie soll die Lösung der Vergütungsproblematik aussehen? Wie viele Pfennige soll ein Psychotherapeut je Punktwert erhalten? Hierfür gibt es seit August vergangenen Jahres eindeutige Empfehlungen des Bundessozialgerichtes, auch wenn diese sich auf die Situation der Jahre 1994 und 1995 beziehen.

Das Bundessozialgericht legte letztinstanzlich fest, dass im Sinne des Artikels 3 des Grundgesetzes, also im Gleichbehandlungsgrundsatz – die Honorargerechtigkeit unter den Vertragsverhandlern –, eine Honorierung der zeitgebundenen Leistungen und antragspflichtigen Leistungen der Psychotherapien mit einem rechnerischen Wert von zehn Pfennig, also etwa 145 DM pro Sitzung, zu erfolgen habe, da bei diesen Leistungen ein Punktwertverfall nicht durch Mengenausweitung zu kompensieren sei.

Da der Artikel 11 des Psychotherapeutengesetzes – ein Übergangsbudget, wie ich sagte – nach dem 31.12. außer Kraft gesetzt wurde, kann das Urteil des Bundessozialgerichtes für Abrechnungen ab dem 1. Januar diesen Jahres seine Wirkung entfalten. Das Bundessozialgericht räumte ein, dass seine Vergleichsrechnungen noch eher zuungunsten der Psychotherapeuten ausfielen. In der Tat wurden ja die maximal mögliche Leistungs- und Honorare beziehungsweise Einkommen der Psychotherapeuten mit den durchschnittlichen Honoraren und Einkommen der Allgemeinmediziner ins Verhältnis gesetzt. Da die Allgemeinmediziner an der unteren Grenze der Einkommen somatischer Mediziner liegen, wäre gegebenenfalls ein Vergleich zwischen den gemittelten Durchschnittseinkommen beziehungsweise Honoraren über alle Ärztegruppen hinweg mit den Durchschnittsvergütungen der Psychotherapeuten angemessen.

Ende Januar diesen Jahres hat das Sozialministerium einen Einigungsvorschlag an die Kassenärztliche Vereinigung und die Landesverbände der Krankenkassen gesandt, um die Vergütung genehmigungspflichtiger psychotherapeutischer Leistungen in – wie es das Gesetz fordert – angemessener Höhe vorzunehmen. Dieser Vorschlag berücksichtigt unter den im Land gegebenen Umständen auch den Urteilsspruch des Bundessozialgerichtes aus dem vergangenen Jahr.

Insofern unterstützen wir durch den Beschlussantrag an den Landtag auch die Bemühungen des Sozialministeriums zur Sicherung einer angemessenen Vergütung psychotherapeutischer Leistungen. Zugleich fordern wir weiterhin Einflussnahme auf die Verhandlungsparteien, wobei wir sehr wohl zur Kenntnis nehmen, dass davon auszugehen ist, dass die Kassenärztliche Vereinigung den Einigungsvorschlägen des Sozialministeriums abgeschlossen gegenübersteht. Ich halte den Einigungsversuch des Sozialministeriums darüber hinaus für eine intelligente Lösung, denn sie geht davon aus, was notwendig ist, damit eine Praxis existieren kann.

Unter den bislang gegebenen Umständen ist eine Praxiszulassung, wie mir jüngst ein Sprecher der Interessengemeinschaft der Psychotherapeuten mitteilte, eine Lizenz zum Bankrott. Würde die jetzige Unterversorgung festgeschrieben, könnten die Versorgungsleistungen nicht aufrechterhalten werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Psychotherapeutisch Behandlungsbedürftige, so zum Beispiel Angstpatienten,

schreien nicht, depressive Suizidgefährdete und Suchtkranke schreien nicht auf, wenn dem Behandlungsbedürfnis nicht entsprochen wird. Für das Lindern der Leiden dieser Menschen tragen wir politische Verantwortung, indem wir Rahmenbedingungen einfordern beziehungsweise schaffen, unter denen ihnen medizinisch geholfen werden kann. Der Mensch ist eine Einheit von Körper und Seele. Wenn etwas die Seele bedrückt, wird über kurz oder lang auch der Körper somatisch krank. In der Folge sind medikamentöse und orthopädische Behandlungen notwendig.

Lassen Sie mich abschließend Folgendes grundsätzlich sagen: Die Medizin muss allen Menschen im jeweilig erforderlichen Umfang und in gleicher Qualität helfen können. Die Betrachtung der Gesundheit als Ware, die Gewährung medizinischer Leistungen in Abhängigkeit von individueller Zahlungsfähigkeit zerstören eine Absicherung aller bei Krankheit beziehungsweise führen zur Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen aus einer umfassenden gesundheitlichen Versorgung. Die Frage nach der Gesundheit ist deshalb Teil der sozialen Frage. Ihre Lösung verlangt staatliche Daseinsfürsorge sowie den Solidarausgleich aller. Das Gesundheitswesen ist wichtiger Teil des Sozialstaates und braucht deshalb eine entsprechende Gestaltung, Regulierung und Steuerung. Das gilt auch für die Korrektur grundlegender Fehlentwicklungen. Sie sind nicht allein von den Krankenkassen, auch wenn diese im Antrag besonders angesprochen sind, aber schon gar nicht vom Markt allein zu erwarten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Koplin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Bunge.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag gibt mir Gelegenheit, hier im Parlament auf ein wichtiges Problem der medizinischen Versorgung in unserem Land einzugehen. Wegen der äußerst prekären Lage der Psychotherapeuten hat das Sozialministerium seit Wochen intensive Kontakte zu allen Verfahrensbeteiligten, also den Krankenkassen, der Kassenärztlichen Vereinigung und zu den Verbänden der Psychotherapeuten.

Um die Vereinbarung angemessener Honorare gemäß Psychotherapeutengesetz zu erzwingen, haben wir im Herbst 1999 das Schiedsamt angerufen. Ein Schiedsspruch, der mit der AOK ...

(Georg Nolte, CDU: Das stimmt doch gar nicht! Das stimmt doch gar nicht! Erst mit Verzögerung.)

Wissen Sie, was ich tue?!

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Ein Schiedsspruch, nämlich der mit der AOK, ist im Dezember ...

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Herr Nolte, ich lege jetzt dar, was ich getan habe.

(Georg Nolte, CDU: Dann bleiben Sie doch mal dabei, was stimmt!)

Vielleicht hören Sie bitte erst einmal zu und am Schluss können Sie ja eine Frage stellen. Sonst kriegen Sie es wieder nicht mit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig, Jawoll, Frau Ministerin!)

Also ein Schiedsspruch, nämlich der mit der AOK, ist im Dezember gefallen. Er löst die Probleme nicht. Deshalb haben wir am 25. Januar diesen Jahres in meinem Hause Gespräche zwischen den Verbänden der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung über die Vergütung angeregt. Diese Gespräche wurden durch das Sozialministerium vorbereitet und moderiert. Dabei bestätigten alle Beteiligten die vom Staatssekretär den Gesprächen zugrunde gelegten Eckdaten. Nach diesen Eckdaten ist eine psychotherapeutische Praxis mit 1.500 Leistungen der großen Psychiatrie angemessen ausgelastet.

Um unter der Berücksichtigung eines Mindestmaßes an Praxiskosten ein einem Angestellten vergleichbares Einkommen zu erzielen, wird ein Praxisumsatz von mindestens 158.000 DM und damit ein Punktwert von mindestens 7,25 Pfennigen im Durchschnitt aller Kassenarten notwendig. Diese Fakten wurden von allen Beteiligten, auch den Psychotherapeuten, als sachgerecht anerkannt. Hierauf fußend haben wir allen Beteiligten einen Vergütungsvorschlag unterbreitet, wonach folgende Punktwerte gelten sollen:

- für 1999: Ersatzkassen 7,5 Pfennig
AOK 6,75 Pfennig
- für 2000: Ersatzkassen 7,6 Pfennig
AOK 7 Pfennig.

Die Kassenärztliche Vereinigung hat – ebenso wie die Psychotherapeuten – diesem Vorschlag zugestimmt. Der VdAK hat aus nachvollziehbaren Gründen der internen Abstimmung auf Bundesebene um eine Erklärungsfrist bis zum 25. März nachgesucht. Die AOK meint unter Hinweis auf erhebliche Defizite keine weiteren finanziellen Mittel aufbringen zu können. Die AOK meint sogar gegen den Schiedsspruch klagen zu müssen, der der AOK wirklich eine bescheidene Mehrbelastung von 1 Pfennig je Punkt oder insgesamt 350.000 DM für das ganze Jahr 1999 auferlegt hat.

Nein, meine Damen und Herren, so geht es nicht weiter, und zwar selbst dann nicht, wenn steigende Leistungen zu Mehrkosten führen, die die von uns grundsätzlich – und ich glaube, da sind wir uns alle einig – befürwortete Beitragsatzstabilität bei einzelnen Kassen in Frage stellt. Mit der maßvollen Differenzierung der Punktwerte zwischen Ersatzkassen einerseits und AOK andererseits sollte der Tatsache der noch immer fortdauernden unterschiedlichen Finanzkraft Rechnung getragen werden.

Ich bin mir natürlich dessen bewusst, dass im Laufe der Zeit, nämlich im Zuge der Verbesserung der Ausgleichsleistungen im West-Ost-Verhältnis, Unterschiede in den Punktwerten bei den einzelnen Kassenarten nicht beibehalten werden können. Nach unserem Vorschlag sollte der finanzielle Mehrbedarf etwa zu gleichen Teilen von den Kassen und der KV getragen werden. Dies gilt bei der Vergütung der psychotherapeutischen Leistungen sowohl für das Jahr 1999 als auch für das Jahr 2000. Wir werden

vertragliche Vereinbarungen zwischen den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung nicht beanstanden, sondern ausdrücklich billigen, die den Honorarmehrbedarf für die Vergütung psychotherapeutischer Leistungen nicht in die Budgetobergrenzen der ambulanten vertragsärztlichen Versorgungen einrechnen, sondern diesen Mehrbedarf zusätzlich zu dem gesetzlich vorgesehenen Budget vergüten. Die Rechtsgrundlage hierfür bietet der Paragraph 71 Absatz 1 Satz 1 SGB V, worin steht, dass die Beitragsstabilität dann durchbrochen werden kann, wenn dies für die Vergütung medizinisch notwendiger Leistungen erforderlich ist und andere Einsparmöglichkeiten, zum Beispiel aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen, nicht oder nicht hinreichend oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Eine andere Alternative steht nicht zur Verfügung, weil die Finanzierung aus der hausärztlichen Versorgung von Gesetzes wegen nicht zulässig ist und eine Finanzierung aus der fachärztlichen Vergütung zu einer Gefährdung der flächendeckenden Versorgung in diesem Bereich führen würde. Um die dauerhafte Schlechterstellung der Psychotherapeuten beziehungsweise der psychotherapeutisch tätigen Ärztinnen und Ärzte zu vermeiden und die Versorgungsstruktur nicht irreversibel zu schädigen, sehe ich keine andere Möglichkeit, als die Ausnahmeregelung des Paragraphen 71 des SGB V zur Anwendung in Mecklenburg-Vorpommern freizugeben. Ich bin mir dessen bewusst, dass das sicher auch im Bundesmaßstab eine heftige Diskussion bringt, aber anders sehe ich die Gewährleistung der psychotherapeutischen Versorgung nicht machbar. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Sicherung der psychotherapeutischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern steht hier heute auf der Tagesordnung, sicherlich ein wichtiges Thema. Aber Sie sehen, wo Sie mit Ihrem Solidaritätsstärkungsgesetz hingekommen sind

(Annegrit Koburger, PDS:
Die Ursachen liegen da nicht.)

und wo Sie mit der Gesundheitsreform 2000 landen werden.

(Annegrit Koburger, PDS:
Davon haben Sie gar keine Ahnung!)

Das sind nämlich die ersten Auswirkungen Ihrer sonst immer so hervorragend gelobten Gesetzgebung in Bonn und in Berlin, meine Damen und Herren.

(Annegrit Koburger, PDS: Die Ursachen liegen im Ursprungsgesetz. – Angelika Gramkow, PDS:
Das ist nicht meine Gesetzgebung.)

Sie beschreiben jetzt einen Zustand und beklagen ihn, den Sie selbst seit zwei Jahren oder seit anderthalb Jahren hervorragend vorantreiben. Ich kann Ihnen dazu nur meine Glückwünsche aussprechen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sagen Sie das uns, Herr Glawe? Wem sagen Sie das?!)

denn wir haben Ihnen ja versprochen, dass wir zu diesen Themen immer wieder auch im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern reden müssen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Herr Glawe, wem sagen Sie denn das?)

Und heute ist der erste Tag nach Ihren hervorragenden Gesetzgebungen. Sie haben es gesagt, Frau Ministerin, es gibt verschiedene Töpfe, es gibt ...

(Dr. Martina Bunge, PDS: Das Psychotherapeutengesetz hat Herr Seehofer gemacht. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ja, Seehofer hat sogar ein vernünftiges Gesetz gemacht, und diese Gesetze haben Sie alle schön austorpediert. Sie haben ja auch alles Mögliche zurückgenommen und heute stehen Sie eigentlich vor dem Problem: Wie soll ich zusätzliche Aufgaben und Leistungen finanzieren?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sind wir etwa in Berlin in der Regierung,
Herr Glawe, Herr Stadtpräsident?)

Und wie kriege ich für Psychotherapeuten, die nach dem Gesetz einen berechtigten Anspruch haben, auch vernünftig bezahlt zu werden, das nun ins System?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Herr Stadtpräsident.)

Die Frage steht.

Meine Damen und Herren, und dass nun der Antrag noch von Herrn Koplín kommt, ist ja auf der einen Seite lobenswert.

(Torsten Koplín, PDS: Die Koalitionäre.)

Auf der anderen Seite, sage ich mal, Herr Koplín, ist das Sozialministerium ja verpflichtet, das Gesetz umzusetzen. Und Frau Ministerin hat ja hier vorgetragen, wo das Problem liegt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na sehen Sie mal!)

Es liegt nämlich darin, dass die Selbstverwaltungsorgane, also sprich die Kassen und die Kassenärztliche Vereinigung, vor einem Problem stehen,

(Annegrit Koberger, PDS:
Das Problem liegt im Ursprungsgesetz.)

nämlich dass sie beide eigentlich zu wenig Geld haben, um zusätzliche Leistungen auf den Punktwert zu bringen, der ein gesichertes Einkommen für die Psychotherapeuten und ärztlichen Psychologen sichert.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Und schuld daran ist Seehofer.)

Meine Damen und Herren, und schuld daran sind Sie,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Was?! Kann das sein?)

sind Sie als PDS und SPD, die also die neue Gesundheitsreform ja hervorragend auf den Weg gebracht haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was?
Die PDS? – Angelika Gramkow, PDS:
Sie haben ja wohl nicht zugehört!)

Sie haben doch immer hervorragend mitgejubelt.

(Heiterkeit bei Annegrit Koberger, PDS)

Sie haben im Bundesrat zugestimmt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, na, na!)

Sie haben im Bundesrat zugestimmt. Sie haben ausdrücklich Herrn Ringstorff ermuntert, das zu tun. Das haben Sie alles schon vergessen.

(Unruhe bei der PDS –
Zurufe von Dr. Martina Bunge, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

Ja, so kurzlebig ist die Zeit.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich bitte um Sachlichkeit.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ja, Herr Glawe, Sachlichkeit bitte.)

Harry Glawe, CDU: Ja, die Welt ist für mich in Ordnung, und für Sie, Herr Ministerpräsident schon lange. Deswegen sind wir uns ja auch in dieser Frage relativ einig.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich habe zum Thema geredet.

Jetzt wollte ich noch mal etwas sagen: Wenn Sie zu den Psychotherapeuten kommen, dann kann es ja passieren, dass wir beim nächsten Mal Anträge bekommen von den Fachärzten, zum Beispiel den niedergelassenen Radiologen, HNO-Ärzten oder anderen Fachgruppen, die also nicht zu der Gruppe der Hausärzte zu rechnen sind.

(Torsten Koplín, PDS:
Sie wissen doch, wie das ist!)

Denn wenn wir hier auch diese Debatten führen müssen, wie kriegen wir die Finanzierung gesichert, es wird nicht gehen ohne eine gewisse Zuführung. Entweder müssen die Kassen jetzt nach Ihrem Vorschlag irgendwann den Beitragssatz erhöhen, so kann ich ja Ihre Rede nur verstehen,

(Dr. Martina Bunge, PDS: Nein, nein, nein!
Das haben Sie nicht richtig verstanden.)

Frau Ministerin, oder auf der anderen Seite müssen sich in den Fachtöpfen der KV, bei den Fachärzten weiter die Honorare für die Fachärzte minimieren.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Nein, beides ist tabu.)

Das ist eigentlich die Quintessenz, in der wir uns sozusagen befinden.

(Dr. Martina Bunge, PDS:
Das haben Sie nicht verstanden.)

Dass mag ja sein, dass ich es nicht verstanden haben, aber auf alle Fälle ist das die derzeitige Situation im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Aber eins will ich Ihnen vielleicht auch sagen: Ich halte es nicht gerade für so ganz richtig, wenn man als Psychologe zu Demonstrationen geht mit einer Sense und dann sozusagen den Geburtstag dort noch ein wenig stört.

(Torsten Koplín, PDS: Das war eine öffentliche Veranstaltung, von der Sie reden.)

Meine Damen und Herren, es ist ein ganz probates Problem. Ich will noch mal darauf hinweisen, die CDU-Fraktion hatte eigentlich schon durch den Kollegen Nolte eine Kleine Anfrage im Oktober gestellt. Und da haben Sie ja eigentlich genau das Gegenteil von dem erklärt, was Sie heute vorgetragen haben.

(Georg Nolte, CDU: Das war, als die Ministerin noch geschlafen hat. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Da haben Sie doch erklärt, dass es also in dieser Richtung gar keine Probleme geben würde.

(Annegrit Koburger, PDS:
Von Tuten und Blasen keine Ahnung!)

Meine Damen und Herren, zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann nicht festgestellt werden, dass die Sicherstellung der Versorgung mit psychotherapeutischen Leistungen durch ärztliche und psychologische Therapeuten gefährdet ist – Aussage vom Oktober 1999 aus Ihrem Hause.

Ich will natürlich auch zugestehen, dass danach bei Ihnen vielleicht das Nachdenken begonnen und die Anfrage mit dazu geführt hat, dass Sie sich in Ihrem Hause mit diesem Thema etwas intensiver beschäftigt haben. Und der Vorschlag vom Staatssekretär Azzola ist ja auch allgemein bekannt. Nur ist es eben so, dass wir weiterhin keine Lösung haben und dass – wenn sich jetzt die Kassen entscheiden, den Schiedsspruch auch noch vor Gericht einzuklagen, heißt das ja eigentlich, dass eine recht ernste Situation eingetreten ist – Handlungsbedarf besteht und die psychotherapeutische Versorgung hier im Lande Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich in gewisser Weise bedroht scheint.

Deswegen kann ich eigentlich nur darum bitten, dass sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen und versuchen, die Probleme zu lösen. Nur, dabei muss eben auch bedacht werden, dass wir 1998 nur 44 niedergelassene Psychologen hatten, während es heute schon über 88 sind, und wir eigentlich auf einen Versorgungsstand von 174 kommen können

(Georg Nolte, CDU: Müssen, müssen!)

oder müssen. Das sind ja die Versorgungsregionen, wir haben 13 Versorgungsregionen im Land Mecklenburg-Vorpommern. Und diesem Ganzen muss man Rechnung tragen, wenn man der Qualität der Versorgung der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern auch Rechnung tragen will.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen noch einmal, es hätte eigentlich dieses Antrages hier heute nicht bedurft, denn die Regierung ist beauftragt zu handeln. Sie haben letzten Endes durch die Zustimmung zum Solidaritätssteigerungsgesetz und zur Gesundheitsreform 2000

(Annegrit Koburger, PDS: Das ist doch überhaupt nicht das Problem, das Gesetz.)

dieses Problem mit organisiert. Heute beklagen Sie es.

Aber noch ein Vorschlag unsererseits: Man sollte vielleicht auch darüber nachdenken, wenn man schon über alles Mögliche nachdenkt, ob man nicht doch die Pro-Kopf-Pauschalzuweisungen von Seiten der AOK erhöht, um damit auch mehr Geld ins System zu bekommen. Man kann sich aber auch andere Lösungen vorstellen, die dazu beitragen, dass man die Niederlassung der Psychotherapeuten auf 100 Prozent begrenzt und nicht darüber hinausgeht. Da sollte man im Vorfeld, denke ich, auch gegensteuern, um eine Überversorgung in den einzelnen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich zu verhindern, um nicht noch ein weiteres Fass aufzumachen.

Meine Damen und Herren, insgesamt, sage ich mal, hätten Sie heute diesen Antrag eigentlich nicht zu stellen

brauchen, denn die Regierung ist verpflichtet, das Bundesgesetz umzusetzen. Die Probleme sind da, sie sind bekannt. Ich wünsche Ihnen dann auch viel Erfolg bei der Umsetzung, Frau Ministerin. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Bunge? (Zustimmung)

Bitte, Frau Bunge.

Dr. Martina Bunge, PDS: Herr Glawe, ich möchte Ihnen eine Frage stellen, um zu erleichtern, dass hier kein Missverständnis im Saale bleibt. Mir bleibt im Moment nur die Frageform. Sehen Sie als Geldbewegungsmöglichkeiten bei den Kassen nur die zwei Möglichkeiten, die Sie genannt haben, entweder etwas aus dem Topf der hausärztlichen oder fachärztlichen Honorare zu nehmen oder Beiträge zu erhöhen? Gibt es nicht auch andere Quellen, um Geld für die Psychotherapeuten zu erhalten?

Harry Glawe, CDU: Frau Ministerin, Sie wissen, dass man den Topf der Hausärzte nicht anfassen darf.

Dr. Martina Bunge, PDS: Ja, das habe ich ja gesagt.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Harry Glawe, CDU: Also das scheidet aus. Man kann es nur mit dem Topf der Fachärzte organisieren. Und dann ist die Frage: Muss dieses Geld, das derzeit vorhanden ist, weiter auf die Psychotherapeuten verteilt werden, das heißt also Ausdünnung insgesamt aller Punktwerte für alle Ärzte? Die andere Frage ist, Sie haben die Möglichkeit ja selbst schon genannt, dass dann vielleicht doch die Beitragsstabilität in diesem Land gefährdet ist.

Dr. Martina Bunge, PDS: Darf ich noch eine Frage stellen?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage?

Harry Glawe, CDU: Bitte.

Dr. Martina Bunge, PDS: Dann frage ich Sie einfach: Haben Sie nicht gehört, dass ich beides ausgeschlossen habe, aus diesen Töpfen etwas zu nehmen? Und eine Beitragssatzerhöhung steht,

(Torsten Koplín, PDS:
Das wollte er ja nicht hören.)

glaube ich, für alle nicht zur Disposition. Insofern gibt es eine weitere Quelle, nämlich den Risikostrukturausgleich. Damit kann Geld aus dieser Verwendung für akute Aufgaben freigegeben werden. Das ist nämlich der Punkt, wo ich gesagt habe, das wird auch sehr kompliziert werden in der Auseinandersetzung im Bund.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte die Frage stellen!

Dr. Martina Bunge, PDS: Ich möchte Sie fragen: Haben Sie diese letzten Sätze nicht gehört?

(Angelika Gramkow, PDS: Stehen bleiben! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Ministerin!

Harry Glawe, CDU: Frau Ministerin, Sie wissen, dass der Risikostrukturausgleich die AOK bevorteilt und die

Ersatzkassen benachteiligt. Ich glaube nicht, dass ein Einvernehmen zwischen AOK und Ersatzkassen auf diesem Gebiet so einfach zu erzielen ist, wie Sie das hier vorge-tragen haben. Ich gestehe ja, dass die Frage äußerst kompliziert ist. Ich sage Ihnen aber auch, man muss vielleicht auch mal sehen, ob noch Reserven innerhalb des Systems zu erschließen sind, und das ist vielleicht aus Ihrer Fachaufsicht her zu sichern. Das kann ich hier nicht einschätzen, weil ich im Detail die einzelnen Haushaltsspo-sitionen jetzt nicht kenne, die Sie sicherlich kennen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dr. Martina Bunge, PDS: Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Rißmann von der Fraktion der SPD.

Dr. Manfred Rißmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem seit dem 1. Januar 1999 gültigen Psychotherapeutengesetz sollte die rechtliche Stellung der Psychotherapeuten gesichert werden, sollte auch die Frage der Finanzierung der Praxen und der wirtschaftlichen Existenz geklärt werden. Und hier haben sich nun für unsere neuen Bundesländer erhebliche Probleme ergeben, weil, wie bei der Budgetfestlegung für die niedergelassenen Ärzte, die sich in Niederlassung befanden, keine realen Bezüge und keine realen Zahlen dafür vorlagen und eine Öffnung für die in Bewegung befindliche Situation nicht kalkuliert worden ist. Mithin möchte ich hier auch deutlich sagen, ich habe den Eindruck gehabt, dass diese Gesetzgebung sehr lax und unter sehr nachlässiger oder schlechter Berücksichtigung unserer speziellen Verhältnisse hier in den neuen Bundesländern erfolgt ist.

Die Situation ist beschrieben worden in der Einbringung, ist zum Teil durch Herrn Glawe noch einmal beleuchtet worden. Ich möchte sie nur anhand einiger weniger, vielleicht eingängiger Beispiele erläutern, wie sie bei einem Forum, bei einer Diskussion im Herbst vorigen Jah-res geboten worden sind.

Bei der gegenwärtigen finanziellen Situation mit der Punktwertvergütung von zwischen 3,8 und etwa 4,8 Pfennigen für die Psychotherapeuten blieb unter dem Strich für eine Psychotherapeutenpraxis eine Summe von rund 6.000 DM im Monat. Die Praxiskosten alleine beliefen sich auf etwa 5.500 DM. Und wenn man sich dann noch ver-gegenwärtigt, dass nicht jede Woche im Jahr gearbeitet werden muss, sondern zehn Wochen in Abzug zu bringen sind, bliebe pro Arbeitsmonat, pro Monat insgesamt ein Verdienst von 6.500 DM. Abzüglich Praxiskosten würden also bleiben 1.000 DM im Monat für hochspezialisierte Tätigkeit. Und das kann's nicht sein.

Demgegenüber, wenn man das auf das Jahr hochrech-net, liegen selbst die gering verdienenden pädiatrischen Praxen fast doppelt so hoch. Und wenn man das in Ansatz bringt und nach einem Punktwert sucht, der in etwa den Bedürfnissen Rechnung tragen würde, müsste man etwa zwischen 6 und 8 liegen. Und ich habe heute erfreulich zur Kenntnis nehmen können, dass die Berechnungen, Einschätzungen und Empfehlungen für eine Ver-gütung seitens des Sozialministeriums genau in diesen Größenordnungen liegen, nämlich bei einem Punktwert zwischen 7 und 7,5 Pfennig.

Die Gespräche, die geführt worden sind, Briefe, die in alle Richtungen geschrieben worden sind seitens der

Ärzte, seitens der Psychotherapeuten, die öffentlichen Diskussionen, die sich insbesondere im Herbst des ver-gangenen Jahres auch schon deutlich in der Öffentlichkeit wiederfanden, das Anrufen des Schiedsamtes haben nicht zu einer Lösung dieses Problems geführt. Auch die jetzige Situation hat letztlich Anlass dazu gegeben, dass die Sozialministerin sich hier klar positioniert hat. Mir ist sehr bewusst und sehr klar, welche Auseinandersetzungen das insgesamt auf Bundesebene zur Folge haben wird.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für das klare Wort „nicht im Budget finanzierbar“, „nicht unter Wegnahme von Mitteln für die Hausärzte“, „nicht unter Reduzierung der Mittel für die Fachärzte“. Das ist ein klares Wort und es zeigt die Entschlossenheit und die Sinnfälligkeit der Einflussnahme des Sozialministeriums an dieser Stelle. Ich möchte mich darauf beschränken zu sagen, dass diese Regelung dringend notwendig war, das Einschreiten des Sozialministeriums. Nachdem die vorherige Ent-wicklung im Grunde keine andere Tendenz mehr erken-nen ließ, keine Luft bei den Kassen, keine Bereitschaft bei der Kassenärztlichen Vereinigung, war dieser Schritt not-wendig. Ich unterstütze ihn, auch wenn ich mir klar bin darüber, dass es noch eine Vielzahl von sehr heftigen Aus-einandersetzungen über die Frage der Finanzierung ge-ben wird.

Ich sage an dieser Stelle auch klar, man kann nicht neue Leistungen oder neue Entwicklungen erwarten und finan-zieren mit dem vorhandenen Rahmen. Die Niedergelassenen haben das deutlich ausgedrückt, indem sie eine Unter-suchung vorgelegt haben, dass wir in den neuen Bundes-ländern mit 70 Prozent der Mittel 100 Prozent der Leistun-gen für die Patienten erbringen müssen. Und die Frage ist durchaus richtig und auch an dieser Stelle zu stellen und zu betonen, dass wir nach anderen, nach zusätzlichen neuen Finanzierungsmöglichkeiten suchen müssen, aber auch, das sage ich ebenfalls an dieser Stelle, die Reserven im System insgesamt auf den Tisch legen müssen. Nur so haben wir eine Chance, alle Leistungen, die erforderlich sind, den Patienten zukommen zu lassen und sie finan-zieren zu können oder es zumindest zu versuchen.

Wir müssen in der Diskussion bleiben. Diese Diskussi-on ist mit dem heutigen Tag, mit der Entscheidung des Ministeriums noch lange nicht beendet. Wir haben eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, damit korrekt und fair umzugehen. Wenn wir die Solidarität im Gesundheitswe-sen, in der Gesellschaft behalten wollen, müssen wir dar-über offen diskutieren.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und stimme dieser Regelung, die die Ministerin vorgeschlagen hat, in vollem Umfang zu. Ich hatte sie allerdings mit dem heuti-gen Tag, muss ich ehrlich sagen, noch nicht erwartet. Aber in ihrer Deutlichkeit, in ihrer Klarheit lässt sie für mich nichts zu wünschen übrig. Ich hoffe, dass das die Men-schen im Lande auch wahrnehmen, dass hier gehandelt wird und verantwortungsvoll mit der Situation umgegan-gen worden ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Rißmann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Koburger von der Fraktion der PDS.

Annegrit Koburger, PDS: Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Also, Herr Glawe, wenn man Sie hier so in den letzten Monaten reden hört, könnte man denken, die Probleme im Gesundheitswesen – Finanzierung, strukturelle Probleme –, die hätten Ende 1989 angefangen. Das kann's nicht sein!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS, und
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: 1998!)

1998, Entschuldigung. Freudscher Versprecher.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Fast ein Vierteljahrhundert lang wurde um dieses Psychotherapeutengesetz gestritten. Erst andiskutiert, dann mal kurz wieder wegdiskutiert,

(Harry Glawe, CDU: Aber Seehofer
hat's gemacht, Seehofer hat's gemacht.)

dann durchdiskutiert und dann in einem Schnellstverfahren und als Pfscharbeit, so muss man sagen, in der letzten Legislatur – in der letzten, da waren Sie am Ruder! – verabschiedet.

(Harry Glawe, CDU: Wir kommen bald wieder.)

Mit dem am 01.01.1999 in Kraft getretenen Psychotherapeutengesetz war eigentlich beabsichtigt, die Voraussetzungen für eine qualitativ gesicherte und quantitativ ausreichende psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung zu verbessern. Die Debatte heute zeigt, die gesetzlichen Regelungen, insbesondere das vorgesehene Vergütungsvolumen der Psychotherapeutinnen und -therapeuten, haben sich jedoch als völlig unzureichend erwiesen. Mein Kollege Koplin und die anderen Vorrednerinnen und Vorredner haben das schon detailliert ausgeführt.

Es war eigentlich allen von Anfang an klar – schließlich haben die Psychotherapeutinnen und -therapeuten bundesweit im Vorfeld der Gesetzgebung darauf aufmerksam gemacht –, dass es zu finanziellen Problemen kommen wird. Auch die im Gesetz vorgesehenen Aushandlungsmodalitäten zwischen Kassenärztlicher Vereinigung und Krankenkassen können diese nicht beheben. Und auch das war im Vorfeld dargestellt worden. Im Gegenteil, hier werden die vom Gesetzgeber vorprogrammierten Probleme auf dem Rücken von Patientinnen und Patienten, von Therapeutinnen und Therapeuten ausgetragen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sehen Sie, Herr Glawe, so ist das! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auch die Forderung, die Gesundheitsministerinnen und -minister der Länder sollen auf diesen Aushandlungsprozess Einfluss nehmen, ist hier nur wenig hilfreich. Der Handlungsspielraum, und das wissen wir, bezüglich der Selbstvertretungsorgane ist sehr eingeschränkt. Dankenswerterweise wird dieser in Mecklenburg-Vorpommern trotzdem intensiv genutzt, wie wir bereits gehört haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Meine Damen und Herren, wo liegen denn nun die eigentlichen Ursachen für das in Rede stehende Problem? Ich sehe hier vorrangig zwei, die ich auch begründen möchte:

Erstens. Die Interessen von Patientinnen und Patienten sowie Psychotherapeutinnen und -therapeuten standen nicht im Mittelpunkt der Gesetzgebung. Es ist weithin

bekannt, dass dank psychotherapeutischer Behandlung Medikamente in Größenordnungen eingespart werden können. Dazu gibt es im Übrigen ausgezeichnete Kosten-Nutzen-Recherchen innerhalb der Medizin. Daraus ergibt sich, dass hier die Interessen der Pharmaindustrie dem diametral entgegenstehen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Und wie die damalige Bundesregierung diese gehätschelt und gerade in der Gesundheitsgesetzgebung deren Interessen gewahrt hat, ist hinlänglich bekannt.

Zweitens. Ausgangspunkt für das Gesetz ist die veraltete Datenbasis zur patientenorientierten Bedarfsermittlung sowie zur Planung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung. Das Gesetz basiert auf einer Studie des Zentralinstituts der Kassenärztlichen Versorgung in der Bundesrepublik. Untersucht wurden der patientenorientierte Bedarf und die daraus resultierende notwendige ambulante psychotherapeutische Versorgung. Schön, könnte man meinen, selbst die Wissenschaft wurde bemüht. Doch auch Wissenschaft muss sich Kritik gefallen lassen, es sei denn, sie haben eine darauf ausgerichtete konkrete Aufgabenstellung durch die alte Bundesregierung erhalten. Die Studie und deren Schlussfolgerungen gehen zum großen Teil von Daten aus den 80er Jahren beziehungsweise vom Anfang der 90er Jahre aus, also zum Teil von einer Grundlage noch vor der Vereinigung. Das ist unfassbar! Ostdeutsche Psychotherapeutinnen und -therapeuten wurden bei der Erstellung der Studie überhaupt nicht beteiligt.

Wie unter diesen Voraussetzungen eine realistische Einschätzung der Situation, der Bedingungen und der Bedarfe erfolgen kann, bleibt schleierhaft. Es bleibt daher eher zu vermuten, dass ganz bewusst mit dem Psychotherapeutengesetz die Unterversorgung allgemein und in den neuen Bundesländern insbesondere festgeschrieben wurde.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben
das Gesetz nicht gelesen, ne?)

Vielleicht sollte sich die Politik endlich beleißigen, Praktikerinnen und Praktikern mehr Gewicht beizumessen bei der Erarbeitung gesetzlicher Rahmenbedingungen. Neben den Initiativen auf Landesebene halten wir es für erforderlich, auch auf Bundesebene Aktivitäten zu entwickeln, die eine Veränderung des Psychotherapeutengesetzes ermöglichen. Wir sollten unsere Kolleginnen und Kollegen in den Bundestagsfraktionen auffordern, entsprechende Initiativen einzuleiten und im Bundesrat sowie in der GesundheitsministerInnenkonferenz die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Ich möchte hier auch noch die Gelegenheit nutzen, auf die besondere Situation im Bereich der Kinder- und Jugendpsychotherapie aufmerksam zu machen. Wenn meine Vorrednerinnen und Vorredner schon ganz allgemein auf die gravierende Unterversorgung in der psychotherapeutischen Versorgung aufmerksam gemacht haben, so trifft das in der Kinder- und Jugendpsychotherapie noch viel stärker zu. Wie Herr Koplin schon ausführte, weisen die Untersuchungen laut Gesundheitsbericht eine ständige Zunahme von psychischen und psychosomatischen Krankheiten aus. Die Ursachen dafür sind vielschichtig, jedoch stehen dabei einige im Vordergrund: die rasanten und tiefgreifenden strukturellen Umgestaltungsprozesse in unserer Gesellschaft, die sehr hohe und zum

Teil lang andauernde Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit.

Sind die Auswirkungen schon von Erwachsenen kaum zu bewältigen, so schon gar nicht von Kindern und Jugendlichen. Dafür muss es Hilfsangebote geben, so auch im psychotherapeutischen Bereich. Derzeit bleibt nur festzustellen, Kinder und Jugendliche werden regelrecht im Stich gelassen. Sie werden es der Gesellschaft entsprechend zurückzahlen beziehungsweise sie zahlen es ihr schon zurück, denn die Zunahme von Kinder- und Jugendkriminalität seit der Vereinigung hat auch da ihre Ursachen. Dagegen helfen allerdings nicht solche Einrichtungen, wie Herr Thomas sie für die CDU gestern noch einmal forderte. Da helfen vor allem Freizeitangebote für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, ausreichende Hilfsangebote gemäß KJHG und ein Netz von kinder- und jugendpsychotherapeutischen Praxen.

Daher bitte ich Sie um die Zustimmung zu unserem Antrag und möchte noch einmal alle auffordern, sich auch an Ihre Kolleginnen und Kollegen in den entsprechenden Bundesgremien zu wenden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Kolb.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1135. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1135 ist mit den Stimmen der Fraktionen der PDS und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Qualitätssicherung und -entwicklung an allgemein bildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1140.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Qualitätssicherung und -entwicklung
an allgemein bildenden Schulen
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1140 –**

Das Wort zur Begründung hat der Vorsitzende der Fraktion der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir leben derzeit in einer Situation, an deren Weggabelung sich nicht weniger als die Zukunft dieses Landes entscheiden kann. Deutlich wird dies an drei aktuellen Themen der politischen Diskussion: Trotz hoher Arbeitslosigkeit wird die Anwerbung ausländischer Spezialisten für die IT-Branche eingeleitet. Bei der Besetzung hoher internationaler Posten zeigt sich eine relativ dünne Decke höchstqualifizierten deutschen Personals. Telekom und AOL bieten an, alle deutschen Schulen ans Internet zu bringen.

(Reinhard Dankert, SPD: Ist in Ordnung.)

Ich meine, in allen Fällen wird deutlich, dass wir nicht mehr über potentielle künftige Bildungsprobleme spekulieren müssen, sondern dass wir ein aktuelles Bildungs-

problem haben. Wenn keine IT-Spezialisten da sind, dann auch, weil wir einen Ausbildungszug verpasst haben müssen. Wenn nicht viele Deutsche in internationalen Positionen wirken, dann vielleicht auch deshalb, weil bei uns im Gegensatz zu Frankreich Elitenbildung lange ein Schimpfwort war, bei einigen bis heute ist. Wenn Telekom und AOL morgen unsere Schulen ausstatten, dann auch darum, weil der Staat gestern darauf verzichtet hat und am falschen Ende sparte.

Meine Damen und Herren, wie sieht die Wirklichkeit aus? Trotz der Ankündigung einer Verdopplung des Bundesforschungshaushaltes im Wahlkampf 1998 haben wir eine Herabsetzung um 340 Millionen DM erlebt. Andere Länder wie Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg legen dagegen Zukunftsprogramme auf.

Meine Damen und Herren, es ist deshalb viel zu tun an der sogenannten Bildungsfront. Schulen müssen optimal ausgestattet werden, Lehrpläne modernisiert, Ausbildungszeiten verkürzt, die Bildungslandschaft erweitert, Lehrerbildung forciert und der Leistungsgedanke als Grundlage der Bildungspolitik akzeptiert werden, wobei Leistung heißt, jeden nach seinen Fähigkeiten zu fördern und zu fordern.

Doch was erleben wir in Mecklenburg-Vorpommern? Der Stundenausfall ist nur theoretisch begrenzt, de facto jedoch durch schlichte Beschäftigung der Kinder an der Tagesordnung. Schulsanierungsförderung ist unter Rot-Rot zum Sparstrumpf der Finanzministerin geworden. Privatschulförderung wird gekürzt, Lehrerweiterbildung nach GEW-Angaben halbiert, Schulleitung soll halbtags erfolgen, die Lehrkörper sind überaltert.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich frage mich, wo die Ursachen dafür sind.)

So sieht die Bilanz fünfjährig sozialdemokratischer Bildungspolitik aus.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh, da fang' ich aber gleich an zu lachen.)

Für vier Jahre davon muss ich mir vorwerfen, Frau Marquardt nicht verhindert zu haben,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

doch bilde ich mir ein, Schlimmstes noch verhindert zu haben. Denn solch ...

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben erst den Grundstein für das Schlimmste gelegt. Das erzählen wir Ihnen nachher.)

Zu Ihren vorwärts gewandten schulpolitischen Vorstellungen, Frau Gramkow, komme ich noch.

(Angelika Gramkow, PDS: Danke ich, ja. – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Denn solch ein Theater um ein Goldenes Kalb, wie wir es in Sachen Orientierungsstufe erleben, hätte ich mir angesichts der wichtigen Aufgaben im Bildungsbereich nicht träumen lassen. Es ist doch schon erstaunlich, in welcher kurzen Zeit eine Regierung, die doch selbst kaum entscheidet, sondern einen Beraterkreis nach dem anderen ins Leben ruft, es geschafft hat, von Lehrern über Eltern, Schulträgern bis zur Wirtschaft alle am Bildungswesen Beteiligten gegen sich aufzubringen oder zumindest so stark zu verunsichern, dass niemand weiß, was Sache ist.

Meine Damen und Herren, wenn es so weit kommt wie in der „Ostsee-Zeitung“ am 29. Februar 2000, dass Eltern schon darum bitten, dass sich Lehrer melden, um Vertretungsstunden zu übernehmen – Herr Minister Kauffold, das ist mehr als starker Tobak! Ich kann Ihnen diese Artikel wirklich gerne zur Verfügung stellen. Ich möchte zitieren: „Die Elternvertreter der Klasse 5 der Verbundenen Haupt- und Realschule mit Grundschule des Amtes Ahrenshagen verweisen darauf, dass es auf Grund fehlender Lehrkräfte in der Schule bereits zu einem erheblichen Stundenausfall gekommen sei. Seitens des Schulamtes wurden in den zurückliegenden Monaten zwar erhebliche Bemühungen unternommen, um dieses brennende Problem zu lösen. Sie blieben allerdings leider ohne Erfolg. ... Dringend gesucht werden“, so weiter, „ein Grundschullehrer oder ein Mathematiklehrer für den Haupt- und Realschulbereich.“

Herr Minister Kauffold, wo leben wir überhaupt? Und Sie behaupten, die Unterrichtsversorgung sei gesichert! Sie ist ja offenbar nicht einmal statistisch gesichert, wenn Sie dieses Beispiel nehmen. Übrigens, 14 Tage später hatte dieser Aufruf Erfolg. Es haben sich Lehrer zur Verfügung gestellt, die die Vertretung übernehmen. Muss es erst so weit kommen, dass Eltern sich über die Öffentlichkeit an in Vorruhestand oder Pension befindliche Lehrer wenden müssen, damit diese Probleme gelöst werden?

(Gesine Skrzepski, CDU: Ein Skandal ist das!)

Herr Minister Kauffold, erzählen Sie in diesem Land nicht weiter, dass die Unterrichtsversorgung gesichert sei! Sie ist weder statistisch und schon gar nicht de facto gesichert. Denn eins können wir nicht prüfen: Was läuft in den sogenannten Vertretungsstunden wirklich ab? Wird da an Computern gespielt,

(Angelika Gramkow, PDS: Das scheitert schon an der Nichtexistenz von Computern.)

werden Videospiele gemacht, wird gelesen in Selbstbeschäftigung oder sonst etwas?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Beschäftigen Sie sich, von SPD und PDS, mit diesen Problemen und hören Sie auf, sich monatelang um die Orientierungsstufe zu zanken!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Da geht es doch gar nicht mehr um Schule, da geht es doch um ganz was anderes. Sie müssen ja gar nicht mal uns zuhören oder unseren Rat annehmen, aber nehmen Sie doch zumindest den Rat der Experten an, so wie auf der Veranstaltung in Güstrow! Meine Damen und Herren, wenn Sie beim Güstrower Bildungskongress ein wenig aufgepasst hätten, dann wären Sie in der Lage gewesen, in Sachen Orientierungsstufe eine vernünftige Entscheidung zu treffen. Sie haben sie nicht getroffen und damit ist die Aussage meines Kollegen Jörg Vierkant in Güstrow zur bitteren Realität für 260.000 Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern und zur bitteren Realität für mehr als 15.000 engagierte Lehrkräfte in diesem Land geworden.

Entgegen aller Beteuerungen des Bildungsministers Kauffold – der kann mir in diesem Machtgerangel ja manchmal leid tun, weil er ganz vernünftige Ansichten hat, aber sich offenbar nicht durchsetzen kann –

(Beifall Jörg Vierkant, CDU)

werden die Entscheidungen über die Struktur des Bildungswesens in unserem Land doch in der vierten Etage

dieses Schlosses in einem Hinterzimmer zwischen dem Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter gefällt oder eben auch nicht. Das ist Realität von Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Hauptsache, Sie wissen's genau!)

Also das weiß ich nun genau,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Na das ist schön. Das ist das Wichtigste.)

wo Ihre bildungspolitischen Beschlüsse gefasst werden, Herr Bartels.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dann sind Sie der Dritte gewesen, oder was? – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Sie haben auf Ihrem Parteitag in Grimmen die wahren Hintergründe dieses Streites doch offenbart. Es geht nicht um Schule, es geht nicht darum, den Schülern, der Schule etwas Gutes zu tun, nein, es geht einfach nur um die Macht – um nicht mehr und nicht weniger!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Das muss Herr Glawe aber genau anders gehört haben. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Johann Scheringer, PDS)

Es läuft derzeit zwischen PDS und SPD ein Armdrücken um die Frage: Wer hat den längsten Atem?

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD – Harry Glawe, CDU: Dazu habe ich mich gar nicht geäußert.)

Und die Frage ist noch nicht beantwortet. Das Turnier geht in die nächste quälende Runde, so dass weitere wertvolle Zeit verschenkt werden wird,

(Angelika Gramkow, PDS:
Ich bin die Letzte, Herr Rehberg.)

Zeit, die wir nutzen müssten, um über die Inhalte und Zielsetzungen der Arbeit an unseren Schulen zu diskutieren und zu entscheiden. Wie ist das optimale Verhältnis zwischen sozialem und inhaltlichem Lernen? Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule, aber auch Hochschulen und Ausbildungsbetrieben optimierbar? Wie funktioniert eine leistungsgerechte und faire Differenzierung? Gibt es eine festlegbare Quote für Haupt-, Real- und Gymnasialschüler? Brauchen wir mehr Spezialschulen, die naturwissenschaftliche, sprachliche, sportliche und musische Talente frühzeitig erkennen und ausbilden? Diesen Fragen sollte man sich zumindest widmen.

Es werden Politshows zwischen Holter und Ringstorff veranstaltet, die bereits heute erkennbar darauf hinauslaufen, wieder keine Entscheidung zu treffen, sondern das Thema zu vertagen und wieder am Prima-Klima-Bild der Koalition feilen zu können, wo doch das Prima-Lernklima an den Schulen die eigentliche Aufgabe ist. Doch dort wird das Klima beinahe vorsätzlich verhagelt. Was sollen die Lehrer denn beispielsweise sagen, wenn ihr Dienstherr vor seine Angestellten tritt und verkündet, die Hauptschule sei tot, obwohl Hunderte Kollegen tagtäglich in der totesagten Schule junge Menschen in gutem Glauben bilden und erziehen, dass eines Tages nach der 9. oder 10. Klasse ein bestmöglich ausgebildeter Mensch diese Schule verlässt.

Herr Minister Kauffold, ich lade Sie ganz herzlich ein, einmal eine reine Hauptschule zu besuchen, und zwar die in Dettmannsdorf/Kölnow, wo seit Jahren fast jeder Hauptschüler einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhält. Besuchen Sie diese reine Hauptschule, dann werden Sie sehen, dort werden Kinder nach ihrer Begabung und Befähigung in der Hauptschule gefördert und sie haben eine Chance im Berufs- und Arbeitsleben! Das sollte unsere Zielstellung sein und nicht, die Hauptschule totzureden, wie Sie es als Dienstherr in Güstrow getan haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Meine Damen und Herren! Sie machen noch eins – und, Herr Ministerpräsident Ringstorff, dazu müssen wir als Opposition gar nichts beitragen –, Sie machen dieses Land lächerlich mit diesem Streit um die Orientierungsstufe, und dies bundesweit. Ob es nun „Die Welt“, die „Frankfurter Allgemeine“ oder der „Rheinische Merkur“ ist, überall wird kopfschüttelnd verfolgt, wie die Linksozialisten in Mecklenburg-Vorpommern dabei sind, entgegen aller Erfahrungswerte in den alten Bundesländern,

(Andreas Bluhm, PDS: Falsch, Herr Rehberg,
falsch! Falsch ist die Aussage!)

entgegen aller Erfahrungen vieler Jahrzehnte misslungener Bildungspolitik, Herr Bluhm, in SPD-geführten Bundesländern hier nun überlebte Strukturen

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Vielleicht fahren
Sie erst mal in die alten Bundesländer
und gucken sich an, was da passiert! –
Glocke der Vizepräsidentin)

aufgebaut werden, damit Mecklenburg-Vorpommern die gleichen Fehler noch einmal begehen kann.

Und, Herr Bluhm, was Sie machen wollen mit Zukunft von Schule in Mecklenburg-Vorpommern nur an diesem einen Punkt und jetzt diese augenblickliche Diskussion über fehlende Fachkräfte im IT-Bereich – überlegen Sie doch mal wirklich, ob dieses so zusammenpasst!

(Beifall Jörg Vierkant, CDU)

Überlegen Sie dieses auch an Kleinigkeiten der Reduzierung im naturwissenschaftlichen Bereich, im Wahlpflichtbereich zugunsten von Kunst und darstellendem Spiel!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Also Japan hat keine
Probleme. – Andreas Bluhm, PDS: Und Japan
hat ein gemeinsames Schulwesen bis zur
Klassenstufe 9, Herr Rehberg, nicht, ja, ja?! –
Angelika Gramkow, PDS: Und in den USA
ebenfalls. – Andreas Bluhm, PDS: Ja, eben,
eben. – Heiterkeit bei Siegfried Friese, SPD)

Herr Bluhm, ich denke, erst einmal sind wir in Deutschland und da sollten wir uns zuerst fragen, wirklich erst einmal fragen, ob es richtig ist, nicht mal nach Niedersachsen zu gucken, wo man parteiübergreifend dabei ist, die völlig separate Orientierungsstufe wieder abzuschaffen,

(Andreas Bluhm, PDS: Die will ja hier keiner.)

wo sich der Landeselternrat einstimmig dafür aussprach, die Orientierungsstufe aufgrund mangelnder Erfolge wieder aufzulösen, ganz abzuschaffen oder wenigstens an die einzelnen Schularten anzugliedern.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wer will die denn?)

Warum gab der damalige sozialdemokratische niedersächsische Kultusminister Professor Wernstedt einen Studienauftrag,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

in der die Förderpraxis der Orientierungsstufe unter die Lupe genommen wurde? Warum sind an den Orientierungsstufen in Niedersachsen Kleinlerngruppen eingerichtet worden? Die Antwort ist einfach. Integrativer Ansatz konnte nicht halten, was er versprochen hat. Die Lernschwachen brauchen eine besondere Förderung.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Wir dürfen uns einfach nicht der Tatsache verschließen, dass die Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin in der Studie „Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklung im Jugendalter“ 1996 feststellen musste, dass der Grad an sozialem und solidarischem Verhalten bei den Gesamtschülern mit der Schulzeit abnimmt, während er bei der Haupt- und Realschule steigt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Mein Gott!)

Das ist doch der wesentliche Ansatz der integrativen Beschulung von Kindern, dass angeblich die sozialen Kompetenzen besser ausgebildet werden können. Es kann etwas mit der Philosophie dieser Auffassung nicht stimmen, wenn die TIMSS für Nordrhein-Westfalen 1997 feststellt, dass „gut 40 Prozent der Realschüler den Kernbereich gymnasialer Mathematikleistungen erreichen und 25 Prozent sogar in der oberen Leistungshälfte der Gymnasien liegen, aber an Gesamtschulen zu diesen Gruppen 25 beziehungsweise 10 Prozent der Schüler gehören.“ Und Sie wollen doch nicht anderes ...

(Andreas Bluhm, PDS: Aber vielleicht fragen
Sie sich mal, warum alle anderen Länder mit inter-
griertem Schulsystem besser sind als Deutsch-
land. – Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Sehen Sie, Herr Bluhm,

(Dr. Arthur König, CDU: Sehen Sie sich
mal die Privatschulanteile dort an!)

genau das fragte der KMK-Präsident Willi Lemke: „Was ist denn besser am indischen Bildungssystem?“ Dass wir dort hochqualifizierte Computerfachkräfte für unsere boomende Zukunftsbranche Informationstechnik als Anleihe nach Deutschland holen müssen?

(Andreas Bluhm, PDS: Na, wer hat denn
Verantwortung getragen in den letzten 15
Jahren für Bildung? – Götz Kreuzer, PDS:
Das ist doch katastrophal.)

Warum stellt denn Frau Beyer – und da bin ich ja fast erschrocken gewesen – fest, dass diese Kräfte besonders kreativ seien?

(Andreas Bluhm, PDS: Na ja.)

Ich zitiere: „Statt auf die Chancen der Initiative des Bundeskanzlers Schröders für unser Land hinzuweisen, gießt er“ – ich bin gemeint – „Öl ins Feuer rechtsradikaler Stimmungsmache.“ Und hier sagt sie weiter: „Die innovativen IT-Firmen brauchen zusätzliche Kräfte, die unsere Hochschulen und Universitäten ausbilden. Wenn die Anzahl nicht ausreicht, muss der Bedarf gegebenenfalls auch aus dem Ausland gedeckt werden. Sie, diese Kräfte aus dem

Ausland, schaffen durch ihre besondere Kreativität neue Produkte und dadurch Arbeit für viele.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wo sind wir eigentlich hingekommen, Frau Beyer? Fragen Sie nicht mal ansatzweise – das, was Sozialdemokraten Jahrzehnte gepredigt haben – nach der Moral von Entwicklungshilfepolitik? Und jetzt heißen Sie es gut, dass wir aus Osteuropa, aus Asien, von wo auch immer, hochentwickelte, hochqualifizierte Spezialisten abziehen, weil sie in Deutschland erheblich mehr verdienen können? Fragen Sie sich nicht, warum 7.000 Fach- und Führungskräfte aus Deutschland jedes Jahr ins Ausland gehen? Und, Herr Bluhm, ich habe nicht gefragt, warum hat Indien besonders viele hochqualifizierte Fachkräfte? Die Antwort ist einfach. Sie haben das angelsächsische Bildungssystem mit vielen Privatschulen, mit Eliteschulen. Das ist die Antwort darauf.

Das heißt, gucken Sie doch einmal hin – auch nach Japan –, wie dann die Entwicklung weitergeht! Und gucken wir einmal hin – gerade das, was Sie postulieren. Sie postulieren doch mit der Orientierungsstufe und jetzt haben wir noch herausgekriegt, dass 10 Prozent der Schüler mit 7 Jahren eingeschult werden, dass unsere Abiturienten 19 beziehungsweise 20 Jahre alt sind, wenn sie das Abitur gemacht haben. Und dann beantworten Sie mir doch mal die Frage, ob der Weg richtig sein kann, da sich mittlerweile 60 Prozent der Fünftklässler auf dem Gymnasium melden

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, nee!
Und wo ist denn die Ursache dafür?)

und nur 50 Prozent von den Abiturienten auch studieren. Das heißt, wenn wir nicht dazu kommen, sehr frühzeitig

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Aha.)

die Kinder nach ihren Begabungen und Befähigungen auf die entsprechende Schulart ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Noch frühzeitiger, was?!)

Herr Bartels, um wirklich Elite zu haben, die besondere Kreativität, die Frau Beyer den Indern zuschreibt, denke ich,

(Andreas Bluhm, PDS: Jedes Kind ist kreativ,
Herr Rehberg. Jedes Kind ist kreativ.)

müssen wir gegebenenfalls noch früher anfangen.

(Angelika Gramkow, PDS: Am besten
fangen wir bei der Zeugung damit an,
oder was?! – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Genau darum geht's ja.)

Jedes Kind ist auf seine Art und Weise kreativ und deswegen schaffen Sie ja die Hauptschule ab.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Einheitsbrei, Herr Bluhm, den Sie hier schaffen wollen ohne differenzierte Förderung der Begabten und Befähigten – egal, auf welcher Stufe – werden wir nicht dazu kommen zu sagen, wir haben ein Bildungssystem, in dem wir unsere Fachkräfte im IT-Bereich aus Deutschland selber einstellen können,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

sondern dann müssen wir eben den Weg gehen, den Herr Schröder gegangen ist, der im Auto irgendetwas zugerufen bekommt, aber auf dem Rundgang bei der CEBIT – das steht nämlich nicht in seinem Redemanuskript – sich hinstellt und sagt: „Wir brauchen 70.000 Fachkräfte von außerhalb.“

Und, Frau Beyer, ich sage Ihnen ganz klar und deutlich, wenn Sie mir vorwerfen, ich mache rechtsradikale Stimmungsmache: Befassen Sie sich mal mit den Zahlen in Mecklenburg-Vorpommern! In Mecklenburg-Vorpommern haben wir 550 arbeitslos gemeldete Datenverarbeitungsfachleute und 65 offene Stellen, also fast ein Verhältnis von 1 zu 10. Und von diesen 550 arbeitslos gemeldeten sind 100 Systemprogrammierer beziehungsweise Systemanalytiker, also nicht irgendwelche Leute, die Datenverarbeitungskaufmann oder -kauffrau in der Umschulung gelernt haben, sondern echte Fachleute.

(Johann Scheringer, PDS: Haben Sie
sich da mitgezählt, Herr Rehberg?)

Von denen sind 60 Prozent unter 45 Jahre und nicht mal ein halbes Jahr arbeitslos. Und dann stellen Sie sich hin und sagen mir, ich mache rechtsradikale Stimmungsmache, wenn ich sage, erstens Ausbildung für unsere Kinder, zweitens Aus- und Weiterbildung forcieren. Ich bin dafür, dass wir erst unsere Potentiale ausschöpfen und dann Ausländer in dieses Land holen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Gilt das für alle Ausländer? – Zuruf von Hannelore Monegel, SPD –
Rudolf Borchert, SPD: Darauf kommen
wir noch mal zurück.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wissen Sie, ich habe zwar hier die Lampe gesehen, aber ich sage Ihnen noch einen Satz. Wer vier Millionen Arbeitslose hat, wer jährlich einen Zuzug von 700.000 Ausländern hat und wer dann apostrophiert, ich hole mir 70.000 IT-Fachkräfte vom Ausland, der muss sich natürlich erstens mit Forderungen konfrontiert sehen, dass auch in anderen Mangelbereichen – Stichwort Krankenhaus, soziale Dienste – die Forderung der Wirtschaft kommt, in den alten Bundesländern haben wir das, und der muss sich zweitens aber nicht wundern, Herr Borchert, dass bei einer Arbeitslosenquote von 20 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern die Menschen über Herrn Schröder nur noch verständnislos den Kopf schütteln können.

Ich kann hier nur eins raten: Sorgen Sie dafür, dass Mecklenburg-Vorpommern ein Bildungssystem hat, wo wir wirklich erstens die Begabten fördern und fordern und zweitens wirklich die Fachkräfte ausbilden können!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Damit haben
Sie zugegeben, dass wir es bislang
nicht haben nach Ihrer Regierung.)

Letzte Bemerkung dazu: Setzen Sie sich dafür ein, und ich hoffe, der Ministerpräsident tut dieses auch, dass im IT-Bereich bei der Bundesanstalt für Arbeit mehr als elf Prozent für diesen Bereich ausgegeben werden! Ich empfinde es als einen Hohn, dass im Jahr 2000 nur ein Zehntel des Etats im Weiterbildungsbereich hierfür ausgegeben wird. Und ich empfinde es als Hohn, dass der Forschungshaushalt um 340 Millionen DM gekürzt wird. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Kauffold.

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über Bildung wird heftig gestritten. Über Bildung lässt sich ja auch heftig streiten. Das ist gut so.

(Volker Schlotmann, SPD:
Das war schon immer so.)

Das ist dann gut so, wenn es uns nach vorn führt. Es gibt sehr selten Zufriedenheiten, das ist richtig. Unzufriedenheit kann sehr produktiv sein, sehr vorwärtsweisend, vor allem, wenn man unzufrieden ist mit den eigenen Leistungen.

Im politischen Raum äußert vor allem die Opposition, was ja auch ihre Rolle ist, ihre Unzufriedenheit in Form von Schuldzuweisungen an die Regierung. Aber dabei wissen wir alle, das ist ja zu einem erheblichen Teil Larifari, denn in der Bildung wird heute geerntet, was vorgestern gesät wurde. Dabei beschränkt sich der Führer der Opposition darauf zu verweisen, dass in einer konservativen, konservativ dominierten Regierung oder mehrheitlich konservativen Regierung Frau Marquardt gesät hätte, weil sie das SPD-Ressort geführt hat. Aber es ist doch schon früher gesät worden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

In der konservativ dominierten Regierung ist das dreigliedrige Schulsystem gesät worden.

(Beifall Johann Scheringer, PDS)

Und lassen wir doch diesen Unsinn der Schuldzuweisungen in diesen Prozessen, die ja außerordentlich langfristige sind. Bemühen wir uns doch, uns auch an die eigene Nase zu fassen, jeder zu seinem Teil, und dazu beizutragen, dass unser Bildungssystem besser wird.

(Georg Nolte, CDU: Haben Sie was gegen das dreigliedrige Schulsystem? – Zurufe von der PDS: Ja. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dagegen haben wir was. – Peter Ritter, PDS: Endlich mal die richtige Fragestellung.)

Dazu kommen wir noch.

Dagegen habe ich was, ja. Ich habe nichts gegen Eliten. Es hat zu allen Zeiten Eliten gegeben, aber wir brauchen verschiedene Eliten. Wir brauchen zum Beispiel Führungseliten, wir brauchen auch handwerkliche Eliten. Wir brauchen aber auch Menschen, die sich außerhalb von Leistungsanforderungen als Glieder der demokratischen Gesellschaft verstehen und hier ein sinnerfülltes Leben führen. Auch das brauchen wir.

Wenn ich zum Beispiel erinnere an die Diskussion, die wir gestern um den Rechtsradikalismus hatten, dazu soll auch Bildung beitragen, unsere Gesellschaft zu demokratisieren und Menschen auf diese Weise an ihr teilhaben zu lassen, um sie zu stabilisieren und demokratisch mit auszugestalten.

Bei allen, die sich dem Bildungssystem widmen, sind Träume erwünscht, sind Wünsche gestattet, sind Ziele notwendig. Diese Koalition hat Ziele und sie hat gute Ziele. Auch die Konzeption zur Qualitätsentwicklung weist Ziele aus, und zwar umfangreiche und gute Ziele. Und ich wundere mich eigentlich, weshalb Herr Rehberg nicht zu dem Antrag gesprochen hat,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Volker Schlotmann, SPD: Das wundert mich nicht. – Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD)

den die CDU hier vorgelegt hat. Ich würde es vorziehen, dass wir uns darauf konzentrieren, damit Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, entscheiden, ob Sie diesem Antrag zustimmen oder nicht zustimmen.

Für mich gilt bei Zielen, dass sie nach prioritären gesellschaftlichen Erfordernissen gewichtet werden. Dazu gehören zum Beispiel auch solche Gesichtspunkte, die der Oppositionsführer eben genannt hatte, nämlich Anforderungen an eine hochgradig leistungsorientierte Berufswelt, aber auch Anforderungen, die auf anderen Gebieten liegen und die ich eben genannt habe.

Für mich gilt auch, dass die Ziele abgeglichen werden nach konkreten gesellschaftlichen Situationen, nach real existierenden Rahmenbedingungen. Und dazu gehören zum Beispiel in unserem Lande demographische Entwicklungen und deren Konsequenzen unter den Bedingungen des Flächenlandes und auch Art und Umfang der vorhandenen personellen und materiellen Ressourcen, von denen wir nicht mehr verlangen können, als sie hergeben.

Alle politischen Kräfte in diesem Parlament bekennen sich zur Qualitätsentwicklung und zur Qualitätssicherung an den allgemeinbildenden Schulen als vordringliche Aufgaben. Dabei gilt für mich auch, an Inhalten ständig zu arbeiten, organisatorische Veränderungen schrittweise zu gestalten und Strukturen sehr behutsam zu verändern, und das, wenn es geht, mit low Ton und nicht mit wortgewaltigen Tiraden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir Qualität an Schulen wollen, brauchen wir auch Instrumente, um diese zu messen. Und jetzt komme ich zu einem Punkt, der den CDU-Antrag betrifft. Zu diesen Instrumenten gehören die Vergleichsarbeiten, die das Bildungsministerium im Schuljahr 1998/99 für die Jahrgangsstufe 5 im Haupt- und Realschulbildungsgang veranlasst hat. Über deren Ergebnisse gibt es einen Zwischenbericht mit dem Stand September 1999, der recht konkrete Ergebnisse ausweist und als Handlungsgrundlage geeignet ist.

Dieser Zwischenbericht ist allen Schulen zugegangen und ich habe ihn auch an die Abgeordneten verteilen lassen. Er müsste sich in Ihren Postfächern befinden. Dieser Zwischenbericht erlaubt grundsätzliche Aussagen, die für die Politik von Bedeutung sind. Er erlaubt auch sehr differenzierte und detaillierte Aussagen, die für die in die Bildung eingeschlossenen Strukturen von Bedeutung sind, die dem L.I.S.A. dienlich sind für die Weiterbildung, den Schulämtern für die Beratungen und Kontrollen, und der den einzelnen Schulen und Lehrern an die Hand gibt, wie sie konkret auf die Verbesserung der Schulqualität Einfluss nehmen können.

Dieser Zwischenbericht weist aus, dass der Landesdurchschnitt in Mathematik bei einem Erfüllungsstand von

58,27 Prozent möglicher Punkte liegt und in Deutsch bei einem Mittel von 3,75 Prozent über einem Bereich der Noten von 1 bis 6 in den fünften Klassen der Haupt- und Realschulen.

Das zeigt nicht nur im Bereich der Orientierungsstufe bei diesen Schulen, dass noch viel zu tun ist, wie die CDU in ihrem Antrag ja richtig bekundet, sondern es zeigt auch, dass schon in der Grundschule bei einem nicht geringen Anteil der Schüler im Verlaufe der ersten vier Jahre ihrer Schullaufbahn Defizite entstanden waren, Defizite in einem Zeitraum, der vier Jahre vor dem jetzigen Datum liegt, also auch hier mehr Qualität.

Der Zwischenbericht macht ferner deutlich, dass erheblich geringere Unterschiede zwischen den Landkreisen einschließlich der kreisfreien Städte bestehen als zwischen einzelnen Schulen und vor allem zwischen einzelnen Klassen. Daraus ergeben sich also sehr konkrete Handlungsgrundlagen.

Auch andere Bundesländer nutzen das Instrument der Vergleichsarbeit. Auswertungsergebnisse sind uns bisher nicht bekannt geworden. Wir in Mecklenburg-Vorpommern machen Ergebnisse von Schulen zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen.

Wir werden noch mehr Ergebnisse aus einem bundesweiten Vergleich im Rahmen der sogenannten PISA-Studie bekommen, an der wir uns beteiligen und aus der bis zum Ende des Jahres Ergebnisse vorliegen werden. Dann werden wir auch zwischen den Bundesländern vergleichen können und uns über den Stand, der in unserem Land erreicht wurde, mehr solide Informationen beschaffen können, als sie uns jetzt zugänglich sind.

Die CDU verlangt den Abschlussbericht zu unseren Vergleichsarbeiten bis zum 5. Juli dieses Jahres. Das ist nicht zu leisten, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil über 27.000 Arbeiten auszuwerten sind, einer wissenschaftlichen Analyse zugänglich zu machen sind. Das ist also bis zu diesem Termin nicht seriös zu schaffen. Deswegen kann ich Ihnen nicht empfehlen, diesem Punkt des Antrages der CDU zuzustimmen.

(Volker Schlotmann, SPD: Nicht nur diesem.)

Qualitätsentwicklung und Qualitätskontrolle im umfassenden Sinne sind also die Hauptaufgabe, zu der wir uns bekennen. Damit stehen wir in dieser Legislaturperiode nicht bei Null, soweit es die Konzeptionen betrifft, soweit es die programmatische Arbeit betrifft und soweit es auch praktische Aktivitäten betrifft.

Das entsprechende Konzept, das Ihnen als Unterrichtung vorliegt, hat ein positives Echo auch über unsere Landesgrenzen hinaus gefunden. Es war die Grundlage für ein zweitägiges Symposium in Güstrow Anfang dieses Monats mit 500 Teilnehmern, vor allem Lehrern aus Berufsbildung und aus allgemeinbildenden Schulen, mit Vertretern von Behörden und Politik. Auch die Vertreter der CDU haben teilgenommen, wenn sie auch vielleicht nicht dieselben Lehren gezogen haben wie ich zum Beispiel. Ich bedanke mich aber trotzdem sehr herzlich für ihre Teilnahme.

Für mich war ein Eindruck sehr interessant, den ich in diesem Symposium hatte. Das war nämlich die zunächst ungläubige Überraschung der Lehrer, dass die Politik sie bittet, an dem Haus der zukünftigen Schule mitzuwirken. Nach Informationen, die ich habe, nach den Aussagen

vieler, die mich angesprochen haben, war dies anscheinend das erste Mal,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

dass sie von der Politik in diesem Lande eingeladen wurden, konkret mitzuarbeiten und ihre Ideen und Vorstellungen einzubringen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD – Jörg Vierkant, CDU: Sind schon seit Jahren eingebracht.)

Dieses positive Echo war da, obwohl ihnen – den Lehrern vor allem – keine goldenen Berge versprochen wurden.

Mit dem Symposium haben wir zugleich die Programmdiskussion eröffnet, die in Ihrem Antrag gefordert wird. Diese Programmdiskussion läuft im Übrigen schon in Vorbereitung in Arbeitsgruppen, die 75 Mitglieder haben und die in 16 thematischen Gruppierungen alle inhaltlichen Bereiche berühren, die Schule überhaupt betreffen können.

Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen werden in einem Landesprogramm verdichtet, das uns in der Mitte des Jahres vorliegen wird, zu dem auch die Aktivitäten gehören, die unser Land unternehmen wird, um im Bereich der Medienkompetenz schneller voranzukommen, als das bisher angedacht war.

Das Programm wird die Konzeption konkretisieren und das Machbare bestimmen. Und was sich konkret im Lande vollzieht, das möchte ich zum Beispiel auf dem Gebiet der Unterrichtsversorgung erwähnen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, jetzt kommt's.)

So ist es, Herr Rehberg. So ist es.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Die Erfahrungen vor Ort sind andere.)

Wir haben in dieser Legislaturperiode erhebliche Anstrengungen unternommen, die strukturellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Unterrichtsversorgung verbessert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Hier sind durchaus Vergleiche zugänglich. Bis zum 31. Dezember dieses Jahres betrug der absolute Unterrichtsausfall – das sind also Unterrichtsstunden, die nicht vertreten werden können – in unserem Bundesland 2,5 Prozent. Ein vergleichbarer Wert in Nordrhein-Westfalen: Dieser liegt zwischen 5,8 Prozent in der Grundschule und 7,9 Prozent in der Realschule. In Bayern bewegt sich der Unterrichtsausfall nach den Daten, die mir zur Verfügung stehen, in einer Stichprobe an den Gymnasien bei 4 Prozent, bei Baden-Württemberg kam es im Schuljahr 1998/99 zu einem absoluten Unterrichtsausfall von 3,3 Prozent.

(Siegfried Friese, SPD: Da sind überall Sozialdemokraten am Ruder.)

Sie sehen also, wir sind gar nicht so schlecht und wir haben uns im Vergleich zu den Vorjahren verbessert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Heidemarie Beyer, SPD, und Siegfried Friese, SPD: Richtig. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Und Sie wissen ganz genau, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wissen es auch, Herr Rehberg,

(Heidmarie Beyer, SPD:

Deswegen schreit er ja so. –

Eckhardt Rehberg, CDU: Nein, die Tatsachen vor Ort sind andere, Herr Kauffold.)

dass die Unterrichtsversorgung ein Problem ist, mit dem wir permanent zu tun haben werden. Sie wissen auch, dass wir nur mit unserem personellen Pool, den wir haben, arbeiten können und dass uns auf bestimmten Gebieten Lehrer fehlen, dass wir Mangelfächer haben und dass wir, auch wenn wir Mittel ausreichend haben, um den Vertretungsunterricht abzusichern, dann nicht immer die Lehrer bekommen, die wir brauchen.

Das ist also ein Problem, mit dem wir ständig zu tun haben werden und was die Opposition auch beständig aufgreifen wird. Ich bin außerordentlich dankbar, wenn wir auch solche konkreten Hinweise bekommen, an welchen Schulen – ich bin auch Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sie aus Ihren Wahlkreisen mitbringen, wenn die Schulämter hier Dinge übersehen – konkret welche Unterrichtsausfälle mit Engpässen verbunden sind.

Ich möchte auch noch einige andere konkrete Maßnahmen erwähnen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ah, jetzt!)

Die Studentafel der Grundschule – das wissen Sie auch – wurde ab dem Schuljahr 1999/2000 in den Jahrgangsstufen 1 und 2 um jeweils eine Stunde Deutsch und eine Stunde Mathematik verbessert. Das ist erheblich. Der Komplex der Berufsfrühorientierung wurde in der Zeit vom 1. März bis zum 31. Dezember 1999 mit erheblichen Mitteln unterstützt.

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Die Berufsorientierung im Sekundarbereich I an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern wurde durch die Weiterführung von Lehrerbetriebspraktika qualitativ verbessert. Es gibt 14 qualitätssteigernde Wettbewerbe des Bundes und der Länder sowie einen EU-Wettbewerb, an dem sich Schüler der allgemeinbildenden Schulen Mecklenburg-Vorpommerns beteiligen.

Ich glaube nicht, dass jemand erwarten kann, dass wir in eineinhalb Jahren dieser Legislaturperiode Defizite ausgleichen können, die in den zurückliegenden Jahren seit 1990 entstanden sind. Die Forderung im CDU-Antrag,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

nicht ein, sondern das Qualitätskonzept in Programme umzusetzen, teile ich. Aber ich kann nicht erkennen, weshalb wir dazu einen besonderen Landtagsbeschluss brauchen. Ich bitte also zu beachten, dass ein Landtagsbeschluss die Aktivitäten der Landesregierung hier nicht weiter intensivieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Und nicht übereinstimmen kann ich mit dem dritten Teil Ihres Antrages, dass strukturelle Veränderungen im Aufbau des Schulwesens in Mecklenburg-Vorpommern zugunsten qualitätsfördernder Maßnahmen gänzlich ausgesetzt werden sollen. Das gilt auch für die Organisation von Schulen. Inhalte, Strukturen und ihre organisatorische Ausgestaltung gehören zusammen. Ein bildungspoliti-

sches Wagnis, dessen Folgen unsere Schüler und ihre Lehrer bis heute zu spüren bekommen, ist das dreigliedrige Schulsystem, das Sie 1991 eingeführt haben.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Und das ist die Antwort auf die Zwischenfrage, den Zwischenruf, den ich vorhin gehört habe: Sie wissen ganz genau, dass die Hauptschule bei uns nicht wie in Bayern tatsächlich die hauptsächliche Schule geworden ist.

(Jörg Vierkant, CDU: Aber die Hauptschüler bleiben.)

Von der Mehrheit der Bevölkerung werden insbesondere die Hauptschule und die Verkürzung der Schulpflicht auf neun Jahre als Rückschritt empfunden.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Das Schulwesen des Landes hat aufgrund der damaligen Entscheidungen keine strukturelle und inhaltliche Stabilität entwickeln können. Die Hauptschule wird nicht angenommen als Bildungsgang.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Die Sie diskreditieren.)

Wir wollen sie überhaupt nicht diskreditieren.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das machen Sie doch.)

Wir wollen sie überhaupt nicht diskreditieren, aber sie wird nicht angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Eckhardt Rehberg, CDU: Warum haben Sie denn nichts bisher gemacht?)

Das Gymnasium ist bei uns zum Maß aller Dinge geworden

(Volker Schlotmann, SPD: Das kapiere ich nicht. Das wollen die doch nicht.)

und wir haben mit Ihrem dreigliedrigen Schulsystem zugleich auch eine Stufung in der sozialen Akzeptanz von Schule.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist gewollt.)

Hauptschüler haben geringere Chancen als Realschüler

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht! Ich habe Ihnen das bewiesen. Informieren Sie sich doch mal!)

und Realschüler haben geringere Chancen als Gymnasiasten. Berufsbildende Einrichtungen greifen bei Gymnasien zu,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

mehr als bei Realschulen und mehr als bei Hauptschulen. So ist doch die Situation. Und wenn Sie Hauptschullehrer fragen, dann werden sie Ihnen das bestätigen.

(Jörg Vierkant, CDU: Das hab' ich ein bisschen anders gehört.)

Ich habe eine große Meinung von dem Engagement der Lehrer,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

die Hauptschulpädagogik betreiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Margret Seemann, SPD: Jawohl!)

Ich bin davon überzeugt, dass die Schule, die Sie als Beispiel nannten und die ich besuchen werde, eine gute Arbeit leistet. Und wir haben überhaupt nicht die Absicht, sie abzuschaffen, wenn sie nachgefragt wird. Wir wollen also die Hauptschulpädagogik erhalten. Aber die Tatsache ist doch die, dass wir zurzeit nur noch 15 Hauptschulen haben, 13 davon mit Grundschule. Und die abnehmende Schülerzahl rechtfertigt ihren Erhalt nur mittelfristig. An 44 Prozent der verbundenen Haupt- und Realschulen in Mecklenburg-Vorpommern erfolgt der Unterricht inzwischen bildungsgangübergreifend ab der Jahrgangsstufe 5 und das ist ja auch eine Tatsache.

Obwohl also die Hauptschule als eigenständige Schulart beziehungsweise eigenständiger Bildungsgang in unserem Land keine Zukunft hat, wollen wir ihre Pädagogik, ich wiederhole das, unbedingt erhalten. Ein differenziertes Unterrichtsangebot für praktisch begabte Schüler halte ich für unverzichtbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Eine Strukturveränderung ist hier zwingend notwendig, um die Qualität zum Wohle der Schüler zu sichern.

Außerdem ist das derzeitige Schulnetz zu engmaschig. Mecklenburg-Vorpommern hat zu viele und zu kleine Klassen, in denen zu wenig Unterricht geboten werden kann. Die durchschnittliche Anzahl der Schüler je Klasse in allen Schularten, außer den Förderschulen, liegt unter dem Bundesdurchschnittswert. Wir können es uns beispielsweise nicht länger leisten, Klassen mit durchschnittlich 15,7 Hauptschülern zu bilden. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 21,8 Schülern.

Es gilt, ein System zu schaffen, das allen Schülern genügend Chancen eröffnet, Bildungsabschlüsse entsprechend ihren Leistungen zu erwerben.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Und das sind die strukturellen Veränderungen, von denen wir meinen, dass sie notwendig sind, und die wir realisieren werden. Wir müssen dafür sorgen, dass das Gymnasium nicht schlechter und die Real- und Hauptschulen besser und anerkannter werden –

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Jörg Vierkant, CDU: Das ist ein Widerspruch. – Heidemarie Beyer, SPD:
Das ist kein Widerspruch.)

das ist das Hauptziel – und dass diese Schulen ein Profil bekommen, das sie enger in die Regionen einbindet, in denen diejenigen, die Haupt- und Realschulen abschließen, auch vor allem ihre beruflichen Chancen sehen werden.

Und dabei erfordert die Orientierungsstufe unsere besondere Aufmerksamkeit, also die Jahrgangsstufen 5 und 6. Sie werden sich wahrscheinlich mit Fortgang der Debatte – Herr Rehberg hat damit schon angefangen – besonders auf die Orientierungsstufe als Struktur fokussieren und auf die Diskussionen, die die Koalitionspartner zu diesem Gegenstand führen. Ich würde mir auch wünschen, dass diese Diskussionen bald beendet werden.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Aber es muss erlaubt sein, dass Koalitionspartner unterschiedlicher Meinung zu der Ausgestaltung sind, und es muss erlaubt sein zu prüfen, inwieweit Ziele realistisch sind. Da ist es besser zu diskutieren, als Entscheidungen zu treffen, die wir später eventuell zu bereuen hätten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich erwähnte, dass wir zu viele, zu kleine Klassen haben. Die Demographie wird dieses Problem verschärfen und den Prozess, der uns zu schulorganisatorischen und schulstrukturellen Handlungen zwingt, forcieren. Hier muss nicht besonders erwähnt werden, dass es uns auch darum gehen muss, Ressourcen für die Qualitätsentwicklung zu erschließen. Und schulorganisatorische Maßnahmen müssen dazu beitragen, Ressourcen aus dem System zu erschließen.

Damit wären wir bei einem weiteren, ganz wesentlichen Punkt, das sind die Ressourcen. Qualitätsverbesserung und Qualitätssicherung sind nicht möglich ohne den Einsatz von Ressourcen. Sie verursachen auch Kosten. Die Unterrichtsversorgung und ihre Verbesserung verursachen Kosten. Deutsch und Mathe im Primarbereich verursachen Kosten. Dazu habe ich mich schon geäußert. Förderunterricht verursacht Kosten, die Verbesserung der Fremdsprachenkompetenz ebenfalls. Die Orientierungsstufe verursacht Kosten, auch die Verbesserung der Schulorganisation durch Stärkung der Schulleitung, die Beratung und Profilierung von Schulen, die Weiterbildung der Lehrer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind alles Positionen, die ohne Ressourcen, die aus dem System stammen oder hinzugeführt werden, nicht oder nur schrittweise in Angriff genommen werden können. Von dem Wünschenswerten und konzeptionell Richtigen werden wir nur das umsetzen können, wozu die Ressourcen verfügbar sind. Dabei muss auf Effizienz geachtet werden und müssen Prioritäten gesetzt werden. Auch das müssen wir berücksichtigen, wenn wir uns um die Ausgestaltung der Orientierungsstufe kümmern. Die Landesregierung wird zu dem, was sie an programmatisch Machbarem für möglich hält, und zu dem diesbezüglichen Ressourcenbedarf ihre Vorschläge machen und Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden dazu Entscheidungen treffen. So viel zunächst mal von mir. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der PDS-Fraktion.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich anfänglich zum handwerklichen Teil des Antrages der CDU-Fraktion beginnen. Das Konzept der Landesregierung heißt richtig „Konzept zur Qualitätsentwicklung und -sicherung“ und nicht wie in Ihrem Antrag umgekehrt „Qualitätssicherung und -entwicklung“. Der hoffentlich versehentliche Austausch der Begriffe hat aber durchaus seinen Sinn. Dazu später.

In Ziffer I Ihres Antrages wird der Eindruck erweckt, es gebe keine solche Konzeption. Doch, meine Damen und Herren, es gibt sie. Wir haben hier im Landtag darüber diskutiert, da allerdings war Frau Schnoor noch da. Auf der Grundlage dieser Konzeption fand nun auch das Symposium in Güstrow statt.

(Heinz Müller, SPD: Das waren noch Zeiten.)

Sie sehen, die Landesregierung arbeitet, wenn Sie es denn sehen wollen, an der Umsetzung der Konzeption in ein Landesprogramm.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Dazu bedarf es Ihrer Aufforderung nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nun, meine Damen und Herren der CDU, zurück zu Ihrem Austausch der Begriffe: Das Konzept der Landesregierung beschäftigt sich natürlich zuerst mit Qualitätsentwicklung und dann erst mit Qualitätssicherung. Es muss zuerst um die einer den neuen, Herr Rehberg, den neuen Anforderungen von Zielen der Bildung und den Aufgaben der Schulen entsprechende Entwicklung von Qualität gehen.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Wenn die dafür erforderlichen Maßnahmen getroffen sind, dann ist gleichzeitig weiterzuentwickeln und zu sichern. Eine Programmumsetzung gestaltet sich daher also als dynamischer, nicht als ein statischer Prozess. Sie haben die Sicherung an den Anfang gestellt und ich weiß nicht, welche Qualität Sie bei dieser Sicherung eigentlich im Auge haben. Sie können doch nicht allen Ernstes ein Interesse daran haben, die jetzt sichtbaren Ergebnisse der durch die CDU/F.D.P. in diesem Land etablierten und über viele Jahre dominierten Bildungspolitik sichern zu wollen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Bildungsreform ist in aller Munde und es wird wohl noch sehr lange dauern, die von Ihnen eingeleiteten und damit verursachten Schäden schrittweise zu beseitigen.

Ich bin seit 1990 wie Sie im Landtag und habe die Entwicklung der Bildungspolitik in diesem Lande aktiv begleitet. Darum habe ich auch nicht vergessen, dass es die CDU/F.D.P.-Koalition war, die die Stundentafeln reduziert hat um 840 Stunden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Sie haben die Wochenstunden in der Grundschule um zwölf Stunden gekürzt und damit dafür gesorgt, dass 300 Stunden Deutsch weniger unterrichtet werden in der ersten bis vierten Klasse.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Sie haben den Pflichtstundenanteil der Lehrerinnen und Lehrer um durchschnittlich drei bis vier Stunden erhöht. Sie haben den Erziehungs- und Bildungsauftrag des Kindergartens abgeschafft

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Angelika Gramkow, PDS:
Ja! Sehr richtig.)

und damit den Grundschulen eine Last aufgebürdet, ohne die nötigen Voraussetzungen zu schaffen.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ich habe auch nicht vergessen, dass die Stundentafelkürzungen die Voraussetzung dafür waren, 5.000 Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land zu entlassen, in Teilzeit oder in den Vorruhestand zu bringen, und die verhinderten, dass 1.200 Lehrerabsolventen der Universitäten in den Schuldienst dieses Landes kommen konnten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Sie haben den Erziehungsauftrag von Schule abgelehnt und abgeschafft und Sie haben durch die Einführung des gegliederten Schulsystems à la Bayern dafür gesorgt, dass entgegen aller Erfahrungen hier in diesem Land durch die frühe Ausdifferenzierung von Schülerlaufbahnen nach Leistung Niveauperluste sowohl an den Haupt- und Realschulen als auch an den Gymnasien zu verzeichnen sind, weil nämlich teilweise Schüler in falschen Bildungsgängen lernen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Nun könnten Sie ja einwenden, alles Schnee von gestern, aber da genau liegt das Problem. Dieser Schnee von gestern ist die Ursache für das stetig steigende Hochwasser von heute.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Wir haben davor gewarnt, dass die Folgen dieser Bildungspolitik der ersten Legislaturperiode erst sehr viel später sichtbar werden. Wir haben davor gewarnt, dass die Stundenkürzungen und der Personalabbau einen Qualitätsverlust zur Folge haben werden, der Schulabschlüsse in unserem Land im nationalen und internationalen Vergleich zunehmend in Frage stellt, und dass das dazu führen wird, dass die Kollegen überaltern. Das alles haben wir Ihnen gesagt. Sie haben darauf nicht gehört.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Sie haben Ihre Konzeption damals so umgesetzt.

Und da wundert mich der Sinneswandel der Opposition von heute schon sehr, wenn Frau Schnoor in der Aussprache zum Konzept im September im Landtag erklärt: „Sie fordern zwar eine konstruktive Opposition ein, wollen sie aber einfach nicht, weil Sie auf gar keinen Fall bereit sind, konstruktive Vorschläge zu akzeptieren ... und sachliche Argumente zur Kenntnis zu nehmen.“ Doch, meine Damen und Herren von der CDU! Aber in der Rede von Herrn Rehberg habe ich davon heute nicht sehr viel gehört.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Überhaupt nichts.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir über Bildung reden, dann reden wir natürlich zuerst auch immer über Qualität. In den letzten Landtagssitzungen haben wir immer wieder neu über Qualität, den Qualitätsbegriff, die Bedeutung und ihre inhaltliche Bestimmung diskutiert. Das ist sicher notwendig, aber wenn wir so weitermachen, dann zerreden wir das, was wir eigentlich mit dem Konzept realisieren wollen.

Auf dem Symposium des Bildungsministeriums war es breiter Konsens, dass kein Weg an der Qualitätsentwicklung und -verbesserung von Schule in Mecklenburg-Vorpommern vorbeiführt. Es war auch Konsens, dass das Ziel eine leistungs- und zukunftsfähige sowie anforderungsrechte Schule sein muss. Die Auffassungen allerdings, mit welchen Mitteln und Methoden dieses Ziel erreicht werden kann, waren dann schon erheblich differenzierter. Das halte ich auch für normal, weil die Anforderungen, die Schüler, Lehrer und Eltern und auch die Politik an die Schule stellen, eben sehr unterschiedlich sind.

Und bezüglich des gegliederten Schulwesens, Herr Rehberg, möchte ich Ihnen etwas zitieren aus dem Referat oder dem Statement von Herrn Professor Prüß, was die Grundlage für eine sehr umfangliche Diskussion war: „Untersuchungen zeigen, dass sich die unterschiedlichen Bildungsansprüche und Images der Schulformen auf die Beteiligten so auswirken, dass ihnen nach Erfolg der Kanalisierung in einen Bildungsgang der Sekundarstufe nur noch das Bildungsniveau erreichbar scheint, mit dem dieser Bildungsgang abschließt. Die Beobachtungen zur Abschottung der Bildungsgänge bestätigen dieses. Damit wird eine Bildungsbereitschaft derart gehemmt oder sogar abgebaut, dass eine für das lebenslange Lernen notwendige Motivation nicht entsteht, nicht erhalten werden kann beziehungsweise nicht befördert wird.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Genau, meine Damen und Herren von der CDU, darum geht es eben auch in entsprechenden Strukturveränderungen im Bildungswesen in diesem Land. Notwendig sind daher schlüssige und akzeptable Lösungen, die gemeinsam mit den Experten vor Ort diskutiert und dann entschieden werden müssen.

Es gibt schon bei der Gestaltung der Qualitätsentwicklung Aufgaben mit unterschiedlicher Rangfolge, mit unterschiedlichen Wirkungen und unterschiedlichen Effekten. Ich will im Folgenden einige Schwerpunkte benennen, von denen ich meine, dass sie für den Gesamterfolg besonders wichtig sind:

1. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen

Warum sie so sind, wie sie sind, habe ich im ersten Teil meiner Rede verdeutlicht. Und angesichts der Finanzsituation dieses Landes, der festgefahrenen Strukturen in diesem Landeshaushalt und einer Verschuldung dieses Landes, die nun wirklich nicht Rot-Rot zu verantworten hat, sind die Bewegungsräume für eine Neuordnung der Rahmenbedingungen in der Bildungslandschaft wirklich kompliziert wie nie zuvor.

Wir haben also mit der neuen politischen Konstellation – und Herr Minister hat darüber geredet – angefangen, einige wenige Eckpunkte dieser Rahmenbedingungen positiv zu verändern. Das allerdings wird, so bin ich fest überzeugt, im Rahmen von Qualitätsverbesserung bei weitem nicht reichen. Notwendig ist Folgendes:

- Die Wiedereinführung des Bildungsauftrages im Kindergarten ist zu realisieren.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

- Im Primarbereich ist mit der Fortführung der Veränderungen in den Stundentafeln in den Klassen 3 und 4 weiterzumachen.
- Die Grundschulen sind in ihrem Arbeitsstil, in ihrer Arbeitsweise und in ihrer Ausstattung weiter zu stärken. Der früh beginnende Fremdsprachenunterricht, so, wie es auch im Konzept fixiert ist, ist zu erweitern.
- Die jetzigen schulartenabhängigen Stundentafeln in den Klassenstufen 5 und 6 sollen mindestens auf das Niveau des gymnasialen Bildungsganges angehoben werden.
- Wir brauchen mehr Stunden für individuelle Förderung sowohl der leistungsstarken, Herr Rehberg, als auch der leistungsschwachen Schüler,

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Stunden für neue Unterrichtsformen. Und ich weiß gar nicht, was Sie gegen Projekt- und Teamarbeit im Unterricht haben.

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Vielleicht empfehle ich Ihnen einfach mal die Zeitung „Schweriner Express“ von gestern über die Gutenberg-Schule in Schwerin, wie Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler Teamarbeit in Lerngruppen wirklich empfinden, was das für ein Zugewinn an Schule sein kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zurufe von Heidemarie Beyer, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

- Die Funktion des gymnasialen Bildungsganges ist als Form der Studienvorbereitung genauso zu stärken wie der berufsvorbereitende Charakter der Haupt- und Realschulbildungsgänge.
- Die Flexibilität der Rahmenpläne und Rahmenrichtlinien soll erhöht werden. Daran wird gegenwärtig gearbeitet. Die Abstimmung fachübergreifender Themen ist weiter zu befördern.
- Und mittelfristig, jawohl, sollte es auch möglich sein, zu einer Abiturausbildung nach zwölf Jahren wieder zurückzukehren unter gleichzeitiger Möglichkeit einer Berufsausbildung mit Abitur. Na warum denn nicht?!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

2. Die Möglichkeiten der Schulaufsicht als ein wesentlicher Bestandteil der Prozessgestaltung, Prozessbegleitung und Prozessüberwachung müssen an die neuen Aufgaben angepasst werden.

Die Schulaufsicht in diesem Lande, meine Damen und Herren, ist von ihrer personellen und sachlichen Ausstattung derzeit nicht mehr in der Lage, diese Aufgaben überhaupt zu übernehmen, geschweige denn, sie anforderungsgerecht zu realisieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Und zwar liegt das nicht daran, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulämtern dies nicht wollten oder könnten, sondern daran, dass die hochgepriesenen Effekte der Umstrukturierung im Rahmen der sogenannten kostensenkenden Strukturmaßnahmen sich eben heute nicht einmal mehr als kostensenkend herausstellen, sondern geradezu als bildungspolitisch kontraproduktiv. Die Schulaufsicht muss in die Lage versetzt werden, die Qualitätsentwicklung und das Qualitätsmanagement an den Schulen beratend zu unterstützen, Innovationspotentiale aufzuspüren und nachnutzbar zu machen. Es muss gelingen, sie von einer Kontrollfunktion wieder zu einer Beratungs- und Hilfsfunktion zu bringen.

3. Die Lehreraus- und -weiterbildung muss den neuen Aufgaben entsprechen.

Die Lehrerinnen und Lehrer sind der Motor, der dieses Projekt antreibt. Von ihrer Beteiligung, ihrem Engagement und ihrer Kompetenz wird es abhängen, ob es ein Erfolg wird. Dazu ist es aus meiner Sicht erforderlich, schon in der Lehrerbildung die Grundlagen für die neuen Aufgabenstellungen und Anforderungen zu schaffen. Es ist notwendig, eine optimale Relation zwischen der fachlichen und pädagogisch-didaktischen Ausbildung, dem

Praxisbezug sowie den Fähigkeiten zur Kompetenzvermittlung und einer interdisziplinären Zusammenarbeit herzustellen. Es geht um frühzeitige Möglichkeiten zur Sammlung schulpraktischer Erfahrungen, um sie auch für das Studium nutzbar zu machen. Und damit diese neuen Lehrer dann auch in die Schule kommen, brauchen wir entsprechende Einstellungskorridore. Das ist ein Problem.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Das gebe ich zu. Und ich habe da auch noch nicht die endgültige Antwort, weil es in diesem Bereich keine einfachen Antworten gibt, meine Damen und Herren.

Die Lehrer, die an den Schulen sind, müssen nach den neuen Anforderungen weiter- und entsprechend fortgebildet werden. Das wird Dimensionen annehmen, die über das, was wir gegenwärtig im Land praktizieren, weit hinausgehen. Es wird deshalb nicht nur eine inhaltliche, sondern auch eine organisatorische Herausforderung für die Schule und die Administration in diesem Bereich in diesem Land.

4. Öffnung der Schule für das gesellschaftliche Umfeld und Erweiterung der Autonomie der Einzelschule

Es gibt schon heute eine Reihe von Schulen, die auf die kommenden Aufgaben vorbereitet sind. Sie haben nicht auf einen Anstoß von oben gewartet. Die damit vorliegenden Erfahrungen müssen nutzbar gemacht und übertragen werden. Qualitätsentwicklung an der einzelnen Schule wird zunehmend entscheidend dafür sein, wie sich die Gesamtentwicklung der Qualität des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern vollzieht. Die Analogie zur Kette, die an ihrem schwächsten Glied reißt, macht das wohl deutlich. Die Qualität der zielorientierten Zusammenarbeit der Lehrerkollegien in enger Verbindung mit neuen Formen der Zusammenarbeit und Einbeziehung der Schüler und Eltern sowie Einbindung in das Territorium wird eine Herausforderung sein. Sie braucht aber neue Dimensionen, damit das, was Qualitätsentwicklung bringen soll, auch erreicht wird.

(Beifall Heike Polzin, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Wir müssen allerdings sehr genau darauf achten, dass Vergleichsarbeiten oder das Ranking nicht der alleinige und ausschließliche Prüfstein für Qualität werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Margret Seemann, SPD: Jawohl!
Richtig! – Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Wenn ich die Antragsbegründung der CDU sehe, dann ist es wiederum deutlich, dass gerade das der Beurteilungsmaßstab sein soll. Es ist, meine Damen und Herren der CDU, pädagogisch kurzsichtig, nur daran Qualität zu messen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Margret Seemann, SPD:
Jawohl! Richtig!)

Aber zugegeben, es ist am einfachsten, weil damit auch die von Ihnen favorisierten ausschließlich elitären Ausleseverfahren am einfachsten zu praktizieren wären.

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen, auch die PDS-Fraktion ist nicht gegen eine entsprechende Elite in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Jedoch nichts, aber auch nichts spricht dagegen, dass diese Elite im engen sozialen Wechselspiel mit allen anderen Kindern in diesem Alter nicht auch entstehen kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS
und Dr. Margret Seemann, SPD)

5. Schulstruktur

Das war ja offensichtlich der einzige grundlegende Hintergrund für diesen Antrag. Meine Damen und Herren der Opposition, ich kann ja verstehen, dass Sie geradezu von einer panischen Angst befallen sind, dass das antiquierte gegliederte Schulsystem im Rahmen der Reformbestrebungen in diesem Lande abgeschafft wird. Das ist ja wohl auch die Intention des Punktes II.

(Heidemarie Beyer, SPD: Das löst
sich doch schon von allein auf. –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die Priorität des inhaltlichen Konzeptes ist nie bestritten worden, aber es ist genauso sicher, dass umfangreiche inhaltliche Veränderungen, wie sie mit dem geplanten Programm umgesetzt werden müssen, nicht ohne Auswirkungen auf Strukturen in diesem Lande umzusetzen sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Was dabei herauskommt, wenn man aus bildungsideologischen und finanziellen Gründen unter Missachtung territorialer und demographischer Tatsachen mit der Brechstange Schulstrukturen radikal verändert, haben Sie uns 1991 wirklich gut vorgeführt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

An den Folgen von damals krankt das Bildungswesen in diesem Lande bis heute.

(Heidemarie Beyer, SPD: Ja.)

Die Inhalte der Qualitätsentwicklung erfordern adäquate Strukturen.

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Der Antrag meint also ganz etwas anderes, er meint die schulartenunabhängige Orientierungsstufe. Sie werden uns so oder so nicht davon abhalten, unser Leitmotiv der Chancengerechtigkeit im Schulwesen umzusetzen. Wir wissen, dass Schulen insgesamt nicht eine absolute Gleichheit der Bildungschancen sichern können. Die Ursachen der Ungleichheit liegen, wie diverse wissenschaftliche Untersuchungen belegen, nicht zuerst in der Schule, sondern in den ungleichen ökonomischen Rahmenbedingungen, in den ungleichen gesellschaftlichen Positionen der Schülerinnen und Schüler und in den unterschiedlichen kulturellen Traditionen der verschiedenen sozialen Klassen und Schichten. Die Schule allerdings kann und muss die Auswirkungen solcher Ungleichheiten verhindern und es gilt schon entgegenzuwirken bei solchen Strukturen, die dafür wirken. Und ohne Frage führt die frühzeitige Ausdifferenzierung der Bildungswege genau dazu.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Also von daher geht es für uns mit der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe, um das hier noch mal deutlich zu sagen, nicht ausschließlich und nicht zuallererst um eine Strukturmaßnahme, sondern um drei inhaltliche Aspekte, und zwar

1. die mehrperspektivische Förderung aller durch längeres gemeinsames Lernen miteinander und voneinander,
2. die individuelle Fähigkeitsentwicklung und Erprobung als Basis einer begründeteren Entscheidung über den weiteren Bildungsweg und
3. um soziales Lernen für die Entwicklung der sozialen Handlungs- und Mitverantwortungskompetenz, die einen immer größeren Stellenwert haben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Heidemarie Beyer, SPD)

Und das hat nichts damit zu tun, dass wir vielleicht den Gymnasien irgendeine Kompetenz in dieser Frage absprechen, sondern wir gehen davon aus, dass die unterschiedlichen Lernniveaus miteinander vernünftig umgehen können.

Meine Redezeit ist – leider, für mich zumindest – zu Ende.

(Angelika Gramkow, PDS: Rede weiter! –
Peter Ritter, PDS: Das ist aber schade,
Andreas. Das war 'ne gute Rede.)

Aber ich gehe mal davon aus, dass wir öfter noch als heute über viele bildungspolitische Fragen in diesem Hause zu reden haben.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Kollege.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder mal macht ein Leistungsvergleich von sich reden. Was können unsere Schüler nach vier Jahren Grundschule in Deutsch und Mathematik leisten? lautet die erwartungsvolle Frage. Und die Antwort: Durchschnitt 4 plus, sorgt für helle Aufregung in der Öffentlichkeit und bei Experten. Doch halt! Überraschung? Wirklich? Bei Experten?

Ich meine, für jeden, der seit Jahren in der Praxis tätig ist, kommt dieses Ergebnis keineswegs überraschend. Im Gegenteil! Seit Jahren wird auf diese Tendenz hingewiesen und gewarnt – nur ohne Konsequenzen. Um es sarkastisch zu sagen: Jawohl, jetzt haben wir die bundesdeutschen Rahmenbedingungen und jetzt sind wir auf bundesdeutschem Niveau.

Schulpolitik hat nun mal die Eigenart, ihre Wirkung erst nach Jahren zu entfalten. Dann erst zeigt sich, ob eine Maßnahme oder Strukturveränderung sinnvoll oder katastrophal war. Sie tickt quasi mit Zeitzünder.

In den Jahren 1991/1992 – es ist heute schon mehrfach angesprochen worden, aber ich erspare es Ihnen trotzdem nicht aufgrund dieses Antrages – wurde das DDR-System in das bundesdeutsche – ich formuliere mal ganz zurückhaltend – überführt. Dabei galt die kurzfristige Devise: Die sozialistische Einheitsschule – das war ja das erste Schimpfwort damals – gehört komplett auf den Müll der Geschichte. Strukturen, Inhalte, Rahmenbedingungen der alten Bundesländer werden mit Brachialgewalt dagegengesetzt,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

fernab von Überlegungen, wie man Bewährtes und Sinnvolles mit Neuem verknüpft. System- und Traditionsbrüche haben weit reichende (und selten positive) Konsequenzen, die sich in der Regel erst nach Jahren in aller Deutlichkeit zeigen.

Ich will in diesem Zusammenhang nicht vordergründig auf das Wertevakuum eingehen, das entsteht, wenn ein solcher Bruch erfolgt. Ich werde stattdessen an den veränderten Rahmenbedingungen für Schule nachweisen, dass Misserfolge vorprogrammiert waren und es allerhöchste Zeit ist nachzudenken, wie man bei Qualitätssicherung von Schulen umsteuern muss. Dabei kommt ein Vergleich mit dem DDR-Schulsystem nicht von ungefähr, hat doch der größte Teil der Lehrer und Eltern immer diese Vergleichsbasis durch eigene Erfahrung vor Augen. Sicherheitshalber möchte ich doch mal klarstellen, dass ich die ideologieüberfrachtete Einheitsschule in Reinkultur, die Schüler und Lehrer gängelte und der individuellen Entfaltung kaum Spielraum ließ, nicht beweine, dass ich diesen Abbruch nicht beweine. Ich traure ihr nicht nach. Mir geht es dabei lediglich darum, dass man Organisation und Rahmenbedingungen vielleicht etwas sinnvoller hätte aufnehmen sollen.

Erstens. Bildung und Erziehung beginnt nicht erst in der Schule. Streng genommen werden entscheidende Charaktereigenschaften in den ersten Lebensjahren geprägt. Alles Folgende ist Kosmetik, sagen die Wissenschaftler. Diesen Fakt Rechnung tragend, hatten die Kindereinrichtungen im Vorschulbereich einen klaren Bildungs- und Erziehungsauftrag mit der Folge, dass bei der Einschulung von einem – abgesehen von individuellen Begabungen – relativ einheitlichen Niveau ausgegangen werden konnte. Konzentrationsfähigkeit, Grundkenntnisse von Zahlen, Training der Merkfähigkeit, Grundregeln der Gruppenarbeit, um nur einige zu nennen, waren eine solide Basis für die Erstklässler. Weg damit, auf den Müll der Geschichte!

Ergebnis: Das Spektrum der Voraussetzungen von ABC-Schützen reicht von bereits lesen und schreiben können bis hin zur Unfähigkeit, sich auch nur fünf Minuten auf einen Sachverhalt konzentrieren zu können. Ein Ergebnis, das es nicht nur unglaublich schwer macht, ein gemeinsames Ziel zu erreichen, sondern auch Misserfolge, also auch Demotivation für die einen und Unterforderung für die anderen bedeutet. Ich konstatiere, die erste Verschlechterung von Rahmenbedingungen mit den entsprechenden Folgen.

Zweitens. Die Unterstufe der DDR hatte zeitliche Vorgaben. Zum Beispiel bis Weihnachten des ersten Schuljahres waren alle Buchstaben bekannt. Zum Ende der ersten Klasse beherrschten alle das lautierende Lesen. In den folgenden drei Jahren richtete sich das Üben und Festigen darauf, dass alle Schüler sinnerfassend lesen konnten, die sichere Schreibung eines Grundwortschatzes und die Grundrechenarten beherrschten. Dieses kann man heute nach Installation des mehrgliedrigen Schulsystems in der Regel nicht mehr voraussetzen. Dafür gibt es vorrangig zwei Gründe:

1. Die Studentafel der Grundschule – Herr Bluhm sagte es ja bereits – wurde radikal gekürzt. Man muss sich mal auf der Zunge zergehen lassen, was drei bis vier Stunden weniger Übung für Kinder innerhalb von vier Jahren bedeuten. Die Ergebnisse sind natürlich in den Vergleichsarbeiten auch wieder mal zum Vorschein gekommen.

2. Der Schulhort, den der größte Teil der Schüler besuchte, leistete unterrichtsbegleitend Enormes, gerade in der Förderung leistungsschwächerer Schüler. Auch hier galt ein Bildungs- und Erziehungsauftrag und eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Schule, Hort und Elternhaus. Die falsche Entscheidung, Schule und Hort zu trennen, führte dazu, dass notwendige Wiederholungs- und Übungszeiten ausschließlich in der Hand der Eltern liegen – mit der weiteren Differenzierung von Chancen.

Ich konstatiere zwei weitere Verschlechterungen von Rahmenbedingungen, die nicht ohne Folgen bleiben konnten.

Drittens. Da die Organisation von Grund- und weiterführender Schule in der Polytechnischen Oberschule in einer Hand lag, gab es klare Absprachen darüber, bis zu welchem Niveau Schüler bis zum Ende der 4. Klasse geführt werden sollten und was Fachlehrer der weiterführenden Schulen voraussetzen konnten. Mit der politischen Entscheidung für die Grundschule als eigenständige Schulart verzichtete man auf sinnvolle Synergieeffekte. Und wenn man sich die Rahmenrichtlinien von Klasse 4 auf der einen Seite und Klasse 5 auf der anderen Seite ansieht, wird man ganz stark an die Karikatur des Brückenbaus erinnert, der von beiden Flussufern aus unabgestimmt in der Mitte zu einem klaffenden Niveauhöhenunterschied führt. Ich konstatiere eine weitere Verschlechterung der Rahmenbedingungen, die Qualität sicher nicht befördert.

Bei diesen ausgewählten Beispielen will ich es für die Grundschule einmal belassen, denn schon jetzt muss jedem deutlich werden, dass die Voraussetzungen für Wissenserwerb schlechter geworden sind, obwohl so wunderbunte Schulhefte, neckisch gestaltete Bücher

(Angelika Gramkow, PDS: Jedes Jahr neue.)

und Anschauungsmaterialien sowie technische Unterrichtsmittel positiv zu Buche schlagen müssten (vielleicht lenken sie aber auch mehr ab und verhindern die Konzentration auf Wesentliches).

Die weitere, für mich noch bedenklichere Folge durch die Bildungsentscheidungen vor acht Jahren ist die immenente Ungerechtigkeit für Kinder. Nicht ihre eigene Leistung zählt am Ende, sondern die häuslichen Bedingungen, unter denen sie aufwachsen. Ein Kind, das nicht das Glück hat, von den Eltern umsorgt und gefördert zu werden, hat ungleich schlechtere Karten, wenn es nach Klasse 4 um den Verteilungskampf geht.

Im Übrigen kommen hier schon ein paar Fragen zur Anlage und Organisation der Vergleichsarbeiten. Besonders interessant ist wohl die Frage, weshalb man diese Arbeiten nur in 5. Haupt- und Realschulklassen schreiben ließ, wenn es um die Niveauüberprüfung der ersten vier Schuljahre geht. Welchen Wert hat eine Analyse, die ein Drittel der Schüler ausblendet, die der Gymnasien und Gesamtschulen nämlich? Mit der Gesamtaussage sollte man also sehr vorsichtig umgehen, denn gerade die Leistungsstärkeren an den Gymnasien hätten sicherlich ein ganz erheblich besseres Gesamtbild bewirkt. Sollte aber eine ganz tiefgründige Absicht dahinter stecken, die sich mir vielleicht leider nicht erschließt, bitte ich um Aufklärung.

Zum anderen frage ich einmal ganz konkret nach dem Verhältnis von Aufwand und Nutzen. Praktisch unter Prüfungsbedingungen mussten alle 5. Haupt- und Realschul-

klassen dieses Landes um punkt 8.00 Uhr mit der Arbeit beginnen, was den Schulalltag erheblich aufmischte, denn Anfangszeiten und Stundenpläne an jeder Einzelschule waren dadurch Makulatur, erheblicher Umlaufaufwand, nicht fachgerechte Vertretung die Folge. Ich frage: War dieser Aufwand gerechtfertigt? Für die folgenden Prüfungen auf alle Fälle einmal zu bedenken!

Die dritte Frage hat mir der Minister schon vorher beantwortet, die Zeit kann ich hier also sparen.

Nun also nimmt die CDU-Fraktion die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten zum Anlass, Qualität an Schulen einzufordern, frei nach dem Motto: Kärglich gesät haben wir, Dünger und Bewässerung gab es nicht, aber für die Missernte machen wir die anderen verantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Götz Kreuzer, PDS –
Martin Brick, CDU: Wem sagen Sie das?)

Das klingt so richtig ausgeschlafen, jedoch sollte ich vielleicht noch einmal Folgendes in Erinnerung rufen, weil dies offensichtlich noch nicht so ganz klar ist: Qualitätssicherung und -verbesserung an Schulen ist bereits auf einem guten Weg, und zwar per Parlamentsauftrag.

Wissenschaftler, so Professor Prüß von der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald und Professor Dr. Nieke von der Universität Rostock, bewerten unser Konzept als fortschrittlich und wegweisend, auch im bundesdeutschen Maßstab. Öffentliche Veranstaltungen und als Höhepunkt das zweitägige Symposium in Güstrow machten deutlich, dass das Gesprächsangebot an die Kollegen bereitwillig aufgegriffen wird. Dabei geht es in der Tat lebhaft zu, kontroverse Meinungen prallen aufeinander, Kritik wird laut. Auch der faire Umgang miteinander scheint mitunter noch gewöhnungsbedürftig. Sie müssen sich das also praktisch so vorstellen wie hier im Landtag. Aber das Ganze ist eine äußerst sinnvolle Übung in Sachen Demokratie, die der Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages Herr Feuchthofen auf den Punkt brachte, als er feststellte, dass die ganztägige Anwesenheit des Ministers, die aktive Teilnahme während des Symposiums, wohl ein bundesdeutsches Novum sei.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Hier unterscheiden sich unsere Ansätze grundlegend von denen der Opposition. 1992 reichte eine Einstimmigkeit im Landtag ohne Praxisrückkoppelung, um entscheidende Weichen zu stellen und damit andere Wege zu verstellen. Im Jahr 2000 sagt die SPD: Im Dialog mit allen an Schule Beteiligten muss um beste Lösungen für die Kinder gerungen werden. Das ist anstrengend, nervenaufreißend und verstellt teilweise – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung – sogar den Blick für die Schwerpunktaufgaben, wie die Debatte zur schulartenunabhängigen Orientierungsstufe zeigt. Jedoch auf lange Sicht ist jeder schulreformerischer Ansatz nur dann wirksam, wenn er die Betroffenen mitnimmt, also von den Schulen mitgetragen wird.

Das Ministerium erhielt mit der Veröffentlichung des Qualitätskonzeptes bereits den Auftrag, dieses nach breiter öffentlicher Diskussion zu einem Schulprogramm zu gestalten. Die dazu gebildeten Arbeitsgruppen sind schon genannt worden. Und ich frage einfach mal, was der Antrag an dieser Stelle soll, denn die Arbeit läuft bereits, und zwar unter Hochdruck. Dabei geht es einerseits darum,

Fehlentwicklungen, wie sie ausführlich beschrieben wurden, auszugleichen. Dies sind tausend kleine Schritte bis zum Ziel, der Schule der Zukunft, die unsere Kinder zu einem erfüllten Leben in einer veränderten Welt befähigt. Eine sich wandelnde Gesellschaft braucht eine sich wandelnde Schule. Schulentwicklung braucht gesellschaftliche Verantwortung, Zeit und Mittel – ein ganz entscheidendes Zitat, das ich auch von diesem Symposium in Güstrow mitgenommen habe.

In diesem Sinne werden sich inhaltsbezogen auch Strukturen ändern müssen, jedoch in keinem Fall so rigoros wie zu Beginn der 90er Jahre, sondern orientiert an den inhaltlichen Erfordernissen. Kritische Begleitung unsererseits sei hiermit angekündigt, denn letztlich müssen Systemveränderungen, zum Beispiel die Schulnetzplanung und das Lehrpersonal-konzept, der Qualitätsverbesserung dienen. Das heißt, Einsparungen müssen auch dem System wieder zugute kommen. Der Produktionsfaktor „Idealismus“, den man bei Lehrern selbstverständlich voraussetzt, kann allein die wachsenden Anforderungen an Schule nicht kompensieren.

Um noch einmal auf den Antrag der CDU zurückzukommen: Ich kann der Logik nicht ganz folgen. Mit der Begründung „schlechte Leistungen“ fordert die Opposition eine Qualitätsverbesserung, die auf keinen Fall mit strukturellen Veränderungen einhergehen darf, weil die schulischen Strukturen sich ja angeblich so bewährt haben. Das begreife, wer will.

Ich denke, wir haben bereits deutlich gemacht, dass Inhalte Strukturen bestimmen sollten, sonst wäre längst eine Gesetzesänderung zur Orientierungsstufe durch den Landtag marschiert, in Anlehnung an 1992, wo die regierende CDU und F.D.P. sich einen feuchten – ich hoffe, das ist nicht unparlamentarisch – Dreck um das Geschrei der damaligen Opposition scherten. Meine Fraktion lehnt den Antrag der CDU ab. Ich möchte dies zusammenfassend begründen, Frau Seemann wird es aus anderer Sicht auch noch tun. Während häufig Herr Riemann als Igel durch den Medienblätterwald hetzte, um den vielen Hasen zu zeigen, wer der Schnellste ist, können wir in diesem Fall sagen: Ick bün all hier. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant von der CDU-Fraktion.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über ein halbes Jahr wabert nun dieses eine Thema durch die politische Landschaft. Die Orientierungsstufendiskussion hat mittlerweile immensen Schaden angerichtet, ohne dass die schulartenunabhängige Orientierungsstufe eingeführt wurde. Das ist eine beachtliche politische Leistung,

(Reinhard Dankert, SPD: Da müssten
Sie sich ja eigentlich freuen.)

die von beachtlicher Professionalität der Regierung zeugt.

Meine Damen und Herren! Es wird Ihnen dabei auch nichts nutzen, wenn Sie immer und immer wieder alle Fehler bei einer ehemaligen CDU-Kultusministerin suchen. Diese Praxis hat Frau Bretschneider vier Jahre als Tot-

schlagargument hier benutzt und es hat ihr nichts gebracht. Und, Herr Bluhm, Sie sollten nicht in die gleiche Litanei einstimmen,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich mache
das nachher auch noch, Herr Vierkant. –
Andreas Bluhm, PDS: Das sind Fakten,
Herr Vierkant! Das sind einfach Fakten.)

sondern wir sollten uns wirklich über inhaltliche Dinge unterhalten, die dann strukturelle nach sich ziehen sollten, wie es auch Frau Polzin hier jetzt angedeutet hat.

(Andreas Bluhm, PDS: Das machen wir auch
noch mal. – Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

Ich kann diese inhaltlichen Diskussionen momentan schlecht lesen oder erleben.

(Angelika Gramkow, PDS: Machen Sie uns
doch mal ein Angebot, Herr Vierkant!)

Frau Gramkow, ich habe heute eine Rede von Herrn Bluhm gehört,

(Angelika Gramkow, PDS:
Die war exzellent, ne?!)

die sehr ideologisch geprägt war.

(Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS, Peter Ritter,
PDS, und Dr. Margret Seemann, SPD –
Angelika Gramkow, PDS: Wie bitte?)

Ich kenne ihn eigentlich wesentlich sachorientierter

(Peter Ritter, PDS: Dafür haben Sie sich den
Satz schon aufgeschrieben, bevor Sie die Rede
von Herrn Bluhm überhaupt gehört hatten!)

und wesentlich konstruktiver.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Und wenn Sie, Herr Bluhm, sich nicht von uns von Ihrem Weg zu einem Einheitsunterricht abbringen lassen, vielleicht tun Sie es dann durch die Wissenschaftler, die dazu Stellung genommen haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Zum Beispiel?)

Um Ursachenforschung zu betreiben, brauchen Sie eigentlich nur bei Frau Bretschneider abzuschreiben.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das mache ich nicht. Das ist ein Plagiat.)

Frau Gramkow, ich habe eine ganze Reihe von Zitaten hier noch einmal herausgesucht, die die wissenschaftlichen Positionen eindeutig belegen werden. Hören Sie gut zu!

(Andreas Bluhm, PDS:
Da bin ich ja mal gespannt.)

Was viel wichtiger ist, glaube ich, an dieser Stelle: Den Leuten im Land ist es völlig egal, was Frau Schnoor gemacht hat oder nicht gemacht hat,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Nein, das
Ergebnis haben wir jetzt, Herr Vierkant!)

weil die Nachfolger bisher nicht bewiesen haben, dass sie das Geschäft besser betreiben können.

(Peter Ritter, PDS: Oswald Wutzke
hat nach wie vor einen schlechten
Namen bei den Leuten im Land.)

Zwischen heute und 1994 liegen bereits fünfzehn Jahre und nicht, wie Sie sagten, Herr Minister, eineinhalb Jahre. Es ist also schon ein bisschen länger her, seitdem die SPD die Bildungspolitik dieses Landes bestimmt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wer hat Ihnen das bloß aufgeschrieben, Herr Vierkant?)

Es kann einfach nicht angehen, dass die CDU hier für alle bildungspolitischen Entscheidungen haftbar gemacht wird.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Und wenn es dann doch geschieht, heißt es doch nur, dass die SPD mittlerweile nichts getan hat, um den Zustand zu verbessern.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ob das nun aber eine Auszeichnung ist, das unterscheiden Sie besser selbst!

So, jetzt endlich zu einer fachlichen Diskussion über die Probleme,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Mein Gott! – Peter Ritter, PDS: Na endlich!)

die heute anstehen und schnellstens zu lösen sind. Mit einer kleinkarierten rückwärtsgewandten Diskussion lösen wir diese sicherlich nicht.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie haben ein schlechtes Gewissen, dass Sie das immer wiederholen.)

Meine Damen und Herren! In Mecklenburg-Vorpommern wird gerade der Versuch unternommen, unter dem Deckmantel des Begriffes „Reform“ die Veränderung der Schulstrukturen herbeizuführen. Jeder, der heute etwas bewegen will, wird nicht müde, den Begriff der „Reform“ zu verwenden. Ob sich hinter dem Begriff dann auch wirklich eine Reform befindet, das ist nicht sicher. Ich verbinde jedenfalls mit dem Begriff „Reform“ die Einführung von etwas Neuem, von etwas, das etwas Unzulängliches abstellt. Ich kann nur das Neue in der ganzen Diskussion nicht erkennen. Einen unzulänglichen Zustand allerdings, nämlich unzulängliche Zustände an den Schulen, kann ich demgegenüber zuhauf erkennen. Davon werden genügend im Zwischenbericht zu den Vergleichsarbeiten, die heute bereits zweimal zitiert wurden, in Deutsch und Mathematik in den 5. Klassen aus 1998/1999 dokumentiert. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, diesen unzulänglichen Zuständen kann ich doch nicht mit einer derartig verkürzten strukturellen Debatte begegnen, wie Sie es in den letzten Monaten hier den Menschen im Land vormachen.

(Angelika Gramkow, PDS: Dann haben Sie nicht richtig zugehört. – Peter Ritter, PDS:

Ich denke, die dauert schon viel zu lange. Was ist denn nun? – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Die andere Seite: Wo ist, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der PDS, in Ihrer Orientierungsstufenregelung etwas Neues?

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, Herr Vierkant, ich lade Sie mal ein. Kommen Sie doch zu uns!)

Sie beziehen sich auf einen Beschluss des Deutschen Bildungsrates von 1971,

(Andreas Bluhm, PDS:

Er ist die rechtliche Grundlage. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

das ist schon über ein Vierteljahrhundert her. Man höre und staune – 1971! Und was daran neu und vor allem reformerisch sein soll,

(Andreas Bluhm, PDS:
Der Inhalt in der 5. und 6. Klasse.)

das ist nicht zu erkennen.

Nur um einmal deutlich zu machen, was eine Reform ist: Die Reformation, die war eine Reform,

(Angelika Gramkow, PDS: Ach.)

nämlich die Thesen Luthers, die Ablösung des katholischen Glaubens als alleinige Form der Religionsausübung durch den Protestantismus. Das war eine wahre Reform,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

was mir einige Kollegen meiner Fraktion vielleicht nachsehen mögen. Aber die Einführung einer schulartenunabhängigen Orientierungsstufe ist keine Reform, zumal die in sie gestellten Erwartungen mittlerweile nachweislich nicht erfüllt werden können. Ich gehe das vielleicht einmal argumentativ durch:

Erstens. Die PDS behauptet, dass nach Klasse 4 die Prognosesicherheit für die Schullaufbahn unsicherer ist als nach Klasse 6.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das haben wissenschaftliche Untersuchungen ergeben.)

Hören Sie mal zu, Frau Seemann, was Wissenschaftler dazu sagen!

(Andreas Bluhm, PDS: Es gibt solche und solche.)

Zweitens. Die PDS behauptet,

(Peter Ritter, PDS: Was sagen denn die Wissenschaftler nun?)

dass gemeinsamer Unterricht in den Klassen 5 und 6 den Grad an sozialem Lernen erheblich befördert. Beide Argumente sind von der Schulpädagogik widerlegt.

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Vierkant, an uns beiden sieht man doch, dass das stimmt. – Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich möchte doch ...

Gut, wir beide sollten uns vielleicht auch nicht den wissenschaftlichen Anspruch geben, die haben sicherlich wesentlich objektiver daran gearbeitet.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir sind Ergebnis dessen. – Dr. Margret Seemann, SPD: Aber wir können alle lesen und schreiben. – Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

Ich kenne eine ganze Reihe von Kollegen in den alten Bundesländern, die in meinem Alter wesentlich stärker und besser qualifiziert sind.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, Herr Vierkant, erzählen Sie doch das nicht!)

Wir sollten uns nicht freisprechen von irgendwelchen Schwächen,

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Ich fühle mich ganz gut qualifiziert. – Zuruf von Hannelore Monegel, SPD)

die wir durchaus haben. Auch Sie, Frau Seemann, sind davor nicht gefeit.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das habe ich nicht gesagt.)

Ich möchte dabei gleich zu Beginn der fachlichen Argumentation eine Schulpädagogin aus Mecklenburg-Vorpommern zitieren. Frau Professor Eckerle von der Universität Rostock schreibt in einem beachtenswerten Aufsatz über die Orientierungsstufe: „Entwicklungspsychologisch argumentierende oder auf Reifungsprozesse gegründete Erwartungen, daß mit zwölf Jahren eine andere Phase der geistigen Entwicklung erreicht sei als mit zehn, sind zwar in der Schule nach wie vor anzutreffen, aber wissenschaftlich nicht bewährt.“ –

(Dr. Manfred Reißmann, SPD:
Das ist eine Behauptung.)

Frau Professor Eckerle, Anmerkungen zu Problemen der Orientierungsstufe, Rostock, 28.04.1999. Für Interessenten hätte ich die Internet-Adresse da.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Hier möchte ich schon im Vorfeld die Frage der Prognosesicherheit in Zweifel ziehen, jedenfalls in der Form, in der Sie die Befürworter der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe ins Feld führen. An Erkenntnissen diesbezüglich mangelt es nicht.

Lassen Sie mich weitere zitieren. Das ist übrigens auch der Grund, warum die CDU heute längere Redezeit beantragt hat. Fachliche Diskussionen brauchen eben mehr Zeit. Und wir sollten uns diese Zeit nehmen, bevor Sie dann in den nächsten Tagen wieder in die neue Runde einsteigen.

(Peter Ritter, PDS: Wir unterhalten uns mit der SPD auch ein bisschen länger.)

In einer Studie der Professoren Roeder und Schmitz vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin „Der vorzeitige Abgang vom Gymnasium“ aus dem Jahr 1995 ist die Frage der Prognosesicherheit nach der Grundschule ein elementares Problem. Das ist schon ein etwas aktuelleres Datum als 1971. Diese Studie stellt auf Seite 7 grundsätzlich fest, dass „das Grundschulzeugnis und die darauf beruhende Grundschulempfehlung für den Besuch eines Gymnasiums beziehungsweise einer anderen Schulform eine beträchtliche prognostische Validität im Hinblick auf den Schulformwechsel [haben].“

Die Studie des Max-Planck-Institutes wurde im Wesentlichen durch bisher unveröffentlichte Untersuchungen von Frau Dr. Köster-Bunselmeyer angeregt, die als leitende Oberschulrätin in Hamburg tätig ist. Sie kristallisiert das Element des alleinigen Elternentscheidungsrechts zur Schullaufbahn als das eigentliche Problem heraus, das darin gipfelt, dass nicht wenige Schüler am Gymnasium beschult werden, die dort eigentlich nicht hingehören. Das führt wiederum dazu, dass adäquat zur integrierten Gesamtschule auch an Gymnasien viele Elemente der Binnendifferenzierung eingeführt werden müssen, obwohl dies nie Sinn und Zweck des Gymnasiums war und ist.

Dieses System von Leistungs- und Förderkursen an einem Gymnasium ist aber keine angemessene Lösung des Problems „Schulformwechsel“, so Frau Köster-Bunselmeyer, sondern eher eine administrative Überreaktion, die die Situation der vom Schulwechsel betroffenen Schüler kaum nachhaltig verbessern dürfte, nachzulesen auf Seite 2 der MPI-Studie.

Gleichzeitig kommen Roeder und Schmitz auf der Basis einer Berliner Untersuchung aus dem Jahre 1985 unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus den 70er Jahren auf Seite 5 zu dem Schluss, dass, „... jedenfalls ... die sechsjährige Grundschule in Berlin nicht zu einer wesentlichen Verbesserung der Schullaufbahnlenkung oder -beratung geführt [hat].“ – ein weiteres Argument zur Prognosesicherheit, das Ihnen in der grundsätzlichen Aussage übrigens jeder Lehrer bestätigen wird.

Die durch Roeder und Schmitz erhobenen Daten zeigten, dass bei den Stichproben bei Schülern, die keine Gymnasialempfehlung aus der Grundschule mitbrachten, 34 Prozent das Gymnasium nach Klasse 6 wieder verließen, dagegen traf das bei Schülern mit gymnasialer Empfehlung nur auf knapp acht Prozent zu, siehe Seite 107 der Studie. Roeder und Schmitz ziehen aus dieser Tatsache die Schlussfolgerung, dass „... der Zusammenhang zwischen Grundschulempfehlung und Schulerfolg statistisch selbstverständlich höchst signifikant ist, und zeigt, dass das Urteil der Grundschullehrer valide und beachtenswerte prognostische Informationen enthält.“ – nachzulesen auf Seite 40.

Die Schullaufbahnempfehlung der Grundschule – und das wissen Sie auch ganz genau – beschränkt sich nicht nur auf die Zensuren des Zeugnisses. Die Lehrer, die über vier Jahre mit den Kindern gearbeitet haben, sind ebenso in der Lage, die allgemeine Leistungsdisposition der Schüler einzuschätzen, wie auch die Bewertung mündlicher und schriftlicher Mitarbeit im Unterricht, um das Verhalten in das Urteil der Schullaufbahnempfehlung einfließen zu lassen.

(Andreas Bluhm, PDS: Gibt es Fachunterricht in der Grundschule?)

Auch in Mecklenburg-Vorpommern können wir davon ausgehen, dass die Prognosen zu mindestens 90 Prozent zutreffend sind. Eine höhere Prognosesicherheit werden Sie auch nach Klasse 6 kaum erreichen.

(Andreas Bluhm, PDS: Da kann ich Ihnen ganz andere wissenschaftliche Untersuchungen geben.)

Der „Rheinische Merkur“ stellte unlängst fest, dass es zahlreiche Studien des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung – einige sind zitiert worden – und des Institutes für Pädagogische Psychologie der Universität München gibt, die genügend Daten gegen einen gemeinsamen Unterricht nach der 4. Klasse liefern.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Dazu sage ich Ihnen nachher noch was.)

Entgegen der Annahme der PDS ist die Treffsicherheit bei den Schullaufbahnen nach der 6. Klasse noch ungenauer als nach der 4. Klasse.

(Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS)

Sie vernachlässigen in einer fatalen Weise die verzerrenden Einflüsse der Vorpubertät auf die Leistungsfähigkeit der Kinder nach der 6. Klasse.

(Angelika Gramkow, PDS: Das habe ich aber gestern in der Elternversammlung von meinem Sohn, der in der 6. Klasse ist, ganz anders erlebt.)

Bildungswege dann zu korrigieren ist wesentlich schwieriger als nach der 6. Klasse.

(Peter Ritter, PDS: Deswegen sind wir ja bis zur 8. Klasse gemeinsam gegangen.)

Auch das wird Ihnen jeder Schulpraktiker bestätigen. Die Intelligenzentwicklung klappt bei heute zehnjährigen Kindern so weit auseinander, dass sie mit gemeinsamem Unterricht mehr Schaden als Nutzen anrichten.

(Dr. Margret Seemann, SPD,
und Andreas Bluhm, PDS: Falsch. –
Angelika Gramkow, PDS: Das ist falsch.)

Hier verursachte Mängel können sie im weiteren Bildungsweg kaum ausgleichen. Auch das zeigt die TIMSS im Vergleich von Bayern und Nordrhein-Westfalen

(Andreas Bluhm, PDS: Ja, ja, unter
den Blinden ist der Einäugige König.)
von gegliederten und integrierten Schulsystemen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist falsch.)

Und wenn Sie sich solchen Ergebnissen nicht verschließen wollen, dann nehmen Sie diese bitte zur Kenntnis und richten Sie Ihr Handeln darauf aus!

Meine Damen und Herren! Defizite räume ich dabei gerne ein. In der Hochbegabtenerkennung haben wir zur Zeit noch gravierende Mängel zu verzeichnen.

(Peter Ritter, PDS: Wann ist
Herr Vierkant auf die EOS gegangen?)

Das fängt jedoch nicht erst in der Grundschule an. Hier ist schon der Kindergarten gefordert. Auch das ist bereits vorhin festgestellt worden. Aber in der Ausbildung der Grundschullehrer müssen Methoden und diagnostische Instrumente vermittelt werden, die die Lehrer befähigen, Hochbegabungen zu erkennen, denn nicht wenige von ihnen landen als verhaltensauffällige Kinder in der Haupt- oder Realschule,

(Andreas Bluhm, PDS:
Richtig, richtig, ja das ist richtig.)

obwohl sie eigentlich auf eine Spezialschule gehören.

(Angelika Gramkow, PDS:
Warum landen die denn da?)

Hier ist Handlungsbedarf gefordert, dieser aber – das muss ich noch dazu sagen – bundesweit und nicht nur in unserem Land.

(Andreas Bluhm, PDS: Ja, na sicher!)

Meine Damen und Herren! Das Argument der Spätzügler, die Ihrer Ansicht nach häufig den sogenannten bildungsfernen Bevölkerungsschichten entstammen, ist tausendfach in der Bildungsdebatte der alten Bundesländer vorgetragen worden und wird dadurch nicht wahrer, wie Kathrin Spoerr in der „Welt“ vom 02.03.2000

(Andreas Bluhm, PDS: Ich denke, Sie
waren auf dem Symposium und haben
Herr Prüß gehört, Herr Vierkant? –
Dr. Margret Seemann, SPD: Gehört ja.)

unter dem Titel „Der Kampf um die Grundschule“ feststellte. Sie postulieren mit der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe Chancengleichheit. Diese Chancengleichheit soll dazu führen, dass die Chancen der Kinder aus unteren Schichten, am Aufstieg durch Bildung teilzuhaben, größer sind. Haben Sie diese Aussage schon einmal auf ihre Validität überprüft? Mir ist keine Studie bekannt, die diese Aussage stützt. Für die größere Mehrheit der Schüler bedeuten gleiche Rahmenpläne, gleiche Stundentafeln und Inhalte eine Bremse der persönlichkeitsgerechten individuellen Förderung.

(Andreas Bluhm, PDS: Die Förderpolitik
der Bundesrepublik widerlegt diese
Aussage aber sehr deutlich.)

Das gilt sowohl für leistungsschwächere als auch für leistungsstärkere Schüler.

In Nordrhein-Westfalen wies das schon zitierte Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin jüngst nach, dass Realschüler gegenüber gleichbegabten Gesamtschülern, die eine Art Orientierung durchlaufen, am Anfang des siebenten Jahrganges in Mathematik und Englisch einen Wissensvorsprung von etwa einem Schuljahr haben. Nun werden Sie sagen: Okay, Wissensvorsprung. Wie verhält es sich aber mit dem sozialen Element des gemeinsamen Lernens? Dazu später mehr.

Fest steht eines: Die meisten Schüler verlieren mit der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe nach Ziffer 127 des Koalitionsvertrages zwei Jahre begabtgerechte Förderung.

Zum Abschluss dieses Argumentationspunktes will ich noch einmal Professor Roeder vom MPI hier in Berlin bemühen. In der Zeitschrift für „Pädagogik“ Nummer 2/1997 stellte er fest: „Insgesamt sprechen die hier vorgelegten Befunde“ – die Fallstudien an fünf Berliner Gesamtschulen – „nicht dafür, dass der Verzicht auf Formen der äußeren Leistungsdifferenzierung durch Binnendifferenzierung in heterogenen Lerngruppen unter den gegebenen Bedingungen weitgehend zu kompensieren ist.“ Und jeder, der einige Jahre an den POS unterrichtet hat, hat das sicherlich noch gut in Erinnerung, wie sehr dieses Steckpferd Binnendifferenzierung geritten wurde und wie wenig diese Binnendifferenzierung zu realisieren war.

Ihr sogenannter Reformansatz in struktureller wie auch inhaltlicher Hinsicht steht bundesweit auf dem Prüfstand. Welche plausiblen Gründe führen dazu, dass Sie die Erfahrungen anderer Bundesländer nicht berücksichtigen? Welche Argumente führen Sie ins Feld, mit denen Sie glauben, es besser machen zu können als die anderen? Das sind Fragen, die Sie bis heute nicht beantworten können und wollen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist falsch.)

Meine Damen und Herren! Widmen wir uns nun dem zweiten Hauptargument der Anhänger der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe, nämlich der besseren sozialen Integration von Schülern, wenn sie in leistungsheterogenen Lerngruppen nach der Grundschule zusammenbleiben. Auch dieses Argument ist schulpädagogisch längst widerlegt.

(Andreas Bluhm, PDS: Falsch.)

Lassen Sie mich auch hier wie schon bei dem anderen Argument mit der hiesigen Schulpädagogin Frau Eckerle beginnen: „Es muß beachtet werden, daß bei der leistungsschwächeren Gruppe widersprüchliche Erfahrungen erzeugt werden. ... Die zu beobachtenden Wirkungen der Schulform“ (Orientierungsstufe) „sind zum Teil paradox; die niedriger leistenden Kinder identifizieren sich als solche, anstatt die kompensatorischen Wirkungen zu erleben.“

(Angelika Gramkow, PDS: Sie spricht
von der abhängigen Orientierungsstufe
und nicht von der unabhängigen.)

Sie spricht von der Orientierungsstufe

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, ich habe ganz bewusst diese beiden Wörter genannt. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

und sie spricht von leistungsheterogenen Lerngruppen.

(Harry Glawe, CDU: Und wo haben Sie ein Problem, Frau Gramkow? – Andreas Bluhm, PDS: Ach, Herr Glawe!)

Ich korrigiere: Hier geht es nicht um die Leistungsheterogenität, sondern hier geht es darum, dass lernschwache langsame Kinder in einer Lerngruppe zusammen gesessen haben. Und genau die erleben es nicht als Kompensation ihrer Leistungsschwäche, sondern sie erleben sich als genau diese langsamen Schüler, und zwar nach Ihrem Modell dann zwei Jahre länger.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Auch hier wiederum kommt das Kernargument, dass die Erwartungen, die Sie in die Orientierungsstufe setzen, nicht erfüllt werden können, denn auch das stellt Professor Eckerle in einem anderen Aufsatz zum gleichen Thema fest: „Wenn es stimmt, was in der Evaluation der Schulform allgemein festgestellt wird, daß die Arbeitsweisen der Orientierungsstufe pädagogisch besonders anspruchsvoll und für den Erfolg entscheidend sind, dann sollte man auch danach handeln: kleine Gruppen, Stützkurse, Koordinationsstunden für die Lehrkräfte, sorgfältige Diagnostik. Das kann Mecklenburg-Vorpommern weder für alle Kinder finanzieren, noch haben wir genügend Lehrer, die diese Feindifferenzierung und Diagnostik leisten können.“

Auch wenn Sie in der Mittelfristigen Finanzplanung ein Mehr an Lehrerstunden und -stellen vorgesehen haben, so werden Sie dem notwendigen Förderanspruch weder für die einen noch für die anderen gerecht werden können. Frau Professor Eckerle hat auf ein wesentliches Argument der Orientierungsstufe hingewiesen. Niedersachsen erkannte vor Jahren dieses Problem und richtete Kleinlerngruppen innerhalb der Orientierungsstufe ein. Allein dieser Schritt zeigt, dass sich die Blütenträume des integrativen Unterrichts nicht erfüllen konnten. Dies betrifft vor allem die Gruppe, der Sie mit der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe aus dem unverschuldeten Dilemma helfen wollen, denen aufgrund der sozialen Strukturen im Elternhaus eine kontinuierliche Heranführung an Bildung versagt war, die aufgrund der sozialen Strukturen ohnehin benachteiligt sind. Denen möchten Sie helfen und da sind wir uns einig, denn wir wollen das ja auch. Deshalb sollten wir die Debatte nach dem besten Weg führen und geschilderte und empirisch untersetzte Erfahrungen sehr ernst nehmen.

In Niedersachsen wurde 1996 eine Studie veröffentlicht, die sich mit der Förderpraxis in der Orientierungsstufe auseinandersetzt. Verblüffend ist, dass konkret das hier zweitgenannte Argument eines positiveren sozialen Lernverhaltens im heterogenen Klassenverband widerlegt wurde.

In der Zusammenfassung ihrer Untersuchungsergebnisse stellen Henze, Sandfuchs und Zumasch fest: „Die Kleinlerngruppenschüler beurteilen ihre Lernumwelt in allen Belangen tendenziell besser als vergleichbare Regelschüler. ... Offensichtlich

– haben Schüler in Kleinlerngruppen in besonderer Weise das Gefühl, daß Lehrer sich Zeit und auf die Schwächen der Schüler Rücksicht nehmen, den Schülern Mut

machen und ihnen die Unterrichtsstoffe wiederholt erklären,

- beteiligen sich Kleinlerngruppenschüler mit geringerer Angst am Unterricht, haben weniger Angst vor Klassenarbeiten und machen sich weniger Sorgen um ihre Schulnoten,
- sind Kleinlerngruppen eher der Meinung, daß sie den Unterrichtsstoff bewältigen können, daß sie mit Anstrengung und Übung Erfolge erzielen können,
- schätzen die Kleinlerngruppenschüler ihre sozialen Beziehungen zu bzw. Interaktionen mit ihren Mitschülern positiver ein.“

Diese Aussage muss nicht kommentiert werden, sie steht für sich selbst. Ich will mich mehr zu der Aussage hinreißen lassen, dass diese empirische Studie in pädagogischer Hinsicht durchaus eine Grundlage für ein ausgefeiltes Hauptschulkonzept sein könnte. Es wäre zwar nicht vollkommen, da nur auf die Orientierungsstufe bezogen, aber in der Frage der Auswahl der Schüler für die Kleinlerngruppen sehe ich plausible Parallelen für die Auswahl von Hauptschülern. Und dann ist die Hauptschule in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit und mancher politischer Kreise im Land kein Sammelbecken mehr für verhaltensauffällige Schüler, sondern eine Schule mit einem speziellen Förderansatz für lernschwache Schüler. Hier würden wir Professor Prüß aus Greifswald entgegenkommen, der in seinem etwas widersprüchlichen Vortrag auf dem Bildungskongress in Güstrow feststellte: „Wenn es keinen guten Hauptschüler gibt, ist die Hauptschulkonzeption verfehlt.“

Abgesehen davon, dass es in Mecklenburg-Vorpommern kein Hauptschulkonzept gibt, weil es politisch seit 1994 nicht erwünscht war, durchaus aber immer noch seit genau dieser Zeit in den Schubladen des Bildungsministeriums schmort, bestätigt auch Professor Prüß, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Leistungserfolgen und erfolgreichem sozialen Lernen gibt.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Und genau hier stellt sich zwingend die Frage, ob eine schulartenunabhängige Orientierungsstufe

(Zuruf von Hannelore Monegel, SPD)

zu einer solchen Leistung unter gleichen Rahmenbedingungen fähig ist.

(Andreas Bluhm, PDS: Dann fragen Sie mal den Professor Prüß, wie der das sieht!)

Davon müssen Sie die Lehrer erst mal überzeugen.

(Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS)

Die Studie aus Niedersachsen beweist jedenfalls das Gegenteil.

Fazit: Wenn es Ihnen nicht gelingt – und das habe ich mit Professor Eckerle versucht zu illustrieren, dass Ihnen das nicht gelingen kann –, die langsamen Schüler zu Lernerfolgen zu führen und ein entsprechendes Lernumfeld zu produzieren, mit all den Ergebnissen, die die genannte Studie gebracht hat, dann tun Sie den Kindern, denen Sie eigentlich etwas Gutes tun wollen, genau das Gegenteil an: Sie stigmatisieren sie weiter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, ich habe mich aufgrund der Komplexität der Problematik nur auf zwei Kernprobleme Ihrer strukturellen Änderungsbemühungen bezogen und den Versuch unternommen, von der fachlichen Seite zu verdeutlichen, wie problematisch Ihre Vorhaben sind. Die Argumente sprechen vielmehr und deutlich für eine strukturelle Kontinuität der Schullandschaft und dafür, dass im Jahr 2000 das fortgesetzt wird, was 1994 abrupt unterbrochen wurde, nämlich die inhaltliche Ausgestaltung der Bildungsgänge. Denn das ist ein Irrtum von Professor Prüß, wenn er meint, dass mit dem Schulgesetz 1996 ein langsamer Korrekturprozess in der Gestaltung des Schulwesens eingesetzt hat.

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Der Korrekturprozess hat hinsichtlich einer Umleitung der Schülerströme – und nur da – eingesetzt. Es hat kein Korrekturprozess hinsichtlich einer inhaltlichen Ausgestaltung der Bildungsgänge stattgefunden, mitnichten. Allein die politisch initiierte Umleitung von Schülerströmen durch den freigesetzten Elternwillen ist noch kein Argument für die Historisierung des gegliederten Schulwesens. Und da irrt Professor Prüß ein zweites Mal, wenn er in Güstrow in einem pauschalen Rundumschlag behauptet, die Lehrer in den neuen Bundesländern wollen die Einheitschule. Dem ist zum Glück nicht so.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Im Gegenteil, es gibt auch andere Stimmen im deutschlandweiten Bildungsdschungel, wie Professor Schwanitz in seinem viel beachteten Buch „Bildung – Alles, was man wissen muss“

(Peter Ritter, PDS: Das ist das, was Sie uns immer einreden wollen.)

aus dem Jahre 1999, die da sagen: „Inzwischen kann man sagen, dass von den Ergebnissen her die CDU diesen Streit gewonnen hat. ...“

(Harry Glawe, CDU: Jawohl.)

„Und auch die Hoffnung, dass die Unterlegenheit im Intellektuellen durch eine Überlegenheit in sozialer Kompetenz ausgeglichen wird, hat sich nachweislich nicht erfüllt. Die Untersuchungen sind hier nicht kontrovers, ...“

Meine Damen und Herren, die Menschen im Land sind müde von der ewigen Diskussion um die Strukturen. Die wenigsten verstehen die wahren Hintergründe, weil jede Partei zuerst das Wohl der Kinder in den Vordergrund ihrer Argumentation stellt, aber die Umsetzung seiner ureigensten, leider oft ideologisch bedingten Vorstellungen meint.

(Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

Die aktuelle Schulpolitik konterkariert geradezu den Anspruch des Wohlwollens gegenüber den Kindern. Da müssen die Klassen in den Realschulen zusammengelegt werden, damit je Realschule eine Stelle eingespart werden kann. Da werden die Grundschullehrer dem Gleichheitsanspruch gemäß kollektiv auf 19 Stunden runtergesetzt,

(Andreas Bluhm, PDS: Also das war, glaube ich, Herr Seite, der das Schulkonzept unterschrieben hat.)

so dass Schulprogramme auf lange Sicht kaum mehr umsetzbar sein werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach nee!)

Die Schulleiter müssen auch in Teilzeit, was Schulverwaltung vor Ort nahezu unmöglich macht, von Schulprofilierung gar nicht zu reden. 1.500 Versetzungen schaffen bedenklich instabile Kollegien vor Ort, ganz zu schweigen von zahllosen Lehrern, die an zwei oder mehr Schulen unterrichten, so dass sich wirkliche Schüler-Lehrer-Beziehungen von vornherein gar nicht entwickeln können. Die Schulämter sind nicht in der Lage, Beratungsaufgaben wahrzunehmen, weil sie nach der Umstrukturierung mit der Personalverwaltung, das heißt mit der Umsetzung des Lehrpersonalbegriffs heillos überfordert sind. Ganz zu schweigen von der Lehrerfort- und -weiterbildung. Erst – das ist heute schon mal gesagt worden – halbieren sie den Ansatz und beschwerten sich dann, dass keiner hingehet. Pro Kopf und Jahr stehen nunmehr für Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern etwas mehr als 4 DM zur Verfügung. Nur mal als Vergleich: In einem gut gehenden größeren Unternehmen würde eine gleiche Personalebene etwa 10.000 bis 15.000 DM für die Fort- und Weiterbildung pro Kopf und Jahr zur Verfügung haben.

Bildungstheoretische, entwicklungspsychologische und schulpraktische Bedenken hinsichtlich Einheitsunterricht in Klasse 5 und 6, Unklarheiten in der Personalentwicklung, mangelhafte Ausstattung an den Schulen, in der unteren Schulaufsichtsbehörde und in der Lehrerfort- und -weiterbildung – ich denke, das sind nur einige Probleme,

(Harry Glawe, CDU: Das ist schon eine ganz schöne Liste.)

die wir aber heute lösen müssen. Überdies haben Sie, Herr Minister, weder Zeit noch Mittel für eine Umstrukturierung des Schulsystems. Lassen Sie uns gemeinsam die weitere inhaltliche Ausgestaltung der bestehenden Bildungslandschaft anpacken! Hier haben wir jede Menge Aufgaben, um ein solides Fundament für die Bildung und Zukunft unseres Landes zu schaffen, und dann werden wir sicherlich irgendwann auch mal wieder Gelegenheit finden, um zu träumen, aber, wie gesagt, Herr Bluhm, nicht in Ihre Richtung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Andreas Bluhm, PDS: Wieso nicht träumen?)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Danke, Herr Vierkant.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gramkow von der PDS-Fraktion.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich dachte, ich erst, Frau Gramkow.)

Frau Dr. Seemann, Sie sind dann die Nächste.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Vierkant, ich hätte doch ganz gerne von Ihnen gewusst, wie Sie sich entsprechend Ihres Antrages, den Sie hier gestellt haben, Qualitätssicherung und -entwicklung an allgemein bildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern vorstellen.

(Heiterkeit bei Jörg Vierkant, CDU: Das habe ich Ihnen gerade gesagt.)

Sie haben hier nichts anderes getan, als – legitim – eine Liste von Ihnen wohlwollenden Zitaten zu verlesen,

(Harry Glawe, CDU: Was?)

mit dem Wissen,

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Kleptomanie nennt man so was.)

dass Sie auch von uns heute – vielleicht auch erst morgen, wenn wir es nicht schaffen, im Internet rechtzeitig zu klicken – eine Liste mit wohlwollenden Zitaten zur natürlich begründeten Einführung einer schulartenunabhängigen Orientierungsstufe in Mecklenburg-Vorpommern bekommen werden.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
und Andreas Bluhm, PDS –
Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Und dann, denke ich, steht aus, was Sie für Qualitätssicherung in diesem Land tun wollen, da Sie im Wesentlichen dafür verantwortlich sind, dass wir heute Defizite und Probleme auf diesem Gebiet haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und
Annegrit Koburger, PDS – Georg Nolte, CDU:
Das Gegenteil ist der Fall. – Jürgen Seidel, CDU:
Ha, ha! – Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Und deshalb möchte ich etwas zu diesem Thema beitragen, was ich von Ihnen erwartet hätte.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nach dem Auftreten des Bundeskanzlers auf der CeBIT – und Herr Rehberg hat das ja, er verlässt nun leider den Saal,

(Andreas Bluhm, PDS: Zum zweiten Mal.)

sehr intensiv ausgeführt – haben wir nun eine Diskussion um die so genannte Greencard. Sie wird uns voraussichtlich längere Zeit und unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten begleiten. Und ein Gesichtspunkt davon ist die Bildungspolitik.

Professor Martin Wirsing führt den jetzigen Zustand auf eine falsche Weichenstellung in der Bildungspolitik der frühen 90er Jahre zurück. Das konnten Sie gestern in der Zeitung lesen. Damit meint er zwar zuerst die Hochschulen, aber das Problem liegt viel tiefer. Es passt deshalb genau zum Thema „Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung an den Schulen unseres Landes“.

Das Problem fehlender Fachkräfte ist so neu nicht, denn auch im Bereich der Ingenieurwissenschaften ist seit längerer Zeit ein Engpass vorhanden, der immer größer wird. Die Wahl der Studienrichtung und damit des Berufes hängt zuerst von dem Angebot des Arbeitsmarktes ab. Hier gibt es offensichtlich einen großen Fehler der Wirtschaft, perspektivische Entwicklungen doch tatsächlich falsch eingeschätzt zu haben. Es ist ein unschönes Beispiel für den Zusammenhang von Ursache und Wirkung.

Es wird dabei jedoch übersehen, dass Interessen für einen Beruf viel früher entstehen, nämlich in der Schule. Vorhandene Interessen müssen erkannt, gefördert und entwickelt werden. Ab einem bestimmten Zeitpunkt wird ein tendenzielles Interesse für den Schüler zur Gewissheit. Das ist es. Das will ich. Ich will das, was mir am meisten Spaß macht. Die Schule muss deshalb in die Lage versetzt werden, vielmehr als bisher auf unterschiedliche Begabungen zu reagieren, und das, ohne den allgemeinen Bildungsanspruch zu vernachlässigen.

Es gibt eine wissenschaftlich fundierte grobe Einteilung der unterschiedlichen Begabungen. Sie umfasst natur-

wissenschaftlich-technische, geisteswissenschaftlich-sprachliche, künstlerisch-kreative Grundbegabungen, die sich dann weiter innerhalb dieser Gruppe klassifizieren lassen. Das Erkennen der Begabungen durch Eltern und Lehrer setzt voraus, dass an der Schule Bedingungen vorhanden sind, die eine Prüfung der Richtungen ermöglichen.

Für den naturwissenschaftlich-technischen Bereich ist das mit den Fächern Mathematik, Chemie, Physik, in Verbindung mit Informatik und AWT möglich. Gerade dieser Bereich der naturwissenschaftlichen Fächer war zu DDR-Zeiten sehr gut ausgestattet,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

zugegeben, zu Lasten anderer und eigentlich genauso wichtiger Wissensbereiche. Wenn dann allerdings – und, Herr Vierkant, ich kann es Ihnen nicht ersparen – 1992 in unserem Land die Stundentafeln im Vergleich zum damaligen Gymnasium, vorher EOS, Erweiterte Oberschule, in Mathematik um 333 Stunden, in Physik um 74 Stunden, in Chemie um 111 Stunden gekürzt werden und das Fach Polytechnik mit einem Stundenanteil von 962 Stunden ersatzlos wegfällt, wenn das passiert in einem Land, dann wurde diese Aufgabe konterkariert. Und die Folgen sind jetzt auch an den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns sichtbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Jörg Vierkant, CDU: Dafür waren
die Schüler acht Jahre am Gymnasium
und nicht nur zwei Jahre wie an der EOS.)

Für die neuen Fächer ...

(Jörg Vierkant, CDU: Das lassen Sie sich sagen.)

An der EOS war man zu meinem Zeitpunkt vier Jahre, wenn man war.

(Jörg Vierkant, CDU: Nein, zwei.
Das haben Sie ja damals geschafft.)

Und ich war nicht an der EOS.

(Jörg Vierkant, CDU: Das haben Sie
ja damals geschafft, die vier Jahre
auf zwei Jahre zu reduzieren.)

Ich bin also sehr froh, dass der Minister es wieder möglich macht, dass in diesem Land auch Berufsausbildung mit Abitur stattfinden kann. Die mussten wir auch 1992 abschaffen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Für die neuen Fächer, die in diesem Land hier eingeführt worden sind unter der alten Regierung, Informatik und AWT, gilt aber auch: Ohne Technik geht es nicht. Mit Kreide und Tafel einen Computer ersetzen zu wollen oder die Kreide statt Metall mit einer Feile zu bearbeiten, das kann wirklich danebengehen. Und der Slogan „Wer nicht hat, imitiert“ ist bildungspolitisch unhaltbar und ein Finger in der Steckdose ersetzt den Internet-Zugang nicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und
PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Da braucht
man wenigstens zwei Finger in der Steckdose.)

Wir haben mit dem Haushalt 2000 hier in diesem Landtag die Mittel für die IT-Ausstattung an den Schulen um

1,5 Millionen DM erhöht. Aber auch damit laufen wir der Zeit hinterher. Es ist in der Vergangenheit versäumt worden, die Weichen in die richtigen perspektivisch notwendigen Richtungen zu stellen, und wir haben die Bedeutung unterschätzt. Dafür haben Sie viel lieber in Gewerbegebiete und Spaßbäder investiert, obwohl damit wirklich nur punktuell beleuchtete oder Effektivteillandschaften entstanden sind. Heute zeigt sich, dass ein großer Teil dieser Investitionen viel besser in der IT-Ausstattung der Schulen und Hochschulen angelegt gewesen wäre.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Uns bleibt die Aufgabe, unter dem von der CDU hinterlassenen finanziellen Desaster diese Entwicklungsdefizite so schnell wie möglich zu korrigieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wer war denn da Finanzminister?)

Dies gibt mir, meine Damen und Herren, ein weiteres Stichwort und ich habe es heute wirklich vermisst: Schul- und Turnhallenbau sowie -sanierung. Die Landesregierung hat reagiert. Die Möglichkeiten der Nutzung von IFG-Mitteln wurden für diesen Bereich erweitert. Und ich hoffe sehr, dass wir hier zusätzliche Investitionsfördermittel bereitstellen werden, um genau diesem Defizit im Land weiter begegnen zu können.

(Jörg Vierkant, CDU: Ja, mit Sofortzugriff.)

Ich will an der Stelle nur noch sagen, da die rote Lampe leuchtet, wir lehnen Ihren Antrag ab, denn Ihr Antrag, Herr Vierkant, ist eine Analogie zum Verhalten eines Pyromanen, der sich anschließend hyperaktiv an der Brandbekämpfung beteiligt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe mich bei den Reden der Kollegen Rehberg und Vierkant gefragt, ob die beiden es wohl jemals gelernt haben, zu lesen und zu schreiben. Denn so, wie unser Bildungssystem zu DDR-Zeiten beschrieben worden ist, muss man wirklich die Schlussfolgerung ziehen, dass diejenigen, die das DDR-Bildungssystem durchlaufen haben, weder lesen noch schreiben, noch rechnen, noch irgendwas anderes können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Und ich hatte bei Herrn Vierkant sogar noch den Eindruck, einen Haufen Neurotiker hat es dabei auch noch gegeben.

(Jörg Vierkant, CDU: Dann nehmen Sie doch Englisch, Latein, Philosophie und so weiter!)

Herr Vierkant, ich habe nicht behauptet, dass es nichts gibt, was ich nicht auch dazulernen könnte. Nur, ich habe mich in den ganzen Jahren nach der Wende gegenüber den Kollegen aus den alten Bundesländern nicht im Gerinsten minderqualifiziert empfunden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und ich denke, so geht es einem Großteil der Bevölkerung hier in der ehemaligen DDR. Und wir sollten uns davor hüten, das gesamte DDR-Bildungssystem in Bausch und Bogen vor allen Dingen von den Strukturen her zu verwerfen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Jörg Vierkant, CDU: Es lebe die Einheitsschule! Also doch! Also doch! Es lebe die Einheitsschule! Also doch!)

Es geht darum, Herr Vierkant, dass es um Inhalte geht und dass die Leute zu DDR-Zeiten nicht schlecht qualifiziert gewesen sind. Ich weiß nicht, wer auf die Idee kommt, so was unserer Bevölkerung immer einreden zu wollen.

(Minister Till Backhaus:
Wo hat er denn seine Bildung her?)

Noch ein Wort vorneweg: Sie haben sich ja so sehr schön auf irgendwelche wissenschaftlichen Analysen,

(Minister Till Backhaus:
Ist er schon drin, oder was?)

unter anderem vom Max-Planck-Institut, bezogen. Das war, wenn ich mich recht entsinne – ich konnte das dem Geschrei von Herrn Rehberg nicht ganz entnehmen, aber ich glaube, auch er hat sich auf Analysen des Max-Planck-Institutes bezogen, und Frau Schnoor hat es im Übrigen auch schon häufiger getan –, des Öfteren der Fall. Und zwar geht es offensichtlich um die von Professor Baumert und Kollegen erarbeitete Studie „Bildungsprozesse und psychosoziale Entwicklungen im Jugendalter“. Und dort wird ja jetzt letztendlich unterstellt von Frau Schnoor und so weiter, dass niedrigere kognitive Fähigkeiten an Gesamtschulen im Vergleich zu Realschulen vermittelt werden. Und am 08.02. des Jahres titelte auch „Die Welt“ mit gleichem Bezug „Die Gesamtschule: Ein Ort, an dem die Intelligenz verkümmert“. Meine Damen und Herren, hier wird die Gefahr ganz deutlich, dass empirische Daten und Ergebnisse für politische oder schon ideologische Grabenkämpfe missbraucht werden können,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Annegrit Koburger, PDS)

denn angesichts dieser zumindest klaren Fehldeutungen und Verkürzungen sahen sich die Autoren der Studie, also Professor Baumert und Kollegen, zu einer ungewöhnlichen Stellungnahme veranlasst. Und, Herr Vierkant, Sie haben ja gesagt, Sie surfen im Internet. Vielleicht hätten Sie da auch mal reingucken sollen.

(Jörg Vierkant, CDU: Ich hab' sie gelesen, Frau Seemann. Keine Angst!)

Sie schreiben wörtlich, und jetzt zitiere ich mal, meine Damen und Herren, um den Wert solcher Studien deutlich zu machen: „Als Autoren der Studie möchten wir klarstellen, dass unsere Befunde derartige Interpretationen in keiner Weise rechtfertigen. Die Darstellung in der WELT entbehrt der empirischen Grundlage und schadet einer seriösen Rezeption von Ergebnissen aus der Bildungsforschung und jeder konstruktiven Schulentwicklung.“ Zitierende, Herr Vierkant.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Jörg Vierkant, CDU: Hab' ich ihn zitiert?)

Hintergrund war nämlich, dass in zwei völlig verschiedenen Testserien aus 1996 und 1999 Ergebnisse ermittelt wurden,

(Jörg Vierkant, CDU: Ich habe doch Herrn Baumert gar nicht zitiert.)

die von Nichtwohlmeinenden unzulässig verglichen wurden. Querschnittsdaten können nicht hinsichtlich des Zeithorizonts und des Qualitätsniveaus innerhalb der Zeitschiene verglichen werden. Es ist ja logisch, dass an den Gesamtschulen die Schüler längere Zeit zusammenbleiben. An den Realschulen werden die Schüler, die das Leistungsniveau nicht bringen, irgendwann an die Hauptschule gehen. Und das dann nach einer längeren Zeit noch mal zu vergleichen, denke ich, verbietet sich von selbst. Und von diesem einfach zu erklärenden Fakt auf Qualitätsunterschiede zwischen beiden Schulformen abzuleiten, entlarvt meines Erachtens den ideologischen Hintergrund aller Antigesamtschulkampagnen. So weit mein Vorwort.

Meine Damen und Herren der Opposition, als ich die Begründung zu Ihrem Antrag gelesen habe, dachte ich im wahrsten Sinne des Wortes, ich sei im falschen Film. Herr Kollege Bluhm war da gestern auch schon.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

Dass ausgerechnet Sie den Koalitionsfraktionen unterstellen, die Debatte um Bildungspolitik im Land werde ausschließlich ideologisch und majorisiert von Struktur statt von Inhaltsdiskussionen geführt, ist an Dreistigkeit wohl kaum zu überbieten.

(Harry Glawe, CDU: Was?)

Vielleicht fehlt Ihnen derzeit Ihre Bildungsfachfrau, denn Gedächtnis wie ein Sieb kann als Begründung für diesen Antrag wohl nicht herhalten.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Eine vernünftige Begründung habe ich allerdings auch in beiden Reden für diesen Antrag von Ihnen nicht erhalten.

Ich habe nach 1989 nicht in der Praxis – so wie meine Kollegin Frau Polzin –, sondern hier im Parlament hautnah die Umgestaltung des Bildungssystems unter der CDU/F.D.P.-geführten Landesregierung miterlebt und mir wird heute noch schlecht, wenn ich daran denke, mit welcher Leichtfertigkeit Sie entgegen dem Rat von Wissenschaftlern, Schulentwicklungsplanern, Praktikern und auch dem Willen breiter Teile der Bevölkerung Ihre Bildungspolitik ausschließlich auf Strukturveränderungen, nämlich die Einführung des dreigliedrigen Schulsystems, ausgerichtet hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und ich denke in diesem Zusammenhang noch an die Rede Ihrer damaligen bildungspolitischen Sprecherin, die sich hier hingestellt und gesagt hat: In der Anhörung haben über 80 oder 85 Prozent der Anzuhörenden gesagt, wir wollen nicht, dass Schule und Hort voneinander getrennt werden, aber wir machen es trotzdem. Dass die Realität Sie schnell eingeholt hat und dank der Initiative der damaligen Oppositionsfraktionen SPD und PDS ein Ausnahmeparagraph 5 ins Schulreformgesetz eingefügt worden ist, der in der Praxis zur Regel geworden ist, wirft doch schon ein Licht auf Ihre „glanzvollen“ Entscheidungen.

Dennoch haben Sie auch weiterhin Ihre Kraft statt in die Verbesserung der Bildungssituation darin investiert,

(Jörg Vierkant, CDU: Lassen Sie doch mal den Urschleim beiseite!)

künstlich die Dreigliedrigkeit aufrechtzuerhalten. Ich denke in diesem Zusammenhang zum Beispiel daran, dass Sie es über Jahre verhindert hatten, dass Gesamtschulen die gymnasiale Oberstufe erhalten. Anschließend haben Sie dann aber das Niveau an Gesamtschulen in Frage gestellt. Ach nein, Sie haben auch noch die Kraft investiert – das fiel heute schon häufiger –,

(Harry Glawe, CDU: Das sagen wir doch nicht, das sagen wissenschaftliche Expertisen dazu aus.)

um die Unterrichtsstunden in Mathe und Deutsch an den Grundschulen zu kürzen.

Nun, wo wir das Ergebnis Ihrer falschen Prioritätensetzung, nämlich nur Strukturveränderungen, und Ihrer Kürzungsorgien haben, schreien Sie: „Haltet den Dieb!“ Wenn Ihre Partei die derzeit in Rede stehende Greencard ablehnt, weil – wie ich den Medien gestern entnehmen konnte, den Reden heute auch – Jugendliche aus Deutschland und aus Mecklenburg-Vorpommern diese Tätigkeiten ausüben sollen, dann frage ich mich, was von Ihnen im Land und auf Bundesebene zu Ihren Regierungszeiten denn im Hinblick auf Qualität in der Bildung getan worden ist, damit unsere heutigen Jugendlichen,

(Georg Nolte, CDU: Fragen Sie mal Frau Marquardt!)

nicht die erst in zehn Jahren, diese Aufgaben übernehmen können. Offensichtlich wurde bei Ihnen Bildungspolitik mit der Brille der Kurzsichtigkeit gesehen, denn ich konnte keinen prognostischen Analysen entnehmen, dass von Ihnen ein derartiger Bedarf überhaupt gesehen worden ist. Folglich wurde auch nicht gehandelt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Statt Innovation stand Stagnation, statt Modernität stand das Festhalten an alten Zöpfen, statt Investitionen in die Bildung stand Abbau auf der Tagesordnung.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Und Sie verlangen jetzt, dass wir aus Ihrem vertrockneten Samen blühende Landschaften machen, und zwar bis gestern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich bin jedenfalls froh, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir endlich die Studentefel im Grundschulbereich wieder aufgestockt haben.

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

In diesem Alter werden wesentliche Grundlagen für die weitere Bildung gelegt. Und ich bin froh, dass wir endlich einen Bildungsminister haben, der sich von Anfang an die Qualitätsentwicklung und -verbesserung auf die Fahnen geschrieben hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

In der letzten Woche in Güstrow hatte der Bildungsminister umfassend und tiefgreifend zur Erarbeitung des

geplanten Landesprogramms zur Qualitätsentwicklung und -sicherung gesprochen.

(Harry Glawe, CDU: Qualität kostet auch Geld, Frau Seemann.)

Sie hätten nicht nur teilnehmen, sondern auch hinhören sollen, Herr Vierkant,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

oder sich wenigstens mal das Manuskript durchlesen sollen.

(Heiterkeit bei Jörg Vierkant, CDU:
Was wissen Sie denn davon, Frau Seemann?)

Ja, das habe ich Ihrer Rede entnommen, dass Sie zwar da waren, aber nicht hingehört haben. Dann wäre zumindest Ihre Forderung nach Ergebnissen der Leistungsüberprüfung hinfällig gewesen. Dies hat heute der Minister noch einmal dargelegt, so dass dazu nichts mehr zu sagen ist. Das Landesprogramm wird in nächster Zeit in einer Endfassung zusammengeführt und regierungsseitig behandelt. Dabei möchte ich schon jetzt die Forderung der Bildungspolitik erheben, dass zunächst das Notwendige bestimmt wird, erst danach die Kosten ermittelt werden und zum Schluss Machbares gegen Wünschenswertes, dringend Notwendiges gegen weniger Notwendiges abzuwägen sein werden.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Bildungspolitik kann und darf sich dem Kostenargument nicht verschließen, aber umgekehrt darf Bildungspolitik nicht primär finanzpolitisch bestimmt sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Harry Glawe, CDU: Das müssen Sie in
Ihrer eigenen Fraktion eigentlich klären.)

Motivationen bei den Pädagogen, Schülerinnen und Schülern, Eltern und anderen im Bildungssystem wirkenden Personen sind nur dadurch zu erreichen, wenn auch Erfolge individuell spürbar werden.

Angesichts aller seit TIMSS anhaltenden Debatten um Leistungsschule versus Kuschelschule wird meines Erachtens die eigentlich notwendige Zielrichtung der anstehenden Bildungsreform verkannt. Ich wundere mich schon, dass die Opposition nicht auch noch in ihrem Antrag aufgenommen hat, in Mecklenburg-Vorpommern pflichtmäßig Kopfnoten einzuführen.

(Jürgen Seidel, CDU: Da bin ich sehr dafür.)

Seit Jahren kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Begriff „Leistung“ vor allen Dingen auch von der CDU zu einem Modebegriff, zu einem Schlagwort verkommt. Der Begriff „Leistung“ wird verwendet, aber nicht definiert und mit starren Bemessungskriterien versehen. Wenn so Bildungspolitik betrieben wird, kann man vorhersehen, dass Begabungspotentiale verschenkt werden.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Nicht umsonst fordern Vertreter der Wirtschaft, dass neben der Vermittlung von konkreten Fakten und Kenntnissen auch endlich mehr Wert auf die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, Flexibilität, Kreativität, Risikobereitschaft und so weiter gelegt wer-

den muss. Mit einem starren Leistungsbegriff lässt sich dieses mit Sicherheit nicht erreichen.

(Jörg Vierkant, CDU: Seit fünf Jahren, als Sie noch Persönliche von Frau Marquardt waren.)

Der reine Vergleich von nur scheinbar Fakten, wie es Prüfungs- und Testatzensuren wären, reicht nicht für Aufschlüsse über die Qualität von Bildungsleistungen. Ich glaube, das hatte Herr Kollege Bluhm auch schon deutlich gemacht. Insofern geht es eben nicht, wie vom damaligen Bundespräsidenten Herzog in seiner hochgerühmten Berliner Rede dargelegt, um das Verbannen von Zensuren aus den Schulen, sondern um die reale Verbesserung der Bildungsergebnisse bei den Schülern. Wenn nach Expertenaussagen zukünftig 30 bis 35 Prozent hochschulzugangsberechtigt sein müssen, um dem wachsenden Bedarf an Fachkräften in der Wirtschaft nachzukommen, dann muss dies auch in der schulischen Bildung seine Widerspiegelung finden.

Unsere Grundlage und die Aufgabe der Bildungspolitik aus unserer Sicht wurde im – ich sage mal – Berliner Memorandum auf dem SPD-Bildungskongress am 17. Januar diesen Jahres fixiert. Danach muss Bildung erstens das Wissen und die Kompetenzen vermitteln, die morgen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt bestimmen, und zweitens soziale Ausgrenzung angesichts steigender und neuer Qualifikationsanforderungen verhindern, mit anderen Worten: höchster Bildungserwerb mit höchster Chancengleichheit. Und hierzu wurde ausführlich dargestellt, dass Chancengleichheit der differenzierten Leistungsförderung nicht entgegensteht, wie heutzutage immer wieder und nicht selten wider besseres Wissen unterstellt wird.

(Jörg Vierkant, CDU: Aber einheitliche Rahmenbedingungen.)

Und auch umgekehrt gilt dies, denn differenzierte Leistungsförderung befördert Chancengleichheit, indem sie der Durchlässigkeit dient.

Aber – und ich denke, hier sind wir uns auch einig – wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass einerseits die Menschen auf diesem Wege mitgenommen und nicht mitgeschleift werden und andererseits bestimmte Maßnahmen auch den gewollten Effekt herbeiführen. Relativ klar ist man sich, wenn es heißt, die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen muss verbessert werden. Strittig wird es schon bei der Bestimmung, was denn diese Schlüsselqualifikationen sind, wie sie zu messen oder ihre Qualität schon während der Schulzeit bestimmbar sind, nicht zuletzt auch, wenn es um die Finanzierung der notwendigen Voraussetzungen geht. Insofern will ich ausdrücklich hervorheben, dass das mit der Haushaltsberatung 1999 in Gang gekommene Landesprogramm zur Computerausstattung und die Vereinbarung mit der Microsoft GmbH wichtige Schritte in die richtige Richtung darstellen. Doch dies ist erst, wenn man so will, die Hardware. Und die Software in diesem Prozess – also die Lehrkräfte an den einzelnen Schulen – muss fit und bereit sein, diese Anforderungen zu realisieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Noch prekärer erscheint mir die aktuelle Debatte um Strukturveränderungen. Die CDU will sie in ihrem Antrag ausgesetzt sehen und meint natürlich vorrangig die Orientierungsstufe, denn die ganze Rede von Herrn Vierkant bezog sich ja nur auf die Orientierungsstufe,

(Jörg Vierkant, CDU: Das ist nicht wahr.)

und die Sicherung des vermeintlich dreigliedrigen Systems, welches als das allein selig machende angesehen wird. Demgegenüber geht es uns – wiederum entgegen landläufiger Meinung – darum, die besten Strukturen unter Beachtung des bildungspolitischen Ziels, der realen Hinterlassenschaften und der demographischen Prozesse zu finden. Dass der Leiter der europaweit einmaligen zwanzigjährigen Längsschnittstudie über Bildungsbeteiligung und Arbeitsmarktchancen Harry Friebe jüngst zu dem Urteil kam, dass es anachronistisch sei, „Kinder bereits im Alter von zehn Jahren auf Gymnasien, Haupt- und Realschulen zu verteilen, während man in Amerika, Frankreich und England“ – und als einer der Spitzenreiter der TIMSS füge ich noch Tschechien hinzu – „viel stärker integrative Systeme bevorzuge“, spricht angesichts der kaum korrigierbaren Entscheidungen in der ersten Legislatur Bände. Er sagt zu Recht – und die Realität hat es ja auch gezeigt –, dass die Dreigliedrigkeit bei uns keine Chance hätte, wäre sie nur als Ausnahme zugelassen. Also nicht einmal als Ausnahme hätte sie bei uns eine Chance.

Man bedenke doch einmal, in Europa sind Deutschland und Österreich die einzigen Länder, die bereits nach Klasse 4 eine Laufbahntscheidung abfordern. In einigen Ländern erfolgt dies frühestens nach Klasse 6. In vielen Ländern erfolgt der Übergang von der Primar- zur Sekundarstufe I ohne Laufbahnunterschiede und in noch mehr Ländern, so zum Beispiel in den skandinavischen, den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie in Portugal, sind Primarstufe und Sekundarstufe I miteinander verknüpft. Und diese Systeme sind – ich sagte es bereits für die tschechische Republik – mit keinen Leistungsnachteilen verbunden.

Und noch ein Weiteres. Nach den vom BMWF veröffentlichten Grund- und Strukturdaten 1998/99 haben gerade Länder mit integrativem Schulsystem einen hohen Anteil von Abiturienten beziehungsweise Hochschulabsolventen. So lag Deutschland zum Beispiel im Anteil der Absolventen der Sekundarstufe II in der Gruppe der 25- bis 35-jährigen Männer um acht Prozent und der Frauen um sieben Prozent hinter der Tschechischen Republik zurück.

Bei Hochschulabsolventen betrug der Rückstand Deutschlands gegenüber dem gut platzierten Kanada bei Männern fünf Prozent und bei Frauen sogar zwölf Prozent.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh!)

Nun könnten ja einige sagen, das mag ja sein, da müsste die Qualität der Abschlüsse eben minderwertiger sein. Aber genau das hat TIMSS schon widerlegt und ich gehe davon aus, dass PISA dies noch eindrucksvoller belegen wird, da dessen komparativer Methodenansatz in der Zwischenzeit ja wohl offensichtlich verbessert wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da zur Zeit wohl diese grundsätzlichen Systemfragen in Deutschland als Tabuthema angesehen werden und vielleicht erst in einigen Jahren erneut auf die Tagesordnung kommen, ist es deshalb um so wichtiger, als ersten Schritt die regionale Schule, oder wie sie auch immer benannt werden wird, auf höchstem Niveau inhaltlich und ausstattungsmäßig auszubauen, denn ohne wirklich anerkannten Abschluss und eine gute nachfolgende Berufs- oder Hochschulausbildung wird es für Jugendliche zukünftig immer schwerer, einen Platz im Erwerbsleben zu finden. Insofern ist die Aussage bei einer Expertenbefragung

durch das BMWF richtig, die da lautet: „Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.“

(Jörg Vierkant, CDU: Ja.)

Und dies schließt vor allem den Zugang zu Bildung und Mittel der Bildung in allen Bereichen ein.

Ich gehe davon aus, dass ungeachtet aktueller Debatten und auch tagespolitisch notwendiger Entscheidungen durch die derzeit vielfältigen perspektivisch geprägten Formüberlegungen mittelfristig noch sehr viele Anregungen und auch praktikable Maßnahmen ermittelt werden. So wird uns neben den Ergebnissen der PISA 2000, an der ebenfalls Schulen unseres Landes als Probanden teilnehmen, auch das von Bund und Ländern eingerichtete Forum Bildung sowie der Bildungsserver Mecklenburg-Vorpommern wertvolle Hinweise für die weitere Bildungs- und Schulreform liefern.

Ich kann zwar den Wunsch von Lehrern, Eltern und Schülern nach Ruhe in den Schulen verstehen und auch die Forderung der CDU nach Konservieren des Status quo ist aus der Sicht der Opposition nachvollziehbar, denn wer gibt schon zu, dass man das, was man hinterlassen hat, nicht so richtig gebrauchen kann,

(Harry Glawe, CDU: Aha.)

jedoch wenn wir uns ernsthaft den Anforderungen der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts stellen wollen oder müssen, kommen wir um Unruhe bei der Suche nach Antworten nicht umhin. Statt Verteidigung ist Angriff gefordert, wenn wir nicht abgehängt werden wollen.

So notwendig die Greencard zur Zeit auch ist – ich komme zum Schluss –, sie ist auch der Beweis für die Bildungskatastrophe und den Reformstau im Bildungswesen der letzten Jahre. Lassen Sie uns diesen Denkprozess mit Interesse, Engagement, Geduld und nicht mit heißgestrickten Oppositionsanträgen begleiten. Unsere Fraktion lehnt den vorliegenden Antrag aus den von meiner Kollegin Frau Polzin und mir dargelegten Gründen ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Dr. Seemann.

Ich schließe jetzt die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1140. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Vielen Dank. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1140 ist damit mit den Stimmen von SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 16 kommen, muss ich noch einmal auf den Tagesordnungspunkt 12 zurückkommen. Nach Sichtung des Protokolls, das mir inzwischen vorliegt, sehe ich mich gezwungen, dem Abgeordneten Rehberg für die gefallenen Äußerungen einen Ordnungsruf zu erteilen.

(Beifall Annegrit Koburger, PDS)

Ich möchte das gleichzeitig noch einmal mit einem Appell an alle verbinden, dass wir den Streit zwar suchen und führen sollten, denn ich glaube, das macht unser Parlament auch interessant, aber dass man das so tun sollte, dass man andere damit nicht verletzt. Ich bitte Sie sehr um Verständnis für diese Äußerung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Steuerreform, Drucksache 3/1137.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Steuerreform
– Drucksache 3/1137 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Nolte von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Nolte.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Angesichts der Tatsache, dass die Beratung des Bundesrates über das vorliegende Steuerreformgesetz der rot-grünen Bundesregierung noch in diesem Monat zum Abschluss gebracht werden soll, erscheint es meiner Fraktion dringend geboten, diese für Deutschland und damit auch für Mecklenburg-Vorpommern extrem wichtige Problematik heute zu behandeln, denn es bleibt der Landesregierung nicht mehr viel Zeit, unbedingt notwendige Korrekturen an dem Entwurf nicht nur einzufordern, sondern möglichst auch über die Länderschiene im Bundesrat durchzusetzen. Der Umfang des vorliegenden Antrages beweist, in welchem Maß das Gesetzesvorhaben noch diskussions- und reformbedürftig ist.

Sie können es nicht der Opposition vorwerfen, dass die Bundesregierung ein so unausgereiftes Konzept vorlegt, das in fast allen Regelungsbereichen Korrekturbedarf ausweist. Es ist ja immerhin schon erfreulich, dass mittlerweile auch Sozialdemokraten erkannt haben, dass mit der gegenwärtigen Verfassung unseres Steuersystems für die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Wettbewerb kein Blumentopf zu gewinnen ist. Unsere hohen Steuersätze hemmen die wirtschaftliche Dynamik, engen die Spielräume für Eigeninitiative ein und mindern die Leistungsbereitschaft der Bürger. Nur durch eine deutliche Senkung der Steuersätze werden neue Handlungsspielräume für arbeitsplatzschaffende private Investitionen geschaffen. Darüber hinaus kann über diesen Weg ein Beitrag zu einer spürbaren Senkung der viel zu hohen Staatsquote – manche sprechen auch von der „Entmündigungsquote“ – erreicht werden.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Bedauerlich ist nur, dass dank der sozialdemokratischen Blockadepolitik im Bundesrat in der letzten Legislatur Jahre ungenutzt verstrichen sind. Und auch jetzt soll nach den Plänen der Bundesregierung die letzte Entlastungsstufe erst im Jahre 2005 rechtswirksam werden. Was aber, so frage ich mich, geschieht, wenn andere Staaten in Europa um uns herum diese Zeitspanne nutzen, ihrerseits weitere Verbesserungen ihrer jeweiligen Steuersysteme zu erwirken? Deutschland befände sich dann fortlaufend in der Rolle des Hasen, der feststellen muss, dass der Igel schon vor ihm am Ziel ist.

Wir hätten, wenn Sie es denn gewollt hätten, längst ein Steuersystem haben können, welches sich auf der internationalen Bühne sehen lassen könnte. Doch parteipolitische Obstruktionen waren in der letzten Legislatur wichtiger, und das noch auf dem Rücken der Arbeitslosen, als deren Anwalt sie sich doch sonst immer so gern generieren.

(Heinz Müller, SPD: Gerieren.)

Gerieren, danke schön, Herr Germanist. Das ist sehr nett.

Die CDU im Land und im Bund verfolgt eine solche Strategie nicht, sondern zeigt dankbare Alternativen zum Status quo und zu den Plänen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf.

Zunächst ist erfreulicherweise zu konstatieren, dass es sich mittlerweile auch bei Sozialdemokraten herumgesprochen hat, dass eine Nettoentlastung in einem Umfang von 42,5 Milliarden DM laut CDU-Vorschlag nicht nur wirtschaftspolitisch geboten, sondern auch finanzpolitisch machbar und vertretbar ist. Der Begriff „Selbstfinanzierungseffekt“ war ja der SPD noch im Vorfeld der Bundestagswahl offensichtlich weitgehend unbekannt. Dass hier offensichtlich ein Lernprozess in Gang gekommen ist, kann aus Sicht meiner Fraktion nur als begrüßenswert bezeichnet werden. Der Effekt würde allerdings noch weit höher ausfallen, wenn die Steuerreform als Befreiungsschlag und nicht als Stotterentlastung konzipiert worden wäre.

(Angelika Gramkow, PDS:
Für wen denn ein Befreiungsschlag?)

Wie bitte?

(Angelika Gramkow, PDS:
Für wen ein Befreiungsschlag?)

Als Befreiungsschlag selbstverständlich für die Bundesrepublik insgesamt, sowohl für die Initiative der Unternehmen, die dann bereit sind zu investieren, als auch für den Staat, der Freiräume gewinnen kann.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Ich habe das selbst in der Diskussion in den USA erlebt. Und ich denke, Frau Gramkow, bei Ihrer letzten Reise haben Sie gut und gerne die Möglichkeit gehabt, auch diese Situation dort festzustellen. Bekanntermaßen streiten ja die Amerikaner gerade über die richtige Verwendung ihrer Überschüsse.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber warum wohl?
Die haben den vierstufigen Steuersatz zum
Beispiel bei der Körperschaftssteuer.)

Ich wollte, wir hätten bei den Haushaltsberatungen die gleichen Probleme. Ich komme noch darauf.

Die immer wieder vorgebrachte Behauptung, unser Belastungsvolumen gefährde die Sanierung der Staatsfinanzen, ist schlicht einfach nicht begründet. Erst im Herbst des vergangenen Jahres haben die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in einer Modellrechnung bis weit in die Mitte unseres Jahrzehnts festgestellt, dass die Maastrichter Kriterien immer noch weit übererfüllt werden und selbst in einer konjunkturellen Schwächephase dafür genügend Spielraum bestehen würde.

Für uns hat die strikte Anwendung des Leistungsfähigkeitsprinzips, wie es auch das Grundgesetz fordert, eine hohe Priorität. Wir streben dabei eine gleichmäßige Entlastung sämtlicher Einkommensstufen an. Wenn man den linearprogressiven Steuertarif grundsätzlich beibehalten will, dann ergibt sich daraus – schon allein nach den Gesetzen der Mathematik – der Fakt, dass auch diese Entlastungen in absoluten Beträgen progressiv sein müssten.

Leider haben auch in diesem Haus noch nicht alle Mitglieder nachvollziehen können, dass die Orientierung an diesem Grundsatz nicht nur sachgerecht, sondern neidideologisch geprägte Debatten und Umverteilungssorgen schlicht überflüssig machen würde.

Ein weiterer ganz zentraler Aspekt ist die Sicherstellung der Gleichbehandlung aller Einkommensarten. Die vorgesehene Einteilung in so genannte gute und schlechte Einkünfte zeugt von einem falschen Verständnis einer gerechten Besteuerung.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Die Einteilung in unterschiedliche Einkunftsarten ist lediglich aufgrund der verschiedenen Techniken bei der Einkünftermittlung angebracht. Zu einer unterschiedlichen Steuerbelastung darf sie hingegen nach unserer Ansicht nicht führen.

Völlig sachfremd erscheint auch die vorgesehene Abkehr vom Vollerrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren. Die Unterscheidung zwischen Kapitalgesellschaften – da komme ich auf Ihre Frage – auf der einen und Personengesellschaften auf der anderen Seite ist zwar zivilrechtlich gut begründbar, jedoch rechtfertigt dieses in keiner Weise eine Doppelbesteuerung ausgeschütteter Gewinne mit der Körperschaftsteuer der Gesellschaft und der Einkommenssteuer des Gesellschafters.

Gelegentlich ist der Einwand zu vernehmen, dieses Verfahren sei nicht europatauglich. Abgesehen davon, dass acht Staaten in der EU das System der Teil- oder Vollerrechnung praktizieren, frage ich mich dann schon, warum eine Umstellung auf das Halbeinkünfteverfahren adäquater sein soll, wenn ich mir die Tatsache vor Augen halte, dass nur Luxemburg nach dieser Methode vorgeht.

Wir mahnen entschlossen eine zielgenaue Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen an. Zuzüglich zu den von uns avisierten Maßnahmen im Bereich der Einkommenssteuer fordern wir eine durchgehende Absenkung der Messbeträge bei der Gewerbesteuer um 20 Prozent. Dabei verkenne ich überhaupt nicht die daraus entstehende Problematik der Finanzlage der Gemeinden. Als Gegenargument taugt ein solcher Einwand – gerade auch in unserem Land – jedoch nicht.

Zum einen wäre nach unserer Auffassung eine Erhöhung der Umsatzsteueranteile mach- und vertretbar, zum anderen sollte auch eine Senkung der Gewerbesteuerumlage in Erwägung gezogen werden. Keinesfalls fordern wir eine vollständige Abschaffung der Gewerbesteuer, da wir dieses als zentrales Element eigenverantwortlicher kommunaler Steuerpolitik anerkennen und beibehalten wollen.

Allerdings ist deren augenblicklicher Status eher der einer Reststeuer, welche nur noch von wenigen Unternehmen voll bezahlt wird. Dies kann kein befriedigender Zustand sein und bedarf daher der Reform in Richtung der Schaffung einer stabilen neuen Steuerbasis für die Kommunen. Die Ehrlichkeit gebietet allerdings zuzugestehen, dass bei uns die Überlegungen noch in Gang sind und somit ein abschließendes Lösungskonzept noch nicht vorliegen kann. Aber das dürfte ja wohl für alle Fraktionen in diesem Hohen Hause gelten.

Insofern ist es unser Bestreben, die Steuerreform kurzfristig möglichst haushaltsneutral für die Gemeinden und Kreise auszugestalten. Mittel- und langfristig erwarte ich vielmehr sogar eine positive Wirkung, da es keinen Grund gibt anzunehmen, dass nicht auch diese Ebene von der durch die Reform mit induzierten Wirtschaftsdynamik profitieren wird. Ich lege hierauf sehr großen Wert und will diesen Gedanken betonen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Richtig. Sehr richtig.)

Für die kleinen und mittleren Unternehmen ist es auch in besonderer Weise wichtig, dass noch der bis zum Jahre 1999 bestehende halbe Steuersatz auf Aufgabe und Veräußerungsgewinne wieder eingeführt wird. Die rot-grüne Steuerpolitik gefährdet stattdessen gewachsene mittelständische Strukturen durch die Aufgabe dieses Satzes. Der Eckpfeiler der Alterssicherung vieler Betriebsinhaber ist damit akut gefährdet. Einer Nachfolgeplanung wird die Basis entzogen und eine generationsübergreifende Betriebsübernahme wird durch die Vollbesteuerung der stillen Reserven erheblich beschwert und belastet.

(Harry Glawe, CDU: Unerhört! Unerhört!)

Ich halte das für eine folgenschwere Entwicklung in diesem Land.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig, Herr Nolte.)

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass schätzungsweise 300.000 Unternehmen innerhalb der nächsten fünf Jahre vor der Frage der Nachfolgeregelung stehen, kann man sich gerade auch die möglichen beschäftigungspolitischen Folgen leicht ausmalen. Und ich denke, das dürfte ein wichtiger Aspekt in der kommenden Debatte sein.

Sinnvoll erscheint die von der CDU vorgeschlagene Regelung, in der die Gewährung des halben Steuersatzes, der aber den Eingangssteuersatz nicht unterschreiten darf, von bestimmten Voraussetzungen abhängen soll, wie zum Beispiel ein bestimmtes Höchstalter des Unternehmens sowie eine Höchstgrenze des Veräußerungsgewinns. Über konkrete Details kann man sicherlich streiten, über das Ob meines Erachtens auf keinen Fall.

Die Benachteiligung von mittelständischen Personengesellschaften zeigt sich auch an der Tatsache, dass für sie eine Steuerbefreiung auf Gewinne, welche durch Veräußerungen von Anteilen an einer anderen Gesellschaft realisiert werden, nicht vorgesehen ist, während Kapitalgesellschaften von dieser Pflicht völlig befreit werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist ja der Skandal. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da kommt wieder der Genosse der Bosse durch. Selbstverständlich ist eine Unterstützung des Strukturwandels in unserer Volkswirtschaft zu begrüßen. Warum aber über 80 Prozent der deutschen Unternehmen davon ausgeschlossen sein sollen, ist für mich jedenfalls unergründlich oder unerklärbar.

In der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit ist es natürlich unmöglich, auf alle Aspekte der Steuerreform detailliert einzugehen. Mein Bestreben war es vielmehr, einige wichtige Problemkreise, die für uns bei den Verhandlungen auf Länderebene eine wichtige Rolle spielen müssten, zu beleuchten. Unsere Kritik dient nicht dazu, das Zustandekommen eines notwendigen Gesetzes in toto zu verhindern, sondern möglichst zu optimieren. Daran sollten auch die Regierungsfaktionen in diesem Hause im Interesse unseres Landes ein maßgebliches Interesse haben, und dieses jenseits aller eingefahrenen ideologischen Trampelpfade. In genau diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten verein-

bart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat das Wort die Finanzministerin Frau Keler. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor etwa zwei Monaten haben wir schon einmal einen Antrag der CDU-Fraktion gehabt. Der war damals noch sehr unkonkret und es konnte eigentlich nicht richtig diskutiert werden. Aber ich stelle fest, Herr Nolte, Ihr heutiger Antrag hat nicht wesentlich mehr Substanz.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Rudolf Borchert, SPD:
Der ist kein bisschen besser.)

Ich komme in den einzelnen Punkten darauf gern zurück. Aber nur noch eins gleich zum Anfang: Die Steuerreform wird in diesem Monat im Bundesrat nicht irgendwie abschließend beraten. Das ist schon mal der erste formale Fehler, aber den können wir ja noch verzeihen.

Wir sind eigentlich heute in der Lage, eine fundiertere Debatte zu führen. Der Kabinettsentwurf der Bundesregierung liegt ebenso vor wie ein Gesetzesantrag der Opposition. Und jetzt komme ich schon in die ersten Widersprüche zu dem, was Sie eben gesagt haben. Ich habe fast das Gefühl, Sie kennen Ihren Antrag nicht so richtig.

(Rudolf Borchert, SPD: Das wird sein.)

Zudem liegen noch weitere Formulierungshilfen und Länderanträge vor, über die im Bundestag und im Bundesrat zu entscheiden ist, bevor die Steuerreform in ihrer endgültigen Fassung beschlossen und in Kraft treten wird. Ich gehe davon aus, dass wir im Sommer soweit sein werden.

Nachdem das Steuerentlastungsgesetz und das Familienförderungsgesetz bereits zu einer spürbaren Entlastung der Steuerpflichtigen, insbesondere der Familien, geführt hat,

(Wolfgang Riemann, CDU: Was ihnen mit der Ökosteuer wieder aus der Tasche gezogen wird. Ja, ja, ja.)

soll nun die dritte Stufe gezündet werden, die Unternehmenssteuerreform.

Ach, Herr Riemann, wissen Sie, warten Sie doch mal ab, wie das Ganze ausgeht. Wenn Sie sich alleine jetzt die Ergebnisse bei der 630-Mark-Job-Änderung ansehen, dann sind die sehr positiv. Also warten wir mal mit der Ökosteuer ab.

(Harry Glawe, CDU: Wofür 630 Mark alles erhalten müssen! Also wirklich!)

Und in dieser dritten Stufe sieht der Entwurf der Bundesregierung eine weitere steuerliche Entlastung der Bürger und der Unternehmen in einer Größenordnung von fast 43 Milliarden DM vor. Für alle Bürger und damit auch für die Eigner von Personenernehmen wird der Grundfreibetrag erhöht, der Eingangssteuersatz und der Spitzensteuersatz gesenkt.

Und, Herr Nolte, was verstehen Sie da unter Haushaltsneutralität? 43 Milliarden DM haushaltsneutral irgendwie wegzudrücken, das ist schon die Nettosumme. Also, ich

weiß gar nicht, was Sie für Vorstellungen haben, was hier los ist. Gewerbesteuerpflichtige Personenunternehmen bekommen die Gewerbesteuer über die Einkommenssteuer erstattet und Kapitalgesellschaften zahlen nur noch 25 Prozent Körperschaftssteuer.

Es gibt also eine breite und spürbare Entlastung. Wo aber alle Arbeitnehmer, Familien und Unternehmen entlastet werden sollen, muss zwangsläufig einer belastet werden. In diesem Falle sind es die öffentlichen Hände und die durch die Bundesregierung geplante und zum Teil schon umgesetzte Nettoentlastung der Bürgerunternehmen von insgesamt 73 Milliarden DM. Also wir haben etwa 30 Milliarden DM in der ersten Stufe, 43 Milliarden DM in der zweiten und dritten Stufe. Das strapaziert die öffentlichen Haushalte stark. Der Staat geht mit dieser Steuerreform bis an die Grenze seiner Belastbarkeit. Auch uns werden in den kommenden Jahren die fehlenden Steuereinnahmen zu schaffen machen.

(Der Abgeordnete Georg Nolte bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Präsident Hinrich Kuessner: Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Ministerin Sigrid Keler: Nein, jetzt nicht. Nachher zum Schluss.

Dennoch sind diese Maßnahmen dringend geboten. Die Steuerpolitik der Vorgängerregierung hat sich auf regelmäßige Steuererhöhungen beschränkt. Bei gleichzeitiger Verengung der Bemessungsgrundlage hat uns das in eine Sackgasse geführt, aus der wir nur unter erheblichen Anstrengungen wieder herausfinden. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist deutlich hinter das anderer Industrieländer zurückgefallen. Stagnationen drohte, Unternehmen hatten schwer an der Steuerlast zu tragen, Investitionen blieben aus. Die Binnennachfrage konnte aufgrund der hohen Steuerlast keine Wachstumsimpulse setzen. Der unbewältigte Reformstau wirkte sich lähmend aus in einer Zeit, in der sich die übrigen Industrienationen im Aufbruch befanden. Globalisierung, Internet und Biotechnologien seien hier exemplarisch genannt.

Also, meine Damen und Herren, es gibt keine Alternative. Wer international konkurrenzfähig bleiben, Wachstum fördern und Arbeitsplätze schaffen will, muss die Steuer-schraube lockern. Und wie wirkt es nun in Mecklenburg-Vorpommern? Jede Analyse der Gewinnsituation von Personenernehmen in unserem Lande zeigt, dass Ertragskraft und Eigenkapitalbasis unterdurchschnittlich sind. Über die Hälfte aller Unternehmen im Lande erzielen Gewinne, die pro Jahr unter 50.000 DM liegen.

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, einmal die Entwürfe der Bundesregierung und der Opposition zu vergleichen. Auffällig ist zunächst, dass der Antrag der Opposition im Bundestag auf dem Entwurf der Bundesregierung aufbaut. Die wesentlichen Teile der Steuerreform trägt also die Opposition mit, ein gutes Zeichen, denke ich. Richtig interessant wird der Vergleich aber erst, wenn man die Unterschiede dann betrachtet. Den Spitzensteuersatz von 53 Prozent will die Opposition nicht etwa um 8 Prozent senken wie die Bundesregierung, sondern gleich um 18 Prozent.

(Rudolf Borchert, SPD:
Ja, sehr mittelstandsfreundlich.)

Ein Ehepaar soll also seine Einkünfte nur noch mit 35 Prozent versteuern müssen, wenn diese über 220.000

DM liegen. Bezahlen sollen diese Wohltat all diejenigen, die wirtschaftlich weniger gut dastehen, denn die CDU will den Grundfreibetrag für Verheiratete um 840 DM reduzieren. Damit müsste eben jedes Ehepaar, das über 30.000 DM liegt, mehr versteuern.

Die Höhe des Spitzensteuersatzes ist aber nicht das Problem der Bürger und der Unternehmen in unserem Land.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Ein Familieneinkommen von über 220.000 DM trifft man hier leider eher selten an, und bei den Unternehmen – das habe ich schon gesagt – liegen mehr als 50 Prozent unter 50.000 DM. Eine weitere Besserstellung dieser Klientel über den Vorschlag der Bundesregierung hinaus ist darum mit uns nicht zu machen.

Zur weiteren Gegenfinanzierung schlägt die Opposition vor, die Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte von 70 Pfennig auf 50 Pfennig pro Kilometer zu senken. Entfernungen von unter 15 Kilometer sollen dabei überhaupt nicht mehr berücksichtigt werden. Ich frage die Opposition: Liegt das etwa im Interesse der Bürger in unserem Land? Haben Sie eigentlich schon alles vergessen, Herr Rehberg, was Sie hier zum Thema Ökosteuer gesagt haben? Damals lagen Ihnen doch die Pendler in unserem Flächenland noch ganz besonders am Herzen. Wollen Sie nun dieselben Pendler für ihre Mobilität bestrafen, nur um den Steuersatz für Spitzenverdiener senken zu können?

Weiter soll nach dem Willen der Opposition der Werbungskostenpauschalbetrag für alle Arbeitnehmer von 2.000 DM auf 1.500 DM gekürzt werden. Ist das etwa der Beitrag zur Steuervereinfachung? Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wie verträgt sich das mit der Ziffer 1 Ihres Antrages, in der Sie verstärkte Pauschalierungen fordern? Schauen Sie sich doch Ihren Antrag einmal an! Von Steuervereinfachung kann da keine Rede sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Durch die Schaffung neuer Rücklagenmodelle etwa erreichen Sie nämlich genau das Gegenteil. Insgesamt zeigen diese Beispiele, wie sich die Opposition eine Umverteilung der Steuerlast vorstellt. Zur Senkung des Spitzensteuersatzes, den nur wenige Unternehmen und Bürger in unserem Land erreichen, sollen alle Übrigen zur Kasse gebeten werden.

Ich unterstütze dagegen nachdrücklich den Entwurf der Bundesregierung zur Steuerreform, auch wenn er für die öffentlichen Hände zu erheblichen Einbußen führt. Wir haben das immer gewollt, eine Steuerreform, die die Konjunktur in Schwung bringt, die uns wettbewerbsfähig macht im EU-Raum und darüber hinaus, und die uns längerfristig auch wieder mehr Steuern in die öffentlichen Kassen bringt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Eine gleichzeitige Vereinfachung unseres Steuersystems, die ich mir natürlich wünschen würde, bekommt auch die CDU nicht hin. Ich sagte es bereits. Das hat eben auch nicht zuletzt Ihr heutiger Antrag gezeigt. Verwunderlich ist das nicht, denn eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit und Einzelfallgerechtigkeit verhindert immer wieder ein einfaches Steuersystem.

Über einzelne Punkte des vorliegenden Entwurfs, wie etwa die steuerfreie Veräußerung von Anteilen an Kapital-

gesellschaften, wird noch zu reden sein. Die Landesregierung wird sich zusammen mit den Ländern Niedersachsen und Brandenburg bemühen, das Optionsmodell noch stärker auf die Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen zuzuschneiden, und bei diesen Beratungen wird der Fallthauer/Merz-Entwurf nicht unbeachtet bleiben.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Im Übrigen führt der Gesetzentwurf der Opposition zu noch mehr Steuermindereinnahmen, und zwar in Höhe von etwa 7,6 Milliarden DM. Noch höhere Defizite der Staatshaushalte in Kauf zu nehmen wäre aber verfehlt und nähme uns für die Zukunft die Handlungsfähigkeit. Ich habe allerdings irgendwie vernommen, als wenn Herr Nolte gar nichts dagegen hätte, die Nettokreditaufnahme anzuheben, indem er das macht. Also das war für mich ein vollkommen neuer Touch.

(Harry Glawe, CDU: Nee, nee, das hat Frau Gramkow gesagt.)

Vielleicht können Sie, Herr Rehberg, noch mal darauf eingehen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das war ein für mich neues Argument von der CDU.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU – Volker Schlotmann, SPD: Was sagen Sie dazu?)

Jetzt komme ich ...

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Nee, nee.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Höhere Staatsdefizite wären auch wachstumspolitisch gefährlich, da die Investoren höhere Zinsen und langfristig höhere Steuern zu erwarten hätten. Der erhoffte Wachstums- und Arbeitsplatzeffekt bliebe aus, nur der Schuldenberg würde wachsen. Und auch aus diesem Grunde, denke ich, ist der Antrag der Opposition abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt die Anfrage des Abgeordneten Nolte? (Zustimmung)

Bitte, Herr Nolte, fragen Sie.

Georg Nolte, CDU: Frau Ministerin, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass ich über Haushaltsneutralität nur im Zusammenhang mit den kommunalen Haushalten gesprochen habe?

Ministerin Sigrid Keler: Herr Nolte, auch das geht so einfach nicht, wie Sie sich das denken. Wir werden auch da sehen müssen, wie sich das System auswirkt. Es kann nicht sein, dass Bund und Länder bei der Steuerreform praktisch draufzahlen und die Kommunen dazu keinerlei Beitrag leisten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ran an die Taschen! – Angelika Gramkow, PDS: Ihr Vorschlag zur Gewerbesteuer ist viel schlimmer, Herr Riemann.)

Wie dieser Beitrag aussehen wird, wird man sehen. Auch die Kommunen werden übrigens von dem System, wie die Gewerbesteuer in Zukunft angerechnet werden soll, wahrscheinlich sogar profitieren. Lassen Sie uns doch erst mal abwarten, wie das Ganze ausgeht!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Vorsitzende der Fraktion der PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine Steuerreform ist dringend erforderlich – das ist unumstritten.

(Harry Glawe, CDU: Das bestreiten wir ja auch gar nicht.)

Und selbst die Adjektive in Ihrem Antrag, meine Damen und Herren der CDU, „einfach“, „überschaubar“ und „gerecht“, selbst die Adjektive sind akzeptabel.

(Harry Glawe, CDU: Aha!)

Allerdings frage ich mich, wer eigentlich für das vorhandene Steuersystem verantwortlich ist.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: 16 Jahre Kohl.)

Und selbst Ihre Petersberger Beschlüsse, in die Sie, Herr Nolte, dringend noch mal reingucken sollten, lassen gerade die Ansätze dieser Adjektive vermissen.

Die PDS, auch ein Teil der Opposition im Deutschen Bundestag, fordert eine Steuerreform, die endlich aufhört, dafür zu sorgen, dass Arme immer ärmer und Reiche immer reicher werden in dieser Gesellschaft. Wir sind dafür, die über Jahre favorisierte Umverteilung von unten nach oben unter dem Deckmantel der Schaffung von Arbeitsplätzen aufzuhalten. Das Ergebnis sind Massenarbeitslosigkeit, drastischer Rückgang der Einnahmen der öffentlichen Hand,

(Wolfgang Riemann, CDU: Enteignen! Enteignen! Alle enteignen!)

massive Verschuldung bei Beibehaltung von Dauersubventionen an die Wirtschaft und letztlich der Abbau des Sozialstaates in Deutschland gewesen.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Eine wirkliche Steuerreform muss dem Grundprinzip sozialer und steuerlicher Gerechtigkeit folgen, das heißt, alle Einkunftsarten und damit alle sozialen Gruppen der Gesellschaft sind als gleichwertig zu betrachten. Wir sind dafür, dass die Steuerbelastung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen ausgerichtet ist. Insofern, Herr Riemann, ist Punkt 2 in Ihrem Antrag faktisch falsch

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein.)

und Sie sollten ihn korrigieren. Denn die Steuerlast der Steuerpflichtigen in unserem Land ist gegenwärtig nicht im Geringsten im Verhältnis ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verteilt. In den letzten 16 Jahren wurden Steuersenkungsgesetze verabschiedet, über die sich besonders ertragsstarke Unternehmen und vermögende Einzelpersonen freuen konnten, in den letzten Jahren besonders. Warum haben Sie die Vermögenssteuer abgeschafft? Warum haben Sie die Freibeträge bei der Erbschaftsteuer so massiv heraufgesetzt

(Wolfgang Riemann, CDU: Weil sie Betriebsvermögen besteuern. Weil es ein Verfassungsgerichtsurteil gab.)

und riesige legale Steuerschlupflöcher ermöglicht? Ihr Antrag, meine Damen und Herren der CDU, ist insofern

heuchlerisch und dies lassen wir als PDS noch nicht einmal der Opposition durchgehen, Herr Riemann.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Das heißt nicht, meine Damen und Herren, dass wir als PDS-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern das rot-grüne Steuerprojekt befürworten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aha!)

Wir halten es für unzureichend. Und das hat nichts mit der von uns als notwendig erachteten Umverteilung von oben nach unten zu tun. Zwar ist die Senkung des Eingangsteuersatzes – und Frau Ministerin hat berechtigterweise darauf verwiesen – oder die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums für viele Steuerzahler, darunter auch zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sehr zu begrüßen, jedoch stellt sich die Frage, wie das Entlastungsvolumen von über 30 Milliarden DM für diesen Punkt von 1999 bis 2005 gegenfinanziert werden soll. Blauäugig nenne ich den, der daran glaubt, dass sich die Steuerreform über ein entsprechendes Wirtschaftswachstum selbst finanziert.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Rot-Grün will die Steuerentlastung unter den Bedingungen der Haushaltskonsolidierung und des Abbaus der Neuverschuldung bis 2006 durchziehen. Die Konsequenz sind hohe und dauerhafte Einnahmeausfälle der öffentlichen Hand, wobei ich Frau Ministerin Recht gebe, dass ein Teil aufzubringen ist. Aber die geschätzten Kassenausfälle betragen in den Jahren 2001 bis 2004 insgesamt 125,7 Milliarden DM. Davon entfallen 71,3 Milliarden DM nur auf die Reform der Unternehmensbesteuerung. Nach Zahlen der Länder müssen wir mit erheblichen Steuermindereinnahmen bereits im Jahr 2001 rechnen. Sachsen plant alleine mit 1,2 Milliarden DM.

Steuerreform, Rentenkürzungen, Kürzungen der Sozialhilfe, vielleicht sogar der Arbeitslosenhilfe oder des Arbeitslosengeldes stehen damit im engen Zusammenhang. Und damit wird auch deutlich,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

um welchen Preis die Entlastung von Einkommensempfängern und Unternehmen realisiert wird. Wer wird wo diese Zeche bezahlen?

Ich frage Sie: Warum kommt die Bundesregierung nicht auf die Idee, die Bemessungsgrundlagen zu verbreitern? Denn dies hätte Spitzenverdiener betroffen. Stattdessen profitieren sie überproportional von der geplanten Steuerreform. Auf die Frage nach der Gegenfinanzierung sehe ich jedoch sowohl bei Rot-Grün als auch bei CDU und CSU nur heiße Luft.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Dabei übersehen wir allerdings nicht,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

dass ein Teil der Steuersenkung im Bereich der Unternehmensbesteuerung durch die Verschlechterung von Abschreibungsmöglichkeiten finanziert werden soll. Davon betroffen sind aber insbesondere Unternehmen des produzierenden Gewerbes.

(Wolfgang Riemann, CDU: Vor allem innovative Unternehmen.)

Banken und Versicherungen werden begünstigt und freuen sich zudem darüber, dass sie ihre Firmenanteile

verkaufen können, ohne dass sie dafür Steuern zahlen müssen. Im Kern scheint es nicht um Dezentralisierung, sondern um Konzentration und Zentralisation zu gehen. Und wie hat Herr Koplín auf einer Veranstaltung am letzten Wochenende so schön gesagt? – Ein Schelm, der so auf die Fusion von Deutscher und Dresdner Bank schaut.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Aber auch das Steuerkonzept der CDU und CSU, meine Kolleginnen und Kollegen – in Ihrem Antrag teilweise verpackt –, ist völlig unzureichend.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die PDS hat gar keins.)

Steuersenkungen werden zum Hauptziel deklariert, den Spitzensteuersatz wollen Sie sogar von derzeit 51 Prozent auf bis zu 35 Prozent herabsetzen. Die Reduzierung auf 45 Prozent, wie im Regierungsentwurf, ab einem zu versteuernden Einkommen von 98.000 DM ist Ihnen zu wenig. Sie wollen das Einkommen auf 110.000 DM erhöhen. Sie bezeichnen außerdem die Regierungspläne als zu zaghaft, denn Sie legen gleich noch einen schnelleren Gang ein. Ihre Nettoentlastung von 50 Milliarden DM soll schon in den nächsten drei Jahren funktionieren. Was heißt das eigentlich für die Haushalte der Länder und der Kommunen?

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und hier stellt sich doch die Frage: Wie wollen Sie denn Ihre, wenn vorhanden, oppositionellen Vorschläge zur Entwicklung unseres Landes verwirklichen angesichts dessen, was Sie dem Land über Ihre Steuersenkungsmodelle zumuten?

Aber für beide Steuersenkungskonzepte, sowohl das der Bundesregierung als auch das der CDU/CSU, gelten alte Thesen: Eine Senkung der Steuerbelastung wirkt sich positiv auf das Investitionsgeschehen aus, die Kaufkraft und damit die Produktion werden angekurbelt, es entstehen Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, der Praxisbeweis dieser Politik wurde bisher nicht erbracht.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Steuergeschenke an die Reichen und Besserverdienenden haben bisher nie zu Wirtschaftswachstum und weniger Arbeitslosigkeit geführt, sondern immer nur zu massivem Sozialabbau in den Ländern. Und unter dem Strich bleibt, und das ist für mich eine bittere Einschätzung: Auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen ziehen keine Lehren aus der Ära Kohl. Sie geben wie auch ihre Vorgänger dem Druck der Konzerne und Spitzenverdiener nach Steuersenkungen nach.

Dringend geboten, meine Damen und Herren, wäre eine Steuerreform, die für Entlastung und gleichzeitig für notwendige Einnahmen von Bund, Ländern und Kommunen sorgt.

(Harry Glawe, CDU: Da helfen nur Kombinate.)

Das heißt für die PDS – und, Herr Riemann, Sie hatten so einen netten Zwischenruf, es gibt ein Steuerkonzept der PDS und ich würde es Ihnen gerne zur Verfügung stellen, aber vielleicht sollte ich es Ihnen vorher lieber erklären:

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und PDS – Beifall bei
einzelnen Abgeordneten der PDS)

1. Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer beziehungsweise alternativ Einführung einer befristeten Vermögensabgabe, um die Vermögen abzuschöpfen, die keine Steuern zahlen
2. eine gezielte Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen zum Beispiel über eine steuerfreie Akkumulationsrücklage, eine rechtsformunabhängige Besteuerung aller unternehmerischen Einkünfte, einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen

Um Liquiditätsengpässe zu vermeiden, könnte man ja dem Vorschlag folgen, die Sollbesteuerung von kleinen Unternehmen bis zu einem bestimmten Jahresumsatz nicht zum Zeitpunkt der Rechnungslegung,

(Wolfgang Riemann, CDU: Hat man das alles in Amerika gemacht, Frau Gramkow?)

sondern zum Zahlungseingang vorzunehmen.

Ich komme gleich dazu.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Frau Gramkow war ja schon mal in Moskau.)

Bleibt Rot-Grün

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

zum Beispiel bei der Einführung eines proportionalen Steuersatzes von 25 Prozent bei der Körperschaftssteuer für alle Unternehmen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber sie war auch schon auf Usedom. –
Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

fordern wir die Einführung gewinnabhängig steigender Körperschaftssteuersätze. Der Vorteil, nicht alle Unternehmen mit 25 Prozent gleichzeitig zu besteuern, sondern sie progressiv zu gestalten, liegt doch darin:

Erstens. Ein progressiver Steuersatz entspricht am ehesten einer Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Zweitens. Kleine und mittelständische Unternehmen können aufgrund eines geringeren Steuersatzes deutlich niedriger besteuert werden, was ja klar ist. Dagegen müssen sich große Konzerne einem vergleichsweise höheren Steuersatz unterwerfen. So würden sie endlich entsprechend ihrer stärkeren Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben und damit des Staates beteiligt werden.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Drittens. Die komplizierte körperschaftsteuerliche Option, Herr Riemann, könnte nämlich entfallen und dies würde das Steuerrecht tatsächlich vereinfachen und transparenter gestalten.

Die Idee dieses progressiven Steuersatzes entstammt nun wirklich keinesfalls PDS-Phantasien. Unternehmen werden bereits in verschiedenen Ländern mit gewinnabhängig steigenden Steuersätzen besteuert. Zum Beispiel kennt Belgien einen dreistufigen und, Herr Riemann, die USA einen vierstufigen Körperschaftssteuersatz.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber bis zu welcher Höhe, bis zu welcher Höhe! Das müssen Sie dann auch dazusagen.)

Aber Sie, meine Damen und Herren von der CDU, wollen ja gar nicht so eine Steuerreform. Und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der Fraktion der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Vor geraumer Zeit wurde hier durch Herrn Borchert, durch die Frau Finanzministerin vorgetragen, es sei ja alles noch nicht so weit, darüber müsse man noch reden, über die eichelsche Steuerreform, und das sei für die Personengesellschaften alles nicht so schlimm.

Jetzt liegen die Pläne auf dem Tisch. Und, Frau Keler, wir haben es gar nicht nötig, bei der Bundesregierung abzuschreiben. Die Bundesregierung hat in weiten Teilen auf den Petersberger Beschlüssen vom Januar 1996 aufgebaut, das ist korrekt. Wir, das ist richtig, haben seit über vier Jahren unser Steuerkonzept fertig und das hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jetzt noch einmal eingebracht. Und richtig ist – nicht so, wie Sie das vortragen –, dass Ihre Blockadepolitik zum Reformstau geführt hat. Das ist richtig, nichts anderes!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Wir haben auch einen Fehler gemacht, das gebe ich zu. Wir hätten schon Januar 1996 das Steuerkonzept einbringen und nicht auf die Märzahlen in Rheinland-Pfalz, in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg schießen sollen. Ich wäre hochgespannt gewesen, was passiert wäre, wenn wir diese Debatte in der letzten Legislaturperiode nicht nur ein Jahr, sondern fast drei Jahre geführt hätten. Dann wären wir weiter gewesen.

Und, Frau Gramkow, das sind keine alten Thesen, die wir hier vortragen.

(Angelika Gramkow, PDS:
Habe ich auch nicht gesagt.)

Es gibt Länder – das sind die USA, Neuseeland, Holland, Irland und viele andere –, die mit einer massiven Steuerreform, mit Absenkung von Eingangs- und Spitzensteuersatz im Einkommensbereich, mit der Absenkung der Körperschaftssteuer ganz immense Steuerzugewinne erzielt haben, das heißt Wachstum. Und ein Prozent Wachstum beim Bruttosozialprodukt sind nach meiner Kenntnis in Deutschland 14 Milliarden DM Steuermehreinnahmen. Das heißt, darauf angelegt sollte so eine Steuerreform sein.

Ich sage ja nicht, dass die vorgelegte Steuerreform von Rot-Grün in allen Teilen falsch ist. Nur, worum es geht, das ist ganz einfach, dass insbesondere unser eigener einheimischer Mittelstand in hohem Maße benachteiligt wird. Das ist doch das Entscheidende. Und, Frau Keler, es geht doch hier nicht ums Details, es geht um den Grundzug dieser Steuerreform.

(Angelika Gramkow, PDS:
Nee, nee, es geht ums Detail.)

Es geht um den Grundzug der Steuerreform, dass Sie Kapitalgesellschaften bevorteilen und Personengesell-

schaften benachteiligen. Ich behaupte ganz einfach, dass wir noch mehr als 85 Prozent Personengesellschaften im Lande haben, eher 95 Prozent. Und was Sie dann noch dazu tun, das müssen Sie sich doch einmal überlegen! Wenn Sie das so machen, die Kapitalgesellschaften in der Art und Weise bevorzugen und auf der anderen Seite gegebenenfalls noch eine Option für Personengesellschaften vorhalten, was wollen Sie dann eigentlich mit dem deutschen Unternehmertum machen?

Glauben Sie denn, es würde sich heute noch jemand finden, der sagt, ich mache eine GbR, OHG oder was auch immer? Wir haben doch ein ganz anderes historisch gewachsenes Unternehmertum in Deutschland als in den angelsächsischen Ländern. Die haben doch viel mehr Kapitalgesellschaften mit angestellten Managern und Geschäftsführern. Wir haben eben den geschäftsführenden Gesellschafter, den Besitzer des Betriebes, der GbR oder OHG, der das volle Risiko trägt, dann aber doch bitte auch partizipieren kann am Erfolg, und nicht, dass Sie ihm jetzt die Luft abdrücken, indem Sie ihm sagen, die Kapitalgesellschaften bei 25 Prozent, du aber bei 40 Prozent. Das kann doch nicht wahr sein!

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist die neue Mitte.)

Sagen Sie doch bitte – und das ist nur die halbe Wahrheit, Frau Keler, die Sie gesagt haben, was Belastungen betrifft, und Ihr Ministerpräsident hat heute gesagt, wir seien unglaublich und scheinheilig –, dass die Ökosteuer im Jahr 2003 40 Milliarden DM an Mehreinnahmen einbringt und dass Sie nur die Hälfte dazu verwenden, die Rentenbeiträge zu senken, das heißt, dass Sie über 20 Milliarden DM einfach in die Kasse des Bundeshaushalts reinstecken. Das ist doch die Realität!

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU:
Und den Rentnern das wegnehmen.)

Und das heißt, dann sagen Sie doch bitte ganz genau, dass die Entlastung nicht über 40 Milliarden DM ist, sondern dass sie bei Ihnen gerade mal 24 Milliarden DM ist.

Dann kommen noch weitere Belastungen dazu. Die Finanzämter des Landes werden in den nächsten Tagen viele Steuererklärungen der Bürger gegebenenfalls zurückschicken müssen, weil viele auf eins gar nicht gefasst sind, dass sie ihr Ersteinkommen und die 630-DM-Jobs zusammenzählen müssen und dass sie jetzt der vollen Besteuerung unterliegen. Das heißt, auch diese belasten Sie zusätzlich. Ich sage es ganz simpel: Ein Schlosser, der 2.600 brutto im Monat hat, der muss dann 3.230 DM brutto insgesamt versteuern. Und natürlich rückt er dann ganz schnell höher in der Steuer. Das ist die Realität! Und das war vorher anders. Auch hier belasten Sie gerade wieder den Kleinen zunehmend und erheblich.

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Das ist doch so, Frau Keler. Das ist doch das, was das 630-DM-Gesetz beinhaltet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Keler, ...

Eckhardt Rehberg, CDU: Das heißt, dass sie Erst- und Zweiteinkommen zusammen versteuern müssen. Sie werden zusammen veranlagt.

(Reinhard Dankert, SPD: Alle Schlosser haben 630-DM-Jobs. Alles klar, Herr Rehberg! – Angelika Gramkow, PDS: Können Sie das praktische Beispiel mal wiederholen? – Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Können Sie das noch mal wiederholen?)

Herr Dankert, ich hätte auch eine andere Berufsgruppe nehmen können.

(Reinhard Dankert, SPD: Aber auch die haben nicht alle 630-DM-Jobs.)

Nein, alle nicht, aber es gibt viele.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Sehr geehrter Herr Dankert, 90 Prozent des Ordnungsdienstes bei Hansa Rostock machen das im Zweiteinkommen. 90 Prozent! Und für viele, die morgens Zeitungen austragen, ist es auch ein Zweiteinkommen. Das sind nicht unbedingt nur Rentner, Arbeitslose und so weiter. Das machen sehr viele im Zweiteinkommen. Und die belasten Sie in dieser Art und Weise,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

erstens den Bürger selber und zweitens das Unternehmen, denn von den 630 DM bleiben netto gerade mal 300 DM und ein paar Pfennige übrig. Das ist Realität! Das ist das, was Sie mit den 630-DM-Jobs gekonnt haben. Nicht mehr und nicht weniger!

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU:
Die Fleißigen werden bestraft.)

Und was sagen Sie denn, Frau Finanzministerin,

(Unruhe bei Ministerin Sigrid Keler)

zur Belastung des Mittelstandes, Stichwort Veräußerungsgewinne, im so genannten Steuerentlastungsgesetz? Das heißt, Sie belasten im Gegensatz zu früher diese Veräußerungen steuerlich voll nach der Einkommenssteuer. Und in den nächsten Jahren – und darauf haben Sie geguckt, gerade in den alten Ländern, denn es trifft sicher weniger auf die neuen Bundesländer zu – stehen 300.000 Betriebswechsel bevor. Wenn ich bei uns die Problematik in der Landwirtschaft sehe, da haben wir eine Generation von Geschäftsführern, die oftmals über 50 sind. Gucken Sie sich doch gerade mal die Personengesellschaften an! Und es sind gerade im einzelbäuerlichen Bereich meistens Personengesellschaften. Das heißt, Sie nehmen dem Unternehmer die Chance, sein Lebenswerk zu veräußern und damit die Alterssicherung vorzunehmen. Das heißt, Sie belasten ihn mit dem Spitzensteuersatz.

Und als Letztes – Frau Gramkow hat das angedeutet, das sind auch Belastungen –, Stichwort Verlängerung der Abschreibung. Wissen Sie, ich erinnere mich immer an die Grundmittelrechnung zu DDR-Zeiten. Damit das immer noch gelaufen ist, immer noch ein Jahr drauf, immer noch ein Jahr drauf. Da hatten wir teilweise Gebäude, die waren 130 Jahre alt, und bei 100 Jahren sind sie dann auf null gestellt worden. Sie können doch nicht im Ernst Computer auf sieben Jahre setzen. Das ist doch wirklich ein Wahnwitz. Wir reden über neue Medien und Sie setzen die IT-Technik von vier auf sieben Jahre hoch.

Frau Finanzministerin, seien Sie bitte ehrlich! Natürlich entlastet auch Rot-Grün in der Steuerreform, aber sagen Sie vorher, inwieweit Sie Unternehmen und Bürger bela-

stet haben in den letzten anderthalb Jahren Ihrer rot-grünen Regierungszeit in Berlin!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und lassen Sie mich noch mal eins zur Ökosteuer sagen. Die Ökosteuer ist für mich das Unsozialste, was es gibt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Es ist wirklich das Unsozialste, was es gibt. Sie können überall einen Ausweis vorzeigen,

(Harry Glawe, CDU: Rentner,
Sozialhilfeempfänger.)

aber der Schnorchel von der Tanksäule, den Sie ins Auto stecken, der kann nicht gucken. Das heißt, hier müssen alle gleich bezahlen, vom Sozialhilfeempfänger bis zu dem, der ein sehr, sehr hohes Einkommen hat.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:
Aber die eigentliche Preissteigerung ist ja durch die Konzerne gekommen, ne?)

Die eigentliche Preissteigerung ist nicht durch die Ölindustrie gekommen, Herr Dr. Schoenburg.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Sehen Sie!)

Allein Rot-Grün hat die Preise mit fünf mal sechs, das sind 30 Pfennig, plus Mehrwertsteuer, also um 37 Pfennig erhöht in den letzten vier Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Das ist Realität! Und deswegen haben wir jetzt an den Tanksäulen über 2 DM.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Das ist die Wahrheit!

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Herr Rehberg,
Sie reden sehr laut, aber mit wenig Verstand.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und damit belasten Sie in hohem Maße mit der Ökosteuer gerade Unternehmen im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern. Und jetzt stellen Sie sich, Frau Keler, nicht hier hin als Interessenvertreter der Bürger, die mobil sein müssen, der Unternehmen, die viel fahren müssen. Die Ökosteuer, die höheren Kosten haben Sie denen aufgedrückt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Gucken Sie sich das gerade in der Landwirtschaft an, wie hoch die Ökosteuern sind! Und besonders betroffen sind Sozialhilfeempfänger und Rentner im ländlichen Raum, die mobil sein müssen.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Herr Rehberg,
ich halte sehr viel von der Ökosteuer, aber
Sie dürfen nicht so viel Unsinn erzählen.)

Man muss doch mittlerweile rechnen, ob man einen Job noch annimmt, wenn man jeden Tag 100 Kilometer zur Arbeit fahren muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:
Die SPD/Grünen, die sind doch nicht vier Jahre
dran. Was erzählen Sie denn für einen Schnee?)

Herr Schoenenburg, Sie scheinen die Geschichte der Ökosteuer nicht richtig verfolgen zu wollen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ich verfolge das ganz ordentlich. –
Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Am 1. Januar 1999 der erste Schritt, der letzte Schritt am ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie haben eben
gesagt, in den letzten vier Jahren. Das
haben Sie eben gesagt, Herr Rehberg.)

Dann korrigiere ich mich. Seit anderthalb Jahren und in den nächsten zweieinhalb Jahren. Dann korrigiere ich mich.

(Siegfried Friese, SPD: Und um wie
viel ist der Preis gestiegen seit 1990? –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber die
Preise sind schon gestiegen, obwohl ... –
Zurufe von einzelnen Abgeordneten der PDS)

Herr Friese, es gibt eine alte Forderung – auch bei Ihnen –, eine Angleichung der Mineralölsteuer im europäischen Rahmen. Und weisen Sie mal nach, dass im letzten Jahrzehnt die unionsgeführte Bundesregierung nicht in diesem Rahmen geblieben ist, währenddessen Sie heute an der Spitze in Europa liegen! Das ist die Realität!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und was Sie nicht tun, im Kontext zu Ihrer rot-grünen Steuerreform, ist, diejenigen echt zu entlasten, die Sie belasten. Noch mal: Sozialhilfeempfänger und Rentner belasten Sie nur, Sie entlasten sie nicht.

(Harry Glawe, CDU:
Die Bauern und Landwirte ...)

Sagen Sie mir die Stelle, wo die Rentner entlastet werden! Und obendrein kappen Sie noch die Renten entsprechend der Inflationsrate.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Nee, nee,
noch nicht mal entsprechend der
Inflationsrate, nur die Hälfte.)

Und da nennen Sie sich Sozialdemokratische Partei Deutschlands! Sie sollten erst mal wirklich dafür sorgen, dass gerade die Rentner in den neuen Bundesländern die Rentenangleichung so bekommen, wie sie auch mal vereinbart worden ist, und nicht Herr Riester nach Kassenlage mit dem Rotstift bei den Renten durch die Gegend zieht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Borchert, Sie sind ja wieder hier,

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wir sind
doch hier nicht auf einem Politfrühschoppen. –
Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Sie haben vor zwei Monaten den Kopf geschüttelt, als ich Ihnen dargelegt habe, dass Unternehmen gerade in den neuen Bundesländern

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Mein Gott!)

Gewinne brauchen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Mein Rehberg!)

die auch ausgeschüttet werden können. Das heißt, dass in Unternehmen Kapital reinkommt. Was brauchen heute junge Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern?

(Rudolf Borchert, SPD: Eigenkapital.)

Sie brauchen Eigenkapital. Und wenn sie es selber nicht haben, dann müssen sie es von außen reinkriegen. Wenn dieses Kapitel, das von außen reinkommen soll, mit dem Spitzensteuersatz belegt wird, dann wird es doch nicht reinkommen. Das ist doch völliger Unfug! Glauben Sie doch nicht, dass nur dadurch, dass Sie Gewinne, die im Unternehmen bleiben, niedriger besteuern,

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

dass sie dann auch reinvestieren!

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Das ist doch völlig daneben.

(Rudolf Borchert, SPD: Nein.)

Das heißt, Sie haben damals den Kopf geschüttelt, so wird es nicht kommen. Sie benachteiligen mit dieser Steuerreform von Rot-Grün

(Rudolf Borchert, SPD: Nein. Nein.)

gerade die jungen Personengesellschaften in Mecklenburg-Vorpommern.

(Siegfried Friese, SPD:
Das ist falsch und das wissen Sie.)

Das ist und das wird Realität sein. Das ist die Realität, Herr Borchert.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Herr Dankert, was richtig ist und was nicht richtig ist, das haben wir in den letzten Monaten auch nach Ihren Reden zum 630-DM-Gesetz gesehen und zum Thema Scheinselbstständigkeit.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das kann man wohl sagen.)

Was Sie hier für eine Politik gemacht haben, was Sie auch und Frau Keler zum 630-DM-Gesetz erzählt haben – und Sie haben eben genickt, dass 630 DM brutto gerade mal 300 DM netto werden. Natürlich, das haben Sie noch negiert vor Monaten.

(Reinhard Dankert, SPD: Ach!)

Das ist doch die Realität! Warum führen Sie denn solche Gesetze ein, mit denen Sie gerade sozial schwache Schichten belasten?

(Unruhe bei Ministerin Sigrid Keler)

Herr Dankert, ich kann Ihnen nur eins sagen: Die Quidung für die Politik, die Sie machen, haben Sie im Herbst letzten Jahres drastisch und dramatisch erhalten und bei uns am 13. Juni 1999.

Lassen Sie mich eins zum Schluss sagen, Frau Keler: Die Neiddebatte wird Ihnen nicht weiterhelfen, denn wenn Sie nach Ihren Plänen die Spitzenverdiener postulieren bei 98.000 DM – also Entschuldigung, das ist doch die neue Mitte, die Sie so hofieren. Die Spitzenverdiener, das rechnen Sie doch mal auf ein Monatsbrutto um, die fangen doch nicht bei 98.000 DM an. Das ist doch völlig daneben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist wohl wahr.)

Deswegen, denke ich, sollten Sie wirklich sehr, sehr gut überlegen, wie Sie die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat vertreten. Und das kann nicht nur sein, ja und amen zur rot-grünen Steuerreform zu sagen, wo ich wirklich die Meinung haben muss, dass Herr Schröder mit seiner Zigarre sich als Genosse der Bosse nun wirklich hinstellt. Wenn ich sehe, was bei den Veräußerungen der Beteiligungen bei Banken und Versicherungen wirklich ablaufen soll, dann habe ich eher für Frau Simonis Verständnis, die sagt, das kann so nicht sein, auf der einen Seite den Mittelstand voll belasten und auf der anderen Seite die Großindustrie, das Großkapital ausnehmen. Das kann doch nicht Ziel von sozialdemokratischer Politik sein. Bei den Grünen habe ich noch teilweise Verständnis, wenn ich deren Wählerpotential gerade in den Vororten von Großstädten im Rhein-Main-Gebiet sehe, dafür habe ich ja noch ein Stück weit Verständnis.

Und deswegen: Warum wollen Sie unseren Antrag eigentlich ablehnen? Warum wollen Sie ihn ablehnen,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Weil nichts drinsteht.)

wenn wir fordern, wir wollen eine Steuerreform haben?

Also wissen Sie, bei dem, was Frau Gramkow hier vortragen hat – und sie hat ja gerade eine Amerikareise hinter sich –, hätte ich nun wirklich erwartet, dass sie die positiven Erfahrungen, die gerade dieses Land hat, denn die haben eine Vollbeschäftigung, mit hineinnimmt. Wir müssen nicht alles übernehmen, was Amerika sagt, aber ...

(Siegfried Friese, SPD: Hören Sie auf mit Amerika! Da haben Sie ganz schlechte Karten, wenn Sie das als Beispiel hinstellen.)

Wissen Sie, Herr Friese, im Gegensatz zu Ihnen sehe ich das differenziert. Ich sage Ihnen aber nur eins: Das Positive sollten wir übernehmen – die Unternehmenskultur, die Risikobereitschaft, aber auch das eine oder andere, denke ich, wie man Leute dazu bringt, Arbeit anzunehmen, oder dass man ein Lohnabstandsgebot hat, das es auch möglich macht, gerade im Dienstleistungssektor Arbeit anzunehmen. Ich rede nicht von Lohndumping in Mecklenburg-Vorpommern mit 11 DM oder 12 DM Brutto. Das ist nicht mein Thema.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber es kann nicht sein, dass die Wirtschaft neben dem IT-Bereich danach schreit, dass im Bereich der sozialen Dienste zu wenig Fachkräfte vorhanden sind. Das kann nun wirklich nicht wahr sein. Ich rede nicht vom Osten. Ich rede von den alten Bundesländern.

(Siegfried Friese, SPD: Wenn in Amerika jeder zwei Arbeitsverhältnisse haben muss, kann das ja wohl nicht unser Ziel sein.)

Herr Friese, wenn wir uns einer globalisierten Welt stellen müssen, dann müssen wir das bei den Steuern gegebenenfalls genauso tun, wie wir sagen wollen, wir gehen von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, zur Informationsgesellschaft.

Herr Friese, ich sage Ihnen eins: Wir werden in drei oder vier Jahren, wenn die Hardware für jeden erschwinglich ist – Stichwort Internet und Computeranschlüsse – zu Hause arbeiten. Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert, wie wir es nicht angenommen haben. Sie wird sich weiter dramatisch verändern. Und wir werden beide nicht mehr diskutieren, dass Leute am

Wochenende, am Samstag und Sonntag, zu Hause sitzen an Telearbeitsplätzen und arbeiten werden. Das werden Sie denen gar nicht vorschreiben, die werden es einfach tun. Deswegen sage ich Ihnen eins: Seien Sie vorsichtig mit ein oder zwei Arbeitsverhältnissen. Viele haben heute eineinhalb Arbeitsverhältnisse und die werden sich ganz selbstverständlich bei Telearbeitsplätzen neue Arbeitsverhältnisse suchen. Herr Friese, Sie hängen mit Ihrer Gedankwelt – und das zeigt auch die rot-grüne Steuerreform, die gerade auch auf solche Bedingungen überhaupt nicht eingeht – der realen Wirklichkeit, einer sich dynamisch entwickelnden globalisierten Welt, völlig hinterher. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim Lesen Ihres Antrages, liebe Kollegen von der CDU-Fraktion, muss ich schon sagen, habe ich Zweifel, ob der Autor sich überhaupt ernsthaft mit der Steuerpolitik der Bundesregierung befasst hat. Mir ist allerdings schon klar, dass nicht Herr Rehberg der Autor dieses Antrages ist. Dem hätte ich sicherlich einen anderen Text zugetraut, denn wie in einem Gemischtwarenkatalog – man könnte auch Gemüsegarten sagen – werden in diesem Antragstext bereits verwirklichte Reformenschritte wie das Steuerentlastungsgesetz oder das Steuerbereinigungsgesetz beziehungsweise die anstehende Unternehmenssteuerreform in einen Topf geworfen. Und außerdem muss ich sagen, dass in den Punkten 1 bis 3 solche Selbstverständlichkeiten stehen, die weitgehend auch schon durch die Bundesregierung umgesetzt werden, dass es sich nicht lohnt, darauf weiter einzugehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gehen Sie nur aus mangelnder Kenntnis nicht weiter darauf ein oder warum gehen Sie da nicht weiter drauf ein?)

Der Antrag ist so was von unkonkret und überflüssig, Herr Riemann, dass es sich wirklich nicht lohnt, ...

(Wolfgang Riemann, CDU:
Dann begründen Sie das doch mal!)

Dazu komme ich gleich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit Schlagworten können Sie das vielleicht nur umgehen.)

Ich wollte nur sagen, dass es sich nicht lohnt, konkret darauf einzugehen. Die SPD-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ablehnen, das ist das, was Sie können.)

Aber ich nutze gerne die Möglichkeit und bedanke mich für die Gelegenheit, Ihnen mal einiges über die Grundzüge der Steuerreformpolitik der rot-grünen Bundesrepublik darzulegen. Die Gelegenheit nutze ich gerne.

(Wolfgang Riemann, CDU: Selbst die Jusos lehnen Ihre Steuerreform ab. –
Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Jetzt kommen wir zum eigentlichen Thema.

Meine Damen und Herren! Auf der Basis der schon erreichten Erfolge einer soliden Haushaltswirtschaft und durch die entschlossene Fortsetzung der Sanierung der Staatsfinanzen können jetzt durch zusätzliche finanzielle Spielräume weitreichende Entlastungen für alle Steuerzahler und auch für ein insgesamt gerechteres Steuersystem genutzt werden.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Schlagwort, Schlagwort, nichts weiter.)

Mit einem der größten und weitreichendsten Steuerreformprojekte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland werden die Steuern im Zeitraum von 1998 bis 2005 um insgesamt über 70 Milliarden DM sinken. Davon entfallen rund 50 Milliarden DM der Steuerentlastung auf private Haushalte.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, vielleicht nicht Sie persönlich,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

aber zumindest Ihre Partei, haben ja bisher von Steuer-senkung immer nur geredet,

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben sie blockiert. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

circa 16 Jahre immer nur allgemein geredet oder – wir hören es auch heute wieder – völlig unfinanzierbare Pläne vorgelegt. Wir entlasten wirklich und legen dabei den Schwerpunkt auf die Stärkung der Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und wir entlasten den Mittelstand und auch kleinere Unternehmen. In einem ausgewogenen Mix aus Angebots- und Nachfragepolitik werden

1. die Bedingungen insbesondere für die Faktoren Kapital und Arbeit sowie
 2. die Investitionskraft der Unternehmen und gleichzeitig
 3. auch die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und somit
 4. die Binnennachfrage unserer Volkswirtschaft
- entscheidend gestärkt.

Durch die frühzeitige Ankündigung der Steuerentlastung können sich auch die Konsumenten und Investoren bereits jetzt auf die weitere Entwicklung des verfügbaren Einkommens unter steuerlichen Rahmenbedingungen einstellen und ihre wirtschaftlichen Entscheidungen daran anpassen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Das sieht man gerade, wie sich das anpasst. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Besonders positiv, ob Ihnen das nun passt oder nicht, ist das Vorziehen der Stufe 2002 des Steuerentlastungsgesetzes um ein Jahr auf 2001 zu bewerten. Das wird sich positiv auswirken, denn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Unternehmen werden bereits 2001, also ein Jahr früher, um circa 27 Milliarden DM entlastet.

An dieser Stelle ein konkretes Beispiel, was das konkret bedeuten wird: Eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen in Höhe von 60.000 DM jährlich muss einschließlich der Kindergelderhöhung bereits in diesem Jahr 2.196 DM weniger Steuern zahlen als 1998. Im nächsten Jahr steigt die Entlastung auf 2.944 DM an und sie

erreicht schließlich ab 2005 mehr als 4.000 DM jährlich. Wenn das nicht eine Steuerentlastung auch im Interesse der kleinen Leute sein soll,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und wenn er 100 Kilometer Arbeitsweg hat, dann hat er das wieder ausgeglichen am Jahresende.)

dann frage ich mich, welche Wahrnehmung von Wahrheit Sie haben.

Die zielorientierten Steuerreformen der rot-grünen Bundesregierung sind unabdingbare Voraussetzung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Meine Damen und Herren! Nun einige Ausführungen zur anstehenden Unternehmenssteuerreform, die ja nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern eingebettet ist in eine Fortsetzung der Politik, die mit dem Steuerentlastungsgesetz begann und mit dem Familienförderungsgesetz fortgesetzt wird.

Allein durch die Unternehmenssteuerreform wird eine Steuerentlastung von etwa 21 Milliarden DM erwartet. Davon entfallen auf den Mittelstand und die Kleinunternehmen 14 Milliarden DM. Die kräftige Entlastung der Unternehmensgewinne wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland verbessern, die Eigenkapitalbindung fördern, attraktive Bedingungen für die Investoren aus dem In- und Ausland schaffen und sich somit nachhaltig positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und vor lauter Freude steigt der Euro.)

Ein Schwerpunkt der Unternehmenssteuerreform liegt auf der Stärkung der Investitionen. Dazu war es überfällig, endlich den Systemwechsel bei der Unternehmensbesteuerung anzugehen. Mit diesem Systemwechsel werden Unternehmen, die ihre Gewinne reinvestieren wollen, dazu deutlich bessere Möglichkeiten erhalten. Ich bin jedenfalls der Überzeugung, dass es wirtschaftspolitisch vernünftig ist, diejenigen Unternehmen steuerlich besser zu stellen, die ihre Gewinne in die Schaffung neuer Arbeitsplätze stecken. Die zukünftig definitive Körperschaftssteuer von 25 Prozent bietet gegenüber dem alten Konzept somit eine ganze Reihe von Vorteilen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ist die Steuer arbeitsplatzgebunden? Das ist ja ganz was Neues!)

Herr Riemann, das neue Konzept wird europatauglich sein,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das heißt, das personalisieren.)

wird niedrige Steuersätze ermöglichen, wird die Investitionskraft und auch die Eigenkapitalbildung stärken.

(Heiterkeit bei Georg Nolte, CDU:
Ohne Abgaben.)

Ein auf internationaler Ebene praktikables Steuersystem – und auf die Europatauglichkeit komme ich nachher noch einmal zurück – muss so gestaltet sein, dass sich seine einzelnen Elemente mit anderen Steuersystemen ergänzen. Mit der neuen Körperschaftssteuer und dem Halbeinkünfteverfahren bei ausgeschütteten Gewinnen ist auch verbunden, dass Gewinne steuerlich privilegiert sind, solange sie im Unternehmen verbleiben. Genau das

ist Absicht, denn ein wichtiges Ziel der Unternehmenssteuerreform ist, die Investitionstätigkeit der Unternehmen zu unterstützen.

Jetzt komme ich an dieser Stelle mal zu einer Bewertung des Bundesverbandes der Deutschen Banken, sicherlich nicht im Auftrage der SPD. Der Bundesverband der Deutschen Banken hat in einem Pressegespräch zu den Steuerreformplänen am 12. Januar 2000 bestätigt, dass die für die Kapitalgesellschaften vorgesehene definitive Steuerbelastung von 25 Prozent in Verbindung mit einem Halbeinkünfteverfahren weit weniger gestaltungsfähig sei als das heutige Vollarrechnungsverfahren. Und dieses Modell habe zudem größere Chancen, als Harmonisierungsmodell auf internationaler Ebene zu dienen. Das heißt, Herr Nolte, im Gegensatz zu Ihnen kommt der Bundesverband der Deutschen Banken zu einer ganz anderen Einschätzung

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na klar!)

des jetzt gewählten Halbeinkünfteverfahrens.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die sind doch begünstigt in den Personengesellschaften. Die sind doch begünstigt. – Dr. Armin Jäger, CDU: Die sind doch die Begünstigten.)

Das ist doch in Ordnung.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich bitte um Mäßigung.

Rudolf Borchert, SPD: Es kommt doch hier auf die Frage an, inwieweit das alte Vollarrechnungsverfahren noch europatauglich ist. Das ist doch der entscheidende Punkt. Bisher dachte ich auch immer, Sie wären eine Partei für Europa, aber wahrscheinlich gibt es da momentan bei Ihnen andere Gesichtspunkte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Europawahl haben wir gewonnen, weil wir eine Partei für Europa sind.)

Ich weiß.

(Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS: Herr Riemann, kommen Sie wieder runter!)

Wir müssen doch das Steuersystem europatauglich machen.

(Heinz Müller, SPD: Ich glaube, er mutiert zum Glühwürmchen.)

Dann noch einmal zu Ihren Beispielen. Herr Nolte, Sie haben ja Ihre Quellen nicht angegeben. Wir müssten da noch mal die Quellen abgleichen. Nach meinen Informationen ist das Vollarrechnungsverfahren so, wie es in Deutschland zur Zeit praktiziert wird, nur noch in Italien üblich, in keinem anderen europäischen Staat. Ich würde meinen, da sollte man vorsichtig sein mit solchen Äußerungen in der Frage der Europatauglichkeit. Da müssen wir uns die Fakten wirklich noch einmal ansehen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es gibt noch einen weiteren zu wenig beachteten Aspekt, der für die steuerliche Begünstigung der Eigenkapitalbildung spricht. In den 90er Jahren hat sich die Zahl der Insolvenzen in Deutschland verdoppelt. Das ist eine

ganz schlimme Entwicklung, auch wenn im letzten Jahr diese Entwicklung erfreulicherweise zum Stillstand gekommen ist. Ein Grundübel aber, das dafür verantwortlich ist, bleibt bestehen. Die deutschen Unternehmen, besonders im Osten, verfügen oft über wenig Eigenkapital.

(Wolfgang Riemann, CDU: Deswegen muss man ja Holzmann retten.)

Das liegt nicht unbedingt daran, dass sie zu wenig Gewinne erwirtschaften. Das liegt auch daran, und das ist ganz entscheidend,

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

dass das bisherige Steuerrecht, das bisherige Steuersystem die Fremdfinanzierung begünstigt. Genau deshalb ist ihr Systemwechsel auch so notwendig. Wenn wir also mit der Unternehmenssteuerreform dazu beitragen, dass mehr Eigenkapital in den Unternehmen verbleibt und deren Krisenfestigkeit erhöht, dann kann das nur nützlich sein. Das gilt insbesondere für Ostdeutschland. Und ich kann nicht verstehen, warum Sie nicht bereit sind, diesen konstruktiven Ansatz nicht bloß zu erkennen, sondern möglicherweise auch mitzutragen.

(Beifall Heinz Müller, SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Na ja, an euren Taten werdet ihr gemessen, nicht an euren Worten. – Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Haben Sie noch ein paar solcher Sprüche drauf heute?)

Meine Damen und Herren! Nun hören wir schon seit Wochen von der CDU die Arie – und die haben wir heute auch wieder gehört zu unserem Überdruß –, die rot-grüne Unternehmenssteuerreform sei eine für die ganz Großen, während die Mittleren und die Kleinen belastet werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist so.)

Mal abgesehen davon, dass die Rolle der CDU als Hüter der kleinen Unternehmer und des Mittelstandes genauso komisch ist, als wenn der Fuchs der Hüter der Hühner wäre,

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD – Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

so ist diese von Ihnen hier seit Wochen praktizierte Propaganda ganz einfach vollständiger parteitaktischer Unsinn.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Sie wollen hier nur desinformieren und Angst machen.

Zu den Tatsachen gehört vielmehr, dass durch die drastische Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer – von der CDU/CSU und FDP seit Jahren immer wieder gefordert – die Kleinunternehmen wohl überhaupt nichts haben. Wie wollen Sie das in Ihrer Argumentation irgendwie schlüssig in einen Zusammenhang bringen?

Meine Damen und Herren! Die Unternehmensstrukturen in Deutschland weisen eine wesentliche Besonderheit auf zu der übrigen europäischen. Ich möchte das hier noch einmal an Fakten deutlich machen. Der Anteil der Einzelunternehmen und Personengesellschaften macht bekanntlich über 80 Prozent aus. Das ist keine neue Zahl. Aber wichtig ist noch einmal, dass es auch innerhalb der Gruppe der Personengesellschaften außerordentlich

große Niveauunterschiede gibt, denn mehr als zwei Drittel dieser Unternehmen in Gesamtdeutschland und über 50 Prozent in Ostdeutschland liegen mit ihrem Jahresgewinn unterhalb der Schwelle von 50.000 DM. Etwa 20 Prozent liegen in der Jahresgewinnspanne zwischen 50.000 und 150.000 DM und weniger als 10 Prozent liegen oberhalb von 150.000 DM. Deshalb, und das ist das Entscheidende, muss eine zielorientierte Unternehmenssteuerreform dieser besonderen Struktur gerecht werden. Deswegen kann man da nicht so oberflächlich und so unkonkret herumdiskutieren, sondern man muss sich dann schon die Mühe machen, zielgerichtet die Frage zu diskutieren: Wie können diese einzelnen Gruppen der Unternehmen letztendlich auch zielgerichtet entlastet werden?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Bei der rot-grünen Steuerreform passiert das.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU: Ja.)

Ich möchte Ihnen noch einmal die drei entscheidenden Entlastungsalternativen nennen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben die Bauern gerade vergangenes Wochenende bestätigt.)

Erstens. Die Standardvariante zur Entlastung ist die Gewerbesteueranrechnung, denn zusätzlich zum bisher schon möglichen Abzug der Gewerbesteuer von der Bemessungsgrundlage der Einkommenssteuer kann künftig zusätzlich ein Betrag in Höhe des Zweifachen des Gewerbesteuermessbetrages von der Einkommenssteuerschuld abgezogen werden. Im Ergebnis führt dies für ein Unternehmen bei einem Grenzsteuersatz von rund 50 Prozent an einem Standort mit durchschnittlichem Hebesatz zu einer vollständigen Entlastung von der Gewerbesteuer. Das ist die Grundvariante.

Zweitens. Es besteht die Option, insbesondere für ertragsstarke Personengesellschaften mit hohen kontinuierlichen Investitionen – in der Regel Jahresgewinn über 150.000 DM –, sich unabhängig von der Rechtsform genauso wie Kapitalgesellschaft zu besteuern zu lassen. Für diese Unternehmen kann die Senkung des Steuersatzes auf einbehaltene Gewinne auf nur 25 Prozent eine größere Entlastung bieten als die Gewerbesteueranrechnung, und das als Optionsmodell.

Drittens. Jetzt komme ich zu dem von Ihnen so viel beschriebenen kleinen Unternehmen. Für diejenigen Unternehmen, deren zu versteuernde Gewinne unterhalb der 48.000-DM-Grenze liegen, kann logischerweise die Standardvariante der Gewerbesteuerentlastung nicht greifen, denn sie zahlen schon jetzt keine Gewerbesteuer. Wie Arbeitnehmer mit entsprechenden Einkommen können solche Unternehmen beziehungsweise deren Inhaber nun aber bei der Einkommensteuer entlastet werden. Das ist der entscheidende Ansatz.

Das Vorziehen der dritten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes im Rahmen der Steuerreform 2000 macht auch für diese Gruppe von Unternehmen den 1. Januar 2001 zu einem wirklichen Entlastungstichtag – durch die Anhebung des Grundfreibetrages auf 14.000 DM und die Senkung des Eingangsteuersatzes auf 19,9 Prozent. Weitere Entlastungsschritte, in denen der Grundfreibetrag in Schritten weiter auf 15.000 DM angehoben und der Eingangsteuersatz auf 15 Prozent gesenkt wird, folgen in den Jahren 2003 und 2005.

Und an dieser Stelle mal ein konkretes Entlastungsbeispiel für ein kleines Unternehmen, typisch vielleicht auch für unser Land im Jahr 2001 nach Inkrafttreten der Steuerreform: Ein selbständiger Gas- oder Wasserinstallateur – ich könnte auch ein anderes Gewerk nennen, wichtig ist aber, dass er verheiratet ist, damit die Rechnung aufgeht, in diesem Falle meine ich das Steuerrechnungsmodell – arbeitet allein in seinem Unternehmen und sein Gewinn vor Steuern beträgt in etwa 50.000 DM in einem Jahr. In diesem Jahr zahlt er noch 6.212 DM Einkommenssteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer. Und jetzt kommt's: Im nächsten Jahr zahlt er nur noch 5.464 DM Steuern. Seine Steuerersparnis beträgt also 748 DM.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Er darf dann aber nicht Auto fahren. – Wolfgang Riemann, CDU: Ja, er darf dann aber nicht Auto fahren.)

Dies entspricht zwölf Prozent der Steuern von diesem Jahr in 2001, also einer Steuerentlastung von zwölf Prozent. Dieses Beispiel könnte man faktisch für die Kleinunternehmen auch durchgängig in verschiedenen Modellen immer wieder belegen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es heißt, wir werden durch die Einkommenssteuergesetzgebung in diesen Einkommensgruppen zu einer durchschnittlichen Steuerentlastung von circa zwölf Prozent kommen. Wir können also feststellen, dass durch ein gezieltes und differenziertes Entlastungsangebot für alle Gruppen von Unternehmen, also auch für den Mittelstand, der Mittelstand zu einem großen Gewinner der Steuerreform wird. Noch mal die Gesamtzahlen: ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Daran hält nur die SPD fest. Die Banken sind doch auf ihrer Seite.)

Herr Riemann, lassen wir Fakten sprechen. Ich meine, Zahlen sind unbestechlich, Herr Riemann. Das sind seriöse Zahlen von entsprechenden Forschungsinstituten und so weiter, die letztendlich auch nie in Abrede gestellt worden sind.

(Wolfgang Riemann, CDU: Von den Betroffenen.)

Von 2001 bis 2005 werden bei einer Gesamtentlastung von 44 Milliarden DM 14 Milliarden DM Entlastung auf den Mittelstand, 7 Milliarden DM auf Großunternehmen und 23 Milliarden DM auf die Privathaushalte entfallen. Das sind die Fakten und so muss man das entsprechend einordnen.

(Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger meldet sich für eine Anfrage.)

Meine Damen und Herren! Zum Schluss will ich noch auf einen Punkt eingehen, der von der Börse sehr begrüßt worden ist.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Jäger?

Rudolf Borchert, SPD: Am Schluss.

Ich möchte zum Schluss hier noch auf einen Punkt eingehen, der von der Börse zum Jahresende sehr begrüßt worden ist, aber auch viel Kritik herausgefordert hat. Ich meine die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen aus inländischen Beteiligungen. Dafür sprechen zwar

steuersystematische Gründe, denn im Rahmen der Körperschaftsteuer sollen Gewinne nach Möglichkeit nur einmal versteuert werden. Aber vor allem geht es um das Ziel, wie es so schön heißt, Bewegung und Dynamik in die deutschen Unternehmensbeteiligungsgeflechte zu bringen. Die „Frankfurter Rundschau“ vom 26. Februar 2000 titelt dazu: „Bundesregierung will den Turbokapitalismus mit weiterem Treibstoff versorgen.“ Ich persönlich stehe dieser geplanten Steuerbefreiung auf Veräußerungsgewinne sehr kritisch gegenüber,

(Wolfgang Riemann, CDU: Deshalb loben Sie die Banken ja auch so.)

weil nämlich inzwischen klar geworden ist, dass es ein überflüssiges Steuergeschenk in Höhe von circa 10 Milliarden DM im Zeitraum von 2001 bis 2004 sein wird. Steuermindereinnahmen in dieser Größenordnung werden in den Haushalten des Bundes und der Länder schmerzhaft fehlen. Dieses Geld könnte zum Beispiel sehr gut für öffentliche Investitionen ausgegeben werden zum schnelleren Ausbau des Schienen- und Straßenverkehrs in Deutschland.

Die Annahme – und liebe Kollegen von der CDU, in diesem Fall kritisiere ich etwas, was im Gesetzentwurf der SPD steht, das müsste eigentlich Ihren Vorstellungen entsprechen –, ...

(Ministerin Sigrid Keler:
Wir wollen sie ja auch ändern.)

Das haben Sie schon gemerkt, na gut.

(Beifall Heinz Müller, SPD)

... dieses Steuergeschenk bringe neben Schwung in die Wirtschaft auch zusätzliche Arbeitsplätze, ist sehr unwahrscheinlich aus meiner Sicht, weil sie letztendlich auf dem Prinzip Hoffnung basiert, denn es gibt noch nicht einmal ein billiges Versprechen der Wirtschaft, das auch einzuhalten. Überflüssig ist dieses Steuergeschenk deshalb, weil das große Kaufen und Verkaufen schon längst begonnen hat. Einige Beispiele: Siemens trennte sich seit 1997 von 24 inländischen Industriebeteiligungen, die Deutsche Bank verkaufte im gleichen Zeitraum 10 inländische Pakete und kaufte 13 deutsche und 20 ausländische Unternehmen, der Hoechst-Konzern verkaufte für 3 Milliarden DM den Lackhersteller Herberts an den US-Riesen Dupont und ich könnte weitere Beispiele nennen.

Von daher, meine ich, brauchen wir einen Prozess, der sowieso abläuft, nicht noch mit Steuergeschenken weiter zu forcieren. Außerdem ist es ungerecht – und da beuge ich mich möglicherweise auf eine CDU-Position –, dass Personenunternehmen von dieser Steuersenkung ausgenommen sind. Wenn es – und das sage ich in aller Deutlichkeit – hier nicht zu einer Gleichbehandlung kommt, dann müsste man tatsächlich an dieser Stelle zumindest von einer Benachteiligung des Mittelstandes sprechen. Nun muss man sehen, wie das weiter verhandelt wird.

Meine Damen und Herren! In dieser Woche begann im Finanzausschuss des Bundestages die Anhörung zum Gesetzentwurf der Unternehmenssteuerreform. Herr Nolte, es ist also doch noch ein gewisser Prozess, der dort abläuft.

(Georg Nolte, CDU: Sie kennen ja den Terminplan. – Wolfgang Riemann, CDU: Da kriegt Eichel aber richtig das Zittern!)

Dabei, da bin ich mir sicher, werden noch einmal alle Argumente geprüft. Na ja Gott, ich bin da in guter Gesellschaft mit Heide Simonis zum Beispiel, die davon gesprochen hat, wenn überhaupt eine Absenkung, dann nur auf 20 Prozent, aber keine Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen. Ich bin mir sicher, dass man alle Argumente auch noch einmal prüfen wird und auch Änderungen im Detail sicherlich im Ergebnis herauskommen werden. Aber ich bin mir sicher, dass die grundsätzliche Richtung nicht mehr korrigiert wird, auch wenn es jetzt mal eine CDU-Bundesratsmehrheit gibt, das ist schon klar. Dank der FDP und dank Koch in Hessen ist das ja noch so. Von daher werden wir sicherlich auch mit Kompromissen an der einen oder anderen Stelle leben müssen.

Nur eins, liebe Kollegen von der CDU, ist natürlich auch klar, eine Blockade von der CDU kann ich mir nun überhaupt nicht vorstellen in dieser Sache.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Ich meine, da ist schon ganz schön Druck im Kessel. Und die Vereinigung der bayrischen Wirtschaft – bekannterweise nicht unbedingt der SPD nahestehend – hat an Herrn Nolte, an den Vorsitzenden des Finanzausschusses, geschrieben

(Georg Nolte, CDU: Ja.)

und ich zitiere nur ganz kurz: „Keinesfalls darf es bei der Reform und der Unternehmenssteuerreform erneut zu einer Blockade kommen.“

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Georg Nolte, CDU: Machen wir ja nicht. Das habt Ihr gemacht in der letzten Legislatur, mit Erfolg.)

Wollen wir mal sehen, wie konstruktiv Sie sich dann da demnächst einbringen.

Und jetzt komme ich noch einmal zum Ausgangspunkt zurück. Mit Ihrem heutigen Antragstext – das muss ich mal so sagen – kann man nun wirklich gar nichts anfangen. Und wenn man schon dieses komplizierte Thema zukünftig niveauvoll diskutieren muss, dann lassen Sie sich derweil doch niveauvollere Antragstexte einfallen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Begründen kann er das aber nicht, warum er mit unserem Antragstext nichts anfangen kann. –
Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Borchert, gestatten Sie jetzt die Anfrage? (Zustimmung)

Bitte, Herr Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Borchert, mich quält eine Frage.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD: Oh! – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Der arme Herr Jäger!)

Sie haben im Verlauf Ihrer Rede sehr viel erzählt.

(Reinhard Dankert, SPD: Herr Jäger hat das alles ein bisschen lauter gemacht.)

Das will ich nicht, was hier Kollegen sagen. Das wäre unhöflich.

Rudolf Borchert, SPD: Herr Riemann, das wäre Polemik.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Borchert, Sie haben immer wieder den Begriff gebraucht und haben das so als Gütesiegel der rot-grünen Steuerreform umgehängt, und zwar das sei „europatauglich“. Können Sie uns das einmal erklären. Das ist nämlich sehr überraschend, weil alle sagen, dass dieser Weg, der da gegangen wird, in Europa so nicht akzeptiert wird, denn gucken Sie sich mal den Euro an. Also was ist europatauglich an dieser rot-grünen Reform?

(Reinhard Dankert, SPD: Eine Frage möchte er bitte formulieren.)

Ja, Frau Finanzministerin, ich sehe wieder Ihre Unmutsfalten. Das ist immer so, wenn man Ihnen widerspricht. Dann sind Sie immer ganz böse oder sie lachen. Sie sind das nicht gewöhnt.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Borchert, antworten Sie jetzt.

Rudolf Borchert, SPD: Die Frage ist ja zu beantworten. Es geht hier praktisch um einen Systemwechsel. Wissen Sie, Herr Jäger, das Vollarrechnungsverfahren, was wir bisher haben, das ist in einer Zeit entstanden, da hatten wir eine binnenorientierte Wirtschaft. Da war das sicherlich auch zeitgemäß. Nur die Zeiten haben sich gewandelt und es wäre gut, wenn Sie auch mal zur Kenntnis nehmen würden, dass dieses, ich sage jetzt mal, einfach nicht mehr zeitgemäße Vollarrechnungsverfahren einfach nicht mehr europatauglich ist. Ich habe schon darauf verwiesen, dass nur noch Italien das in ähnlicher Weise macht. Die Wirtschaft ist dermaßen internationalisiert, dass es keinen Zweck hat, ein System, was möglicherweise in deutschen Grenzen noch sinnvoll ist, weiter vor sich herzutragen und zu verteidigen wie eine heilige Kuh. Das kann doch nicht funktionieren, Herr Jäger.

(Ministerin Sigrid Keler. Ja.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Darf ich eine zweite Frage stellen? (Zustimmung)

Wenn das der Hintergrund war – Sie haben das übrigens an alle Passagen angehängt und nicht nur bei dieser konkreten Sache – und wenn dies die Begründung ist für europatauglich, dann frage ich Sie: Stehen Sie noch zur Gewerbesteuer?

(Wolfgang Riemann, CDU: Und zur Ökosteuer?)

Rudolf Borchert, SPD: Sie sind meines Wissens auch Kommunalpolitiker. Das ist ja auch bekannt. Sind Sie sich darüber im Klaren, was es in der jetzigen Situation bedeuten würde, wenn man an die Gewerbesteuer herangehen würde?

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Vielen Dank. Das wollte ich ja nur wissen.

(Heinz Müller, SPD: Die SPD in Berlin hat sich gerade dazu bekannt.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Borchert.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1137. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1137 ist mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Schienenverkehr in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1139.

Antrag der Fraktion der CDU: Schienenverkehr in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/1139 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der verkehrspolitisch interessierte Beobachter kam in den letzten Wochen kaum umhin, das Agieren der Landesregierung in diesem Bereich mit einer Mischung aus Ungläubigkeit, Erstaunen, Ironie und Unverständnis beobachten zu müssen. Da haben wir eine Landesregierung, die sich in ihrer Koalitionsvereinbarung aus dem Herbst 1998 unter Ziffer 42 gegen den Transrapid ausspricht: „Die Landesregierung lehnt den Bau der Magnetschnellbahn Transrapid ... ab.“ Diese Ablehnung hat aber die Landesregierung offenkundig nie davon abgehalten, doch ganz fest an die Realisierung des Transrapids zu glauben. Nicht anders zu erklären ist sonst nämlich die Tatsache, dass die Landesregierung von der Aufgabe des Transrapidprojektes völlig überrascht war,

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU,
und Georg Nolte, CDU)

völlig überrascht, weil in keiner Weise darauf vorbereitet. Mit purem Aktionismus und ohne jedes Konzept geisterten verschiedenste Meldungen durch die Medien, was denn nun zu tun sei, um das Land vernünftig in das Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn einzubinden. Auch das Treffen der berührten Nordländer half da wenig weiter. Die Willens- und Absichtsbekundungen der norddeutschen Regierungschefs in Ehren, aber überzeugend waren sie nicht.

Noch einmal, diese Landesregierung hat den Transrapid mit dem Beginn ihrer Tätigkeit abgelehnt. Wir hielten und halten das für grundfalsch, aber die politische Entscheidung kann und muss man sicherlich zur Kenntnis nehmen. Nicht zu akzeptieren ist allerdings das, was der Ablehnung des Transrapids folgte, nämlich nichts. Es ist von Seiten der Landesregierung nichts, aber auch gar nichts unternommen worden, um über die reine Ablehnung eines innovativen Verkehrsprojektes etwas Sinnvolles für den schienenengebundenen Verkehr im Land zu tun.

Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Wenn Sie die Magnetschwebbahn abgelehnt haben, dann ist das die eine, für uns sehr destruktive Seite der Medaille. Die Frage ist aber, wie sieht die andere aus. Was haben Sie an konstruktiven und visionären verkehrspolitischen Zielen und Vorhaben ins Gespräch gebracht, um den entfallenen Transrapid möglichst hochwertig zu ersetzen? Wie sah denn Ihre Strategie zur schienenseitigen Anbindung des Landes an die Metropolen Berlin und Hamburg aus?

Meine Damen und Herren, ich werde die Antwort vorwegnehmen. Es gab keine Strategie, es gab keine Ziele,

(Peter Ritter, PDS: Genau wie bei Ihnen.)

es gab kein Handeln. Wir hätten gehandelt, Herr Ritter.

(Peter Ritter, PDS: Transrapid und Autobahn, aber keine Schiene.)

Es gab nicht einmal eine auch nur einigermaßen akzeptable Interessenvertretung des Landes durch die Regierung. Wie sonst wäre es erklärbar, dass beispielsweise auf der IC-Strecke Berlin-Hamburg die Stadt Wittenberge der weitaus wichtigere Halt ist als Ludwigslust. Wie kommt es, dass die Züge auch nach dem Fahrplanwechsel im Mai in Wittenberge halten, obwohl dann eine zweieinhalbjährige Umbauphase dieses ohnehin wenig erfreulichen Bahnhofs erfolgt? Warum halten die Züge nicht im bereits erneuerten Bahnhof Ludwigslust? Ganz einfach, weil die Landesregierung keine Pflöcke eingeschlagen hat. Im Gegensatz zum brandenburgischen Ministerpräsidenten ist es unserem Regierungschef offenkundig egal, ob und wie sein Land in das Schnellverkehrsnetz der Bahn eingebunden ist, frei nach dem Motto „Den Transrapid wollen wir nicht und alles andere kümmert uns nicht.“

(Reinhard Dankert, SPD: Das stimmt ja nicht.)

Das, verehrter Herr Ministerpräsident, verehrte Landesregierung, nennt man wohl stupiden Dogmatismus.

Meine Damen und Herren, was die Regierung hier seit ihrer Amtsübernahme betrieben hat, das ist Verkehrshinderungspolitik, nichts anderes.

Ich möchte Ihnen noch einmal die Unterschiede zu unserer Auffassung deutlich machen.

Die CDU hat immer vorbehaltlos den Transrapid befürwortet. Wir haben gesagt: Ja, die Magnetschwebbahn ist eine große Chance für unser Land. Sie bringt Hochtechnologie nach Mecklenburg-Vorpommern und verbindet die Landeshauptstadt auf exzellente Weise mit den wichtigen Metropolen Berlin und Hamburg. Wir hatten eine klare Vorstellung von der Anbindung des Landes an die wichtigen Großstädte. Wir wollten diese Achse Berlin-Schwerin-Hamburg für unser Land nutzen und unsere Landeshauptstadt reisetchnisch

(Reinhard Dankert, SPD:
Schön an Rostock vorbei.)

quasi zu einem Vorort von Berlin und Hamburg machen. Schönen Dank für den Tipp, Herr Dankert.

(Reinhard Dankert, SPD: Dann ist ja gut.)

Im Übrigen, auch eine leistungsfähige Anbindung Rostocks an den Transrapidhaltepunkt in Holthusen wäre durchaus durch die Realisierung des VDE 1 gegeben.

(Reinhard Dankert, SPD:
Wir sind viel schneller so in Berlin.)

Ja, mit ein bisschen Regionalbahn vier Stunden hin, vier Stunden zurück, dann ist der Tag um.

(Reinhard Dankert, SPD: Nein, mit einer vernünftigen Schnellverbindung.
Das wissen Sie genauso wie ich.)

Meine Damen und Herren, was haben wir jetzt? Was bleibt? Es bleibt eine geplante Transrapidtrasse, die nicht genutzt wird, obwohl die Magnetschwebbahn an ande-

rer Stelle gebaut werden soll, was übrigens noch einmal erhebliche Planungs- und Vorbereitungskosten mit sich bringt, das darf ja auch nicht vergessen werden. Es bleibt ein Land, das weitgehend von den Schienenschnellverkehren der Bundesrepublik abgekoppelt wird und das einmal mehr eine Chance auf Hochtechnologie vergeben hat.

(Peter Ritter, PDS: Was machen wir mit der Bahn in der Fläche?)

Es bleibt die offene Frage, wie Mecklenburg-Vorpommern in Zukunft leistungsfähige Verkehrsverbindungen auf der Schiene nach Berlin und Hamburg sicherstellen will.

(Reinhard Dankert, SPD: Das haben wir alles innerhalb von einem Jahr geschafft.)

Es bleibt die fehlende Vision davon, wie langfristige Verkehrspolitik in Mecklenburg-Vorpommern aussehen soll.

(Peter Ritter, PDS: Es gibt aber auch Leute, die kreuz und quer reisen wollen im Land und nicht nur nach Schwerin.
Die brauchen Verbindung im Land.)

Sieht die Landesregierung denn noch die Chance, Mecklenburg-Vorpommern zur Verkehrsdrehscheibe im Ostseeraum zu machen oder hat sie sich davon auch verabschiedet?

(Zuruf von Georg Nolte, CDU –
Peter Ritter, PDS: Ich fahre.
Ich fahre mehr mit dem Zug als Sie.)

Verabschiedet vielleicht deshalb, weil ja im Westen mit der Öresundquerung und der Fehmarnbelt-Querung sowieso eine Landanbindung Skandinaviens erfolgt und die Ostverkehre ins Baltikum zukünftig über Polen laufen. Verabschieden wir uns hier aus dem Wettbewerb, Herr Ministerpräsident, Herr Wirtschaftsminister? Das hoffe ich doch wohl nicht.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat in unserem Antrag vorgelegt, was wir erwarten. Natürlich sind auch wir uns darüber im Klaren, dass Wunder nicht zu erwarten sind, zumal ja bei genauem Lesen der Interviews von Verkehrsminister Klimmt und Bahnchef Mehdorn offenkundig wird, dass weder die Bundesregierung noch die Bundesbahn gesteigertes Interesse an unserem Land haben. Zerstört sind, meinen wir, selbstverständlich auch die Utopien von PDS und SPD, die Transrapidmilliarden wären für andere Verkehrsprojekte in Mecklenburg-Vorpommern nutzbar, denn das war doch wohl von vornherein klar, dass es einen solchen Handel mit der Bundesregierung nicht geben würde, schon gar nicht, wenn die Magnetschwebbahn an anderer Stelle gebaut wird und die Gelder noch gebraucht werden.

Fazit: Transrapid weg, Transrapidgelder weg. Dies ist die traurige Zwischenbilanz nach anderthalb Jahren roter Schienenverkehrspolitik.

(Caterina Muth, PDS: Oh! –
Peter Ritter, PDS: Transrapid hat keine Schiene.)

Wir erwarten von Ihnen jetzt klare Aussagen. Arbeiten Sie! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Vierkant.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Finanzministerin Frau Keler in Vertretung des Wirtschaftsministers. Bitte, Frau Keler.

(Jörg Vierkant, CDU: Auch das ist bezeichnend.)

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Wie Sie wissen, fahre ich gern Bahn und ich fahre oft Bahn, aber deshalb rede ich heute nicht, sondern ich vertrete den Wirtschaftsminister, der heute in Rostock bei der Jahresfeier der IHK die Landesregierung vertritt. Ich nehme an, der Termin ist leider nicht so richtig mit uns koordiniert worden, aber ich denke, dass der Wirtschaftsminister schon dort anwesend sein muss.

Ich halte also jetzt seine Rede und ich habe mit Staunen festgestellt, Herr Vierkant, dass Sie das ganze Thema der Unterfinanzierung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit gar nicht mit in Ihr Kalkül ziehen. Und ich glaube auch, dass Sie Ihrem Vorgänger Herrn Seidel ein bisschen Unrecht tun, denn ich nehme an, dass die Planungen, die jetzt für die Fragen mit der Deutschen Bahn laufen, in erster Linie noch auf die Verhandlungen und das Ergebnis von Herrn Seidel zurückzuführen sind.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Der Transrapid ist ja ein extra Thema.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, den Sie nicht wollten.)

Hier geht es ja jetzt um das andere Thema. Ich werde mal versuchen, in der Rede die ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wollen ihn doch schon seit anderthalb Jahren nicht.)

Das hat doch mit dem Anderen gar nichts zu tun. Ich komme dazu.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Als Schweriner muss ich ihn doch fordern.)

Ja, für Sie als Schweriner, aber ich glaube, wir sind ein Landesparlament, und hier geht es um die Anbindung des Landes

(Dr. Armin Jäger, CDU: Auch der Landeshauptstadt, auch der Landeshauptstadt, Frau Ministerin.)

an die anderen Zentren, wie Hamburg, Berlin oder auch die Verbindung hier quer durch das Land. Ich glaube schon, ein bisschen kann ich da mitreden, weil ich all die Strecken doch öfters mit dem Zug fahre.

(Peter Ritter, PDS: Man sieht sich öfter im Zug.)

Wir treffen uns manchmal, ja.

Die aktuelle verkehrspolitische Situation ist dadurch gekennzeichnet, dass sich die regionale Entwicklung in Europa nicht mehr an politischen Grenzen ausrichtet, sondern an grenzüberschreitenden Großregionen. Die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns vollzieht sich so innerhalb der Ostseeregion. Für Norddeutschland ist der Ostseeraum ein historisch gewachsener Bezugsraum. Hier leben über 50 Millionen Menschen, die einen Markt von europäischer Bedeutung bilden. Grundlage für die

Entwicklung der Ostseeregion ist eine partnerschaftliche Kooperation, die wir seit zehn Jahren aktiv mitgestalten. Um gemeinsame Strategien für verkehrliche Entwicklung, Raumordnung und Landesplanung zu erarbeiten, streben wir im Rahmen der INTERREG-II-Gemeinschaftsinitiative nachhaltige Verbesserungen der Verkehrssysteme und -korridore an. Als positive Ansätze nenne ich die EU-geförderten Verkehrsprojekte VIKING und SEABIRD, die nationale Verkehrsinformationssysteme koordinieren beziehungsweise den Regionalluftverkehr im Ostseeraum untersuchen.

Trotz der Zusammenarbeit besteht auch innerhalb der Region ein Wettbewerbsdenken. Ein Beispiel dafür ist die abweichende Auffassung Mecklenburg-Vorpommerns zur Fehmarnbelt-Querung wegen der zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die Häfen im Lande.

Zur Einbindung Mecklenburg-Vorpommerns in den sich stark entwickelnden Ostseeraum sind insbesondere folgende Verkehrsprojekte von besonderer Bedeutung:

Beim Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer 1 von Lübeck nach Stralsund drängt die Landesregierung weiter auf eine Beschleunigung dieses von Bund und Deutscher Bahn AG nicht sehr hoch eingestuften Projektes.

Das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer 2, die Eisenbahnstrecke Berlin-Hamburg, ist im Bereich des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Wesentlichen abgeschlossen. Als Ersatz für den Transrapid ist aber ein weiterer Ausbau erforderlich. Ich komme auf diese Problematik noch zurück. Auch die von Norden auf Berlin zulaufenden Eisenbahnstrecken Rostock-Güstrow-Neustrelitz-Berlin und Saßnitz-Stralsund-Pasewalk-Berlin müssen auf eine Höchstgeschwindigkeit von 160 Kilometern pro Stunde ausgebaut werden.

(Reinhard Dankert, SPD: Mindestens.)

Meine Damen und Herren, nach dem Wegfall der Transrapidstrecke Hamburg-Schwerin-Berlin fordert die Landesregierung attraktive Angebote im Schienenpersonenfernverkehr, die allen Landesteilen Vorteile bringen. Um hier attraktive Ersatzangebote im Schienenpersonenfernverkehr anbieten zu können, fordert die Landesregierung den umgehenden Ausbau der vorhandenen Eisenbahninfrastruktur in folgenden Achsen:

- Hamburg-Ludwigslust-Berlin auf 230 Kilometer pro Stunde,
- Kiel-Lübeck-Schwerin-Ludwigslust auf 160 Kilometer pro Stunde und
- Rostock-Berlin auf 160 Kilometer pro Stunde.

Als wichtigstes Ziel, weil es von der Strecke her auf der Hand liegt, sehe ich in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer schnellen Verbindung Kiel-Lübeck-Schwerin-Ludwigslust-Berlin im Einstundentakt.

(Belfall Götz Kreuzer, PDS)

Mecklenburg-Vorpommern befindet sich damit im Einklang mit Schleswig-Holstein. Erreicht werden soll damit auch eine Verkürzung der Fahrzeit Schwerin-Berlin von zweieinviertel auf unter anderthalb Stunden. Die vier Stunden, die Sie genannt haben, Herr Vierkant, waren ein bisschen übertrieben.

(Jörg Vierkant, CDU: Regionalbahn war im Gespräch, Frau Keler, das wissen Sie.)

Ja.

Als Sofortmaßnahme – nach meinen Vorstellungen noch bis Ende Mai 2000 – fordert die Landesregierung von der Deutschen Bahn AG die Einrichtung eines IC-Haltes in Ludwigslust. Dadurch werden stündlich statt bisher zweistündlich Umsteigeverbindungen zwischen dem Raum Wismar-Schwerin und Berlin sowie eine Fernverkehrsanbindung des südmecklenburgischen Raumes an Hamburg und darüber hinaus geschaffen.

(Harry Glawe, CDU: Sie reden schon wieder über Sachen, die Sie noch gar nicht haben.)

Ebenso wichtig ist für uns die Verbindung zwischen der Hansestadt Rostock und der Bundeshauptstadt Berlin im Schienenpersonenfernverkehr. Da gebe ich zu, Herr Vierkant, das ist zur Zeit nicht optimal. Durch Streckenausbau von Rostock über Neustrelitz, hier erfolgt die Anbindung Neubrandenburgs nach Berlin, kann die Fahrzeit von heute gut drei Stunden auf etwa eindreiviertel Stunden verringert werden. Auch die Häufigkeit der Bedienung muss erhöht werden.

Neben diesen in direktem Zusammenhang mit dem Wegfall des Transrapid stehenden Forderungen setzt sich die Landesregierung für eine kurzfristige Verkürzung der Reisezeit und eine häufigere Bedienung auf der für Vorpommern und den Tourismus wichtigen Achsen Rügen-Stralsund-Greifswald-Pasewalk-Berlin ein. Die ständigen Bestrebungen, den Fortschritt beim Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer 1 Lübeck-Hagenow/Land-Rostock-Stralsund erheblich zu beschleunigen, werden wir dabei nicht aus den Augen verlieren.

Meine Damen und Herren, der Schienenpersonennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern wird durch attraktive Angebote weiter gestärkt. Die seit der Übernahme der Verantwortung für den SPNV durch das Land von 1996 bis heute durchgeführten Verbesserungen haben Fahrgaststeigerungen von über 25 Prozent gebracht. Dies ist, wie ich finde, ein Beweis für die Akzeptanz des ÖPNV, wenn gute Angebote vorliegen.

Die nächsten Verbesserungsschritte werden sein:

- der Lückenschluss der Eisenbahn nach Usedom Ende Mai 2000,
- die durchgehende Wiederaufnahme des Betriebes zwischen Wismar, Neubukow, Bad Doberan, Rostock und Tessin im November des Jahres sowie
- die Aufnahme des Stundentaktes zwischen Schwerin und Gadebusch durch die Stadtwerke Schwerin GmbH ab Juni 2001.

(Angelika Gramkow, PDS: Aha.)

In allen drei Fällen werden moderne Dieseltriebwagen die bisherigen in Sachen Technik und Komfort veralteten Fahrzeuge ablösen. Wir werden den ÖPNV-Landesplan vom August 1997 fortschreiben. Dabei werden ausgehend von einer Optimierung des Fahrplanangebotes Anforderungen an Infrastruktur und Fahrzeuge definiert. Des Weiteren werden wir im nächsten Plan der Verknüpfung von SPNV und sonstigem ÖPNV noch mehr Beachtung schenken. Umsteigepunkte werden verbessert, weitere Tarifkooperationen angestrebt und eine durchgängige Information über die Angebote aller Verkehrsunternehmen im gesamten ÖPNV umgesetzt, auch durch den verstärkten Einsatz elektronischer Medien.

Meine Damen und Herren, wir wollen Usedom besser an sein Oberzentrum Stralsund/Greifswald und den Schienenpersonenfernverkehr anbinden. Eine erhebliche Verbesserung steht für Sommer 2002 an, wenn die von der Landesregierung geförderte Vorpommern-Regionalbahn Realität wird. Angestrebt wird nach derzeitigem Planungsstand ein ganzjähriger Einstundentakt mit einmaligem Umsteigen am Fernverkehrsknotenpunkt Stralsund. Derzeit erfolgen die Abstimmungen der beiden beteiligten Bahnunternehmen Deutsche Bahn AG und Regio beziehungsweise Usedomer Bäderbahn.

Sie sehen meine Damen und Herren, die Landesregierung hat, wie Sie aus meinen Ausführungen jetzt ersehen können, sehr konkrete Vorstellungen, was die Entwicklung des Schienenverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern betrifft. Die gesonderte Beauftragung eines Konzeptes, wie es Ziffer II der Drucksache beinhaltet, ist daher meines Erachtens nicht erforderlich. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte gestern Abend schon gesagt, dass ich nicht mehr allzu viel davon halte, der CDU immer wieder vorzuhalten, was sie hätte in den letzten acht Jahren tun und lassen können. Obwohl bei dem Antrag reizt es mich besonders, aber ich lasse es trotzdem sein.

Dennoch aber ein Blick auf gestern Abend: In der gestrigen Debatte zur Problematik „Nachwachsende Rohstoffe in Mecklenburg-Vorpommern“ hat die Frau Vizepräsidentin in ihrem Diskussionsbeitrag uns kritisiert, weil wir ein Konzept von der Landesregierung erwarten, wie wir dieses Programm umsetzen. Heute verlangen Sie ein Konzept von der Landesregierung zur Entwicklung des Schienenverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern. Sie müssen sich nun schon entscheiden was Sie wollen, ob Konzepte richtig sind oder nicht richtig sind.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:
Mal sind sie richtig und mal nicht.
Kommt ganz darauf an, wer es fordert!)

Gut.

Und als ich den Antrag das erste Mal gelesen habe, dachte ich, die CDU hat jetzt ihr Herz für die Eisenbahn entdeckt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hatte sie vor.)

Aber spätestens seit der Einbringungsrede von Herrn Vierkant ist mir deutlich geworden, dass es hier mehr um eine Trauerrede für den Transrapid geht als um die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Dass Sie sich nicht schämen! Sie haben gewonnen. –
Dr. Arnold Schoenburg, PDS:
Warum soll er sich denn schämen?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein langfristiges Verkehrskonzept für Mecklenburg-Vorpommern ist in der Tat vonnöten, und das nicht erst seit heute. Spätestens jetzt, da sich der ...

(Dr. Armin Jäger, CDU:
So was von rückständig!)

Herr Jäger, ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Jäger,
Sie glauben an die eigenen Märchen.)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, das Wort hat der Abgeordnete ...

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Peter Ritter, PDS: Sind wir jetzt alle so weit, ja? Das ist schön.

Also ich fange noch mal an. Ein langfristiges Verkehrskonzept für Mecklenburg-Vorpommern ist in der Tat vonnöten, und das nicht erst seit heute. Spätestens jetzt, da sich der Transrapid als unrentables Milliardengrab erwiesen hat, muss auch die CDU das erkennen,

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

da sie es lange Zeit versäumt hat, zukunftsweisend ökonomisch-ökologisch vernünftige verkehrspolitische Zeichen zu setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso wir?)

Ihr Konzept, meine sehr verehrten Herren der CDU, Ihr Konzept,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was Sie
da sagen, sind Sachen aus '97.)

das Sie heute von der Landesregierung einfordern, hieß doch „Autobahn und Transrapid“. Mehr war doch in Ihrem Verkehrskonzept nicht zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und ich glaube, dieses Konzept war völlig ungeeignet, die Verkehrsprobleme im Land Mecklenburg-Vorpommern zu lösen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zum vorliegenden Antrag möchte ich bemerken, dass das in Punkt II geforderte langfristige Konzept für den Schienenverkehr in Mecklenburg-Vorpommern

(Harry Glawe, CDU: Wenn es nach Ihnen
geht, wären wir mit dem Fahrrad hier. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie darf
man ja auf kein Fahrrad setzen. –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Mit Doppelrahmen.)

insofern bereits seit einiger Zeit in Arbeit ist. Frau Ministerin hat es ja bereits bekannt gegeben, dass die Landesregierung an der Überarbeitung des ÖPNV-Landesplanes arbeitet. Hinsichtlich der Planung im Schienenfernverkehr und bei den Gütertransporten ist allerdings festzustellen, dass der Einfluss des Landes auf die DB AG und ihre Töchter relativ bescheiden ist. Dennoch ist es wichtig, eigene Ansprüche an moderne Verkehrspolitik zu formulieren und sich auf Landes-,

Bundes- oder auf europäischer Ebene dafür stark zu machen.

Ich will in diesem Zusammenhang noch einmal auf einige Positionen der PDS in Sachen Schienenverkehr verweisen.

Stichwort Schienennetz

Einer Analyse des Verkehrsclubs Deutschland VCD zufolge hat sich die Bahn in folgender Größenordnung aus dem ländlichen Raum zurückgezogen. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind in den alten Bundesländern 30 Prozent des DB-Netzes, 60 Prozent der nichtbundeseigenen Regionalbahnen, 62 Prozent der Straßenbahnen und 43 Prozent der Bahnhöfe und Haltepunkte stillgelegt worden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt, ja.)

Die DB AG hat sich gerade in jüngster Vergangenheit auf den Aus- und Neubau von Fernstrecken konzentriert. Die Strecken, die nur vom Schienenpersonennahverkehr oder vom Güterverkehr bedient werden, befinden sich häufig in einem schlechten technischen Zustand und das ist nicht die Schuld dieser rot-roten Landesregierung.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Wir sind an allem schuld.)

Na gut, aber wir fordern trotzdem, dass die Bahn damit aufhört, sich aus dem Fahrplan die Fernverkehrsstrecken wie die Rosinen aus den Kuchen zu picken und die Strecken in der Fläche zu benachteiligen oder gar aufzugeben. Das ist auch eine ganz deutliche Forderung, die ich an die Landesregierung richte.

(Jörg Vierkant, CDU: Die Bahn verstaatlichen.)

Aber ich will Ihnen deutlich sagen, meine Herren von der CDU, es geht um mehr als nur um einen ICE-Haltpunkt im Land, es geht um mehr als die Anbindung unserer Landeshauptstadt an die Metropolen in der Bundesrepublik.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Es geht um den Erhalt der Bahn in der Fläche und dazu haben Sie bis jetzt noch keinen Beitrag geleistet. In den neuen Bundesländern ist noch vergleichsweise viel Infrastruktur vorhanden, die es mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu sichern gilt. Doch auch dieser vernünftige Ansatz hat seine Grenzen. Diese schmerzlichen Erfahrungen machen wir gegenwärtig im Rahmen der Abbestellung des SPNV auf vier Strecken in unserem Land. Unsere Position bleibt aber weiterhin, das ist uns ausgesprochen wichtig, so viel Infrastruktur wie möglich zu erhalten. Und mit den Vertretern des Initiativkreises der Kommunen der Betroffenen werden wir uns demnächst treffen und über mögliche Alternativen nachdenken, denn es ist uns allen klar, ist eine Strecke erst einmal stillgelegt, sind die Kosten für eine Wiederbelebung ungleich höher als die jährlichen Instandhaltungskosten. Auch das mussten wir in den letzten Jahren erkennen.

(Claus Gerloff, SPD: Das ist wohl wahr.)

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das Land mit der DB AG Trassensicherungsverträge abschließt, um zu verhindern, dass bereits stillgelegte oder von Stilllegung bedrohte Strecken entwidmet werden.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben bei der PDS natürlich nicht im Wolkenkuckuckshaus und wissen genau, dass über allen Entscheidungen zu Gunsten oder zu Ungunsten der Schiene die Frage der

Rentabilität hängt. Aber ich will es hier noch einmal deutlich machen, es sind nicht die Leute, die nicht die Bahn nutzen, schuld an der Abbestellung der Strecken, schuld ist die falsche Prioritätensetzung in der Verkehrspolitik der letzten Jahre und auch heute. Das Dilemma der Wettbewerbsunfähigkeit der Schiene gegenüber den Transporten auf der Straße begann damit, dass sich der Bund mit der Privatisierung der Bahn und der Eingliederung des Fahrweges in die DB AG zu einer unmittelbaren Verantwortung für die Schienenwege entzogen hat. Seitdem unterliegt das Schienennetz dem Anspruch, sich für die DB AG zu rechnen. Die von der Bahn zur Kostendeckung erhobenen Trassenpreise benachteiligen die Schiene massiv gegenüber der Straße, wo vergleichsweise Gebühren nicht erhoben werden. Diese strukturelle Benachteiligung muss endlich aufgehoben werden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Eine von der PDS befürwortete Variante zur Auflösung dieses Konfliktes wäre die Rücküberführung des Schienennetzes in Bundesverantwortung. Eine andere Möglichkeit ist das Erheben einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe für Straßentransporte, etwa nach dem Modell der Schweiz. Ziel ist es, die Diskriminierung der Schienentransporte zu beenden und einen möglichst großen Teil der gewaltigen Gütertransporte von der Straße auf die Schiene zu verlagern. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch ausdrücklich das Vorhaben des Umweltministers des Landes im Rahmen des neuen Abfallwirtschaftsplanes, in unserem Land die Abfallmengen nach Möglichkeit auf der Schiene zu transportieren. Auch das sind Möglichkeiten, die wir auf Landesebene haben und die Sie in der Vergangenheit versäumt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte es bei der Aufzählung dieser Positionen der PDS in Sachen Verkehrspolitik und im Besonderen in Sachen Schienenverkehr belassen. Was wir brauchen, ist eine wirkliche ökologische Wende in der Verkehrspolitik, weg von der klimakatastrophalen Vorrangpolitik für motorisierten Individualverkehr hin zu den umweltverträglichen Alternativen, die dazu beitragen, den irrsinnigen Kraftstoffverbrauch und die daraus resultierenden CO₂-Immissionen drastisch zu reduzieren.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich heute Ihrem Antrag trotzdem nicht zustimme, dann deshalb, weil es erstens ein populistischer Antrag ist und weil Sie zweitens versuchen, uns die Schuld für Ihre falsche Verkehrspolitik jetzt in die Schuhe zu schieben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Seidel von der Fraktion der CDU.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Also eigentlich, wenn ich nicht wüsste, dass unser Protokoll oder unsere Geschäftsordnung es nicht zulässt, dass man eine Rede zu Protokoll geben kann, dann sollten wir aufhören, diesen Punkt zu diskutieren, weil ich finde, es ist eigentlich unmöglich, dass wir zu so einem, wie ich finde, aktuellen und auch dringenden Thema in einer Art und Weise hier zusammen sind, die natürlich schon von sich aus nichts erwarten lässt, was Ergebnisse betrifft.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist reine Selbstbefriedigung.)

Und ich will auch sagen, ich habe zwar schon Verständnis dafür, dass der Wirtschaftsminister natürlich bei dem IHK-Empfang ist, aber dann hätte vielleicht der Ministerpräsident hier sein können. Also ich muss ganz ehrlich gestehen, Frau Keler, ich gebe ja gerne zu, dass Sie Bahnfahrerinnen sind,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Zählen Sie mal die Reihen der CDU durch! Drei, vier, fünf. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber der Arbeitsminister ist da.)

aber das erinnert mich ein bisschen daran, dass jeder, der mal im Hotel gewesen ist, behauptet, er ist ja auch ein Tourismusexperte. So geht das sicherlich nicht. Also insofern glaube ich in der Tat, dass dieses Thema eine etwas andere Stellung in unserer Landtagssitzung verdient hätte,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

weil ich es wirklich für Mecklenburg-Vorpommern als ein ganz wichtiges Thema empfinde.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Seidel, warum haben Sie es nicht beantragt?)

Meine Damen und Herren, zunächst einmal will ich darauf eingehen, dass alle Regierungen, egal von welcher Farbe sie herkommen, in Mecklenburg-Vorpommern daran gearbeitet haben,

(Andreas Bluhm, PDS:
Alles Autofahrer bei der CDU.)

einen möglichst großen Anteil an der prognostizierten, dynamischen Entwicklung im baltischen Raum zu erhalten und für Mecklenburg-Vorpommern zu sichern. Und die Entwicklung wurde immer damit begründet, dass ja die zunehmende Öffnung gen Osten in der Tat für dieses Land eine Möglichkeit ergeben würde, sozusagen – und jetzt verwende ich auch das Wort, was hier heute schon einmal gefallen ist – als Drehscheibe zu fungieren und daraus letztlich wirtschaftliche Effekte abzuleiten.

Und, Herr Ritter, wenn ich von den Regierungen spreche, dann will ich Ihnen mal sagen, dass wir eben in der Tat – das stimmt, da haben Sie völlig Recht – ja gesagt haben zum Transrapid. Das ist ein entscheidendes Stück eines Verkehrskonzeptes, wenn man an die Schnellverkehre denkt. Wir haben ja gesagt zur A 20, völlig klar. Ich glaube, Sie sagen inzwischen auch ja zur A 20 und schneiden die Bänder durch, wenn ich das richtig sehe.

(Peter Ritter, PDS: Ich werde wohl kein Band durchschneiden.)

Ja, ob Sie, das ist ja in dem Fall völlig unwichtig.

(Peter Ritter, PDS: Das habe ich doch gerade angesprochen.)

Dann müssen Sie mal Ihren Salto mortale den Menschen im Lande erklären, den Sie da vollzogen haben.

(Beifall Harry Glawe, CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, na, na!
Das war aber jetzt gerade ganz böse.)

Und ich will Ihnen auch sagen, das der ÖPNV-Landesplan eben auch von einem CDU-Minister in dem Fall gemacht worden ist. Übrigens hat er damit heute große Probleme, weil er natürlich dann auch vertreten muss, was da

an Prüfungen im Hinblick auf einige Strecken im Lande letztlich an Ergebnissen gekommen ist.

Meine Damen und Herren, wenn ich sage, dass alle Regierungen sich bemüht haben, Mecklenburg-Vorpommern als eine Verkehrsdrehscheibe zu entwickeln, dann gehört natürlich dazu, dass die Häfen ausgebaut wurden. Ich freue mich ja, wenn der Ministerpräsident diese Entwicklung immer so vor sich her trägt, dann muss er bloß dazu sagen, das war das Bemühen aller Regierungen bisher. Das ist, glaube ich, fair, wenn man das sagt, denn die, ich glaube, über eine dreiviertel Milliarde Fördermittel sind ja nun nicht im letzten Jahr geflossen, sondern sie sind über Jahre kontinuierlich in die Häfen investiert worden und Gott sei Dank zeigt diese Entwicklung auch ihre Früchte. Der Fährverkehr hat sich entwickelt, die Hinterlandanbindungen unserer Häfen werden schrittweise verbessert.

Wir sind noch lange nicht da, wo wir hin müssen. Und wenn die A 20 hier genannt wird, dann eben auch deshalb, weil sie in dieser Funktion als Hinterlandanbindung für die Häfen von ganz besonderer Bedeutung ist. Das Maßnahmeprojekt Deutsche Einheit Nummer 1, in der Tat, ging über die Jahre nicht so, geht auch heute nicht so, wie wir uns das alle wünschen. Hier muss man halt sagen, da waren gemeinsame Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt, eine Beschleunigung zu erreichen. Und dazu gehört eben dann, dass man ein Transrapidprojekt in dieses Konzept setzt, weil das eine ideale Gelegenheit war für ein Flächenland, was ansonsten eben weniger Chancen hat, im Schnellverkehr tatsächlich die Verbindung in das deutsche Schnellbahnnetz zu erreichen.

(Peter Ritter, PDS: Und wie kommt die Frau aus Malchin zum Transrapid?)

Wie stellt sich aber nun die sozusagen verkehrspolitische Großwetterlage dar? Ich will das nur mal nüchtern schildern und ich bitte Sie auch, sich vielleicht ein bisschen zu lösen von einzelnen Strecken. Ich will nur mal sagen, wie meine Eindrücke sind, eben auch nach einer Diskussion, die gerade jetzt sehr intensiv im Wirtschaftsausschuss gelaufen ist.

Erstens. Westlich unserer Landesgrenzen, konkret in Schleswig-Holstein, wird sehr intensiv über eine feste Fehmarnbelt-Querung diskutiert, was natürlich Verkehre insbesondere aus den südlichen Bereichen anziehen würde. Und wenn man hier meint, eine privatwirtschaftliche Lösung zu finden, so sprechen die Experten davon, dass mindestens 1,9 Milliarden DM – die Zahl ist gefallen – im Vorfeld dieser dann privatwirtschaftlichen Lösung durch den Staat realisiert werden müssten, nur auf deutscher Seite.

Zweiter Punkt. Im Osten kann man doch nicht übersehen, dass es deutliche Bemühungen gibt, Achsen aufzubauen, die auch aus Deutschland Verkehre über Berlin nach Stettin in den Baltischen Raum an sich ziehen sollen. Da kann man ja im Moment noch sagen, das Geld fehlt, aber bitte, denken Sie alle daran, das Ziel-1-Gebiet wird demnächst, keiner weiß genau wann, auch in Polen dazu führen, dass entsprechende Mittel vorhanden sind.

Drittens. Die Deutsche Bahn AG macht in Mecklenburg-Vorpommern von sich reden, allerdings im Hinblick auf Einsparungen, auf Sanierungsbemühungen. Und, Herr Ritter, da unterscheiden wir uns jetzt, die Bahn kann man überhaupt nicht dafür kritisieren, dass sie Einsparungen

vornehmen will und für meine Begriffe auch muss, dass sie sanieren will. Das ist sozusagen so, wie den Sack zu schlagen, wenn man den Esel meint. Wenn Sie hier jemanden kritisieren wollen, dann müssen Sie den Bund kritisieren,

(Angelika Gramkow, PDS: Hat er doch gemacht.)

denn – darauf komme ich noch mal – der hat den Infrastrukturauftrag. Und ich werde Ihnen auch noch mal die Stelle nennen, die in der Verfassung dafür vorgesehen ist. Also wenn der Herr Mehdorn sagt, er will sich mehr auf die Märkte konzentrieren, was aus seiner Sicht, ich wiederhole das, verständlich ist, dann weiß man aber, welche Schwierigkeiten dadurch für Mecklenburg-Vorpommern entstehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau das.)

Meine Damen und Herren, ich gehe weiter in dem Bild. ICE-Verbindungen sind zumindest für unser Land fraglich, ich will das gar nicht in Abrede stellen, dass es Bemühungen gibt, aber sie sind fraglich. Und wenn Herr Klimmt davon spricht, dass die ICE-Verbindung Hamburg–Berlin bis zum Jahr 2005 mit ungefähr 1 Milliarde DM realisiert werden soll, dann wird ihm sofort widersprochen durch den Herrn Professor Mnich, den Chef vom Institut für Bahntechnik, der dann sagt, nein, sehr verehrter Herr Politiker, das sind 6,7 Milliarden DM und allein die Bauzeit wird zehn Jahre dauern und wir reden noch gar nicht von der Planung.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das zum Kapitel Träume.)

Meine Damen und Herren, ich will nur am Rande erwähnen, dass natürlich auch die Ökosteuern zu diesem Thema gehört, aber das will ich aus Zeitgründen jetzt mal weglassen.

Also, ich glaube, Sie können doch ganz leicht nachempfinden, dass man gar nicht unbedingt Opposition im Lande sein muss, um sich Sorgen zu machen gerade im Bereich der Verkehrspolitik in Mecklenburg-Vorpommern. Und in der Tat fällt es schwer, ein klares Konzept der Landesregierung zu erkennen, das wir ja deshalb einfordern, weil man, wie ich finde – und das habe ich selbst durch – in den Verhandlungen überhaupt keine Chance hat, wenn man nicht wirklich eine klare Linie verfolgt. Und die vermissen wir im Moment.

Und, meine Damen und Herren, wir sind eben ein Flächenland – das müssen wir konstatieren – und wir haben leider nach wie vor eine zurückgehende Bevölkerungszahl, so dass also nicht zu unterschätzende objektive Kriterien es sehr schwer machen, einen effizienten Verkehr in Mecklenburg-Vorpommern zu organisieren.

Nun will ich mal versuchen, ein paar Mindestforderungen zu formulieren, die, wie ich finde, in ein solches Konzept hineingehören würden:

Erstens. Nachdem uns nun der Transrapid davonschwebt ist, brauchen wir in der Tat eine ICE-Strecke von Hamburg nach Berlin, welche es denn nun auch immer sein soll. Es ist ja schwer, sich da heute festzulegen. Man muss da wirklich noch mal die Entwicklung ein Stück abwarten. Und deswegen glaube ich auch, sollten wir uns nicht nur – übrigens, das ist inzwischen auch die Meinung der IHK – auf Ludwigslust kaprizieren, man muss auch Überlegungen anstellen, was denn ist, wenn Wittenberge der Haltepunkt wird. Im Übrigen muss man klar sagen,

dass das natürlich kein Ersatz ist für das, was wir einmal angestrebt haben. Das muss man nüchtern und deutlich sagen. Es ist höchstens die drittbeste Lösung.

Zweitens. Es muss uns dann gelingen, eine solche ICE-Trasse an Rostock und Schwerin anzubinden. Ich könnte mir vorstellen, dass man hier über das Maßnahmenprojekt Deutsche Einheit Nummer 1 Möglichkeiten hat, aber, wie gesagt, auch das gehört zu diesem Konzept.

Drittens. Es ist notwendig, die Strecke Rostock-Berlin zu ertüchtigen – das sagte die Finanzministerin –, um wettbewerbsfähige Zeiten zu erreichen. Wir können uns jetzt über vier oder drei Stunden streiten, aber solange ich mit dem Auto deutlich schneller bin, wird das Verkehrsmittel Bahn eben nicht in ausreichender Zahl genutzt. Und nun höre ich vom Wirtschaftsminister, dass der Bund dafür 800 Millionen DM bereitstellen müsste. Ja Gott, dann muss es unsere Forderung sein, dann müssen wir sie klar und deutlich formuliert Herrn Klimmt auf den Tisch legen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, Sie hätten schon Gelegenheit dazu gehabt.

Viertens. Wir müssen ganz klar die Bemühungen in Schleswig-Holstein zum Aufbau einer festen Fehmarnbelt-Querung ablehnen, zumal sie auf zweifelhaften Berechnungen basieren, denn nach meiner Kenntnis ist ein Kosten-Nutzen-Faktor von unter 1 dort ausgewiesen und alle wissen, dass zur Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan ein Kosten-Nutzen-Faktor von 3 als Mindestforderung gestellt wird. Also kann eigentlich überhaupt nicht über dieses Projekt geredet werden. Und im Übrigen will ich auch feststellen – und das ist auch ein wichtiges Argument, wie ich finde –, dass, wenn es – nun stellen wir es uns mal vor – zu einer solchen festen Fehmarnbelt-Querung käme, die ursprünglich einmal ausgewiesenen Kosten-Nutzen-Faktoren bei den Maßnahmen, die jetzt bei uns im Lande realisiert wurden, sich dann deutlich verändern würden. Und das kann ja wohl nicht richtig sein, dass man sozusagen mit öffentlichem Geld Maßnahmen, die durch öffentliches Geld entstanden sind, in einer Weise konterkariert, dass es dann auch ein beziehungsweise offensichtlich das strukturschwächste Land in Deutschland treffen würde.

Und fünftens, meine Damen und Herren, in der Tat halte ich eine Diskussion über den ÖPNV-Landesplan für erforderlich. Frau Ministerin sagte, dass der fortgeschrieben werden soll. Man muss, finde ich, darüber reden – das haben wir heute zum Beispiel auch getan –, ob der bisher immer wieder in den Mittelpunkt gestellte Taktfahrplan, ich meine damit diesen 2-Stunden-Rhythmus, nun sozusagen der Weisheit letzter Schluss sein kann. Ich meine auch, hier müssten wir flexibler agieren, damit nicht Luft in dem Maße hin und her gefahren wird, wie das ja leider heute der Fall ist.

(Jörg Vierkant, CDU: Auch saisonal.)

Meine Damen und Herren, wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass die Diskussion zielgerichtet und ergebnisorientiert fortgesetzt wird, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern auch notwendige Hausaufgaben machen, um dann Gespräche führen zu können. Und, wie gesagt, das Gespräch mit der Bahn, das jetzt gerade geführt wird – das ist alles gut und schön, nur – noch einmal –, nicht die Bahn ist der eigentliche Ansprechpartner. Die Bahn ist privatisiert und hat demzufolge, ganz klar auf

unternehmerische Ziele zu achten, muss sich danach ausrichten, wie die Wirtschaftlichkeit im Unternehmen aussieht. Der eigentliche Ansprechpartner ist die Bundesregierung, ich hatte es schon gesagt. Und ich will Ihnen, damit wir das alle noch mal verinnerlichen, den Artikel 87 e der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland – so lang ist er nicht – hier zitieren. Da heißt es: „Der Bund gewährleistet, daß dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, Rechnung getragen wird.“

Also, meine Damen und Herren, der Ansprechpartner ist ganz klar. Sie haben es in der Koalition in der Hand, auch hier die Forderungen aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern klar und deutlich zu formulieren. Ich denke, hier ergibt sich eine wunderbare Möglichkeit für die Bundesrepublik Deutschland, für die Bundesregierung dieses Landes, deutlich zu machen, ob denn nun wirklich der Aufbau Ost Chefsache ist. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Seidel.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Gerloff von der Fraktion der SPD.

Claus Gerloff, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mich trifft wieder das Los des zuletzt Redenden

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und Herr Seidel hat eben auch noch wesentliche Teile meines Konzeptes vorweggenommen, unter anderem auch den Verweis auf das Grundgesetz, den ich für unheimlich wichtig halte.

Mecklenburg-Vorpommern im Schnittpunkt europäischer Verkehrsströme – so haben wir es uns viele Jahre immer wieder gegenseitig klargemacht. Keine Rede, kein Konzept, keine Studie ohne diese europäische Dimension der Verkehrspolitik, der Wirtschaftspolitik, der Entwicklungschancen. Der Wirtschaftsminister hatte das in seiner Rede auch drin. Ich habe dazu auch konkrete Daten hier. Ich möchte davon aber nur zwei nennen, zum Beispiel: Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland mit den Ostseeländern, von 1992 bis 1998 ein Zuwachs von 30 Prozent mit den marktwirtschaftlichen Ländern und ein Zuwachs von 150 Prozent im Handel mit den Transformationsländern. Vieles andere ergibt sich daraus: die Zuwächse im Hafenumschlag, der Anteil des Ostseeverkehrs überhaupt am Weltseeverkehr und dergleichen.

Aber wenn wir uns das alles klarmachen, dann haben wir damit im Grunde noch gar nichts gewonnen, denn allein die günstige verkehrsgeographische Lage macht es eben nicht. Wir werden nicht zur Verkehrsdrehscheibe, wenn wir uns mit unserer bisherigen Infrastruktur in den Wettbewerb begeben. Unsere Nachbarn schlafen nicht, das hat Herr Seidel auch schon hier begründet. Deswegen kommen wir im Grunde nur voran und können uns auf Dauer behaupten, wenn wir unsere Verkehrsinfrastruktur ausbauen, wenn wir sie wirklich für die Zukunft fit machen.

Und ich habe mir noch mal alle Verkehrskonzepte unseres jungen Landes seit 1990 vorgekramt, sie durchgelesen und miteinander verglichen. Es steht im Grunde in

jedem das Gleiche drin. Egal, welche der vier jeweils an der Regierung beteiligten Parteien das Sagen hatte, es steht immer das Gleiche drin. Und bezogen auf die Transitverkehre nach Skandinavien stehen immer wieder die Forderungen drin: Ausbau der Eisenbahnstrecken Berlin-Neustrelitz-Rostock und Berlin-Pasewalk-Stralsund-Saßnitz für 160 Kilometer pro Stunde. Das haben wir heute wieder gehört, das fordern wir jetzt. Aber das fordern wir seit zehn Jahren und wir sind nicht ein Pünktchen weiter gekommen in dieser Frage. Ganz im Gegenteil, wir fahren länger auf diesen Strecken als zu den guten DDR-Zeiten mit den Städteverbindungen und dergleichen. Also, dass das alles sein muss, das ist klar, das müssen wir uns hier nicht länger vorraubern. Aber wir müssen wirklich etwas davon durchsetzen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und da reicht es eben nicht, wenn ich hier jetzt mal zitieren kann, was die Koalitionsregierung sich konzeptionell dazu vorgenommen hat in Punkt 42 des Koalitionsvertrages, Ablehnung des Transrapid, ist gegessen: „Die dafür vom Bund vorgesehenen Mittel sollen statt dessen für den beschleunigten Bau der Eisenbahnstrecke Lübeck-Rostock-Stralsund, der A 20, der Rügenanbindung, der A 241 und von Ortsumgehungen eingesetzt werden.“ Gut und schön gedacht, bloß der Bund spielt nicht mit.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das ist das Problem.

(Jörg Vierkant, CDU: Das ist das Problem.)

Das hat der Bund ja nun mal klargemacht.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ja, das ist ein anderes Thema, Herr Ritter. Warten Sie mal ab, das kommt auch noch!

Es reicht eben nicht, wenn der Bund jetzt von diesen Mitteln 1 Milliarde DM für den Ausbau einer ICE-Strecke Hamburg-Berlin zur Verfügung stellt. Da könnte ich beinahe sagen, je schneller diese Strecke wird in der Zukunft – jetzt soll sie auf 230 Kilometer pro Stunde ausgebaut werden –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das glaube ich nicht.)

desto schneller fahren die Züge an Mecklenburg-Vorpommern vorbei und desto geringer sind die Chancen,

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD)

dass man den Zug unterwegs mal halten lässt. Das ist wirklich die Realität. Das ist so.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Trotzdem kämpfen wir natürlich um den Haltepunkt Ludwigslust. Nur – das ist hier auch schon gesagt worden –, wenn man mal vergleicht, was für Schwerin als Alternative dabei rauskommt, nämlich aus einer Direktanbindung an diese Trasse die Möglichkeit, in der Umgebung zuzusteigen, umzusteigen, das ist natürlich nicht vergleichbar.

Gut vorangekommen sind wir bei der Hafeninfrastruktur, das heißt beim Hafenausbau, einschließlich Vertiefung der seeseitigen Zufahrten, Vertiefung der Fahrrinnen – ganz klar, da wird viel getan, das ist auch wichtig. Unsere Häfen haben uns das auch gedankt mit enormen Zuwachsraten im Umschlag. Bloß, die müssen wir halten. Im Verhältnis zu den anderen und natürlich von der Masse

müssen wir sie ausbauen. Das halten wir im Grunde nur, wenn wir ständig daran arbeiten, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Und da kennen wir auch unsere Schwachpunkte, die Infrastruktur habe ich bereits genannt, zumindest schienenseitig. Ein weiterer Schwachpunkt – und da müssen wir uns mächtig böß machen – ist die unzureichende Kooperationsbereitschaft der Deutschen Bahn AG mit unseren Häfen im Lande: die enormen Benachteiligungen bei der Tarifgestaltung, das fehlende Engagement beim GVZ in Rostock und das Fehlen einer jeglichen Angebotsoffensive des DB-Cargo-Bereiches, tatsächlich auch mal wieder mehr Güter auf die Schiene zu bekommen. Und wenn man das nicht bei den Häfen will, wo will man dann überhaupt anfangen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ein weiterer Stichpunkt: Was kommt nach dem Transrapid? Ich bin hierauf schon in meiner Rede am 3. Februar diesen Jahres eingegangen, wo der Transrapid noch nicht offiziell gestorben war, und ich habe damals gesagt, wir brauchen Alternativen für diesen Worst Case, den wir jetzt haben. Ich möchte das im Grunde nicht wiederholen. Was ich heute gehört habe, bringt mich richtig in Begeisterung, vorgetragen von der Finanzministerin, nämlich Ausbau der Trasse Kiel-Lübeck-Schwerin-Ludwigslust-Berlin für 460 Kilometer pro Stunde, Befahren dieser Trasse im Einstundentakt – eine großartige Vision, bloß völlig neben der Realität. Das muss ich wirklich so sagen. Es ist so. Wann und mit welchen Mitteln wollen wir diese Trasse ausbauen? Wenn es die Hochgeschwindigkeitsstrecke Hamburg-Berlin gibt, dann gibt es eben auch Alternativen, diese Trasse noch besser zu nutzen, auch aus Richtung Skandinavien. Die Eisenbahn fährt ja schon über den Großen Belt-Kiel-Hamburg-Berlin. Ich glaube nicht, dass man die Trasse Kiel-Schwerin-Berlin parallel dazu derartig ausbaut und dann auf keinen Fall im Stundentakt bedient. Das ist zu viel des Guten. So gut, wie sich das anhört, aber wir müssen es einfach sein lassen, uns in die eigenen Taschen zu flunkern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Tja, außerdem noch ein Gedanke zu dieser Trasse: Wenn sie denn wirklich käme, dann käme zwangsläufig auch die feste Fehmarnbelt-Querung.

(Jörg Vierkant, CDU: Und nur dann.)

Im Zusammenhang und nur dann. Das heißt, dass Schleswig-Holstein das will, und es hat sich mit uns darüber verständigt, ist doch völlig klar. Aber was kommt für uns dabei raus? Wenn wir diesen Kapazitätsausbau der Trasse intensivieren,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dann ist das die Rennpiste für den Güterverkehr von Skandinavien über die Fehmarnbelt-Querung nach Mitteleuropa. Den Aspekt sollten wir prüfen, ob wir bei dieser Konzeption wirklich im Boot mit Schleswig-Holstein bleiben, ob das nicht im Gegenteil im Folgenden viel mehr Nachteile für unser Land ergibt.

(Harry Glawe, CDU: Erst einen Kooperationsvertrag machen.)

Noch mal zur Position der Deutschen Bahn AG: Inwiefern ist die DB AG wirklich der Partner für Mecklenburg-Vorpommern im Schienenverkehr? Ich erinnere nur kurz an die Horrormeldungen der letzten zwei Jahre über den großen Leistungsabbau im Reisefernverkehr, den die

Bahn konzeptionell untersucht hat. Natürlich sollte nicht alles davon umgesetzt werden, aber ein Großteil und von diesem Großteil leider das meiste in unserem Land. Wir sind eben kein Eisenbahnland, wenn man es unternehmerisch betrachtet, denn uns fehlen die Leute, uns fehlen die Fahrgäste. Also weniger interessante Strecken wird man zuerst in unserem Land abbauen.

Zum Auftrag, den Herr Mehdorn als Vorstandsvorsitzender dieses privatisierten Unternehmens hat – da bin ich genau der gleichen Meinung. Ich hatte mir das ja auch mit dem Grundgesetz angekreuzt, das hatte ich bereits gesagt. Der kann nicht anders handeln, bloß, wir müssen das zur Kenntnis nehmen und wir müssen uns dann wirklich an den Herrn Mehdorn wenden.

Ein kurzes Zitat von Mehdorn habe ich hier noch mal: „Niemand kann uns zwingen, unwirtschaftliche Verkehre zu betreiben, wenn wir sie wirtschaftlicher machen können.“ Und wie will er das machen? – Er dünnt aus. Übrigens noch mal: Die Strecke Kiel–Schwerin–Berlin wird ja zum Fahrplanwechsel im Mai ausgedünnt auf den 4-Stunden-Rhythmus, durch Herrn Mehdorn, durch die Bahn AG. Ausgedünnt wird das bisherige Angebot auf dieser Trasse, zumindest von Kiel bis Lübeck.

Wie dünnt Herr Mehdorn aus? – Indem er im Grunde Fernverkehre reduziert, das Land erpresst, das Land müsste diese Fernverkehre ersetzen mit Schienenpersonennahverkehr, vorwiegend auch selbst bezahlen. Dann kommt im Ergebnis dabei heraus – das ist ja Realität –, dass das Land die SPNV-Mittel an die DB AG gibt sozusagen als, na ja, Lustmacher, und die DB AG fährt dann den Fernverkehr weiter, das heißt, wir finanzieren über Regionalisierungsmittel im Grunde schon Fernverkehr in unserem Land. Das ist die Konzeption von Herrn Mehdorn. Wir können uns das vielleicht einmal leisten, aber länger nicht, denn dann haben wir keine Mittel mehr für den SPNV.

Der nächste Schritt ist dann SPNV, also Schienenersatzverkehr, durch Busse. Und da bietet Herr Mehdorn die Busse der DB AG an, den Reisebusbereich, den er hat. Das ist Strategie Mehdorn. Und das kann nicht unser Konzept sein. Also, Verantwortung des Bundes deutlicher klarmachen als Landesregierung!

Ein Wort noch zum SPNV. Da ist tatsächlich schon sehr viel erreicht worden. 25 Prozent Zuwachs an Fahrgästen, das kommt nicht von allein. Das kommt nur, wenn man die Attraktivität deutlich verbessert, durch neue Fahrzeuge, durch mehr Service, durch Dienstleistungen, durch Reisezeitverkürzungen und dergleichen. Diesen Schritt sollten wir weitergehen und wir sollten diesen Schritt auch im verkehrspolitischen Sinne des Regionalisierungsgesetzes machen, das davon ausgeht, dass wir mit dem verfügbaren Geld so viel Verkehr wie möglich auf die Schiene bringen wollen.

Das heißt umgekehrt gesagt, wir können es uns nicht leisten, Geld auszugeben, wo leere Züge fahren. Wir müssen dieses Geld dort konzentrieren, wo wir auch Fahrgäste in die Züge bekommen, dort die Angebote ausbauen, mehr Verkehr machen. Das heißt aber nicht zwangsläufig, dass ich jetzt diese für die DB AG nicht lukrativen oder nicht interessanten Nahverkehrsstrecken dichtmachen möchte. Erstens steht nun mal fest, der teuerste Anbieter im SPNV ist die DB AG, und zum Glück gibt es günstigere, preiswertere Anbieter im Land, die qualitativ nicht schlechter sind. Die nutzen wir zum Teil. Das müssen wir

zumindest konsequent mehr tun, wenn die DB AG bestimmte Trassen zu ihren Konditionen weiter betreiben will, also dort nicht günstiger anbietet, oder wenn eine Strecke unter diesen Bedingungen sogar nicht mehr bezahlbar ist und sie droht der Stilllegung anheim zu fallen.

Ich habe schon mal in diesem Hohen Hause vorgetragen, dass das Teuerste an der Finanzierung des SPNV eigentlich die Trassenpreise sind. Die Trassenpreise machen weit mehr als 50 Prozent der Gesamtkosten dafür aus, dass wir Züge bewegen lassen wollen. Diese Trassenpreise kassiert die DB AG ein, egal ob wir dort private Betreiber haben, also andere Unternehmen, oder die DB AG. Und die DB AG reinvestiert nicht, sondern fährt diese Trassen auf Verschleiß, kassiert aber diese enorm hohen Trassenpreise.

Darum finde ich wieder interessant – und das ist aus dem gleichen Papier, übrigens ein Druckerzeugnis der DB AG selbst, „DB-Mobil“ – das Zitat von Herrn Mehdorn, und das finde ich wirklich wichtig und interessant, vielleicht hilft es uns, eine Alternative für die eine oder andere Trasse aufzubauen, die jetzt von Stilllegung betroffen ist: „In Einzelfällen“, sagt Mehdorn, „kann ich natürlich nicht ausschließen, dass die DB AG einzelne Strecken ganz aufgibt.“ Sollte er doch, dann wird in solchen Fällen zunächst ihre Mittelstandsinitiative einspringen. „Hier werden wir fallweise Eisenbahnern helfen, sich selbstständig zu machen und in solchen marktnischen Schienenverkehr auf Kurz- und Zubringerstrecken zu betreiben. Man kann zum Beispiel an Strecken für Ausflüge am Wochenende, für Feriengäste im Sommer denken. Für solche Shortlines und Feederlines stellen wir die Fahrzeuge.“

Also, die DB AG geht jetzt im Grunde konstruktiv in diese Konzepte mit rein. Sie hebt, so verstehe ich ihn, die Trasse zum Nulltarif ab, stellt Fahrzeuge zur Verfügung – natürlich nicht die neuesten, die braucht man aber auch nicht, um interessante touristische Angebote zu entwickeln –, macht also ein Stückchen Mittelstandsinitiative mit, hilft jungen Existenzgründern, vielleicht ehemaligen Eisenbahnern, ein kleines Unternehmen für den Schienenpersonennahverkehr aufzubauen. Das wäre vielleicht eine Sache auf der einen oder anderen Trasse, die wir uns unter den bisherigen Bedingungen nicht mehr leisten können, wenn diese 8,30-DM-Trassen-Preise nicht zu zahlen sind. Wir kämen dann vielleicht mit 35 bis 40 Prozent der bisherigen Kosten aus. Das wäre doch mal gründlich zu untersuchen.

Ein vierter Gedanke jetzt noch und dann wär's das für heute, die Forderung der Opposition nach einem langfristigen Konzept für den Schienenverkehr. Ich versuchte schon klarzumachen, wir haben Konzepte von 1990 an, die langfristig angelegt worden sind, die sich kaum unterscheiden. Die müssen wir nicht neu bestellen und neu bezahlen, dafür ist eine Menge Geld ausgegeben worden. Ich nenne hier nur von Oktober 1990 die „Anregungen zur Verkehrspolitik für das Land Mecklenburg-Vorpommern“, das im Juni 1994 vom Wirtschaftsminister Lehment herausgegebene Konzept „Verkehr in Mecklenburg-Vorpommern, Grundlagen und Perspektiven“, ich nenne das Landesraumordnungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern, den ÖPNV-Landesplan und von Juli 1998 das Papier von Herrn Seidel „Leistungsfähige Verkehrswege in Mecklenburg-Vorpommern“. Inhaltlich unterscheiden sie sich kaum, wenn man sie etwas aktualisiert, den einen oder anderen Gedanken jetzt mit reinbringt, dann hat man an

und für sich ein Verkehrskonzept, das so schlecht nicht sein kann, weil über alle politischen Wechsel hinaus diese Konzepte im Grunde inhaltlich immer einigermaßen Bestand behalten haben. Ich möchte also davon abraten, wir brauchen kein neues Konzept, wir brauchen hier nicht irgendwelche Planungsbüros mit Millionen Landesmitteln zu beschäftigen, wir sollten die Papiere aktualisieren.

Einen guten Rat möchte ich dem jetzigen Verkehrs- und Wirtschaftsminister Herrn Eggert noch mit auf den Weg geben, das fiel mir auch auf, als ich mir diese Papiere angesehen habe. Denken Sie mal an diese Daten: Herr Lehment hat sein Papier im Juni 1994 herausgegeben, vier Monate später war er weg vom Fenster.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Herr Seidel hat sein Papier im Juli 1998 rausgegeben, drei Monate später war er weg vom Fenster. Ich rate also unserem jetzigen Wirtschaftsminister, kein Papier neu zu erarbeiten und herauszugeben, damit er uns noch lange erhalten bleibt.

(Beifall und Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Gerloff.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1139. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1139 ist mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Zusammenarbeit der Landesversicherungsanstalt mit den Rehabilitationskliniken des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1142.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Zusammenarbeit der Landesversicherungsanstalt (LVA) mit den Rehabilitationskliniken des Landes Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1142 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:

Herr Glawe, quälen Sie uns nicht so lange! –

Angelika Gramkow, PDS: Bitte, bitte! –

Dr. Armin Jäger, CDU: Reizen Sie ihn nicht! –

Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD)

Harry Glawe, CDU: 19.00 Uhr ist Sandmannzeit.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Rehabilitation im weitesten Sinne ist die möglichst umfassende Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit eines Menschen nach einer schweren Erkrankung, einschließlich seiner Wiedereingliederung in das gesellschaftliche, meist auch das berufliche Leben. Man unterscheidet die medizinische, die schulische und berufliche sowie die soziale Rehabilitation. Der wichtigste Träger der Reha-Maßnahmen ist die gesetzliche Rentenversicherung. Sie gewährt Leistungen, wenn die Erwerbsfähigkeit erheblich gefährdet ist, sowie die verminderte Erwerbs-

fähigkeit, wenn die Erwerbsfähigkeit durch Reha-Maßnahmen wesentlich gebessert werden kann. Während der Teilnahme an medizinischen oder beruflichen Reha-Maßnahmen wird ein Übergangsgeld gezahlt.

Für nicht rentenversicherte Kranke beziehungsweise Familienangehörige ist die Krankenkasse zuständig. Sie gewährt allerdings nur medizinische Reha-Leistungen. Liegen weder Renten- noch Krankenversicherungsschutz vor, hat das Sozialamt die Kosten der Maßnahme nach Paragraph 39 Eingliederungshilfe BSHG zu übernehmen. Allerdings wird das Einkommen und Vermögen des Hilfeempfängers beziehungsweise seiner Unterhaltspflichtigen berücksichtigt.

Meine Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land, das mit Reha-Einrichtungen für Kinder und Erwachsene, mit Mutter-und-Kind-Kliniken sowie mit Einrichtungen des Mütter-Genesungswerkes werben kann. Wir haben 63 Einrichtungen mit circa 9.600 Betten und mit immerhin 4.000 Beschäftigten in diesem Bereich. Zur Sicherung der Belegung der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen schließen diese Einrichtungen mit den Kostenträgern Versorgungsverträge. Kostenträger sind gesetzliche Krankenversicherungen, Rentenversicherungen, Unfallversicherungen und Berufsgenossenschaften.

Mecklenburg-Vorpommern hat die Chance, Tourismus- und Gesundheitsland in Deutschland zu werden. Der Gesundheitsmarkt ist einer der Märkte, die jetzt und in den kommenden Jahren die höchsten Konjunkturerwartungen verzeichnen. Daher sind alle Anstrengungen zu begrüßen und zu befördern, die uns dem Ziel einer umfänglichen Attraktivitätssteigerung näher bringen. In Mecklenburg-Vorpommern sind die natürlichen Ressourcen vorhanden.

Diese müssten auch mit Unterstützung der neuen Regierung möglich gemacht werden. Es geht letztlich um Chancengleichheit für alle qualifizierten Reha-Kliniken in unserem Land. Qualität und Qualitätssicherung sind ein hohes Gut, aber ohne Versorgungszulassung oder Anerkennung beziehungsweise Versorgungsverträge durch die Kostenträger, auch durch die LVA, haben einige Reha-Kliniken im Land einen entscheidenden Nachteil. Dieses führt in der Praxis zu einem enormen Wettbewerbsnachteil, nicht nur innerhalb des Landes, sondern vor allem im gesamten Bundesgebiet, da die einzelnen Landesversicherungsanstalten wegen dieser fehlenden Anerkennung eine Zusammenarbeit mit den Reha-Kliniken in unserem Land oftmals verweigern. Um wirtschaftlich arbeiten zu können, sind die Reha-Kliniken in Mecklenburg-Vorpommern jedoch darauf angewiesen, Patienten aus dem gesamten Bundesgebiet zugewiesen zu bekommen, um in nennenswertem Umfang ihre Auslastungszahlen halten, ja – ich sage – eigentlich steigern zu können.

Meine Damen und Herren! Nur wenn wir unsere Kräfte bündeln, wenn es gelingt, den Landesfremdenverkehrsverband, die regionalen Fremdenverkehrsverbände, den Bäderverband und die Vorsorge- und Reha-Einrichtungen zum gemeinsamen Handeln und Werben für den Standort Mecklenburg-Vorpommern zu bewegen, kann es Synergieeffekte geben. Das hat uns vor allen Dingen Bayern und das haben uns auch die Schwaben vorgemacht.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall Dr. Hubert Gehring, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Glawe.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Bunge.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, die Auslastung der Reha-Einrichtungen im Land bereitet Sorgen. Verantwortlich für die entstandene Lage ist die alte CDU/CSU-FDP-Mehrheit in Bonn,

(Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

die zunächst den Ländern alle Möglichkeiten zu einer verbindlichen Planung nahm.

Zugleich hat aber auch die Landesregierung in den ersten beiden Legislaturperioden nicht hinreichend auf potentielle Investoren und die Kassen eingewirkt, bei den Investitionen im Reha-Bereich mehr Zurückhaltung zu üben. Jetzt verfügen wir – und ich habe die Zahlen zusammengekommen für Kinder- und Erwachsenenrehabilitationen – über mehr als 13.000 Reha-Betten in 64 Einrichtungen. Damit entfallen 53 Betten auf 10.000 Einwohner, während es im Bundesdurchschnitt 23 Betten sind, also 53 zu 23. Der Auslastungsgrad beträgt im Bundesdurchschnitt 66 Prozent und es wundert nicht, dass bei der großen Bettenzahl in unserem Land der Auslastungsgrad nur bei 58 Prozent liegt. Dass wir dort liegen, haben wir selbstverständlich auch der natürlichen Attraktivität des Landes zu verdanken.

Angebot von Reha-Betten und Nachfrage an Reha-Leistungen klaffen aber insgesamt weit auseinander. Die sachwidrigen Entscheidungen des von der CDU verantworteten so genannten Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesetzes von 1996, das alles Mögliche, nur nicht die Beschäftigung gefördert haben mag, alle Kuraufenthalte indikationsunabhängig auf drei Wochen zu begrenzen und den Wiederholungszeitraum ebenfalls indikationsunabhängig auf vier Jahre zu erhöhen, hat die rot-grüne Bundesregierung mit dem Gesundheitsreformgesetz 2000 zugunsten der Versicherten und der Reha-Einrichtungen konsequent korrigiert. Jetzt können Reha-Maßnahmen zeitlich indikationsbezogen bewilligt werden, was sich positiv auf die Belegungsfrequenz der Einrichtungen auch unseres Landes auswirken wird.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist ganz schön.)

Diese Tatsache habe ich zum Anlass genommen, die LVA Mecklenburg-Vorpommern zu bitten, auch mit solchen Antragstellern eine Rahmenvereinbarung über eine potentielle Leistungs- und Betteninanspruchnahme zu schließen, mit denen dies bisher nicht der Fall war, wenn die fachlichen Voraussetzungen für einen solchen Vertrag vorliegen und die Einrichtungen glaubhaft machen können, dass sie bei einer abschlägigen Entscheidung im bundesweiten Wettbewerb um die Belegung spürbar benachteiligt sind. Ich gehe davon aus, dass die LVA in Zukunft bei ihren Entscheidungen über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung diesen Gesichtspunkt beachten wird. Allerdings möchte ich die fachliche Unabhängigkeit der LVA nicht unerwähnt lassen, ein ordnungspolitisches Prinzip, Herr Glawe, das wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht einfach aushebeln können und sicher auch nicht wollen. – Ich danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Reißmann von der Fraktion der SPD.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem heute vorliegenden Antrag der Opposition lehnt die LVA Mecklenburg-Vorpommern angeblich seit Jahren aus grundsätzlichen Erwägungen heraus die Bestätigung einer Kooperation mit neuen Rehabilitationskliniken ab. Dies führe in der Praxis anscheinend zu einem enormen Wettbewerbsnachteil nicht nur innerhalb des Landes, sondern vor allem im gesamten Bundesgebiet, da die einzelnen Länderversicherungsanstalten wegen dieser fehlenden Bestätigung eine Zusammenarbeit mit unseren Reha-Einrichtungen verweigern. Um wirtschaftlich arbeiten zu können, sind die Rehabilitationskliniken des Landes Mecklenburg-Vorpommern, insoweit stimme ich der Intention des Antrages natürlich zu, angewiesen darauf, Patienten aus dem gesamten Bundesgebiet zugewiesen zu bekommen. Die Landesregierung sollte nach Meinung der CDU deshalb bei der LVA sich dafür einsetzen, dass durch die Bestätigung der Zusammenarbeit mit den Reha-Kliniken deren Zusammenarbeit mit den LVAen anderer Bundesländer ermöglicht oder motiviert wird.

Meine Damen und Herren! Es gibt, die Zahl ist genannt worden, 64 Vorsorge- und Reha-Einrichtungen, 19 mehr als 1997. Trotz dieser prekären Entscheidungen von 1996 sind im Lande Leistungen erbracht worden, die nur um 8 Prozent niedrigere Auslastungen im Vergleich zu den Einrichtungen im Bundesdurchschnitt aufweisen. Die Ministerin hat die Zahlen genannt: 58 Prozent bei uns, 66 Prozent im Bundesdurchschnitt. Entsprechend den gewachsenen Kapazitäten haben sich die Leistungen trotz der nicht ganz optimalen Situation erhöht, fast 40 Prozent mehr Patienten sind 1999 im Vergleich zu 1997 betreut worden. Den einzigen Rückgang, den es in der Auslastung gab, hatten wir der 96er Entscheidung der alten Bundesregierung – Verkürzung der Kuren auf drei Wochen – zu verdanken.

(Torsten Koplín, PDS: Dank der CDU.)

Die Behandlungsdauer lag vor eineinhalb Jahren, also 1998, mit durchschnittlich 24 Tagen auch etwas unter dem Bundesdurchschnitt, auch unter dem der zurückliegenden Jahre. Mit dem Ausbau der Kapazitäten, auch das ist erfreulich und noch lässt sich das in etwa halten, hat sich der Personalbestand in den Einrichtungen auf über 4.000 Beschäftigte erhöht. Im Vergleich zu 1997 sind das fast 25 Prozent mehr an Beschäftigten.

Was spricht gegen einen solchen Antrag? Die LVA muss sich an den Ansprüchen ihrer Versicherten und Rentner orientieren, natürlich auch bei der Rehabilitation. Als Leistungserbringer gegenüber den Versicherten und als Kostenträger achtet die LVA darauf, dass ihren Rehabilitanten eine wirksame medizinische Heilbehandlung in dafür geeigneten Reha-Einrichtungen gewährt wird. Insgesamt sind mit Stand per 31.12. über 9.600 Maßnahmen abgeschlossen worden, 6.925 Patienten in Reha-Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern gesandt worden – das sind fast drei Viertel der durch die LVA betreuten Patienten – und etwa 2.700 Patienten sind in LVA-Kliniken anderer Bundesländer eingewiesen worden. Allein durch

diese Einweisung in Kliniken anderer Bundesländer entsteht auch eine Akzeptanz für die LVA-Einrichtungen in unserem Bundesland.

Lassen Sie mich Folgendes sagen: Die LVA ist und sieht sich nicht als Zertifikationsbehörde für Reha-Kliniken in unserem Land, wie Sie sich das, meine Damen und Herren von der CDU, möglicherweise vorstellen oder wünschen. Ihr gesetzlicher Auftrag ist es, Reha-Leistungen für ihre Versicherten zu erbringen. Sie hat nicht den Auftrag, Qualitätskontrollen oder -empfehlungen beziehungsweise Zertifizierungen für andere Leistungsträger zu betreiben. Die Reha-Kliniken werden belegt, die LVA wahrt die Grundsätze eines fairen Wettbewerbs dabei. Die einzelnen Rentenversicherungsträger wie auch die Krankenversicherungsträger belegen Reha-Kliniken je nach ihrem speziellen Bedarf an Behandlungsplätzen, den sie in den einzelnen Krankheitsbereichen haben. Dabei ist es jedem frei gestellt, welche Einrichtung belegt wird, wo auch immer diese gelegen sein möge und welche anderen Sozialleistungsträger dort sonst noch belegen. Jeder einzelne Träger hat seine Verantwortung im Rahmen der ihm gesetzlich zugewiesenen Planungs- und Entscheidungskompetenzen. Und das muss leider auch so bleiben. Eine Warnung in der Richtung, wie Sie sie mit Ihrem Antrag in der Intention haben, können wir nicht unterstützen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hatte durch ihre Bonner Spargesetze insbesondere im Reha-Bereich nicht nur kontraproduktive Auswirkungen im gesundheitlichen Bereich, sondern auch beschäftigungspolitisch gesehen. Dadurch haben Kurzarbeit in den Einrichtungen – auch in unseren Einrichtungen – und Entlassungen zugenommen. Aufgrund der stärkeren Einschränkungen bei den Rentenversicherungsträgern für Rehabilitation wurde das Verfahren zur Entscheidung über Anträge zur Anschlussheilbehandlung umgestellt. Das ist auch ein Aspekt, der negativ zu Buche schlug.

Bis Ende 1996 konnte ein Akut-Krankenhaus-Patient zur Anschlussheilbehandlung direkt in eine der Reha-Kliniken eingewiesen werden, die eine vertragliche Vereinbarung mit der LVA hatte. Voraussetzung war neben der Mitgliedschaft in der LVA und der Antragstellung das grundsätzliche Vorliegen des Bedarfs einer solchen Anschlussheilbehandlung. Dies wurde vom Krankenhaus anhand bestimmter Kriterien geprüft, dann wurde der Patient angemeldet und vielfach erfolgte die endgültige Prüfung der LVA erst nach der Einweisung des Patienten. Durch die gesetzliche Regelung 1996 war die LVA gehalten, aufgrund dieser gesetzlichen Änderungen auf Bundesebene die Anträge kritischer und vor Aufnahme in die Reha-Einrichtung zu prüfen. Auch das war eine Negativauswirkung, meine Damen und Herren, und wie so vieles andere mag das bei der CDU zwischenzeitlich in Vergessenheit geraten sein.

(Jürgen Seidel, CDU: Nein.)

Die SPD-geführte Bundesregierung hat diese unlogischen gesetzlichen Regelungen verändert. Rehabilitation soll sich jeder leisten können. Das Rückgängigmachen hat zu einer deutlichen Besserung, Besserstellung, Normalisierung der Verhältnisse auch für uns geführt.

Meine Damen und Herren! Rehabilitations- und Unterbringungsaufwand sind auf das Angemessene und Notwendige zu erstrecken, aber auch zu beschränken. Bei der Entscheidung über den Abschluss von Verträgen mit Reha-Kliniken ist also neben der geographischen Lage,

neben der Indikation überhaupt auch die Frage, ob hinsichtlich der Indikation ein Bedarf an Behandlungsplätzen vorliegt, von tragender Bedeutung und darüber muss jeder der Versicherungsträger selber entscheiden.

Einer Beeinflussung in der Richtung, in der Ihr Antrag tendiert, vermögen wir uns nicht anzuschließen, auch den Sinn nicht zu erkennen, da eher eine gegenteilige Reaktion der wesentlich kräftigeren oder an Einfluss größeren Einrichtungen der LVAen anderer Bundesländer zu befürchten wäre. Und das ist genau in der entgegengesetzten Richtung wirksam, in der wir uns bemühen, für unsere Einrichtungen Voraussetzungen zu schaffen. Der Antrag kann von uns nicht unterstützt werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Danke, Herr Dr. Reißmann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ach, Herr Glawe.)

von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will es relativ kurz machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Heidemarie Beyer, SPD)

Herr Reißmann, dass Sie uns nicht unterstützen können, das überrascht mich ja nun nicht. Ich will Ihnen nur noch einige Aspekte sagen, die uns bewegen haben, diesen Antrag hier vorzutragen.

1. Es gibt nach unserem Erkenntnisstand 18 Einrichtungen, die derzeit von der LVA keine Zulassung haben. Die übliche Praxis ist, wenn man in den anderen Bundesländern vorstellig wird bei anderen LVAen oder BVAen, dass immer gefragt wird: Wie sieht es denn eigentlich aus, haben sie eine Zulassung in ihrem eigenen Land, da, wo sie ihren Standort haben? Und dann stehen die meisten Geschäftsführer, die sozusagen auch andere Länder für den Standort Mecklenburg-Vorpommern interessieren und die Belegungszahlen für Mecklenburg-Vorpommern akquirieren wollen, ein bisschen dumm da. Dass Sie das nicht unterstützen können, das verstehe ich jetzt, weil Sie sich mit dem Thema nicht befasst haben, Herr Reißmann.
2. Aus unserer Sicht ist auch Folgendes ein wichtiger Aspekt: Es geht um Arbeit für Frauen. In Reha-Einrichtungen sind von den 4.000 Arbeitsplätzen weit über 80 Prozent Frauenarbeitsplätze. Davon sind etwa 3.600 im mittleren medizinischen Bereich angesiedelt. Wenn das es nicht wert ist, darüber zu reden, dann weiß ich nicht, dann können Sie den Antrag ruhig ablehnen.
3. Es gibt noch einen dritten Aspekt, den will ich hier zumindest gesagt haben. Wir haben eine Reha-Landschaft, die eigentlich eine sehr hohe Qualität darstellt, da es sich um sehr viel Neubauten handelt, wo auch die Konzepte anerkannterweise in fast allen Reha-Einrichtungen unstrittig sind. Deswegen geht es darum, auf der einen Seite Qualitätssicherung zu betreiben, auf der anderen Seite aber auch das, was wir machen können – und Frau Bunge ist ja auf dem richtigen Wege in dieser Richtung – zu unterstützen. Dass Sie als SPD das nicht verstehen, verstehe ich nun persönlich überhaupt nicht.

4. Der letzte Aspekt, den ich hier noch nennen möchte, ist die Tatsache, dass viele Reha-Einrichtungen zur Zeit Vereinbarungen mit Banken haben, die zwei Dinge beinhalten: zum einen, dass zur Zeit Zinszahlungen eingestellt sind, und zum anderen auch Tilgungen sozusagen storniert sind.

(Angelika Gramkow, PDS: Ausgesetzt.)

Sie haben etwa noch ein Jahr Zeit, um die Probleme mit den Belegungszahlen zu regeln, und dann stehen andere Dinge an – Insolvenz oder Konkurs. Ich wollte es Ihnen nur gesagt haben, nicht dass Sie nach einem Jahr sagen, das haben Sie alles nicht gewusst.

Meine Damen und Herren! Es geht um den Standort Mecklenburg-Vorpommern in der Reha-Landschaft, es geht aber auch darum, den Standort weiter im Gesundheitsbereich auszubauen. Und deswegen hätte ich eigentlich gehofft, dass Sie sich aufrufen könnten, diesen Antrag zu unterstützen, zumal ich den Eindruck hatte, dass die Sozialministerin zumindest in die richtige Richtung denkt,

(Angelika Gramkow, PDS: Er geht rechtlich nicht. Das hat die Ministerin gesagt.)

auch wenn Sie mit der Gesetzgebung Seehofers 1996 Ihre Probleme haben. Das kann ich verstehen, ich hatte sie damals ebenfalls, aber immerhin, ich will Sie auffordern, unseren Antrag einfach zu unterstützen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplín, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Glawe, als Sie das erste Mal hier vor das Mikrofon getreten sind, hatten Sie gesagt, Sie freuen sich auf die Diskussion. Die Freude ist ganz meinerseits, denn ich sehe mich bei diesem Antrag doch schon motiviert, Ihnen politisch die Leviten lesen zu wollen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Na denn man tau!)

Nachdem die CDU-Fraktion während der 35. Landtags-sitzung ihren Antrag zur Belegung der Rehabilitationskliniken in unserem Land zurückgezogen hat, liegt heute ein neuer Antrag mit derselben Zielrichtung vor. Dieser Antrag ist zwar ausgewogener formuliert, jedoch in der Sache wiederum fachlich unkorrekt.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Insofern ist unsere grundsätzliche Meinung zum Antrag keine andere als zum vorhergehenden. Wir sind, das möchte ich ausdrücklich betonen, ganz bestimmt einig darin, dass die Auslastung von Rehabilitationskliniken gesundheitspolitisch wünschenswert und auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht wertvoll ist. Davon aber einmal abgesehen, ist es fachlich nicht richtig, die Anwendung der Rechtsgrundlage zur Rehabilitation im Bereich der Krankenhausversicherung, wie das das SGB V, insbesondere dessen Paragraph 111, darstellt, auf das SGB VI mit seinen Regelungen zum Bereich der Rentenversicherung der Paragraphen 9 bis 32 zu übertragen. In der Rehabilitation gibt es rechtlich keine Zertifizierungswirkung – Herr Dr. Reißmann hat das bereits gesagt – wie im Bereich der

Krankenhäuser, wo die Grundlagenverträge zwischen den Vertragspartnern, also Kassen und Krankenhäusern, entsprechende Folgen für die Vertragspartner haben. Im Klartext heißt das: Wenn eine vertragliche Absichtserklärung zwischen der LVA Mecklenburg-Vorpommern und der Klinik Waren mit deren besonderen Kompetenz in der Rehabilitation von beispielsweise Erkrankungen der Lunge abgeschlossen wird, so hat diese keine Bindewirkung für die Landesversicherungsanstalten anderer Länder.

(Harry Glawe, CDU: Das habe ich so nicht behauptet.)

Die Frage, die sich für die PDS-Fraktion stellt ...

Das haben Sie sicherlich nicht so behauptet, aber ich möchte das noch mal in Erinnerung rufen. Die ordnungspolitische Sache ist doch eine sehr entscheidende. Und Frau Ministerin Bunge hat darauf hingewiesen, dass ordnungspolitisch der Rahmen gesetzt ist, und darüber hinaus – und ich finde es wichtig und das muss noch mal gewürdigt werden – leistet sie das, was sie leisten kann. Das hätten Sie auch anerkennen sollen, denke ich.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS: Das hat er doch gemacht. Das hat er gelobt. – Harry Glawe, CDU: Das habe ich doch. Haben Sie nicht zugehört oder wo waren Sie da? – Wolfgang Riemann, CDU: Das hat er doch gemacht.)

Sie drehen sich immer weg, wenn ich rede, das finde ich unhöflich, also spreche ich weiter.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Frage, die sich die PDS-Fraktion stellt, haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, vergessen, und zwar wie das System der Träger der Rehabilitation gegliedert ist. Haben Sie vergessen, auf welcher rechtlichen Grundlage die LVA mit den Rehabilitationskliniken zusammenarbeitet? Haben Sie vergessen, nach welchen Kriterien eine derartige Kooperation erfolgt? Jede LVA ist frei in der Wahl der mit ihr kooperierenden Rehabilitationskliniken.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das wissen wir doch alles.)

Es gibt auch rein rechtlich keine Möglichkeit, dass wir eine Bindung zum Beispiel der LVA Hessen zu Rehabilitationseinrichtungen unseres Landes beschließen.

(Harry Glawe, CDU: Ach, was soll denn das, Herr Koplín? Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Die vertraglichen Bindungen werden vor allem entsprechend der medizinischen Indikation getroffen.

(Harry Glawe, CDU: Wer hat Ihnen denn diese Rede geschrieben? Das waren Sie doch nicht selbst.)

Für die LVA unseres Landes sind vor allem Rehabilitationen im orthopädischen Bereich und auf dem Gebiet des Suchtverhaltens notwendig. Andere LVAen müssen hier ganz andere Prioritäten setzen.

Aber was für uns das Entscheidende ist, meine Damen und Herren von der CDU: Haben Sie bereits vergessen, wer den Zustand, den Sie jetzt beklagen, eigentlich verursacht hat? Sie wollen heute den Eindruck erwecken,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
16 Jahre Helmut Kohl. – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

die LVA – darüber spreche ich lieber nicht – handele in Fragen der Rehabilitation willkürlich und erzeuge bewusst unter den Kliniken Wettbewerbsverzerrungen. Auch das ist sachlich falsch und in dieser Art der Darstellung irreführend.

Das Sozialgesetzbuch bestimmt, dass jeder Sozialversicherte das Recht auf die notwendigen Leistungen zum Schutz, zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit hat. Demzufolge kommen Rehabilitationsleistungen der Rentenversicherung, also auch der LVA, in Betracht, wenn damit die Auswirkung einer Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung auf die Erwerbstätigkeit maßgeblich verringert oder behoben werden kann. Ausgehend von dieser Handlungsgrundlage arbeitet die LVA.

Ihr Pressesprecher Herr Bodin schreibt in einer Erklärung, die meines Wissens nach in Reaktion auf den ersten CDU-Antrag herausgegeben wurde: „Als Leistungserbringer gegenüber unseren Versicherungen und als Kostenträger achtet die Landesversicherungsanstalt Mecklenburg-Vorpommern darauf, dass ihre Rehabilitanten eine wirksame medizinische Heilbehandlung in dafür geeigneten Rehabilitationskliniken gewährt wird.“ Allein diese kurze Passage weist auf zwei Dinge hin, die die CDU bereits absichtlich vergessen will.

Es gibt ein ganzes System von Trägern von Rehabilitationen. Dieses ist nach Aufgaben strukturiert. Die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung, also die Krankenkassen, sind vordergründig zuständig für Akuterkrankungen. Die Rehabilitation nach Arbeitsunfällen, Wegeunfällen und bei Berufskrankheiten fällt in die Zuständigkeit der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Bundesanstalt für Arbeit wiederum ist zuständig für einen Großteil an Arbeits- und Berufsförderung Behinderter. Die Rehabilitation von Gesundheitsschädigungen infolge oder im Zusammenhang mit dem Wehr- oder Zivildienst fällt in die Zuständigkeit der Träger der Kriegsopferversorgung. Die LVA wiederum ist Teil der Trägergruppe der Rentenversicherung, zu der die BfA, die Bahnversicherungsanstalten und andere mehr gehören. Insofern ist die LVA nur ein anteilmäßig kleiner Faktor in der Frage der Zuweisung in Rehabilitationskliniken.

Ich habe mich über die Dimension des Anteils der LVA kundig gemacht. Demnach ist die LVA in der Lage, 300 Reha-Klinikbetten im Jahr auszulasten. Bei einer Klinikgröße von etwa 200 Betten durchschnittlich wäre die LVA in der Lage 1,5 Kliniken im Jahr voll auszulasten. Wir haben aber 63, wie bemerkt wurde. Bevor Sie Ihren Antrag, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, formuliert haben, hätten Sie sich diese Relation vor Augen halten sollen, nein, müssen.

(Harry Glawe, CDU:
Sehen Sie jetzt rot, oder was?!)

Ein Vertragsabschluss ist abhängig vom Ziel der jeweiligen Rehabilitation aufgrund medizinischer Indikationen, vom vorhandenen Standard und von strukturellen Erwägungen. Es handelt sich um privatrechtliche Vereinbarungen zwischen Träger und Klinik, in die Sie von der CDU auffordern einzudringen. Im Übrigen fordern Sie indirekt zu unsolidarischem Verhalten auf, denn wenn die LVA ihre

Rehabilitanten – auch das hat Herr Dr. Reißmann bereits gesagt – lediglich in Kliniken unseres Landes einweisen würde, dann hätten andere Träger ein Motiv, wiederum ihre Patienten in ihren Ländern zu belassen. Das wäre unsolidarisch, medizinisch gewiss kontraproduktiv und erinnert sehr unangenehm an konservative Attacken gegen den Länderfinanzausgleich.

(Harry Glawe, CDU: Rede ich hier
gegen eine Wand oder was?! Das ist
doch völlig ideologisch verblendet.)

Das Erfordernis eines Vertrages der LVA mit der Behandlungsstätte ermöglicht ihr, auf die Qualität der Behandlung Einfluss zu nehmen.

(Harry Glawe, CDU: So schwach
habe ich Sie noch gar nicht erlebt.)

Um die Leistungsfähigkeit der medizinischen Rehabilitationseinrichtungen weiter zu verbessern, hat die Rentenversicherung ein Qualitätssicherungsprogramm eingeführt.

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Bei dieser Gelegenheit stellt sich auch gleich die Frage, wie in dieser Hinsicht die Krankenkassen verfahren. Unserer Erkenntnis nach wird bei diesen Trägern nicht nach Qualitätssicherungsprogrammen gearbeitet. Ich möchte Sie, sehr geehrte Frau Sozialministerin, namens meiner Fraktion bitten, diesbezüglich mit den Krankenkassen das Gespräch zu suchen und dort ebenfalls Qualitätssicherungsprogramme anzuregen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Minderauslastung der Rehabilitationskliniken ist ein ernstes Problem und es bedarf länderübergreifend und auf Bundesebene einer Verbesserung der Rahmenbedingungen. Eine sektorale Einwirkung über einen der Träger des Systems ist hier untauglich. Vor allem muss noch folgender Umstand deutlich gemacht werden, meine Damen und Herren von der CDU: Sie haben nämlich vergessen, darauf hinzuweisen, dass Sie diejenigen waren, die durch die Gesetzgebung – ich komme zum Schluss – eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen in der Rehabilitation herbeigeführt haben.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben wieder
nicht zugehört, wieder nicht zugehört! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Er will
nur den Text vorlesen.)

Die rote Lampe hat geleuchtet.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Gott sei Dank! Gott sei Dank!)

Ich hätte Ihnen gern noch ein paar Sachen ins Stammbuch geschrieben. – Ich bedanke mich dennoch für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Harry Glawe, CDU: Das war sehr lehrreich!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Koplín.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1142. Wer diesem

Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. –

(Harry Glawe, CDU: Herr Schoenenburg, hoch!)

Danke. Stimmenthaltungen? – Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1142 ist bei Zustimmung der CDU mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 12. April 2000, um 10.00 Uhr ein.

(Peter Ritter, PDS: Da müssen wir ja nächste Woche schon wieder Anträge einreichen.)

Ich wünsche allen einen guten Nachhauseweg.

(Angelika Gramkow, PDS: Gleichfalls.)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.32 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Lutz Brauer, Herbert Helmrich, Dr. Klaus-Michael Körner, Irene Müller, Steffie Schnoor und Dr. Gottfried Timm.